

Vorwort

Redaktion, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019

Vor 30 Jahren,
am 9. November 1989, fiel die Berliner Mauer – und mit ihr
nicht nur ein Symbol
der Nachkriegsordnung. Mit ihr ging der Zusammenbruch des
gesamten Ostblocks,
des ökonomischen und politischen Systems des „real
existierenden Sozialismus“
einher.

Diese Ausgabe des [„Revolutionären Marxismus“](#) widmet sich der
Entstehung wie dem Zusammenbruch dieser Gesellschaftsordnung
einerseits, der Todeskrise und dem Untergang der DDR
andererseits.

Der Untergang
dieses Staatensystem stellt eine historische Zäsur dar, die,
wenn auch nicht in
ihrer Tragweite und ihrem konkreten Verlauf, auch den
ZeitgenossInnen damals
durchaus bewusst war. Die bürokratische Herrschaft der
„kommunistischen“
Parteien Osteuropas und der Sowjetunion stürzte aufgrund des
Drucks des Weltimperialismus,
ihrer inneren Widersprüche und einer vor allem von den
Lohnabhängigen und der
Intelligenz getragenen Massenbewegung zusammen. Das eröffnete
kurzzeitig die
Möglichkeit einer politisch-revolutionären, fortschrittlichen

Umgestaltung.

Diese stellte den einzigen möglichen geschichtlich progressiven Ausgang der Ereignisse dar. Doch ihre Chancen waren schon damals aufgrund der Zerstörung proletarischen Klassenbewusstseins und des kleinbürgerlichen Charakters der Opposition – alles selbst Folgen von Jahrzehnten bürokratischer Herrschaft – und der politischen Passivität und Perspektivlosigkeit der westlichen ArbeiterInnenbewegung angesichts dieser Umwälzungen gering. Die wenigen, anti-stalinistischen linken und subjektiv revolutionären Kräfte erwiesen sich als zu schwach und oft auch als politisch zu unklar.

Die bürgerliche

Konterrevolution ergriff somit die Initiative und innerhalb weniger Jahre wurden die Länder in den kapitalistischen Weltmarkt reintegriert. Anstelle der bürokratischen Planung traten die Gesetze des Marktes und der Konkurrenz.

Litten die Massen zuvor an einem Mangel an Konsumgütern, so fehlte es nun an Arbeit und Einkommen. Ein industrieller, ökonomischer und sozialer Kahlschlag ging notwendigerweise mit der Restauration des Kapitalismus einher – eine historische Niederlage. Die demokratische Konterrevolution triumphierte, auch wenn sie längst nicht das „Ende der Geschichte“ einläutete, sondern vielmehr den Weg frei machte für eine Expansion des Weltmarktes, die neo-liberale

Durchdringung der Ökonomie. Doch seinen eigenen Widersprüchen entkam der Kapitalismus nicht – spätestens seit der großen Krise ist der Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten neu entbrannt.

Die Ereignisse von 1989 legten auch dafür einen Grundstein, als die politische Nachkriegsordnung zerbrach.

Die Beiträge in diesem „Revolutionären Marxismus“ sind zum größten Teil Veröffentlichungen älteren Materials, das mittlerweile jedoch vergriffen ist. Die Artikel [„Die verratene Revolution. Trotzki's Stalinismus-Analyse“](#), [„Die Expansion des Stalinismus nach 1945“](#) und [„Der Zusammenbruch des Stalinismus“](#) erschienen ursprünglich als Nummer 32 des „Revolutionären Marxismus“ im Winter 2001/2002. 2009 wurden sie, gemeinsam mit Trotzki's Artikel [„Bolschewismus und Stalinismus“](#) aus dem Jahr 1937 veröffentlicht.

Wir publizieren die Texte hier erneut ohne weitere Überarbeitung, weil sie nach wie vor unsere Position zusammenfassen. Unter anderem wird darin, anknüpfend an Trotzki's Theorie und Verständnis des Stalinismus, deutlich gemacht, dass ein materialistisch gefasster Stalinismus-Begriff für ein Verständnis der Herrschaftsform einer bürokratischen Kaste in einer Übergangsgesellschaft unerlässlich ist. Darauf zu verzichten, läuft entweder

auf einen mehr oder minder impressionistischen Begriff des Stalinismus oder auf dessen Apologie hinaus.

Der zweite Teil der Texte ist der Geschichte und dem Zusammenbruch der DDR gewidmet. Es geht uns dort, wie auch in den anderen Beiträgen, nicht darum, ein akkurates und detailliertes Geschichtsbild zu zeichnen, sondern vielmehr um ein Verständnis der Entwicklung dieser Gesellschaft, ihrer inneren Widersprüche, der Ursachen ihrer Entstehung wie ihres Zusammenbruchs und der politischen Schlussfolgerungen daraus. Die Texte [„Entstehung und Untergang der DDR“](#), [„Planungsmangel und Mangelplanung“](#) wurden zuerst 1999 im „Revolutionären Marxismus“ Nr. 29 veröffentlicht. Der Text [„Die nationale Frage in der DDR“](#) ist ein Auszug aus einer Resolution der „Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale“, der Vorläuferorganisation der „Liga für die Fünfte Internationale“, vom 21. November 1989. Die anderen Texte – [„SED Gründung: Fusion und Verwirrung“](#) (erstmalig veröffentlicht in Arbeitermacht 41, Mai 1996), [„Vom Regen in die Traufe. Proletarische Frauen vom DDR-Stalinismus zum BRD-Kapitalismus“](#) (erstmalig veröffentlicht in Revolutionärer Marxismus 26, 1998) und [„War die DDR ein Unrechtsstaat?“](#) (Neue Internationale 143, Oktober 2009) – beschäftigen sich mit wichtigen Fragen der Entstehung und Entwicklung der DDR, der Restauration des Kapitalismus und der Ideologie des siegreichen Westens.

Nur der Artikel [„30 Jahre danach“](#) wurde neu für diesen RM verfasst und behandelt die Ursachen und Folgen der ausbleibenden „sozialen Einheit“.

Wir haben uns in dieser Ausgabe des RM bewusst auf die Analyse des Stalinismus wie auf die DDR und ihren Untergang konzentriert.

Die

politisch-ökonomische Analyse des nach der Wiedervereinigung
erstarkten

deutschen Imperialismus, der Weltwirtschaft, der
imperialistischen Krise wie

der EU findet sich in anderen Ausgaben des „Revolutionären
Marxismus“, auf die

wir die LeserInnen an dieser Stelle verweisen wollen.

Hier nur so viel: Der Aufstieg des deutschen Imperialismus zu
einer, wenn

nicht der zentralen Führungsmacht der EU wäre unmöglich
gewesen ohne den

Zusammenbruch der DDR und des gesamten Ostblocks. Dieser
historische Sieg

ermöglichte nicht nur die Expansion auf ein größeres
Territorium, es

ermöglichte dem deutschen Kapital und Staat auch, Fesseln der
Nachkriegsordnung

„friedlich“ abzustreifen. 30 Jahre danach verfängt er sich
allerdings auch in

die Widersprüche dieser Ordnung, was sich nicht zuletzt an der
Krise

bürgerlicher Politik, in einem Wandel des Parteiensystems usw.
ablesen lässt.

Mit der ökonomischen Krise 2007/2008 trat auch die
kapitalistische

Globalisierung in eine Krisenperiode, die sich aktuell
zuspitzt. Ähnlich wie

vor 1989 bewegen wir uns rasch auf einen neuen Wendepunkt der
globalen Ordnung

zu.

Als revolutionäre KommunistInnen stehen wir in unversöhnlicher
GegnerInnenschaft zum Kapitalismus. Doch dem Zusammenbruch der

stalinistischen

Herrschaft trauen wir deswegen längst nicht nach. Dessen innere Widersprüche haben jene MarxistInnen, die in der Tradition der Linken Opposition und des Trotzismus stehen, allemal klarer, besser und treffender auf den Punkt gebracht als alle bürgerlichen, sozialdemokratischen oder anarchistischen KritikerInnen. Die ApologetInnen dieser Herrschaft und der reaktionären Doktrin des „Sozialismus in einem Land“ freilich weigern sich bis heute, den arbeiterInnenfeindlichen, bürokratischen und antisozialistischen Charakter dieses Regimes anzuerkennen. Dies ist keineswegs bloß eine historische Frage.

Wenn die kommende Krise die Frage nach einer Systemalternative erneut aufwirft, müssen RevolutionärInnen auch darlegen können, was ihre Alternative, ihr Programm, ihre Vorstellung von Sozialismus, Kommunismus und Übergangsgesellschaft, also der „Diktatur des Proletariats“ von den untergegangenen Formen bürokratischer Herrschaft unterscheidet. Daher wollen wir mit diesem RM nicht nur zum Verständnis der Stalinismus, seiner Ursachen und seines wohlverdienten Untergangs beitragen – wir wollen vor allem auch dazu beisteuern, dass ein erneuerter Marxismus und eine neue revolutionäre Internationale nur auf Basis eines konsequenten theoretischen, methodischen, politischen wie praktischen

Bruchs mit dem Stalinismus zu haben sind.

November 1989 – 30 Jahre danach

Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019

Dass die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen „Ost“ und „West“ auch 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer nicht angeglichen sind, sollte KapitalismuskritikerInnen eigentlich nicht verwundern.

Nach drei Jahrzehnten eines vereinigten, imperialistischen Deutschland klingen die Einheitsversprechungen bürgerlicher PolitikerInnen aller Couleur nicht nur abgedroschen und hohl. Sie hören sich auch an wie ein ständiges Replay. Das Ausbleiben „sozialer Einheit“, die weiterhin klaffende Lücke bei Einkommen, Arbeitszeiten, Lebensperspektive ... wurden 1999 ebenso wie 2009 beklagt – und „baldige“ Angleichung versprochen. In Wirklichkeit blieb diese aus – und wird es auch weiter bleiben.

Reproduktion sozialer Ungleichheit

Hier nur einige

Zahlen (1), die den Unterschied zwischen Ost und West belegen:

- 2018 mussten die Arbeiter„nehmer“Innen in den alten Bundesländern im Schnitt 1295 Arbeitsstunden arbeiten, im Osten (inklusive West-Berlin) 1351 Stunden, also 56 Stunden länger.
- Die Jahres-Bruttolöhne je Beschäftigten lagen im Westen bei 36.088 Euro, in den neuen Ländern bei 31.242 Euro, was einen Unterschied von knapp 4.900 Euro ausmacht.
- Diese Ungleichheit wird auch bei den tariflich Beschäftigten reproduziert. So hatten 2018 im Westen 8 Prozent dieser eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden, im Osten 40 Prozent.
- Mindestlöhne und Renten, die selbst das geringere Lohn- und Einkommensniveau widerspiegeln, klaffen weiter auseinander.

Die Spaltung des
Arbeitsmarktes hält also auch 30 Jahre nach der
Wiedervereinigung an. Und das,
obwohl sich im Westen die prekären und atypischen
Arbeitsverhältnisse
(Befristung, Teilzeitarbeit unter 20 Stunden, geringfügige
Beschäftigung und

Leiharbeit) unter anderem aufgrund der Hartz-Gesetze und Agenda 2010 sogar noch schneller ausgedehnt haben als im Osten. In den „alten Bundesländern“ betrug 2017 deren Anteil an der gesamten Erwerbstätigkeit 24 % gegenüber 18 % im Osten (2).

Den Hintergrund dafür bildet jedoch die deutlich höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Dort lag sie Ende 2018 bei 7,6 % gegenüber 5,3 % im Westen.

Von 1991 bis 2017 wanderten außerdem 3.681.649 von Ost nach West ab, was fast einem Viertel der Bevölkerung der ehemaligen DDR entspricht. Dem stehen zwar 2.451.176 Zuzüge aus dem Westen entgegen (3). Die Wellen der innerdeutschen Migration entsprechen jedoch der Zerstörung der ostdeutschen Industrie und der geringen Arbeitsmarktperspektiven, gerade für besser ausgebildete Menschen. Die Migration von West nach Ost ging außerdem auch mit einer massiven Verschärfung der Unterschiede innerhalb der neuen Bundesländer einher. Einigen „erfolgreichen“ städtischen Regionen steht der fortgesetzte Abstieg der meisten ländlichen und kleinstädtischen Gebiete, bis zum Verlassen ganzer Dörfer entgegen.

Die Ungleichheit

zwischen Ost und West drückt sich daher keineswegs nur auf dem Arbeitsmarkt

aus, sondern insbesondere auch beim Vergleich einzelner Regionen. So zeigt z. B.

der „Teilhabeatlas Deutschland“ (4), dass sich in den neuen Bundesländern die

„abgehängten Regionen“ konzentrieren. Diese zeichnen sich durch einen hohen

Anteil an Hartz-IV-EmpfängerInnen (darunter auch viele „AufstockerInnen“),

geringere kommunale Steuereinnahmen, besonders geringes jährliches durchschnittliches

Haushaltseinkommen (Medianwert für 2017: 19.100 Euro), geringe Lebenserwartung,

Abwanderung (2017 noch immer mehr als 10 Prozent!), schlechter digitaler

Anbindung und überdurchschnittlicher Entfernung zu Versorgungseinrichtungen

(Krankenhaus, Behörden, ...) aus.

Darin spiegelt

sich wider, dass in den neuen Bundesländern die schlechter entlohnten,

perspektivloseren und länger arbeitenden Teile der ArbeiterInnenklasse

überdurchschnittlich vertreten sind. Aber auch die Herausbildung und

Reproduktion des KleinbürgerInnentums, des Kleinkapitals wie der lohnabhängigen

Mittelschichten – also allen jener Klassen, die bürgerliche Demokratie und

freie Marktwirtschaft tragen – verläuft ungleicher, unsicherer, verglichen mit

dem Westen geradezu prekär.

Kapitalistische Wiedervereinigung

Hintergrund der sozialen Ungleichheit und damit ungleicher Lebensbedingungen bilden selbstredend nicht „Mentalitätsunterschiede“, sondern vielmehr die Ergebnisse der kapitalistischen Wiedervereinigung, zu denen eben auch gehört, dass dem Wirtschaftsgebiet der ehemaligen DDR ein spezifischer Platz im Rahmen eines schon bestehenden bundesdeutschen gesellschaftlichen Gesamtkapitals zugewiesen wurde.

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung erlebte die DDR-Ökonomie einen drastischen Niedergang und Ruin, dessen Ausmaß für Friedenszeiten ungewöhnlich, wenn nicht einzigartig war und ist.

Zwischen 1990 und 1992 wurden zwei Drittel der ostdeutschen Industrie zerstört und zwar unter Aufsichtung und Lenkung der Treuhand-Anstalt, einer Staatsholding, die die Privatisierung der DDR-Ökonomie überwachen sollte.

Ende 1992 waren nur noch 750.000 Menschen in der ehemaligen DDR-Industrie

beschäftigt, etwa ein Viertel des Beschäftigungsstandes zur Zeit der Wiedervereinigung. Auch die landwirtschaftliche Produktion sank von 1989 bis 1992 auf rund die Hälfte. Von 9,8 Millionen Beschäftigten der DDR-Wirtschaft wurden rund 4 Million „freigesetzt“, arbeitslos, in Kurzarbeit gesetzt oder verschwanden vom Arbeitsmarkt (RentnerInnen; Abwanderung in den Westen, die in dieser Zeit ihren Höhepunkt erreichte; Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen). (5)

Zugleich stiegen die Preise für Konsumgüter und Mieten dramatisch, so dass die Auswirkungen des für kleinere SparerInnen günstigen Umtauschkurses von Ost-Mark zu D-Mark (1:1) im Zuge der Währungsreform rasch verpufften. Umgekehrt begünstigte die Währungsreform 1990 die Aneignung der ostdeutschen Ökonomie durch das westdeutsche Kapital.

Der Umtauschkurs bedeutete erstens, dass die Schulden der DDR-Unternehmen in D-Mark neu bewertet wurden, darunter auch Kosten, die in einer kapitalistischen Ökonomie erst gar nicht in den einzelbetrieblichen Bilanzen aufgeschienen wären (z. B. betriebliche Sozialleistungen). Im degenerierten ArbeiterInnenstaat DDR gab es im Unterschied zum Westen bezogen keine klare Trennung

staatlicher/kommunaler
und betrieblicher Schulden/Kosten (und dies war auch nicht
unbedingt
erforderlich). Nun erschienen diese Aufgaben und deren Kosten
als
Verlustbringerinnen in den betrieblichen Bilanzen.

Zweitens wog die
Neubewertung des Anlagevermögens der ostdeutschen Industrie,
Landwirtschaft und
Dienstleistungsunternehmen (Handel, ...) besonders schwer. Das
veraltete, lange
nicht erneuerte fixe Kapital wurde jetzt mit den
westdeutschen,
fortgeschrittenen Kapitalien verglichen und neu bewertet. Das
Anlagevermögen
wurde somit über Nacht weit mehr entwertet, als es der
Umtauschrelation
größerer Geldvermögen (1:2) entsprach, so dass die
Schuldenrate der
DDR-Betriebe massiv anwuchs. Sie waren als Konkurrentinnen
damit mehr oder
minder aus dem Feld geschlagen.

Das Übrige
erledigte die Treuhand. Sie verkauft die DDR-Betriebe unter
Wert, v. a. an die
westdeutsche Konkurrenz. Da es keine DDR-Bourgeoisie gab,
wanderte in kurzer
Zeit alles, was profitabel erschien, in die Hände der
bundesdeutschen
KapitalistInnenklasse. Ursprünglich sollte die Privatisierung
der ostdeutschen
Ökonomie und deren Restrukturierung durch Verkaufserlöse
finanziert werden.

Doch das westliche Kapital wollte für die DDR-Unternehmen nicht zahlen, sondern für seinen „Dienst“ noch belohnt werden.

Daher übernahm die Treuhand und über diese der Staat den größten Teil der Schulden. Bis Ende 1992 waren so 8.000 von 40.000 DDR- Betrieben auf diese Weise verkauft, genauer verscherbelt worden.

Die Filetstücke eigneten sich die „rettenden“ Konzerne zuerst an, sei es, um neue wirtschaftliche „Inseln“ zu schaffen, sei es, um unliebsame Konkurrenz zu übernehmen und auszuschalten. Diese Übernahme großer Teile einer Volkswirtschaft wurde dem Kapital auch noch durch Milliarden-Subventionen vergoldet. So erhielt Carl Zeiss für die Übernahme von Carl Zeiss Jena 3,5 Milliarden DM, die Bremer Vulkan-Werft 6,2 Milliarden für die Übernahme ostdeutscher Werften. Lufthansa konnte gegen den Widerstand von Betriebsrat und Gewerkschaft die Abfertigung am Flughafen Schönefeld übernehmen usw. usf.

Diese Übernahme der DDR- Volkswirtschaft spiegelt sich bis heute in der Rolle der ostdeutschen Ökonomie im Rahmen des Gesamtkapitals der Bundesrepublik wider:

- Die Produktivität lag 2017 in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bei durchschnittlich 82 Prozent des Westniveaus.
- 93 Prozent der Großkonzerne sind immer noch im Westen angesiedelt. (6)

Die Kapitalakkumulation

im Osten bleibt bis heute abhängig von den Erfordernissen der Konzernzentralen im Westen, von einem in der Bundesrepublik entstandenen und von dort geprägten nationalen Gesamtkapital. Anders als nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die massive Vernichtung von Kapital günstige Akkumulationsbedingungen für das Gesamtkapital und damit für einen kapitalistischen Aufschwung legte, der über mehrere Zyklen bis Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre anhielt, brach der „Osten“ vor dem Hintergrund struktureller Überakkumulation des Kapitals zusammen.

Interessant war

er als Markt für (westdeutsche) Produkte und als Reservoir zusätzlicher, billiger und qualifizierter Arbeitskräfte. Als Investitionsstandort spielte er jedoch nur für einzelne Branchen und somit für die Schaffung einzelner „Wachstumsregionen“ eine Rolle. Eine „aufholende“ Entwicklung, gleiche Bedingungen zwischen „Ost“ und „West“ waren vom Standpunkt der ökonomischen

Interessen der herrschenden Klasse nie vorgesehen.

Polarisierung und soziale Auseinandersetzungen nach der Wiedervereinigung

Das Geheimnis

des Aufstiegs der AfD gerade im Osten muss zweifellos vor dem Hintergrund der

ökonomischen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern verstanden werden.

Aber nicht in einer mechanischen Weise, sondern im Wechselverhältnis von

sozialer Entwicklung und Klassenkämpfen. Allein die jahrelange starke Stellung

von PDS/Linkspartei unter den Erwerbslosen, aber auch den Mittelschichten im

Osten zeigt, dass es nicht einfach Armut, Benachteiligung oder gar eine

angeblich besonders autoritär geprägte DDR-Identität waren, die per se die

Menschen zur AfD oder zur extremen bis hin zur faschistischen Rechten treiben.

Die

kapitalistische Wiedervereinigung, wiewohl aus einer legitimen,

kleinbürgerlich-demokratischen Massenbewegung gegen die DDR-Bürokratie

entstanden, stellte für die ArbeiterInnenklasse in ganz Deutschland eine

historische Niederlage dar. Sie stärkte den Imperialismus, die soziale,

wirtschaftliche und globale Stellung des „eigenen“ Kapitals ungewiss. Die soziale Konterrevolution im Osten, also die Vernichtung des ArbeiterInnenstaates DDR, wurde jedoch in einer bürgerlich-demokratischen Form vollzogen, was nicht zuletzt auch die Einbindung der Massen erleichterte – trotz einer enormen Zerstörung der ökonomischen Basis der ehemaligen DDR.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Niederlage waren jedoch in den neuen und alten Bundesländern höchst unterschiedlich. Die Klassenstruktur (und -zusammenarbeit) des BRD-Kapitalismus wurde im Westen nur schrittweise umgemodelt, in der DDR wurde das gesamte soziale und ökonomische Gefüge abrupt, sprunghaft zerstört. Der Kapitalismus war nicht zuletzt aufgrund der massiven Zerstörung der ostdeutschen Industrie immer instabiler als im Westen und daher auch die Klassenstruktur.

Noch in den ersten Jahren nach der Wende artikulierte sich das in dreifacher Weise. Erstens und am wichtigsten in Form der Demobilisierung einer Massenbewegung. Die Millionen, die in der DDR auf die Straße gegangen waren und die SED-Herrschaft zum Einsturz gebracht hatten, wurden über Wahlen, Parlamentarismus und die Versprechungen der „sozialen Marktwirtschaft“ befriedet, später durch deren

Auswirkungen
frustriert und auf Trab gehalten.

In dieser Lage
artikulierte sich auf der Rechten eine Welle rassistischer
Gewalt und
faschistischer Organisation, die sich in pogromartigen Mobs
wie in Rostock
oder Hoyerswerda, Anschlägen auf Asylsuchende und MigrantInnen
manifestierte
(und zwar nicht nur im Osten, sondern auch im Westen). Die
deutsche Regierung
vermochte es, der rechten Hetze, Rassismus und Faschismus den
Wind aus den Segeln
zu nehmen, indem sie selbst das Asylrecht mit Zustimmung der
„oppositionellen“
SPD durch den sog. „Asylkompromiss“, der von Lafontaine mit
ausgehandelt worden
war, beschnitt. Anders als heute fanden die Rechten damals
keinen
politisch-organisatorischen Widerhall unter Fraktionen des
deutschen Kapitals.
Mittelschichten und KleinbürgerInnentum befürworteten eine
konservativ-rassistische Regierungspolitik, die Nazis und
rechten Straßenbanden
blieben letztlich auf eine relativ kleine Minderheit
beschränkt.

Ein wichtige
Faktor für diese Entwicklung bestand zweifellos darin, dass es
nicht nur rechte
Reaktionen auf die Wiedervereinigung gab, sondern auch
wichtige, lange
andauernde, wenn auch letztlich isolierte Abwehrkämpfe. So
besetzten rund 500

BergarbeiterInnen der von der Schließung durch die Treuhand bedrohten Kali-Grube in Bischofferode (Thüringen) im Sommer 1993 den Betrieb bei laufender Produktion, rund 100 traten in Hungerstreik. Dieser Kampf zog sich über mehrere Monate hin. Ende 1993 wurde der Bergbau zwar geschlossen. Entscheidend ist jedoch, dass Bischofferode durchaus für eine Schicht von Beschäftigten stand, die mit Mitteln des Kampfes gegen Schließungen, Entlassungen und Verarmung ankämpften.

In den 1990er Jahren vermochte im Wesentlichen die PDS, diese Schichten für sich zu gewinnen. Sie wurde zur Partei der „Ausgegrenzten“, der Arbeitslosen und konnte sich so im Osten eine Massenbasis erhalten bzw. aufbauen. Als reformistische Partei war die PDS auch damals eher eine der „KümmererInnen“ denn der KämpferInnen. Sie konnte jedoch über eine solidarische Präsenz zahlreiche Massen- und Vorfeldorganisationen (Volkssolidarität, ...) an sich binden und ihnen einen elektoralen Ausdruck verschaffen. Die Tatsache, dass die PDS damals noch von den etablierten politischen Parteien des bundesrepublikanischen Systems ausgegrenzt, als „rote Socken“ diffamiert wurde, stärkte eigentlich die Glaubwürdigkeit der Partei in den Augen vieler.

In diesem

Zusammenhang darf darüber hinaus nicht vergessen werden, dass sich teilweise

auch die Gewerkschaften und selbst die SPD (z. B. in Form von sozialpolitischen Galionsfiguren wie Regine Hildebrandt) als „natürliche“

gewerkschaftliche, soziale und politische Vertretung darstellten.

Bis Ende der

1990er Jahre waren die Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse – insbesondere auch

der Erwerbslosen – auf eine Abkehr von der konservativ-liberalen Koalition und

auf eine „soziale Wende“ im Grunde an die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien

SPD und PDS geknüpft.

Doch die

politische Lage und das Verhältnis von ArbeiterInnenklasse (wie auch großer

Teile der lohnabhängigen Mittelschichten) zu diesen Parteien wandelte sich in

der ersten Hälfte des Jahrtausends.

Rot-Grün

lancierte mit Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen einen strategischen Angriff auf die

Lohnabhängigen, ein Programm, das mit den Montagsdemonstrationen vor allem im

Osten eine Massenbewegung hervorbrachte, aus der später die WASG entstand (und

in deren Folge die Fusion mit der PDS zur Linkspartei).

Die Montagsdemos

entstanden im Sommer 2003 und breiteten sich in Windeseile zu einer

Massenbewegung aus, die vor allem von höher qualifizierten Arbeitslosen,

ehemaligen FacharbeiterInnen, IngenieurInnen getragen wurde.

Diese Bewegung

wurde jedoch von der Sozialdemokratie wie auch von den sozialdemokratisch

geführten DGB-Gewerkschaften bekämpft. Dadurch wurde deren Ausweitung in den

Westen, vor allem aber die Verbindung von Montagsdemos und politischen

Massenstreiks verhindert. Der DGB sah sich zwar selbst gezwungen, 2004 gegen

die Agenda-Gesetze Massendemonstrationen zu organisieren, weil er die

Formierung einer bundesweiten Opposition in den Betrieben und auf der Straße

fürchtete, blies aber die Mobilisierung im Sommer 2004 nach Massendemos mit

nahezu einer halben Million Menschen ab.

Die zweite markante

Niederlage erfolgte ebenfalls 2003. Die Streiks um die 35-Stunden-Woche im

Frühjahr 2003 zeigten eine erstaunliche Mobilisierungsfähigkeit. Als der Streik

begann, Auswirkungen auf die Betriebe im Westen zu haben, verschärfte sich das

Trommelfeuer nicht nur der Bourgeoisie gegen den Streik, sondern auch die

Konzernbetriebsräte der westdeutschen Autoindustrie und der IG Metall-Vorsitzende Zwickel fielen ihm in den Rücken und setzten seine

Einstellung durch. Dabei geriet nicht nur die

Gewerkschaftsdemokratie unter die Räder, die ArbeiterInnenklasse in der ehemaligen DDR musste eine weitere demoralisierende Niederlage durchmachen.

All diese Faktoren – nicht nur geringerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad und geringere tarifliche Bindung im Osten – haben dazu geführt, dass die SPD ihren sozialen Rückhalt gerade unter den verarmten, arbeitslosen, prekär beschäftigten und schlecht organisierten ArbeiterInnen verloren hat. Gleichzeitig büßte sie auch ihre Bindekraft unter den lohnabhängigen Mittelschichten ein.

Im letzten Jahrzehnt machte aber auch die Linkspartei eine ähnliche Entwicklung durch. Weigerten sich SPD und Grüne in den 1990er Jahren oft noch, Koalitionen mit der „unzuverlässigen“ PDS einzugehen, so wurde sie schon vor der Jahrhundertwende auch in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit zu einer „normalen“ Partei. Die Realpolitik der PDS und später der Linkspartei führte sie in Landesregierungen in allen neuen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens. Während die Mitgliederzahlen schrumpften, wuchs der Anteil jener Mitglieder, die Wahlämter innehatten. Ein großer Teil der aktiven Mitgliedschaft ist seit

Jahren fest in das bürgerlicher System integriert, ihre politische Aktivität besteht darin, Wahlämter auf kommunaler, regionaler oder Bundesebene auszuüben. Er prägt die Parteistrukturen, die Vorstände, Parteitage. Die Frage, ob die Linkspartei eine „Bewegungspartei“ oder eine institutionelle StellvertreterInnentruppe sei, ist eigentlich nur für jene eine, die partout die Realität der Partei beschönigen wollen. Praktisch war sie für die PDS (und damit auch für die Linkspartei) immer schon beantwortet. In den letzten Jahren ist – unabhängig von den vertretenen reformistischen oder, neuerdings, linkspopulistischen Ideologien – das Gewicht des Apparates und der in den bürgerlich-parlamentarischen Institutionen tätigen FunktionärInnen immer mehr gewachsen.

Mit deren bürgerlicher Realpolitik und der Mitverwaltung der Misere schwand notwendigerweise auch das Ansehen der Partei unter den Lohnabhängigen, vor allem auch unter den Arbeitslosen, prekär oder gering Beschäftigten. Zugleich verlor die Linkspartei trotz ihrer angepassten Politik auch die Bindekraft gegenüber lohnabhängigen Mittelschichten und auch dem KleinbürgerInnenentum im Osten.

Mit letzteren verliert die Linkspartei WählerInnen-schichten an AfD (und tw.

auch Grüne), die sie im Westen ohnedies nie hatte und die für eine „linke“ Partei eigentlich untypisch sind, sondern vielmehr historisch aus den Wurzeln der PDS in der SED, also der Partei der politisch herrschenden Kaste in der DDR herrühren.

Aufstieg der AfD

Der Aufstieg der AfD reflektiert also nicht nur die sozialen und ökonomischen Verhältnisse, die soziale Lage verschiedener Klassen im Osten, sondern auch Verrat und Niedergang der reformistischen Parteien und der Gewerkschaften.

Bezüglich einer Analyse der AfD verweisen wir an dieser Stelle auf den Artikel *„Die AfD zwischen neoliberaler Nationalismus und radikaler Rechter“* (7). Dass diese rechtspopulistische Partei, die sich als „Alternative“ zur „Elite“ präsentiert, im Osten besonders stark ist, sollte aber nicht verwundern. Gerade die instabilere Klassenstruktur bietet einen günstigeren Nährboden für das rasche Anwachsen solcher Kräfte. Das drückte sich auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg einmal mehr aus.

Zwei

Entwicklungen der AfD im Osten Deutschlands sind dabei entscheidend für den Wahlerfolg. Erstens gelingt es, die kleinbürgerlichen Schichten äußerst stark

zu mobilisieren. So erhielt die AfD lt. Umfragen in Brandenburg 34 % der Stimmen unter den „Selbstständigen“, in Sachsen immerhin auch 29 %. Sie konnte damit eindeutig in die klassische CDU- und FDP-WählerInnenschaft eindringen. Vor allem bei den ehemaligen NichtwählerInnen mobilisierte sie mit Abstand die meisten Stimmen. Erschreckend ist sicherlich der hohe Anteil an den „ArbeiterInnen“ – in Brandenburg 44 %. Auch wenn das nicht mit der ArbeiterInnenklasse gleichgesetzt werden darf und der Anteil unter den Angestellten mit 26 % deutlich geringer ausfiel, so verdeutlicht es den Einbruch in lohnabhängige Milieus. Sicherlich wurde das z. B. in Brandenburg noch einmal durch die besondere Situation in der Lausitz angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohle verschärft. Jedenfalls hat die AfD in dieser Region einige Direktmandate erobert.

Vor allem Angst vor Veränderungen, die sozialen Abstieg bedeuten könnten, treibt alle Bevölkerungsschichten um und an, dies sorgt für große Mobilisierung zur Wahl. Dabei bilden Rassismus und Chauvinismus quasi den gemeinsamen „Kitt“, der eigentlich gegensätzliche soziale Lagen verbindet und die AfD als zweitbeste Vertretung „ostdeutscher Interessen“ erscheinen lässt. Mögen auch viele Menschen subjektiv sie aus „Protest“ gewählt haben, so hat

sich dieser
verfestigt und die „ProtestwählerInnen“ lassen sich von
Rassismus,
Zusammenarbeit mit offenen Nazis von der Wahl nicht
abschrecken.

Die AfD baut
sich gerade in der ehemaligen DDR als gesellschaftliche Kraft
mit Massenanhang
im kleinbürgerlich-reaktionären Spektrum auf, die
perspektivisch auch immer
größeren Teilen des BürgerInnentums und des Kapitals eine
„verlässliche“
Machtalternative bieten will – von BürgermeisterInnen in den
Kommunen bis hin
zur Beteiligung an Landesregierungen.

Dies tut sie z. B.
mit dem Slogan „Vollendet die Wende“, „Wende 2.0“. Sicher
bringt diese
Formulierung auch eine große gesellschaftliche Tragik zum
Ausdruck. Die
Tatsache, dass sich 30 Jahre nach der kapitalistischen
Restauration der DDR die
nationalistischen und faschistischen SchergInnen des Kapitals
anschicken, die Wende
zu vollenden, ist selbst ein dramatischer Ausdruck der
Niederlagen der
ostdeutschen ArbeiterInnenklasse wie des politischen Versagens
von SPD und
Linkspartei.

Kandidat Andreas
Kalbitz, der in Athen schon mal die NS-Flagge hisste,

begründete diesen Slogan mit der sozialen Realität, nämlich den immer noch niedrigeren Rentenniveaus der Ostdeutschen. Bevor „andere“ – gemeint sind MigrantInnen und Geflüchtete – Geld bekämen, sollte doch erst mal die Rente angeglichen werden. So werden reale soziale Skandale wie Altersarmut, Ungleichheit, das Abhängen ganzer Regionen angesprochen. Dass Einkommen, Arbeitszeiten, Infrastruktur, Bildungs- und Arbeitsmarktchancen auch 30 Jahre nach der Wende nicht angeglichen sind, hat freilich die AfD nicht erfunden. Sie greift vielmehr diese Realität des Kapitalismus auf und verbindet sie mit nationalistischer und rassistischer Hetze. Dabei spielen ihr alle anderen Parteien mehr oder weniger willig in die Hände, die die soziale Misere verharmlosen und Jahr für Jahr erklären, dass sie die Lebensverhältnisse der Menschen doch verbessert hätten.

Dass die AfD-Wirtschafts- und -Sozialpolitik eigentlich neoliberal bis auf die Knochen ist, dass sie die öffentlichen Rentenkassen an Fonds verscherbeln will, spielt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Zum anderen kann die AfD einfach darauf setzen, dass sie die „Systemparteien“ – also alle anderen – ungestraft einfach als „LügnerInnen“ bezeichnet, selbst wenn sie einmal die Wahrheit sagen sollten.

Irrwege und Wege

SPD und Linkspartei

starren auf den Aufstieg der AfD wie das Kaninchen auf die Schlange, indem sie sich an ein parlamentarisches Bündnis nach dem anderen klammern. Statt auf Mobilisierung und Klassenkampf setzen sie – nicht nur die SPD, sondern auch weite Teile der Linkspartei – auf ein Bündnis mit bürgerlichen „DemokratInnen“.

In Zeiten

kommender Wirtschaftskrisen, akuter Handelskriege, baldiger Restrukturierungen im industriellen Sektor, Massenentlassungen und weiterer Prekarisierung der sozialen Bedingungen, einer vertieften ökologischen Gesamtkrise bedeutet diese Politik nichts anderes, als die Lohnabhängigen an eine Allianz mit den „demokratischen“ VertreterInnen des Kapitals zu binden und der AfD-Demagogie in die Hände zu spielen, dass sie als einzige „die einfachen Leute“ vertrete. Die Lehre kann nur lauten: Schluss mit dieser Politik!

Der Kampf gegen

rechts darf dabei nicht auf den Kampf gegen die AfD beschränkt bleiben. Eine Linke, eine ArbeiterInnenbewegung, die Hunderttausende Lohnabhängige von den rechten DemagogInnen wiedergewinnen will, muss den Kampf gegen

die soziale

Misere, die realen Missstände in Angriff nehmen. Dazu braucht es einen Kampf

gegen Billiglohn und Hartz IV, gegen weitere drohende Entlassungen, für ein

öffentliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, von Bildung,

Gesundheitswesen, ökologischer Erneuerung im Interesse der Lohnabhängigen,

kontrolliert von der ArbeiterInnenklasse und finanziert durch die Besteuerung

der Reichen – um nur einige Beispiele zu nennen. Kurzum, es braucht den gemeinsamen

Kampf der Linken, der Gewerkschaften wie aller ArbeiterInnenorganisationen.

Angesichts der

drohenden Angriffe, und um gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, brauchen wir

Aktionskonferenzen auch bundesweit, um den Kampf gegen Rechtsruck, AfD,

militante faschistische Gruppierungen und gegen die laufenden und drohenden

Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, auf Arbeitsplätze und

unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu koordinieren.

Endnoten

(1)

<https://www.spiegel.de/karriere/beschaeftigte-in-ostdeutschland-laengere-arbeitszeit-weniger-lohn-a-1276092.html>

(2)

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/181002_SF_Ergebnisse_im_Einzeln_Arbeitsverhaeltnisse_in_Ost_und_West.pdf

(3)

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>

(4)

https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Teilhabeatlas/Teilhabe_Online.pdf,

S. 16

(5) Martin

Suchanek, Zerstörung eines ArbeiterInnenstaates, in: Revolutionärer Marxismus 9, S. 25, Frühjahr 1993

(6)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/studie-osten-westen-wirtschaft-deutschland-1.4354465>

(7) Wilhelm Schulz, [Die AfD zwischen neoliberalen Nationalismus und radikaler Rechter](#), in: Revolutionärer Marxismus 50, November 2018, S. 116 – 142

Die verratene Revolution

Trotzkis Analyse des Stalinismus

*Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019
(Erstveröffentlichung 2001)*

Die russische Revolution war die erste erfolgreiche proletarische Revolution, die einen ArbeiterInnenstaat errichtete. Sie wurde somit zum wichtigen Bezugspunkt für alle, welche die kapitalistische Gesellschaft ablehnen und nach einer Alternative suchen. Sie hat das Leben der russischen ArbeiterInnenklasse, der Bauern-/Bäuerinnenschaft, der ganzen Bevölkerung revolutioniert, den Frauen historisch erstmals das allgemeine und gleiche Wahlrecht zugestanden, Abtreibung und Homosexualität legalisiert und eine grundlegende Umgestaltung der Ökonomie unter ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung begonnen.

Die Politik und Herrschaft Stalins sowie des Stalinismus allgemein bedeuteten einen Bruch mit den revolutionären Zielen der Bolschewiki und fügten dem Ansehen des Kommunismus in der ArbeiterInnenklasse und bei den Unterdrückten weltweit immensen Schaden zu, indem er mit dieser reaktionären Politik gleichgesetzt wurde.

„Die Sowjetunion ist aus der Oktoberrevolution als ein ArbeiterInnenstaat hervorgegangen. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel als notwendige Voraussetzung der sozialistischen Entwicklung hat die Möglichkeit eines raschen Anwachsens der Produktivkräfte ermöglicht. Der Apparat des ArbeiterInnenstaates hat unterdessen eine völlige Entartung durchgemacht, wobei er sich von einem Werkzeug der ArbeiterInnenklasse zu einem Werkzeug der bürokratischen Gewalt gegen die ArbeiterInnenklasse verwandelt hat. Die Bürokratisierung eines rückständigen und isolierten ArbeiterInnenstaates und die Verwandlung der Bürokratie in eine allmächtige privilegierte Kaste sind die überzeugendste – nicht nur theoretische, sondern praktische – Widerlegung der Theorie des Sozialismus in einem Lande.

So schließt die Herrschaftsform der Sowjetunion bedrohliche Widersprüche ein. Aber sie bleibt immer noch die Herrschaftsform eines entarteten ArbeiterInnenstaates. Das ist die soziale Diagnose.

Die politische Prognose stellt sich als Alternative: entweder beseitigt die Bürokratie, die immer mehr zu einem Organ des Weltimperialismus in dem ArbeiterInnenstaat wird, die neuen Eigentumsformen und wirft das Land in den Kapitalismus zurück; oder die ArbeiterInnenklasse stürzt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus.“ (1)

Bevor wir auf Trotzki's Analyse näher eingehen, wollen wir kurz einige Schwierigkeiten darstellen, die uns bei seinen Arbeiten begegnen.

Womit beginnen?

Erstens hat sich seine Analyse im Laufe der Entwicklung des Stalinismus selbst verändert. Anders als wir hatte er es nicht mit einem fertigen Phänomen zu tun, sondern mit einer komplexen, im Werden begriffenen Erscheinung. Daher ändern sich auch Trotzki's Positionen zur stalinistischen Bürokratie und seine politisch-programmatischen Schlussfolgerungen.

Zweitens ist Trotzki wie alle großen marxistischen TheoretikerInnen zugleich Revolutionär, Politiker, Praktiker im besten Sinne des Wortes. Seine Analyse erarbeitet er im Kontext der polemischen Auseinandersetzung, der damit einhergehenden Zuspitzung einzelner Punkte und in praktischer, revolutionärer Absicht. Ein bürgerlicher, anschauernder Marxismus ist ihm fremd.

Die dritte und wichtigste Schwierigkeit liegt im widersprüchlichen Wesen nicht nur des Stalinismus, sondern des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus selbst begründet. Der bleibende Wert von Trotzki's Beitrag zum Verständnis der Sowjetgesellschaft und des Stalinismus liegt gerade darin, den Ausgangspunkt der Betrachtung richtig zu wählen.

Entgegen etlichen zeitgenössischen und heutigen Vorwürfen, die Trotzki's Theorie als „historisch befangen“ erklären, die seine Konzeption des degenerierten ArbeiterInnenstaates zurückweisen, weil er „emotional“ an der Oktoberrevolution hänge (Cliff u. a.) und sich trotz Stalin von der SU nicht lösen könne oder umgekehrt wegen Stalin deren Entwicklungspotential übersehen hätte (z. B. Deutscher), ist bei Trotzki ein enormes Maß an Objektivität zu spüren. Sein Eintreten für die verbliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution und den revolutionären Sturz der Bürokratie hat – wie wir zeigen werden – nichts mit persönlicher Eitelkeit oder gar einer „Revanche an Stalin“ zu tun.

Nach einem vergleichenden Überblick über die soziale und politische Situation in der Sowjetunion 1935 wendet sich Trotzki der eigentlichen Analyse der Sowjetgesellschaft zu. Er beginnt dabei nicht bei Stalin, ja überhaupt nicht mit der Untersuchung einzelner Aspekte der frühen Sowjetunion, sondern mit grundlegenden Betrachtungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der sozioökonomische Charakter der Sowjetunion und der Stalinismus müssen aus den inneren Widersprüchen dieser Übergangsperiode erklärt werden. Dieser Methode bleibt Trotzki grundsätzlich treu. Das weist ihn als großen Vertreter des historischen Materialismus aus.

Er lehnt jede normative Herangehensweise ab. Es reicht, so Trotzki, nicht aus nachzuprüfen, ob ein ArbeiterInnenstaat oder jedes andere Phänomen der „Norm“, unseren Idealen entspricht.

„Das übliche Denken arbeitet mit solchen Vorstellungen wie Kapitalismus, Moral, Freiheit, ArbeiterInnenstaat usw. als festgelegten Abstraktionen, wobei es voraussetzt, dass Kapitalismus gleich Kapitalismus, Moral gleich Moral ist usw. Das dialektische Denken untersucht alle Dinge und Erscheinungen in ihrer unablässigen Veränderung, wobei es in den materiellen Voraussetzungen dieser Veränderungen jene kritische Grenze bestimmt, jenseits derer ‚A‘ aufhört ‚A‘ zu sein, ein ArbeiterInnenstaat aufhört, ein ArbeiterInnenstaat zu sein.

Der grundlegende Fehler des üblichen Denkens liegt darin, dass es sich mit bewegungslosen Eindrücken der Wirklichkeit zufrieden gibt, die aus ewiger Bewegung besteht. Durch weitere Annäherungen, Berichtigungen, Konkretisierungen gibt das dialektische Denken Vorstellungen einen reicheren Inhalt und größere Anpassungsfähigkeit (...).“ (2)

Trotzki verdeutlicht das anhand eines Vergleiches mit Gewerkschaften:

„Die geschichtliche Entwicklung hat uns mit den unterschiedlichsten Gewerkschaften bekannt gemacht: kämpferischen, reformistischen, revolutionären, reaktionären, liberalen und katholischen. Anders verhält es sich mit dem ArbeiterInnenstaat. Diese Erscheinung beobachten wir zum ersten Mal. Daher resultiert die Neigung, die UdSSR ausschließlich unter dem Blickwinkel der Normen des

revolutionären Programms zu betrachten. Indessen ist der ArbeiterInnenstaat eine objektive geschichtliche Tatsache, auf die verschiedene geschichtliche Kräfte einwirken und die, wie wir sehen, in vollen Widerspruch zu den ,traditionellen Normen' geraten ist.“ (3)

Hier und an anderer Stelle verweist er darauf, dass wir wenig gewonnen haben, wenn wir einfach eine Idealvorstellung des ArbeiterInnenstaates mit dem Phänomen Sowjetunion vergleichen und zur Schlussfolgerung gelangen, dass sie diesem Modell nicht entspricht.

Die wissenschaftliche Charakterisierung hat immer auch programmatische und politische Konsequenzen. Ist die Sowjetunion nur ein anderer, totalitärer, imperialistischer Staat, würde daraus z. B. im Krieg gegen das faschistische Deutschland eine defaitistische Haltung des Proletariats folgen.

Hinter der Charakterisierung degenerierter ArbeiterInnenstaat steht für Trotzki jedoch, dass die Sowjetunion trotz der Monstrosität der Stalin'schen Herrschaft noch immer auf der Enteignung der Bourgeoisie gründet, dass sich keine neue Kapitalistenklasse an die Macht geschwungen hat und dass eine ArbeiterInnenrevolution gegen Stalin diese Aufgabe nicht erneut erfüllen muss. Daher traten die TrotzkiInnen vor dem und

im Zweiten Weltkrieg für die Verteidigung der Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland und für den Sieg der UdSSR ein.

Revolutionäre Klasse

Trotzki versucht, das Problem des Übergangs im Anschluss an Marx, Engels und Lenin sowohl theoretisch zu erschließen wie auch historisch –

in der Analyse der Entwicklung der Sowjetunion. In seinen Arbeiten greift

Trotzki die wichtige Erkenntnis des Marxismus auf, dass der Übergang zur

klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, nur über die politische

Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse möglich ist.

Sie ist die einzige gesellschaftliche Kraft, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess zur vollständigen Umwälzung der

Gesellschaft, zur Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung

fähig ist. Der gesellschaftliche Charakter der kapitalistischen

Produktionsweise schafft die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit, das Leben der

Menschen bewusst zu gestalten und jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung zu

überwinden.

Möglich ist das aber nur, wenn sich die Arbeitenden, die den Reichtum der Gesellschaft schaffen, dieser Notwendigkeit

bewusst werden. Das passiert nicht spontan. Das Proletariat ist vielmehr selbst in der Warenwirtschaft verhaftet, es ist von chauvinistischen, sexistischen, usw. Vorurteilen geprägt, die sie an die bestehende Gesellschaft fesseln.

Damit diese Klasse wirklich revolutionär wird und einen konsequenten Kampf für ihre eigene Emanzipation führen kann, muss gegen alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung agiert werden. Es bedarf dazu des Kampfes gegen bürgerliches und kleinbürgerliches Bewusstsein und jede Form unterdrückerischen Verhaltens unter den Ausgebeuteten. Nur durch die Verbindung von Kampf, Organisation und Bewusstsein wird das Proletariat befähigt, den revolutionären Sturz des bestehenden Ausbeutungssystems herbeizuführen und dem Marktwahnsinn der Profitwirtschaft ein Ende zu bereiten. Das ist die notwendige Vorbedingung, damit die Potenzen der Gesellschaft zur freien und allseitigen Entfaltung aller Menschen genutzt werden können. Es gibt nur eine Gesellschaftsformation, in der das möglich ist: die kommunistische, das Ziel der proletarischen Revolution.

Diese Erkenntnis muss zusammen mit einem weiteren wichtigen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Revolution verarbeitet werden. Beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus konnte

sich die
entstehende Bourgeoisie auf eine lange historische Phase der
Entwicklung
kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Schoße der
Feudalgesellschaft
stützen. Schon lange bevor die Aristokratie ihre politische
Macht verlor und
diese an die Kapitalistenklasse abzutreten gezwungen war,
begannen die
bürgerliche Produktionsweise, das Vordringen von
Geldwirtschaft und Manufaktur,
die feudale Produktionsweise von innen zu zerstören.

Wie Engels zu Recht feststellt, war die Umwälzung der
politischen Verhältnisse, die Zerstörung der feudalen Ordnung
nicht einfach ein
„Nachvollzug“ des ökonomischen Voranschreitens, sondern
notwendig, um die neue
Produktionsweise von den feudalen Fesseln zu befreien. Dem/r
KönigIn musste der
Kopf abgeschlagen werden. Die neuen gesellschaftlichen
Verhältnisse mussten
über die Landesgrenzen ausgedehnt werden – und sei es mit den
Bajonetten der
napoleonischen Armee.

In den bürgerlichen Revolutionen gelangte die Bourgeoisie
auf Basis der Mobilisierung der Volksmassen an die politische
Macht. Auch dort,
wo es der Feudalaristokratie gelang, diese wieder zu erlangen,
wo die
Revolutionen scheiterten und die Exekutivgewalt in den Händen
der
konterrevolutionären Aristokratie blieb, war an eine
Restauration des

gesellschaftlichen Systems des Feudalismus nicht mehr zu denken. Der Kapitalismus und erst recht das Fabrikssystem hatten die Mauern der alten Ordnung zu diesem Zeitpunkt schon so gründlich zerstört, dass der ehemals herrschenden Klasse nur übrig blieb, sich mit der Kapitalistenklasse zu arrangieren und, wie z. B. in Deutschland oder der Habsburger Monarchie, die rasch wachsende Angst der BürgerInnen vor dem sich bildenden Proletariat zu einem möglichst großzügigen Arrangement für KaiserIn, KönigIn und JunkerIn zu nutzen.

In jedem Fall aber blieb die kapitalistische Produktionsweise die vorherrschende, weil sie schon in der Feudalgesellschaft ihre historische Überlegenheit gezeigt hatte, weil sich die Bourgeoisie mit ihrer Entwicklung zur herrschenden Klasse bereits auf ein überlegenes, bürgerliches System der Produktion und Distribution stützen konnte.

Die Bedeutung der politischen Machtergreifung

Die ArbeiterInnenklasse kann sich jedoch vor der revolutionären Machtergreifung auf kein solches System stützen. Der Kapitalismus entwickelt zwar die Voraussetzungen des

Kommunismus und seine inneren Widersprüche drängen notwendig zum Sturz dieser Klassengesellschaft – aber im Kapitalismus entwickelt sich keine zukünftige sozialistische Produktionsweise.

Die Kapitalistenklasse entwickelte sich organisch aus Geldwirtschaft, Handel und Handwerk im Feudalismus. Sie konnte ihre ökonomische Vorherrschaft, lange bevor sie zur politisch herrschenden Klasse wurde, auf der Grundlage einer neuen, historisch überlegenen Produktionsweise vorbereiten, die sich neben der und gegen die feudale Produktionsweise entwickelte.

Die Kapitalistenklasse entwickelte sich aus den Zwischenklassen, Mittlerinnen der Feudalgesellschaft, nicht aus der unterdrückten Produzentenklasse der Leibeigenen, Hörigen oder abhängigen Bauern/Bäuerinnen. Sie entwickelte sich aus dem Kampf der Stadt gegen das Land, aus dem Kampf neu entstehender Mittelklassen, die sich oft selbst aus ehemaligen, entflohenen Leibeigenen rekrutierten. So war es möglich, dass sie sich nach der politischen Machtergreifung bereits auf die ökonomische Vorherrschaft stützen konnte.

Für das Proletariat besteht diese Möglichkeit nicht. Gerade weil die kapitalistische Produktionsweise auf der Ausbeutung

der Arbeiterinnen
und Arbeitern als Klasse von LohnarbeiterInnen basiert, die
Mehrwert und Kapital
produzieren, kann diese Klasse nicht im Rahmen der
bürgerlichen Gesellschaft
ihre eigene Produktionsweise schaffen. Sie muss vielmehr
zuerst ihre
gesellschaftliche Stellung zur politischen Machtergreifung
nutzen, zur eigenen
Klassenherrschaft gelangen, um auf dieser Grundlage die
Gesellschaft gründlich,
bewusst und planmäßig umzugestalten. Nach der Machtergreifung
muss sich die
ArbeiterInnenklasse nicht nur mit der bürgerlichen
Konterrevolution
auseinandersetzen, sie kann nur über die bewusste Umwälzung
der vom
Kapitalismus übernommenen Verhältnisse zur klassenlosen
Gesellschaft
voranschreiten.

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtische Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: jeder nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedem/r nach seinen/ihren Bedürfnissen.“ (4)

Der Sturz der bürgerlichen Herrschaft erfordert eine

bewusste Klassenführung, erfordert ein Bewusstsein von der Aufgaben der Klasse.

Nach der Revolution wird die Frage des Bewusstseins der Klasse nicht weniger

bedeutend. Das Proletariat kann nach Marx' Auffassung den Staat nicht einfach

„abschaffen“, wie die AnarchistInnen glauben, es muss vielmehr für eine Periode

des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus selbst die Staatsmacht ausüben,

um sich gegen die innere und äußere bürgerliche Konterrevolution zu verteidigen

und diese zu unterdrücken.

„Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt eine Periode der revolutionären Umwälzung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (5)

Welchen Staat braucht das Proletariat?

Schon vor der Revolution von 1848 vertraten Marx und Engels die Auffassung, dass die ArbeiterInnenklasse die politische Macht erringen müsse, um ihre ökonomische Befreiung erwirken, um Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen und schließlich den Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft ebnen zu können. Das kommt auch im Kommunistischen Manifest zum Ausdruck: *„Wir sahen schon oben, dass der erste Schritt in der ArbeiterInnenrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.“ (6)*

Welche Staatsform zur Befreiung des Proletariats notwendig sei, was mit dem schon existierenden Staatsapparat geschehen müsse – das war damals noch nicht mit Inhalt gefüllt. Doch schon die Errichtung der bonapartistischen Diktatur Napoleons III. 1851 in Frankreich führte Marx und Engels zu wichtigen neuen Erkenntnissen in Bezug auf den Staat. Der bürgerliche Staat ist nicht einfach eine Institution, die der Herrschaft jeder beliebigen Klasse – egal ob ausbeutend oder nicht – dienen kann.

Im Gegenteil, er dient in jeder Form – egal ob als parlamentarische Demokratie oder als Diktatur, ob als Republik oder Monarchie – der Aufrechterhaltung und Befestigung der Macht des Bürgertums. Das trifft selbst dann zu, wenn VertreterInnen des Proletariats z. B. die Mehrheit im Parlament hätten, da das eigentliche Machtzentrum des Staates nicht bei den Abgeordneten, sondern im Staatsapparat selbst liegt, bei der Bürokratie, der Justiz vor allem bei Armee und Polizei.

Das Proletariat kann daher die bürgerliche Staatsmaschine, so die Schlussfolgerung von Marx und Engels, nicht einfach übernehmen. Sie muss vielmehr zerbrochen oder, wie sich Lenin in „Staat und Revolution“ ausdrückt, zerschlagen werden. In einem berühmten Brief an Ludwig Kugelmann vom 12. April 1871 macht Marx seine Auffassung besonders deutlich:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wird Du finden, dass ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“ (7)

Genau das, so Marx, habe die Kommune im Unterschied zu allen Revolutionen vor ihr gemacht. Sie hat nicht mehr den bestehenden Staatsapparat einfach übernommen, ihre Leute auf hoch dotierte Bürokratenposten gesetzt und ihnen damit ermöglicht, sich über jene zu stellen, die sie in diese Position gebracht haben. Sie hat den Staatsapparat sozusagen vom Himmel auf die Erde geholt – indem sie ihn zerschlagen und durch einen völlig neuartigen „Staat“, die Kommune, ersetzt hat.

Die Kommune wurde durch Abgeordnete gebildet, die in den Bezirken von Paris durch allgemeines Stimmrecht gewählt wurden. Das Besondere dabei war erstens, dass diese ihren WählerInnen jederzeit verantwortlich und von diesen absetzbar waren. Anders als in der bürgerlichen Gewaltenteilung üblich, waren gesetzgebende und ausführende Tätigkeit in einer Körperschaft vereint. Zweitens durften alle Mitglieder der Kommune und Ausführende sonstiger öffentlicher Tätigkeiten nicht mehr als einen ArbeiterInnenlohn beziehen, um dem im bürgerlichen Staat üblichen Karrierismus vorzubeugen.

Alle öffentlichen Funktionen, die auch unter der Herrschaft des Proletariats notwendig sind, wurden in die direkte Selbstverwaltung der arbeitenden Bevölkerung überführt. Sie verwirklichte auf ihre Art den „schlanken Staat“ – ohne MinisterialbeamtenInnen, HofrätInnen und tausende andere HonoratiorenInnen, die das „Wohl der Allgemeinheit“ vor allem zum Mittel ihrer eigenen Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit machen.

Gleich im ersten Dekret, das die Kommune erließ, räumte sie auch entschlossen mit der bewaffneten Macht des alten Staatsapparats auf. Das stehende Heer wurde abgeschafft und durch die Bewaffnung des ganzen Volkes ersetzt. Ebenso wurden alle RichterInnen und sonstigen JustizbeamtenInnen ihrer scheinbaren Unabhängigkeit entkleidet und sollten wie alle übrigen Ämter gewählt, verantwortlich und jederzeit absetzbar sein.

Die Diktatur des Proletariats

Die Kommune ging natürlich auch daran, die geistigen Hilfsmächte der alten Ordnung, vor allem den Klerus, in die Schranken zu weisen und Symbole des Kaiserreichs, der Reaktion und des Chauvinismus zu zerstören. Die Religion wurde aus den Schulen verbannt und Grundbesitz und sonstige kommerzielle Unternehmungen der Kirche wurden enteignet. Die Siegestsäule

Napoleons und die als Sühne für die Hinrichtung Ludwigs XVI. errichtete Bußkapelle wurden geschliffen, die Guillotine öffentlich verbrannt.

Nicht zuletzt ging auch die Kommune in den wenigen Wochen ihres Bestehens daran, in die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse einzugreifen. Mietschulden der ArbeiterInnen wurden für nichtig erklärt und die Nachtarbeit bestimmter Berufe wie der BäckerInnen verboten. Am 16. April wurde eine statistische Erfassung der von den Unternehmern stillgelegten Fabriken und die Ausarbeitung von Plänen für ihren Betrieb und ihre Leitung durch in Kooperativen vereinigte Arbeiter und Arbeiterinnen begonnen.

In nur wenigen Wochen hatte die Kommune, getragen vom arbeitenden Paris, für das Interesse der Massen mehr geleistet als sämtliche bürgerliche WeltverbessererInnen der Geschichte zusammen. Zweifellos hatte auch die Kommune ihre Schwächen. Sie hatte es versäumt, rechtzeitig der bürgerlichen Konterrevolution in Versailles militärisch entgegenzutreten, bevor diese ähnliche Versuche in großen französischen Städten niederschlagen und schließlich das Pariser Proletariat im Bürgerkrieg niedermachen konnte. Sie hatte es versäumt, solche grundlegenden ökonomischen Maßnahmen wie die Beschlagnahme der Bank von Frankreich durchzuführen und damit der bürgerlichen

Konterrevolution ein wichtiges Machtmittel zu entreißen.

Doch all das ändert nichts an der weltgeschichtlichen Bedeutung dieser ersten Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse, dieser ersten Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Geschichte. Auf den ersten Blick erscheint es seltsam, diese demokratischste aller Demokratien, die direkte Selbstverwaltung der arbeitenden Bevölkerung als Diktatur zu bezeichnen. Doch das ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Entgegen den bürgerlichen ApologetInnen erkennen wir, dass jeder demokratische Staat in seinem Kern eine Diktatur ist. Der bürgerliche Staat – egal welche Partei auch an seiner Spitze steht und welche Herrschaftsform er annimmt – bleibt immer ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft und des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also ein Instrument zur Diktatur der herrschenden Klasse, des Kapitals, über die von ihr ausgebeutete Klasse, die ArbeiterInnenklasse.

In der Diktatur des Proletariats verkehrt sich die Diktatur einer winzigen Minderheit über die große Mehrheit der Bevölkerung in jene der überwältigenden Mehrheit über die Minderheit, um deren Ausbeutung und Unterdrückung national wie weltweit zurückzudrängen. Wenn wir hier von Diktatur sprechen, anerkennen wir, dass der ArbeiterInnenstaat einen

bewussten Kampf
gegen Unterdrückung und Ausbeutung führen muss. Um dabei
erfolgreich zu sein,
stützt er sich – wie die Kommune – auf die weitestgehende
Demokratie (tagtäglich
und nicht bloß alle vier Jahre) in Form eines Räteresystems.
Dies ist die
Herrschaftsform des ArbeiterInnenstaates für die
Übergangsperiode zum
Sozialismus, während der in der Gesellschaft der
Klassenwiderspruch (etwa in
Form des Kleinbürgertums) noch existiert.

Während die Bourgeoisie wie alle ausbeutenden Klassen die
Unterdrückten zu täuschen versucht, indem sie den
Klassencharakter des
bürgerlichen Staats und der Demokratie leugnet, haben
KommunistInnen nichts zu
verbergen. Uns geht es darum, den Arbeitern und Arbeiterinnen
politische
Klarheit zu vermitteln. Wir treten offen für unsere
Auffassungen ein. Wir
bezeichnen den Staat der Übergangsperiode als Diktatur, weil
er wie jeder Staat
ein Herrschaftsinstrument einer Klasse gegen eine andere ist
und weil wir aus
allen bisherigen Versuchen des Sturzes des Kapitalismus
wissen, dass wir ein
solches Instrument zum Kampf gegen die bürgerliche
Konterrevolution brauchen.
Wer die proletarische Diktatur ablehnt, ist in Wirklichkeit
gezwungen, weiter
die Diktatur der KapitalistInnen zu dulden.

Schon wenige Tage nach der Niederlage der Kommune, am 30.

Mai, präsentierte Marx vor dem versammelten Generalrat der Internationalen ArbeiterInnenassoziation, die später als die Erste Internationale in die Geschichte eingehen sollte, die Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (MEW Bd. 17, S. 313–365). Dort legt er erstmals die wesentlichen Schlussfolgerungen über die Pariser Kommune nieder.

„Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, dass sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis ist dies: Sie war wesentlich eine Regierung der ArbeiterInnenklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und Täuschung. Die politische Herrschaft des/r ProduzentIn kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner/ihrer gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und der Klassenherrschaft ruht.“ (8)

Mit der Kommune war endlich die Form gefunden, durch die die bürgerliche Staatsmaschinerie in der proletarischen Revolution zu ersetzen ist
– ein Ziel jedes wirklich sozialistischen Programms, das sowohl durch

sozialdemokratische wie durch stalinistische Staatsgläubigkeit fast verloren ging.

Anders als der bürgerliche Staat ist die Kommune eine Staatsform, die in dem Maß, wie der Aufbau des Sozialismus im internationalen Maßstab voranschreitet, die, je mehr die Klassengegensätze planmäßig überwunden werden, selbst aufhört, ein Staat, ein Mittel einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen zu sein. Gerade weil die Kommune einen Mechanismus darstellt zur Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft (jederzeitige Wahl- und Abwahl öffentlicher FunktionärInnen, ArbeiterInnengehalt), ist sie eine Staatsform, die schon die Möglichkeit des Absterbens des Staates in sich trägt.

Mit ihr – nicht mit den stalinistischen Imitationen des bürgerlichen Staates – ist der Übergang zur klassenlosen Gesellschaft und damit zur Überwindung des „ganzen Staatsplunders“ (Engels) möglich. Lenin und die Bolschewiki knüpften an diese Tradition von Marx und Engels an. In seiner Schrift „Staat und Revolution“ greift Lenin die Erkenntnis auf, nicht nur die Staatsmacht zu ergreifen, sondern auch die existierende bürgerliche Staatsmaschinerie zu zerschlagen und durch einen proletarischen Halbstaat zu ersetzen.

„Beamtentum und stehendes Heer, das sind die ‚SchmarotzerInnen‘ am Leib der bürgerlichen Gesellschaft, SchmarotzerInnen, die aus den inneren Widersprüchen, die diese Gesellschaft zerklüften, entstanden sind, aber eben ParasitInnen, die die Lebenssporen ‚verstopfen‘.“ (9)

Das Programm der Bolschewiki

Er schlägt daher in der Tradition der Pariser Kommune Maßnahmen vor, um die Herausbildung einer neuen Bürokratie und deren Verfestigung zu einer Kaste zu verhindern:

Erstens tritt er entschieden für die Wahl und jederzeitige Abwählbarkeit aller staatlichen FunktionärInnen ein; zweitens darf das Gehalt dieser FunktionärInnen den Lohn der ArbeiterInnen nicht überschreiten; drittens sollen die Aufsichts- und Kontrollfunktionen unter allen Mitgliedern der Gesellschaft rotieren, so dass für eine begrenzte Zeit jede/r „BürokratIn“ wäre – und somit niemand lebenslang BürokratIn werden kann.

Zweifellos haben die Bolschewiki schon zu Lebzeiten Lenins von diesem Programm viele Abstriche machen müssen. Sie haben, um die russische Revolution zu verteidigen, sogar in vielen Fällen zu ganz und gar dem Programm entgegengesetzten Maßnahmen greifen müssen. Deutlich wird das z. B. im Fall der Gründung der Roten Armee.

Wollte man einen normativen Maßstab an die Russische Revolution und die Sowjetunion anlegen, so müsste man die Oktoberrevolution vom ersten Moment der Machtergreifung an für gescheitert erklären. Die AnarchistInnen tun das konsequenterweise – in totaler Verkennung und Ignoranz gegenüber den inneren Widersprüchen der Übergangsperiode. Für die AnarchistInnen und Ultralinken löst sich die Frage im Endeffekt in der Losung nach sofortiger Umsetzung bestimmter programmatischer „Marotten“ auf. Schaffen wir den Staat ab – dann hat sich alles gelöst. Dasselbe trifft auf die frühen ultralinken KritikerInnen zu. Warum wird das Geld, wird der Warentausch nicht einfach „abgeschafft“? Warum gehen die Bolschewiki gegen die Kronstädter Matrosen vor? Verletzt das nicht alles die Reinheit der Revolution und ihrer „Prinzipien“?

Das Problem der Übergangsperiode besteht aber gerade darin, dass wir es hier mit einem Widerstreit zweier gesellschaftlicher Prinzipien – dem Wertgesetz und bewusster gesellschaftlicher Planung, der alten bürgerlichen Gesellschaft und der zukünftigen sozialistischen – zu tun haben. Die Übergangsgesellschaft ist – anders als Sozialismus und Kommunismus – keine eigene Gesellschaftsformation, sie ist vielmehr ein Übergangsregime, wo sich die alte, bürgerliche Produktionsweise und die neue, erst embryonal vorhandene sozialistische einen Kampf auf Leben und Tod liefern.

Die übernommenen, mehr oder weniger starken bürgerlichen Elemente können nur auf Basis einer Entwicklung der Produktivkräfte, die weit höher als die des fortgeschrittensten Kapitalismus ist, überwunden werden. Auch bei günstigen inneren und äußeren Umständen (und die lagen in der frühen Sowjetunion nicht vor) kann das zur Macht gekommene Proletariat das Wertgesetz nicht einfach „abschaffen“. Es muss vielmehr die gesellschaftlichen Bedingungen, und das bedeutet u. a. ein bestimmtes Niveau der Vergesellschaftung der Produktion, herstellen, um diesen Schritt auch real durchführen zu können. Ansonsten wird sich das Wertgesetz nur blind zur Geltung bringen.

Wurzeln der Stalinisierung

Ein typisches Beispiel ist der in den stalinistischen Staaten florierende Schwarzmarkt, der überall dort wucherte, wo die offizielle Produktion nicht ausreichte und Engpässe existierten. Ein historisches Beispiel für einen Kompromiss mit den gesellschaftlichen Bedingungen stellt die Zulassung von Marktmechanismen im Zuge der Neuen Ökonomischen Politik 1922 dar, als der Staat nicht fähig war, den Bauern/Bäuerinnen im Tausch für ihre landwirtschaftlichen Produkte Maschinen anzubieten, und diese daher wenig Anreiz zur Produktion hatten, solange sie ihre Produkte nicht

verkaufe konnten,
sondern an den Staat abliefern mussten.

Trotzki beschreitet auf dieser Linie einen grundsätzlich
anderen Weg als die AnarchistInnen und Ultralinken, einen
grundsätzlich anderen
Weg als alle normativen AnalytikerInnen. Er erklärt die
bürokratische Entartung
der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion mit der
Rückständigkeit und
der internationalen Isolierung des Landes, dem Ausbleiben der
internationalen
Revolution.

*„Die revolutionäre Nachkriegskrise führte jedoch nicht zum
Sieg des Sozialismus in Europa: Die Sozialdemokratie rettete
die Bourgeoisie. Die Periode, die Lenin und seine erfahrenen
KampfgenossInnen als eine kurze ‚Atempause‘ (gemeint ist der
Frieden von Brest-Litowsk und die Phase unmittelbar danach; d.
A.) erschien, dehnte sich auf eine ganze historische Epoche
aus. Die widersprüchliche gesellschaftliche Situation der
UdSSR und der ultra-bürokratische Charakter ihres Staates sind
direkte Folgen dieser einzigartigen, ‚unvorhergesehenen‘
historischen Stockung, die gleichzeitig in den
kapitalistischen Ländern zum Faschismus oder zur
präfaschistischen Reaktion führte.“ (10)*

Die Rückständigkeit der Sowjetunion (und in diesem Sinne die
Problematik jedes Landes, das „selbstständig“ den Weg zum
Sozialismus
einschlagen wollte) drückt sich in inneren
Klassenwidersprüchen aus, den
gegensätzlichen Interessen von Proletariat und Bauern-
/Bäuerinnenschaft, in der

Rückständigkeit der Produktivkräfte und damit in der Unmöglichkeit, Preise, Geld, Wert usw. einfach abzuschaffen. Aus dieser inneren Widersprüchlichkeit erklärt Trotzki den Aufstieg der Bürokratie in der frühen Sowjetunion.

„Scheiterte der anfänglich unternommene Versuch, einen vom Bürokratismus gereinigten Staat zu schaffen, vor allem an der Unerfahrenheit der Massen in der Selbstverwaltung und am Mangel von dem Sozialismus ergebenden, qualifizierten ArbeiterInnen, so tauchten schon sehr bald hinter diesen unmittelbaren Schwierigkeiten andere, tiefer liegende auf. Die Reduktion des Staats auf die Funktionen eines ‚Revisors und Kontrolleurs‘ bei ständiger Verminderung seiner Zwangsfunktionen, wie es das Programm fordert, setzt doch ein gewisses Maß von allgemeinem materiellen Wohlstand voraus. Gerade diese notwendige Voraussetzung aber fehlte. Die Hilfe des Westens blieb aus. Die Macht der demokratischen Sowjets erwies sich als hinderlich, ja, als unerträglich, als es darum ging, die für Verteidigung, Industrie, Technik und Wissenschaft unentbehrlichen privilegierten Gruppen zu versorgen. Auf Grund dieser keineswegs ‚sozialistischen‘ Operationen, ‚zehnen wegnehmen, um einem/r zu geben‘, kam es zur Absonderung und Vermehrung einer mächtigen Kaste von SpezialistInnen an der Futterkrippe.“ (11)

Die frühe Sowjetunion war aufgrund ihrer imperialistischen Umkreisung, des Bürgerkriegs und v. a. der ökonomischen Rückständigkeit gezwungen, die Entwicklung der Produktivkräfte voranzutreiben – nicht zuletzt, um den Gegensatz zwischen ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen, aber auch innerhalb der ArbeiterInnenklasse – überbrücken zu können.

Statt Überfluss und Reichtum wurde vor allem der Mangel vergesellschaftet – und wo Mangel herrscht, stellt sich die Notwendigkeit eines/r RegulatorIn der Verteilung ein, eines/r „SchiedsrichterIn“ über den Klassen. Diese Funktion nahm der Staat wahr. Das gesellschaftliche Gewicht, und damit auch die Bedeutung der Bürokratie, nahmen zu.

Bis zu einem gewissen Grad ist das eine innere Notwendigkeit (auch eines gesunden) ArbeiterInnenstaates. Aber die bürokratischen Tendenzen führen beim Ausbleiben der internationalen Revolution zu einer inneren Entartung, zu einer politischen Konterrevolution – gegen Sowjetdemokratie, gegen die Partei, gegen den Kommunismus. Trotzki greift dabei die Marx'sche Sicht auf, dass die Entwicklung zum Sozialismus nicht durch die automatische Entwicklung der Eigentumsverhältnisse garantiert wird. Anders als beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus haben sich im Kapitalismus keine überlegenen, sozialistischen Produktionsverhältnisse herausgebildet, die nach der Revolution den Weg zum Sozialismus unabhängig von bewusster menschlicher Tätigkeit, Lenkung – d. h. von ArbeiterInnendemokratie und Planung – sichern könnten.

In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus bedarf es einer als Staatsmacht organisierten

ArbeiterInnenklasse: der Diktatur des Proletariats. Doch was passiert, wenn die politische Herrschaft dem in Räten organisierten Proletariat entgleitet, wenn die revolutionäre Vorhut der Klasse liquidiert, wenn die politische Herrschaft des Proletariats zur Herrschaft der Bürokratie wird, wenn die revolutionäre Partei selbst entartet?

Der degenerierte ArbeiterInnenstaat

Es findet, so Trotzki, eine politische Konterrevolution statt. Während die ökonomischen Grundlagen der Oktoberrevolution (Verstaatlichung, Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol) weiter in Kraft sind, während das Wertgesetz noch nicht dominierender Regulator der Wirtschaft ist, wird die politische Macht bei der einstigen „Schiedsrichterin“ im Verteilungskampf des nachkapitalistischen Mangels konzentriert. Dadurch wird die Bürokratie aber noch nicht zu einer neuen herrschenden Klasse.

„Die Verstaatlichung von Grund und Boden, industriellen Produktionsmitteln, Transport und Verkehr bilden mitsamt dem Außenhandelsmonopol in der UdSSR die Grundlage der Gesellschaftsordnung. Diese von der proletarischen Revolution geschaffenen Verhältnisse definieren für uns im wesentlichen den Charakter der UdSSR als den eines proletarischen Staates.“
(12)

Die Bürokratie als herrschende Schicht reproduziert sich auf Grundlage dieser sozialen Verhältnisse, d. h. auf Grundlage der Enteignung der Kapitalistenklasse. Zweifellos erwachsen daraus soziale Privilegien, plündert die Bürokratie das gesellschaftliche Mehrprodukt und verteilt es nach ihren Interessen. Das macht sie zwar zu einer überaus repressiven und reaktionären Erscheinung, es macht sie jedoch zu keiner neuen herrschenden Klasse oder einer „kollektiven“ Kapitalistenklasse.

Die Bourgeoisie im Kapitalismus reproduziert sich über ihr Eigentum an den Produktionsmitteln, das sie innerhalb ihrer Klasse weiterreicht (vererbt). Zum/r KapitalistIn aufzusteigen, setzt eine Mindestmenge Kapital in eigenen Händen voraus. Zur Reproduktion der Klasse ist es keinesfalls notwendig, dass die KapitalistInnen die politische Macht persönlich ausüben. Das können sie ruhig bezahlten FunktionärInnen – bürgerlichen, kleinbürgerlichen, reformistischen PolitikerInnen – überlassen. In der Tat ist das gerade in den fortgeschrittenen bürgerlichen Staaten üblich.

Die herrschende Bürokratenkaste in der Sowjetunion und in den späteren stalinistischen Ländern Osteuropas, in China, Kuba usw. hat sich nicht so reproduziert. Die Macht des/r BürokratIn, vor allem aber die Reproduktion der Bürokratie als Gesamtheit war wesentlich politisch, über

Staats- und Parteifunktionen, über die Hierarchie einer politischen Institution vermittelt. Das drückt auch der Terminus Nomenklatura deutlich aus.

Fällt der/die BürokratIn aus der Rolle, gibt es innerhalb der Bürokratie politische Säuberungen, so kann ein/e BürokratIn seine/ihre gesellschaftliche Macht und Privilegien verlieren. Er/Sie besitzt kein Privateigentum, das er/sie an seine/ihre Kinder weiterreichen könnte. Er/Sie hat auch keine Verfügungsgewalt, sobald er/sie aus dem Kreis der politischen Macht verstoßen ist.

Das ist nicht nur individuelles Schicksal eines/r FunktionärIn, es ist ein Problem der gesamten Kaste. Sie kann sich auf keine besonderen Eigentumsformen stützen. Sie ist vielmehr gezwungen, mit ihren Methoden das staatliche Eigentum zu verteidigen.

„Der Versuch, die Sowjetbürokratie als eine Klasse von ‚StaatskapitalistInnen‘ hinzustellen, hält der Kritik sichtlich nicht stand. Die Bürokratie hat weder Aktien noch Obligationen. Sie rekrutiert, ergänzt, erneuert sich kraft einer administrativen Hierarchie, ohne Rücksicht auf irgendwelche, ihr eigenen Besitzverhältnisse. Der/Die einzelne BeamteIn kann seine/ihre Anrechte auf die Ausbeutung des Staatsapparates nicht weitervererben. Die Bürokratie genießt ihre Privilegien in missbräuchlicher Weise. Sie verschleiern ihre Einkünfte. Sie tut, als existiere sie gar nicht als besondere soziale Gruppe.“ (13)

Genau diese gesellschaftlich widersprüchliche Lage der Bürokratie bringt auch Isaac Deutscher in „Die unvollendete Revolution“ sehr gut zum Ausdruck. Die Einkünfte des Staatsapparates, der Parteihierarchie, der Militärs, der Managergruppen stammen aus dem Mehrprodukt der Arbeitenden. Das hat die Bürokratie mit jeder Ausbeuterklasse (nicht nur mit den KapitalistInnen) gemein.

„Aber was dieser sogenannten neuen Klasse fehlt, ist Eigentum. Sie besitzen weder Produktionsmittel noch Boden. Ihre materiellen Privilegien sind auf die Sphäre des Verbrauchs beschränkt. (...) Sie können ihren Nachkommen keinen Reichtum hinterlassen; das heißt, sie können sich nicht als Klasse verewigen.“ (14)

Auch die Darstellung, dass die Bürokratie als „kollektive“ Kapitalistin fungiere, lässt sich nur aufrechterhalten, wenn der Begriff des Kapitals vollkommen seiner wissenschaftlichen Bedeutung entleert wird. Kapitalismus bedeutet Produktion für Profit – und zwar immer wiederkehrende, fortgesetzte Aneignung von Mehrwert, seine Verwandlung in Profit und Wiederverwendung des angeeigneten Mehrwerts, um noch mehr Profit zu erwirtschaften. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos, rastlos, führt zu immer wiederkehrender Umwälzung und Revolutionierung der Produktion (wie auch der Zirkulationssphäre). Kapital ist sich selbst verwertender Wert, der/die

KapitalistIn ist Personifikation dieser Bewegung.

Diese rastlose, ständige Suche nach immer profitableren Anlagemöglichkeiten des Kapitals, dessen Zweck die Vermehrung abstrakten Reichtums ist (und nicht irgendein bestimmter Gebrauchswert), ist der Bürokratie fremd. Die Wirtschaft der UdSSR oder der DDR war nicht dadurch bestimmt oder getrieben, immer mehr Wert zu schaffen. Im Gegenteil: die Wirtschaftspolitik der Bürokratie war auf die Produktion bestimmter Gebrauchswerte ausgerichtet – wenn auch in erster Linie solcher, die ihrer eigenen Machterhaltung, ihren Konsumbedürfnissen und dem Druck der ArbeiterInnenschaft entsprachen.

Das Wertgesetz machte sich natürlich auf verschiedene Art und Weise auch in den degenerierten ArbeiterInnenstaaten geltend. Wie jede Übergangsgesellschaft waren sie von einem Wettstreit zwischen Planung und Wertgesetz gekennzeichnet, zwischen zwei verschiedenen gesellschaftlichen Systemen.

Der kapitalistische Weltmarkt wirkte ebenso ins Innere der Planwirtschaft, wie auch bestimmte, für die kapitalistische Ökonomie typische Formen – z. B. die Lohnform – erhalten blieben (und bis zu einem gewissen Grad aufrechterhalten werden mussten). Aber diese Formen waren

dem System der
(bürokratischen) Planung untergeordnet. Sie machten die herrschende Bürokratie zu keiner neuen Kapitalistenklasse, so sehr das manche/r FunktionärIn insgeheim vielleicht auch wollte.

Ebenso wenig konnte das vom Westen angestachelte Wettrüsten die internen Mechanismen der bürokratischen Planwirtschaft außer Kraft setzen, auch wenn es die sowjetische Wirtschaft zunehmend belastete. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, das Wettrüsten sowie die zunehmende Verschuldung trugen eindeutig zur Beschleunigung des Niedergangs der Wirtschaft der degenerierten ArbeiterInnenstaaten bei. Die lange wirtschaftliche Instabilität nach 1989 und die Schwierigkeiten bei der Wiedereinführung der Profitwirtschaft verdeutlichen jedoch, wie tief verankert die nachkapitalistische Produktionsweise nach wie vor war.

Die Monopolisierung der politischen Macht in den Händen der Bürokratie verleiht ihr auf Grundlage der nachkapitalistischen Verhältnisse zweifellos eine Machtfülle, wie es für die Bürokratie im Kapitalismus unüblich ist (und wie sie am ehesten in faschistischen oder staatskapitalistischen Regimes der halbkolonialen Welt, aber auf anderer, kapitalistischer Grundlage, anzutreffen ist).

Die Kontrolle über die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums darf daher nicht auf die Aneignung persönlicher Privilegien und Plünderung im Eigeninteresse von Partei- und StaatsfunktionärInnen eingeengt werden. Das ist ein, gerade für „sozialistische“ Staaten besonders abscheulicher Vorgang. Das politische Machtmonopol der Bürokratie bedeutet auch, dass die Wirtschaftsentwicklung von ihr kontrolliert wird, neue Vorhaben, die Verteilung des Reichtums auf verschiedene Sektoren, von ihren politischen Entscheidungen bestimmt werden.

Dies führt dazu, dass die Grundlagen der Planwirtschaft von innen unterhöhlt werden. Die Bürokratie ist nicht einfach eine schlechte Sachwalterin des Übergangs zum Sozialismus, ihre Herrschaft ist ein Hindernis, das – wird es nicht rechtzeitig durch eine ArbeiterInnenrevolution beseitigt – früher oder später zur Rekapitalisierung führt.

Die Bürokratie ist weder willens noch fähig, eine bewusste Lenkung der Wirtschaft in Richtung Sozialismus zu gewährleisten. Dazu ist eine funktionierende ArbeiterInnendemokratie unabdingbar. Hinzu kommt, dass die Herrschaft der Bürokratie gleichzeitig dazu führt, dass das Klassenbewusstsein des Proletariats, der noch immer gesellschaftlich herrschenden Klasse, mehr und mehr zerstört wird.

Der Staat der Bürokratie

Die politische Machtergreifung der Bürokratie bedeutet in der frühen Sowjetunion den Vollzug einer inneren politischen Konterrevolution.

Sie geht mit der Zerstörung aller Elemente des proletarischen Halbstaates, der Räte und räteähnlicher Strukturen, aller Formen der ArbeiterInnen- und Parteidemokratie einher.

Wie wir oben gesehen haben, war auch die frühe Sowjetunion gezwungen, im Interesse der Sicherung der Revolution auf bürgerliche Strukturen und Formen zurückzugreifen. Solche Schritte können auch für zukünftige Revolutionen nicht ausgeschlossen werden, wenn auch ihre weltgeschichtliche Dramatik geringer sein mag. Auch der revolutionärste ArbeiterInnenstaat kann, ja wird für eine bestimmte Phase gezwungen sein, auf bürgerliche Organe wie eine Bürokratie zurückzugreifen. Diese Schritte „prinzipiell“ abzulehnen, bedeutet in Wirklichkeit nur, die Notwendigkeit einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus, einer Diktatur des Proletariats, die organisierte Herrschaft der Mehrheit gegen die alten AusbeuterInnen abzulehnen.

Es stellt jedoch einen qualitativen Schritt dar, wenn sich die bürokratischen Auswüchse, die vom Proletariat notgedrungen

benutzten
bürgerlichen Organe in ein Vehikel der politischen
Machtergreifung einer
Staatsbürokratie verwandeln. Es ist kein Zufall, dass dieser
Prozess in der
Sowjetunion erst nach einem langen, für alle Oppositionellen,
vor allem aber
für genuine kommunistische InternationalistInnen vom Schlage
Trotzkis,
tödlichen Kampf abgeschlossen war.

Das Proletariat ist für Trotzki daher eine gleichzeitig
herrschende und unterdrückte Klasse:

„Wie soll sich unser politisches Gewissen nicht empören‘, sagen die Ultralinken, ‚wenn man uns glauben machen will, in der UdSSR, wo Stalin regiert, sei das ‚Proletariat‘ die ‚herrschende‘ Klasse ...?! In so abstrakter Form kann diese Behauptung tatsächlich ‚empören‘. Aber es ist doch so, dass abstrakte Kategorien, die für eine Analyse notwendig sind, für eine Synthese, die so konkret wie möglich sein soll, überhaupt nicht taugen. Das Proletariat in der UdSSR ist die herrschende Klasse in einem zurückgebliebenen Land, wo nicht einmal die elementarsten Lebensbedürfnisse befriedigt sind. Das Proletariat in der UdSSR herrscht in einem Land, das nur ein Zwölftel der Menschheit umfasst, über die übrigen elf Zwölftel herrscht der Imperialismus. Die Herrschaft des Proletariats, die schon aufgrund der Rückständigkeit und Armut des Landes missgestaltet ist, wird durch den Druck des Weltimperialismus doppelt und dreifach deformiert. Das Herrschaftsorgan des Proletariats, der Staat, wird zu einem Organ des imperialistischen Drucks (Diplomatie, Armee, Außenhandel, Ideen und Sitten). Historisch gesehen findet der Kampf um die Herrschaft nicht zwischen Proletariat und Bürokratie statt, sondern zwischen Proletariat und Weltbourgeoisie. Die

Bürokratie nimmt in diesem Kampf nur die Funktion eines Transmissionsriemens ein. (...) Der faschistischen und demokratischen Bourgeoisie reichen Stalins einzelne konterrevolutionäre Taten nicht aus; sie benötigt eine vollständige Konterrevolution in den Eigentumsverhältnissen und die Öffnung des russischen Marktes. Solange das nicht der Fall ist, hält sie den Sowjetstaat für feindlich. Und hat recht damit.“ (15)

Im Zuge ihrer politischen Machteroberung musste die Bürokratie einen ihren Bedürfnissen entsprechenden Staatsapparat, einen seiner Form, seinem Typus nach bürgerlichen schaffen. Trotzki verweist in seinen Schriften mehrmals darauf. Er erkennt, dass der Staatsapparat in der Sowjetunion geradezu abstoßende Ähnlichkeit mit dem im Faschismus aufweist.

„Seine Entstehung verdankt der Sowjetbonapartismus letzten Endes der Verspätung der Weltrevolution. Dieselbe Ursache aber erzeugte in den kapitalistischen Ländern den Faschismus. Wir gelangen zu einer auf den ersten Blick überraschenden, doch in Wirklichkeit unabweislichen Schlussfolgerung: Die Erstickung der Sowjetdemokratie durch die allmächtige Bürokratie geht, ebenso wie die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie durch den Faschismus, auf ein und dieselbe Ursache zurück – die Verspätung des Weltproletariats bei der Lösung der ihm von der Geschichte gestellten Aufgabe. Stalinismus und Faschismus sind trotz des tiefen Unterschiedes ihrer sozialen Grundlagen symmetrische Erscheinungen. In vielen Zügen sind sie sich erschreckend ähnlich. Der Weltrevolution den Rücken kehrend hat die Stalin'sche Bürokratie auf ihre Weise recht: sie folgt lediglich ihrem Selbsterhaltungstrieb.“ (16)

Form und Inhalt

Der Widerspruch zwischen der Form des Staatsapparates und der ökonomischen Struktur der Gesellschaft ist keineswegs einzigartig in der Geschichte. Auch beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus finden sich lange Perioden, wo ein Widerspruch zwischen Staatsform und ökonomischen Verhältnissen zu finden ist. Engels verweist darauf z. B. im Anti-Dühring:

„Diesem gewaltigen Umschwung der ökonomischen Lebensbedingungen der Gesellschaft folgte indes keineswegs sofort eine entsprechende Änderung ihrer politischen Gliederung. Die staatliche Ordnung blieb feudal, während die Gesellschaft mehr und mehr bürgerlich wurde.“ (17)

Auch die ersten Monate nach der Oktoberrevolution, als die proletarische Diktatur über eine kapitalistische Wirtschaft herrschte, waren von einem solchen Widerspruch gekennzeichnet. Die Formel, dass der Charakter des Staates durch die Eigentumsverhältnisse, die vorherrschen, bestimmt sei, hilft uns also gerade in Übergangsperioden nicht weiter.

„Aber kennt die Geschichte nicht Fälle eines Klassengegengesatzes zwischen Staat und Wirtschaft? Sehr wohl! Als der Dritte Stand die Macht eroberte, blieb die Gesellschaft noch mehrere Jahre lang feudalistisch. Während der ersten Monate des Sowjetregimes herrschte das Proletariat

über eine bürgerliche Ökonomie. In der Landwirtschaft stützte sich die Diktatur des Proletariats mehrere Jahre lang auf eine kleinbürgerliche Wirtschaft (in erheblichem Maß ist das auch heute noch der Fall). Im Falle einer erfolgreichen bürgerlichen Konterrevolution in der UdSSR müsste sich die neue Regierung für eine längere Zeitspanne auf die nationalisierte Wirtschaft stützen. Was bedeutet dann aber ein derartiger zeitweiliger Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft? Er bedeutet Revolution oder Konterrevolution. Der Sieg einer Klasse über eine andere bedeutet doch, dass die Wirtschaft im Interesse des/r SiegerIn umgestaltet wird. Aber ein solcher zwiespältiger Zustand, der ein notwendiges Stadium jedes sozialen Umsturzes ist, hat nichts gemein mit der Theorie eines klassenlosen Staates, der wegen der Abwesenheit des/r wirklichen HerrIn von einem/r Kommis, d. h. der Bürokratie, ausgebeutet wird.“ (18)

Trotzki hat daher eine wesentlich dynamischere Sichtweise des Verhältnisses von Inhalt und Form des Staatsapparates.

„Die Klassennatur eines Staates ist folglich nicht durch seine politische Form, sondern durch den sozialen Inhalt bestimmt, d. h. den Charakter jener Eigentumsformen und Produktionsverhältnisse, die der jeweilige Staat schützt und verteidigt.“ (19)

Diese Definition hat zwei Vorteile. Erstens erlaubt sie den Widerspruch zwischen Form und Inhalt bzw. Funktion des Staatsapparates zu beachten. Zweitens ist die Betonung des „Schützens“ und „Verteidigens“ der Produktionsverhältnisse sehr viel dynamischer als z. B. die Aussage, der Charakter des Staates beruhe auf den vorherrschenden

Eigentumsverhältnissen.

Trotsky stellt damit die aktive, bewusste Rolle der Staatsmacht beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in Rechnung. Die Sicherung des Übergangs zum Sozialismus hängt somit von der Staatsmacht ab.

„Die bürgerliche Gesellschaft hat in ihrer Entwicklung oft das politische Regime und die bürokratischen Kasten gewechselt, ohne ihre sozialen Grundlagen zu ändern. Gegen eine Wiederherstellung der Leibeigenschaft und des Zunftwesens schützte sie die Überlegenheit ihrer Produktionsweise. Die Staatsmacht konnte die kapitalistische Entwicklung fördern oder hemmen, doch im Allgemeinen verrichteten die Produktivkräfte auf Grundlage des Privateigentums und der freien Konkurrenz ihr Werk selbständig. Hingegen sind die aus der sozialistischen Revolution hervorgegangenen Besitzverhältnisse unlösbar an den neuen Staat, ihren Träger gebunden. Die Vorherrschaft sozialistischer Tendenzen über die kleinbürgerlichen ist keineswegs durch den Automatismus der Wirtschaft gesichert – bis dahin ist es noch weit –, sondern durch politische Maßnahmen der Diktatur. Der Charakter der Wirtschaft hängt somit völlig von dem der Staatsmacht ab.“
(20)

Für Trotsky ergeben sich aus der Analyse der Bürokratie und ihrer Herrschaft zwei Alternativen: proletarische politische Revolution oder Restauration des Kapitalismus.

Auch zur Restauration des Kapitalismus sieht er zwei Wege: Sturz durch eine offen bürgerliche Partei; die Wandlung der (Spitze der) Bürokratie zur herrschenden Klasse. In beiden Fällen geht die

Eroberung der
Staatsmacht durch eine konterrevolutionäre Partei, die
politischer Ausdruck
einer (neu) entstehenden herrschenden Klasse ist, der
Umwandlung der Wirtschaft
in eine kapitalistische voraus!

Nach 1989 haben wir beide Wege erlebt, teilweise in
Mischform. In den beiden folgenden Artikeln werden wir uns
sowohl der Expansion
wie dem Untergang des Stalinismus zuwenden.

Konterrevolutionäres Wesen des Stalinismus

Trotzki erkennt durchaus an, dass die stalinistische
Bürokratie aufgrund des Drucks anderer Klassenkräfte zu
partiellen progressiven
Maßnahmen fähig war. Er nahm auch zur Kenntnis, dass das auch
die territoriale
Expansion mit einschließen konnte. Diese analysierte er am
Beispiel Finnlands
und Polens. Im Gegensatz zu den stalinistischen ApologetInnen
erkannte er
jedoch den widersprüchlichen Charakter dieser Ausdehnung des
degenerierten
ArbeiterInnenstaates, die in ihrer Gesamtheit in die
konterrevolutionäre
Politik Stalins eingebettet war. Trotzki verdeutlicht das am
Hitler-Stalin-Pakt, der Teilung Polens, die mit der Umwälzung
der
Eigentumsverhältnisse in Ostpolen einherging.

„Die ihrem Charakter nach revolutionäre Maßnahme der ‚Expropriation der AusbeuterInnen‘ wird im vorliegenden Fall auf militärisch-bürokratischem Wege durchgeführt. Der Aufruf zur Selbsttätigkeit der Massen in den neuen Gebieten – und ohne einen solchen Appell, mag er auch noch so vorsichtig sein, kann das neue Regime nicht errichtet werden – wird zweifellos morgen von unbarmherzigen Polizeimaßnahmen unterdrückt werden, um der Bürokratie das Übergewicht über die aufgerüttelten revolutionären Massen zu garantieren. Das ist die eine Seite der Sache. Doch gibt es auch eine andere. Um über ein militärisches Bündnis mit Hitler die Möglichkeit einer Okkupation Polens zu schaffen, hat der Kreml lange die Massen der UdSSR und der ganzen Welt getäuscht und täuscht sie weiterhin. Damit hat er den völligen Zerfall seiner eigenen Komintern heraufbeschworen. Das wichtigste Kriterium der Politik ist nicht die Umwandlung des Eigentums auf dem einen oder anderen Teilterritorium, wie wichtig es an und für sich auch sein möge, sondern der Wandel der Bewusstheit und Organisiertheit des internationalen Proletariats und die Steigerung seiner Fähigkeit, alte Errungenschaften zu verteidigen und neue zu machen. Unter diesem allein entscheidenden Gesichtspunkt aufs Ganze gesehen ist die Politik Moskaus nach wie vor reaktionär und bleibt das Haupthindernis auf dem Wege zur internationalen Revolution.“

(21)

Trotzkis Verständnis des konterrevolutionären Charakters der Bürokratie und ihrer Politik schloss die generelle Einschätzung der herrschenden Kaste als Krebsgeschwür, als Totengräberin des ArbeiterInnenstaates ein. Diese Prognose hat sich mit dem Fall des Stalinismus bestätigt.

Wie viele RevolutionärInnen vor ihm unterschätzte er jedoch

den Zeitrahmen, in dem sich die theoretische Vorhersage praktisch bewahrheiten sollte. Trotzki ging davon aus, dass die Bürokratie als herrschende Kaste den Zweiten Weltkrieg nicht überleben würde. Er war sich sicher, dass der Kreml entweder von der faschistischen Konterrevolution oder von der proletarischen politischen Revolution zu Fall gebracht würde. Wie wir wissen, traf diese kurzfristige Prognose nicht ein. Der Stalinismus überlebte den Weltkrieg und konnte sein Herrschaftsgebiet, sein Prestige, seine Macht ausdehnen.

Diese Expansion des Stalinismus und die ab Ende der 1940er Jahre stattfindende Etablierung einer konterrevolutionären Nachkriegsordnung hatte die revolutionäre Vierte Internationale nicht vorhergesehen. Sie verwirrte die Kader politisch und führte zu einer Revision der Analyse Trotzki durch die Hauptströmungen dieser Tendenz, zur politischen Degeneration und zur organisatorischen Zersplitterung.

Die politische Revolution

Trotzki's Programm im Kampf gegen den Stalinismus wandelte sich in den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens. In den 1920er Jahren vertrat die Linke Opposition in der UdSSR einen Kurs der Reform des ArbeiterInnenstaates, den Kampf um die Wiederbelebung der

Partei- und Sowjetdemokratie, den Kampf um einen umsichtigen Ausbau des staatlichen Plans und den Kampf um einen klaren, internationalistischen Kurs der Sowjetunion und der Komintern.

Die politischen Niederlagen der Kommunistischen Internationale begünstigten Stalins Aufstieg und stärkten die Bürokratie. Auf den ersten Blick ist das paradox. Es wird jedoch verständlich, wenn wir uns die soziale Situation in den 1920er Jahren vor Augen halten. Die sowjetische ArbeiterInnenklasse und ihre Avantgarde waren durch den Bürgerkrieg und die ökonomischen Verwerfungen des Kriegskommunismus ermattet, der revolutionäre Elan der Klasse verringert.

Gleichzeitig war die Partei gezwungen, auf wirtschaftlichem Gebiet mit der Neuen Ökonomischen Politik einen umfassenden taktischen Rückzug anzutreten, um angesichts des Ausbleibens der Revolution im Westen die Produktion v. a. im Agrarsektor wieder anzukurbeln.

Zweifellos wurde dieser Prozess durch ökonomische Regularien (Einpersonenleitung in den Betrieben) und falsche politische Maßnahmen (Fraktionsverbot) begünstigt. Es wäre jedoch ganz und gar idealistisch, die Degeneration der russischen Revolution und die politische Machtergreifung der

Bürokratie aus diesen Fehlern, aus Maßnahmen der politischen Führung erklären zu wollen. Die Wurzeln liegen viel tiefer: in der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, in den inneren Klassenwidersprüchen, dem sozialen Bedarf nach einer Bürokratie.

Das Proletariat und die Masse der Bauern/Bäuerinnen sind oder werden passiv. Die Bürokratie – z. T. aus ExpertInnen und FunktionärsträgerInnen des alten Regimes rekrutiert, zum Teil aus Partei- und ArbeiterInnenkadern – erscheint als das tätige, aktive Element der Sowjetgesellschaft. Was am Beginn als funktionaler Unterschied erscheint, die Übernahme einer bestimmten gesellschaftlichen Funktion des Leitens, verfestigt sich mehr und mehr zu einem sozialen Unterschied.

Es ist kein Zufall, sondern notwendiges Element des Aufstiegs der Bürokratie, dass sie mit der revolutionären Tradition der Oktoberrevolution theoretisch und praktisch brechen muss.

Theoretisch vollzieht sie das in der Abwendung vom Internationalismus. Die Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Land ersetzt die Ausrichtung auf die Internationalisierung der Revolution.

Praktisch vollzieht sich das über die Unterordnung der Interessen des Weltproletariats unter jene der Kremlbürokratie

– zuerst, in
China, noch tastend, später mit der Volksfrontpolitik in
Frankreich, dem
Hitler-Stalin-Pakt, der Liquidierung der Spanischen Revolution
dann ganz offen
konterrevolutionär.

Die Herrschaft der Bürokratie kann keine Opposition dulden,
schon gar keine linke. Die Moskauer Prozesse sind ein
notwendiges Element des
Stalinismus, nicht einfach „Fehler“ oder „Exzesse“.

Die Bürokratie muss gestürzt werden!

All das führt Trotzki zu einer zentralen programmatischen
Schlussfolgerung: Die herrschende Kaste muss vom Proletariat
durch eine neue
politische Revolution hinweggefegt werden. Ansonsten sind die
Errungenschaften
der Oktoberrevolution früher oder später vollständig verloren.
Die Herrschaft
der Bürokratie ist keine lange Phase der Weltgeschichte,
sondern eine nicht
notwendige Episode.

*„Der neue Aufschwung der Revolution in der UdSSR wird ohne
jeden Zweifel unter dem Banner des Kampfes gegen die soziale
Ungleichheit und die politische Unterdrückung beginnen. Nieder
mit den Privilegien der Bürokratie! Nieder mit dem
Stachanowsystem! Nieder mit der Sowjetaristokratie und ihren
Rangstufen und Orden! Angleichung der Löhne für alle Arten der
Löhne!*

Der Kampf für die Freiheit der Gewerkschaften und der Fabrikkomitees für die Presse- und Versammlungsfreiheit wird sich weiterentwickeln zum Kampf um das Wiedererwachen und die Entfaltung der Sowjetdemokratie. Die Bürokratie hat die Sowjets als Klassenorgane durch den Schwindel der allgemeinen Wahl im Stile von Hitler/Goebbels ersetzt. Es ist notwendig, den Sowjets nicht nur ihre freie demokratische Form, sondern auch ihren Klasseninhalt wiederzugeben. So wie früher die Bourgeoisie und die KulakInnen nicht zu den Sowjets zugelassen waren, ebenso müssen jetzt die Bürokratie und die neue Aristokratie aus den Sowjets verjagt werden. In den Sowjets ist nur Platz für die VertreterInnen der ArbeiterInnen, der KolchosarbeiterInnen, der Bauern/Bäuerinnen und der roten SoldatInnen.

Die Demokratisierung der Sowjets ist undurchführbar ohne die Zulassung von sowjetischen Parteien. Die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen selbst werden durch ihre freie Stimmabgabe zeigen, welche Parteien sowjetisch sind.

Reorganisation der Planwirtschaft von oben bis unten gemäß dem Interesse der ProduzentInnen und KonsumentInnen! Die Fabrikkomitees müssen die Kontrolle der Produktion wieder übernehmen. Die demokratisch organisierten Konsumgenossenschaften müssen die Qualität der Erzeugnisse und ihre Preise kontrollieren.

Neuorganisierung der Kolchosen in Übereinstimmung mit dem Willen der KolchosbewohnerInnen und nach ihren Interessen!

Die konservative internationale Politik der Bürokratie muss der Politik des proletarischen Internationalismus Platz machen. Die ganze diplomatische Korrespondenz des Kreml muss

veröffentlicht werden. Nieder mit der Geheimdiplomatie!

Alle von der thermidorianischen Bürokratie inszenierten politischen Prozesse müssen unter den Bedingungen vollständiger Öffentlichkeit und freier Erforschung überprüft werden. Die OrganisatorInnen der Fälschungen müssen ihre verdienten Strafen erhalten.

Ohne den Sturz der Bürokratie, die sich durch Zwang und Fälschung hält, kann dieses Programm nicht verwirklicht werden. Nur die siegreiche revolutionäre Erhebung der unterdrückten Massen kann die Sowjetherrschaft erneuern und ihre Weiterentwicklung zum Sozialismus sichern. Allein die Partei der IV. Internationale ist in der Lage, die sowjetischen Massen zum Aufstand zu führen.

Nieder mit der bonapartistischen Bande des Kain Stalin! Es lebe die Sowjetdemokratie! Es lebe die internationale sozialistische Revolution.“ (22)

Trotzki verdeutlicht in seiner Analyse, dass die Degeneration der Sowjetunion und die Durchsetzung des Stalinismus aus der historischen Situation erklärbar sind, diese jedoch weder unabwendbar noch organisch aus der Oktoberrevolution entstanden. Vielmehr waren die Rolle der internationalen ArbeiterInnenbewegung, das Ausbleiben der internationalen Revolution sowie die Niederlage der RevolutionärInnen und der Linksoption im innerparteilichen Kampf entscheidend für die Entwicklung.

Der Stalinismus ist nicht Ergebnis der Ideen von Marx, Engels, Lenin und Trotzki. Er ist vielmehr die Verkehrung dieser Ziele in ihr Gegenteil. Die Entwicklung des Stalinismus zeigt, gegen welche Schwierigkeiten und Gefahren wir auf dem Weg zum Kommunismus anzukämpfen haben. Ohne revolutionäre Kritik am Stalinismus wird es keine kommunistische Revolution geben – ohne revolutionäres Ziel ist die Kritik am Stalinismus irrelevant.

Endnoten

(1) Trotzki, Die Todesagonie des Kapitalismus und Aufgaben der Vierten Internationale (Übergangsprogramm).

(2) Trotzki, In Verteidigung des Marxismus, Seite 78.

(3) Trotzki, Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?, in: Schriften 1.2., S. 1127.

(4) Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 21.

(5) Marx, ebda., S. 28.

(6) Marx, Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 381.

(7) Marx, Brief an Kugelmann, 12. April 1871, MEW 33, S. 205.

(8) Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 343.

(9) Lenin, Staat und Revolution, Lenin Werke 25, S. 420.

(10) Trotzki, Verratene Revolution, S. 751/752, in:
Schriften 1.2.

(11) Trotzki, a. a. O., S. 752/753.

(12) Trotzki, a. a. O. S. 952.

(13) Trotzki, Verratene Revolution, S. 954

(14) Deutscher, Die unvollendete Revolution, S. 67 f.

(15) Trotzki, Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?,
a. a. O.

(16) Trotzki, Verratene Revolution, S. 979.

(17) Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 97.

(18) Trotzki, Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?,
a. a. O., S. 1123/24.

(19) Ebda., S. 1120.

(20) Trotzki, Verratene Revolution, S. 954.

(21) Trotzki, Die UdSSR im Krieg, Trotzki: Schriften über Russland 1.2, S. 1292.

(22) Trotzki, Die Todesagonie des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale (Übergangsprogramm).

Die Expansion des Stalinismus nach 1945

Workers Power/Irish Workers Group, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019 (Erstveröffentlichung 2001)

Die Existenz der Sowjetunion als degenerierter ArbeiterInnenstaat bis in die 1990er Jahre kann nur durch eine Analyse der Expansion des Stalinismus seit Ende des Zweiten Weltkriegs erklärt und verstanden werden. Die durch diese Expansion aufgeworfenen theoretischen und politischen Probleme haben unter all jenen, die sich auf den Trotzkiismus berufen, eine tiefe programmatische Verwirrung verursacht.

Diese Verwirrung rührte zum Teil oder zur Gänze von der Unfähigkeit her, Trotzki's Analyse des Stalinismus unter den Bedingungen des Krieges und seiner Folgen weiterzuentwickeln.

Seit Beginn der 1920er Jahre hatte Trotzki immer wieder die allgemeinen Widersprüche skizziert, die zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg drängten. Er erkannte völlig richtig, dass die USA aus dem Ersten Weltkrieg viel stärker hervorgegangen waren als sowohl die siegreichen wie die besiegten Imperialismen Europas. Damals glaubte Trotzki, dass ein neuer Krieg aus dem gescheiterten Versuch einer Nachkriegsexpansion der USA entstehen würde; ein Scheitern, das aus der Unfähigkeit, genug aus der ruinierten Wirtschaft Europas zu akkumulieren, und aus dem Widerstand Frankreichs und Großbritanniens, zu Halbkolonien der USA degradiert zu werden, herrührte. (1)

Der entscheidende Anstoß, der Trotzki zu einer Konkretisierung seiner Analyse und einer Diskussion über die Geschwindigkeit, mit der sich der Krieg nähern würde, zwang, war Hitlers Machtergreifung 1933.

(2) Weil das Schicksal des Stalinismus untrennbar mit der Entwicklung des Imperialismus und der ArbeiterInnenklasse verknüpft war, zog Trotzki eine Reihe von Schlüssen hinsichtlich des Schicksals der KremlherrInnen,

falls der erwartete Krieg Wirklichkeit werden sollte.

Trotzki argumentierte, dass der imperialistische Krieg und die ihn begleitenden revolutionären Aufstände die stalinistische Bürokratie hinwegfegen würden. Entweder würde sie direkt dem Ansturm des Imperialismus – unter Beihilfe restaurativer Kräfte in der UdSSR – unterliegen, oder eine Reihe erfolgreicher proletarischer Revolutionen in Europa, hervorgerufen durch den Krieg, würde zu einer politischen Revolution in der Sowjetunion führen und die Kreml-Bürokratie zerstören. (3)

Als strategische Prognose behielten Trotzki's Formulierungen ihre Gültigkeit. Die reaktionäre, utopische Politik der von den StalinistInnen praktizierten „Entspannung“, der „friedlichen Koexistenz“ führte unvermeidlich zur Zerstörung der vergesellschafteten Eigentumsverhältnisse. Diese Entwicklung hätte nur durch die politische Revolution der ArbeiterInnenklasse verhindert werden können.

Die unleugbare Tendenz in Richtung auf eine Zerstörung des Stalinismus wurde im Verlauf des Zweiten Weltkrieges jedoch durch eine Reihe konjunktureller Faktoren aufgehalten, die Trotzki nicht vorausgesehen hatte – und in einigen Fällen auch gar nicht voraussehen konnte.

Stalinismus und Klassenkampf nach dem Zweiten Weltkrieg

Es war die Spaltung innerhalb des Weltimperialismus, die seine Fähigkeit zu einer Offensive gegen die UdSSR schwächte. Der Charakter des imperialistischen Krieges selbst – blutige Auseinandersetzungen über die Aufteilung der Weltmärkte – brachte die Alliierten, die „demokratischen“ imperialistischen Nationen (v. a. Großbritannien und die USA) schließlich dazu, die stalinistische Bürokratie gegen die Achsenmächte zu unterstützen, um so ihre eigenen imperialistischen Ziele zu erreichen.

Die Niederlage der Achsenmächte und der mit ihnen verbündeten Bourgeoisien in verschiedenen Ländern wurde zu Kriegsende von breiten, antikapitalistischen Mobilisierungen begleitet. Dies bestätigte das objektiv vorhandene Potential für einen revolutionären Ausgang des Krieges, wie es Trotzki voraussah. In den Ländern der Achsenmächte (Bulgarien, Rumänien, Ungarn) zeigten sich nach der Niederlage der deutschen Truppen diese Ausbrüche am deutlichsten. So bemerkte zum Beispiel „The Economist“ am 7. 10. 1944, dass in ganz Thrakien und Mazedonien *„Soldatenräte gebildet worden sind, Offiziere abgesetzt, rote Fahnen aufgezogen und die Grußpflicht abgeschafft wurden.“* (4)

In Osteuropa trat die ArbeiterInnenklasse in der Tschechoslowakei am stärksten in den Vordergrund, als Fabrikkomitees, ArbeiterInnenräte und -milizen gegründet wurden. Eine

Doppelmachtsituation

existierte dort 1944/45 etliche Monate. Es dauerte ein ganzes Jahr, ehe die

Regierung es wagte, die ArbeiterInnenkontrolle in den Fabriken zu beschneiden.

(5) Auch in Deutschland gab es weitverbreitete ArbeiterInnenerhebungen,

insbesondere in Magdeburg und Halle. Es ist – sogar bei bürgerlichen

HistorikerInnen – mittlerweile zu einem Gemeinplatz geworden, dass die

Niederlage Hitlers in Frankreich 1944 für die ArbeiterInnenklasse äußerst

günstige Bedingungen hervorgerufen hatte, um die Staatsmacht zu ergreifen. (6)

Der im Krieg siegreiche imperialistische Block war selbst

unfähig, diese Bewegung zu zerschlagen. Der Imperialismus war gezwungen, sich

auf den Kreml und seine bewaffneten VertreterInnen zu stützen, um die wachsende

Zahl der ArbeiterInnenkämpfe einzudämmen. Der Einsatz der Roten Armee zur

gewaltsamen Beendigung der ArbeiterInnenkontrolle in den Fabriken war allgemein

verbreitet, insbesondere in Polen, Rumänien und Bulgarien. Im besiegten

Deutschland und in Österreich litt die ArbeiterInnenklasse noch viel schlimmer.

Viele ArbeiterInnenbezirke wurden terrorisiert; Wien wurde drei Tage hindurch

geplündert und verwüstet.

Der Fortbestand des Bündnisses von Westalliierten und UdSSR

hatte den Effekt, dass ein unmittelbarer Zusammenstoß zwischen

Stalinismus und Weltimperialismus aufgeschoben wurde. Diese unheilige Allianz gegen die ArbeiterInnenklasse nahm in Indochina ein besonders schlimmes Ausmaß an, als die StalinistInnen in führender Position in den Reihen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen mithalfen, deren Avantgarde abzuschlachten, und dem Imperialismus ein politisch gebrochenes Proletariat auslieferten.

In Griechenland machte sich die KP, in Übereinstimmung mit Stalins Anweisungen, eines ähnlichen Verrats schuldig. Die zwischen Stalin und Churchill in Moskau und von allen Alliierten in Jalta getroffenen Abkommen über „Einflusssphären“ hatten Indochina und Griechenland dem Imperialismus überlassen und Stalin war entschlossen, diese Abkommen auch einzuhalten.

Trotzki hatte in seiner Prognose immer darauf bestanden, dass die Vorbedingung für eine revolutionäre Zerschlagung der Sowjetbürokratie während des Krieges der Aufstieg der Vierten Internationale zur politischen Führungsmacht sei. Als der Krieg jedoch vorbei war und ArbeiterInnenkämpfe tatsächlich ausbrachen, befanden sich die Kader der Vierten Internationale in nahezu völliger Isolation, mit Ausnahme einiger bemerkenswerter Fälle – wie etwa in Indochina. Der Stalinismus in der UdSSR und anderswo war daher imstande

zu überleben, da den revolutionären Aufständen eine Führung fehlte, die fähig gewesen wäre, diese ebenso gegen die Bürokratie wie gegen den Kapitalismus zu lenken. Die Rolle des bewussten Faktors – der revolutionären Partei – in Trotzki's Prognose sollte niemals übersehen werden. Das Versagen dabei, seine Bedeutung zu erkennen, führte die Vierte Internationale schließlich dazu zu glauben, Stalinismus und Imperialismus könnten durch den „objektiven Prozess“, unabhängig vom Willen der Beteiligten, gestürzt werden. Diese Denkweise war Trotzki fremd.

Innere Faktoren

Das Fortbestehen der UdSSR und des Stalinismus in ihr kann nicht nur durch eine Reihe internationaler Faktoren erklärt werden. Wichtige interne Ereignisse müssen ebenso in Betracht gezogen werden. Der rasche und umfangreiche Aufbau einer Kriegswirtschaft enthüllte das fortschrittliche Potential geplanter Eigentumsverhältnisse in der UdSSR. Doch letztlich ist das Überleben der Sowjetunion dem heldenhaften Widerstand der großen Masse der Sowjetbevölkerung – mit an die 20 Millionen Kriegstoten – angesichts des Angriffes des deutschen Imperialismus geschuldet. Der Widerstand des Volkes gegen den Faschismus trotz der Tyrannei stalinistischer

Herrschaft erklärt sich
einerseits aus der ernüchternden Erfahrung mit der
faschistischen
Gewaltherrschaft in großen Gebieten im Westen der UdSSR und
durch die relative
Schwächung der bonapartistischen Staatsmaschinerie den Massen
gegenüber, welche
es ihnen erlaubte, ihre Selbstverteidigung gegen den deutschen
Imperialismus
verhältnismäßig frei von bürokratischer Unterdrückung (wie
etwa in Leningrad)
wirksam zu organisieren.

Wenn sich auch die Eigentumsverhältnisse der UdSSR gegenüber
den Attacken des Imperialismus als widerstandsfähig erwiesen,
so richtete der
Krieg dennoch unter den Produktivkräften der Sowjetunion
schwere Verwüstungen
an. Dies zeigte sich am dramatischsten in einer starken
Verknappung der
Akkumulation und einem absoluten Rückgang im Umfang der
Produktivkräfte.
Insgesamt wurden 31.850 Industriebetriebe zerstört, 65.000
Kilometer an
Eisenbahngleisen, 15.800 Lokomotiven und eine halbe Million
Güterwagen
vernichtet. Die Kohle- und Stahlproduktion fiel in den Jahren
1942/43 um
40–50 %. Sie erreichte erst 1946 wieder das Niveau von 1940.
Dazu kam noch
die Zerstörung von 4,7 Mill. Häusern, 1.710 Städten und 70.000
Dörfern! In der
Landwirtschaft war das Bild genauso düster. 98.000 Kolchosen
und 1.876
Staatsgüter waren zerstört. Sieben Mill. Pferde und 20 Mill.
Schweine (von

insgesamt 23 Millionen!) waren verloren. Im von Nazi-Deutschland besetzten Russland waren lediglich 3 % der Traktoren bei Kriegsende übrig geblieben.

(7)

Zentrifugale Tendenzen, die die planwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse untergruben, traten zwischen 1941 und 1944 immer mehr zutage. Die Schwerindustrie zum Beispiel litt stark darunter, dass ab 1941 die staatliche Produktionskostenunterstützung eingestellt und den einzelnen Trusts eine gewisse Autonomie verliehen wurde. Die Leichtindustrie war oft nur in lokalem Rahmen organisiert und in einigen Gebieten sogar auf reine Handwerksproduktion beschränkt. Auf dem Land erlebte die Kriegszeit ein beschleunigtes Tempo kapitalistischer Restauration in der Landwirtschaft mit der extensiven Entwicklung primitiver Kapitalakkumulation, die das soziale Regime in der UdSSR zu unterhöhlen drohte. Germain stellte dazu fest: *„Die Ergänzung zu der größeren Freiheit, die den reicheren Bauern und Bäuerinnen gewährt wurde, bestand in der Zunahme an drakonischen Maßnahmen, die gegen die ArbeiterInnenklasse in den Städten ergriffen wurden, um die Anforderungen des Krieges zu erfüllen.“* (8)

Gleichzeitig wurden die Privilegien der Bürokratie ausgebaut. Das Erbrecht wurde erweitert, die orthodoxe Kirche wieder in Amt und Würden eingesetzt und der Armee und der GPU (jetzt: NKWD) wurde die Unabhängigkeit von der Partei zugesprochen. Trotz dieser massiven Krise gelang es den Kreml-FührerInnen, ihre Herrschaft zu sichern und ein unerwartetes Ausmaß an Stabilität zu erreichen. Als zum Beispiel die

Belagerung von Leningrad durch die deutschen Truppen aufgehoben wurde, bemächtigte sich die GPU erneut der Stadt. Dies war nur aufgrund der Erschöpfung der ArbeiterInnenklasse möglich. Außerdem diente die dem Kreml von den Alliierten in Teheran und Potsdam gewährte Kriegshilfe der „lend-and-lease“-Programme dazu, die schlimmsten Auswirkungen der Krise in der Wirtschaft abzuschwächen. Als klar wurde, dass Hitler geschlagen werden würde, wurde die Kreml-Bürokratie von Angst vor den mächtigen restaurativen Kräften ergriffen, die sie selbst entfesselt hatte und die nun das Kollektiveigentum bedrohten. Ein neuer Fünfjahresplan (insgesamt der vierte), der auf eine Wachstumsrate von 10 % abzielte, wurde für 1945–1949 erstellt. Ende 1944 wurden groß angelegte Schauprozesse gegen IndustriemanagerInnen wegen angeblicher Veruntreuungen abgehalten und ab Ende 1945 begann in den offiziellen Erklärungen wiederum die Terminologie des „Marxismus-Leninismus“ den großrussischen Chauvinismus zu ersetzen, der während des Krieges kräftig gefördert worden war.

Schrittweise wurde die bonapartistische Staatsmaschine wieder aufgebaut, um die Interessen der Bürokratie gegenüber der Bedrohung ihrer Existenz seitens restaurativer Kräfte oder seitens des Proletariats zu behaupten. Einerseits schlug dieser Bonapartismus gegen die

Elemente der
Restauration auf dem Land, welche er selbst freigesetzt hatte,
los.
Gleichzeitig ging der Kreml jedoch gegen die
ArbeiterInnenklasse vor, die
während des Abwehrkampfes zur Verteidigung der UdSSR eine
wachsende
Unabhängigkeit von der Bürokratie gezeigt hatte. Das Überleben
der
stalinistischen Kaste war jedoch keine Angelegenheit, die im
nationalen Rahmen
entschieden werden konnte. Es war das internationale Szenario
am Kriegsende,
das für die Zukunft der BürokratInnen des Kreml entscheidend
war.

Ein formeller politischer und militärischer Kontakt zwischen
der UdSSR und den Alliierten wurde im Juli 1941 eingerichtet –
nur einen Monat,
nachdem die deutsche Invasion in der UdSSR den Hitler-Stalin-
Pakt abrupt
beendet hatte. Dieser Militärblock der Alliierten und der
UdSSR war jedoch
immer von beiderseitigem Misstrauen und Feindseligkeiten
durchsetzt. Auch das
erste Treffen der FührerInnen der „Großen Allianz“ Ende 1943
in Teheran war ein
erbittertes Geplänkel, bei dem die Sowjetunion die sofortige
Eröffnung einer
zweiten Front in Europa forderte. Die Westalliierten hatten de
facto die
Sowjetunion dabei alleingelassen, die volle Macht des
deutschen Imperialismus
im Osten aufzuhalten, während sie selbst sich auf die
Rückeroberung der an
Deutschland und Japan verlorenen Kolonien konzentrierten.

Obwohl die USA in Form des „lend-lease“ der Sowjetunion umfangreiche Hilfe zukommen ließen, bestand ihre Politik darin, Deutschland zu schlagen und ihren sowjetischen Verbündeten gleichzeitig ausbluten zu lassen. Als Beweis für die Aufrichtigkeit gegenüber seinen „demokratisch“-imperialistischen Verbündeten löste Stalin 1943 die Kommunistische Internationale formell auf – und löschte damit auch nur den bloßen Anschein einer Verpflichtung der internationalen Revolution gegenüber.

Diplomatische Manöver zwischen Stalinismus und Imperialismus

Zu Beginn des Krieges sprach sich die unter den FührerInnen des US-Imperialismus vorherrschende Meinung für eine völlige Kontrolle der USA über Europa aus. George F. Kennan, der führende außenpolitische Berater von Roosevelt und Kopf der politischen Planungsabteilung im Weißen Haus, erklärte 1942: *„Wir werden es unternehmen, das gesamte Kontrollsystem, das die Deutschen zur Verwaltung der europäischen Wirtschaft aufgebaut haben, zu übernehmen, wobei wir den Apparat aufrechterhalten, aber unsere eigenen Leute in Schlüsselpositionen darin einsetzen, um es zu leiten – und wir werden dann dieses System zur Ausführung welcher Politik auch immer, die wir in der unmittelbaren Zeit nach dem Krieg in Kontinentaleuropa anwenden, einsetzen.“* (9)

Die entscheidende Veränderung des Kräftegleichgewichtes zwischen den Imperialismen der Alliierten und denen der

Achsenmächte fand während des Jahres 1943 statt, als der Sieg der Alliierten immer sicherer schien. Der sowjetische Sieg bei Stalingrad und deren Vormarsch nach Osteuropa zwang die ImperialistInnen, mit der Verhandlungsstärke der Sowjetunion innerhalb des antideutschen Bündnisses fertigzuwerden. In Teheran wurde späteren Aufteilungen nach Kriegsende – mit Ausnahme einer allgemeinen Übereinkunft zur Aufteilung Deutschlands – nur wenig Beachtung geschenkt. Stalin sagte: *„Gegenwärtig gibt es keine Notwendigkeit, über irgendwelche sowjetischen Wünsche zu sprechen. Aber wenn die Zeit kommt, werden wir sprechen.“* (10)

Roosevelt verließ die Konferenz, davon überzeugt, dass der UdSSR nach dem Krieg einige taktische Zugeständnisse gemacht werden müssten.

Erst als die Niederlage Deutschlands sicher und die Rolle, die die UdSSR bei dieser Niederlage spielen würde, den USA klar war, wurden derartige taktische Konzessionen überhaupt in Erwägung gezogen. Roosevelt bekannte nach seiner Rückkehr von der Konferenz in Jalta im Januar 1945 vor einer Gruppe von SenatorInnen:

„Die Besatzungstruppen hatten die Macht in den Gebieten, wo ihre Waffen gegenwärtig waren, und die anderen konnten keine Entscheidung erzwingen. Die RussInnen hatten in Osteuropa die Macht. Der einzige praktische Weg war, was wir an Einfluss besaßen, zur Verbesserung der Situation zu benutzen.“ (11)

Sogar zu diesem Zeitpunkt der Schwäche machten die ImperialistInnen der UdSSR keine vorbehaltlosen Konzessionen.

Angesichts dieser Aussichten war der Kreml mit einigen akuten Problemen konfrontiert, die in der internationalen Politik einen Rechtsschwenk erforderten. Das Hauptproblem bestand in der wachsenden Flut einer antikapitalistischen Erhebung und ihrer Eindämmung in ganz Europa – einer Bewegung, die weitgehend außerhalb der Kontrolle der Sowjetbürokratie lag oder der Kontrolle der einheimischen StalinistInnen zu entgleiten drohte.

Aber die sowjetische Führung musste ebenso vor der strategischen Bedrohung seitens des anglo-amerikanischen Imperialismus auf der Hut sein. Wenn auch ein taktisches Bündnis mit diesem Block durch die Drohung des deutschen Imperialismus notwendig geworden war, so trat mit deren Abklingen die Drohung einer anglo-amerikanischen Aggression wieder in den Vordergrund. Es war für Stalin entscheidend, Schritte zur Vorbereitung gegen diese Bedrohung zu unternehmen.

Derartige taktische Zugeständnisse an den Kreml wurden von Teilen der herrschenden Klasse der USA abgelehnt. Der amtsführende Staatssekretär für den Großteil des Jahres 1945 war Joseph Grew, ein Kriegstreiber, der bereits im Dezember 1944 am Vorabend von Jalta behauptet hatte: *„Es wäre viel besser und sicherer, den Showdown zu haben, bevor Russland sich wieder erholen und seine gewaltige potentielle Militär-, Wirtschafts- und Territorialmacht entwickeln kann.“* (12)

Auf der Potsdamer Konferenz im Juni/Juli 1945 wurden die Details der Nachkriegsordnung abgestimmt. Während dieser Konferenz zündeten die USA in New Mexico die erste Atombombe. Die Existenz der Bombe sollte die Forderung des US-Imperialismus nach einem sowjetischen Vorgehen gegen Japan nach Einstellung der Kriegshandlungen in Europa überflüssig machen und das Kräfteverhältnis innerhalb der Alliierten zuungunsten der Sowjetunion verändern. Churchill zeigte sich – im Namen des britischen Imperialismus – entzückt über diese neue Waffe. Ehe die Nachrichten über seine Wahlniederlage im Juni ihn zur Abreise aus Potsdam zwangen, schrieb er: *„Wir haben jetzt etwas in den Händen, das das Gleichgewicht mit den Russen verändern wird. Das Geheimnis dieser Bombe und die Macht, sie zu verwenden, werden das diplomatische Gleichgewicht, das seit der Niederlage Deutschlands aus dem Lot geraten war, vollkommen verändern.“* (13) Dazu war Churchill noch entschlossen, die deutsche Armee als Bollwerk gegen die UdSSR unversehrt zu lassen.

Im Bewusstsein dieser potentiellen Bedrohung erkannte Stalin die unbedingte Notwendigkeit des schnellstmöglichen Wiederaufbaus der verwüsteten Wirtschaft, um sowohl im Inneren gegenüber der ArbeiterInnenklasse wie auch nach außen gegenüber der imperialistischen Gefahr seine Sicherheit zurückzugewinnen. Um auf den Kreml Druck auszuüben, wurde die „lend-lease“-Hilfe an die UdSSR im Juni 1945, unmittelbar vor Potsdam, eingestellt. Die USA verfolgten nun eine wesentlich härtere Linie hinsichtlich künftiger Reparationsleistungen. Beide Maßnahmen sollten dazu dienen, die UdSSR dafür zu bestrafen, dass sie die Grenzen des Abkommens von Jalta angeblich überschritten

hätte. Dementsprechend waren denn auch in Potsdam die Reparationsforderungen der springende Punkt, da Stalin fest dazu entschlossen war, Deutschland die Kriegskosten bezahlen zu lassen. Schließlich wurde in einem gemeinsamen Übereinkommen besiegelt, dass im von der UdSSR besetzten Gebiet jegliche Reparationsforderungen gewährleistet seien.

Stalinistische Wiederaufbaupolitik nach dem Krieg

Zieht man die entscheidende Bedeutung der vielfältigen Bedrohungen für die Existenz einer stabilen parasitären Kaste in der UdSSR und den internationalen Charakter dieser Schwierigkeiten in Betracht, so war das Überleben des Stalinismus untrennbar mit der politischen Konsolidierung seiner militärischen Expansion in Osteuropa verbunden. Die Expansion des Stalinismus war durch eine Reihe besonderer Eigenheiten gekennzeichnet.

Der Stalinismus fürchtete vor allem die Gefahr einer wirklichen proletarischen Revolution. Dementsprechend wurde die Ausweitung seines politischen Einflusses auf eine Weise erreicht, die die Interessen der ArbeiterInnenklasse denen der Bürokratie, und damit dem Imperialismus, unterordnete. Die reaktionäre, utopische Theorie des „Sozialismus in einem

Land“, das Glaubensbekenntnis der stalinistischen Bürokratie, führt programmatisch zur illusionären Strategie der globalen „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Die Interessen der ArbeiterInnenklasse wurden auf dem Altar dieser Strategie geopfert.

Unter außergewöhnlichen Umständen kann jedoch die „Entspannungsstrategie“ mit dem Kapitalismus auf Weltebene gemäß ihrer eigenen Logik zu dessen Abschaffung im lokalen Rahmen führen. Mit anderen Worten: Der allgemeine Wunsch, mit dem Privateigentum ein friedliches Nebeneinander zu ermöglichen, führt unter gewissen, örtlich beschränkten Umständen zur Abschaffung des Privateigentums, sobald sich dies für den Stalinismus als unvermeidbar erweist. Dies sollte das Endergebnis in den meisten Gebieten darstellen, welche die Sowjetunion bei Kriegsende besetzt hielt.

Aber diese Abschaffung des Kapitalismus findet nur dann statt, wenn das „Entspannungsverhältnis“ für die stalinistische Bürokratie äußerst unvorteilhaft geworden ist. Sie findet nur statt, um die „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus auf Weltebene auf einer festeren Grundlage wiederherzustellen. (14) Sie beweist keineswegs, dass der Stalinismus zu einem revolutionären Faktor geworden war.

Die ehemaligen „Achsen-Länder“ wie Bulgarien, Rumänien und Ungarn wurden zuerst und am härtesten getroffen – unmittelbar nach ihrer Besetzung wurden 70 % ihrer Industriemaschinen demontiert. In Ungarn wurden 1945 ca. 90 % der Industriekapazität in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau demontiert. In Rumänien wurde zwischen dem 23. August und dem 12. September 1944 Maschinerie im Wert von 2 Milliarden Dollar beschlagnahmt einschließlich der gesamten Kriegsmarine, des Großteils der Handelsflotte, der Hälfte der Eisenbahneinrichtungen und der Erdölindustrie. In Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden zwischen 15 und 25 % der Industriebestände abtransportiert. 60 große Industrieunternehmen wurden so allein im Sudetenland abgebrochen. Dazu kam noch, dass jährlich bis zu 30 % des Bruttonationalproduktes der besetzten Länder vom Kreml eingezogen wurden.

In der Theorie sollte diese „gemischte Wirtschaft“ zu gleichen Teilen aus Kapitalanteilen der Sowjetunion und der einheimischen Bourgeoisie gebildet werden. In Wirklichkeit war jedoch nur herzlich wenig von einer tatsächlichen russischen „Beteiligung“ zu sehen. So verschwanden denn unter diesem Deckmantel Unmengen an Rohstoffen und Energielieferungen in die UdSSR wie etwa das rumänische und iranische Erdöl, Bauxit aus Jugoslawien –

ohne entsprechende Gegenleistungen. (15)

Wir müssen uns an Trotzki's Warnung erinnern, dass die unstillbare Gier der Bürokratie und ihr Wunsch, ihre Privilegien und ihr Prestige über andere Territorien auszudehnen, ein Faktor bei jeder Expansion sein wird. Es wird jedoch immer nur ein nebensächlicher Faktor sein, da dies allein für den Stalinismus keinen ausreichenden Grund darstellt, sein Übereinkommen mit dem Imperialismus aufzukündigen, oder die Möglichkeit, eine ungewollte revolutionäre Aktion der unterdrückten Massen zu entfesseln.

In Osteuropa war die von der stalinistischen Bürokratie verfolgte politische Strategie bei Kriegsende – und das ihr zugrunde liegende Motiv – im Wesentlichen überall gleich. In jedem dieser Länder wurden die Niederlage und der Rückzug des deutschen Imperialismus von potentiell revolutionären Mobilisierungen der ArbeiterInnen in Stadt und Land und der Bauern/Bäuerinnen begleitet. Obwohl ihrer Ausrichtung nach antikapitalistisch, blieben die Massen ohne eine revolutionäre, trotzkistische Führung. Die Dominanz des einheimischen Stalinismus war von Land zu Land sehr verschieden, was die Avantgarde dieser Massenkämpfe angeht.

Die Tschechoslowakei war am Vorabend des Krieges das einzige

Land Osteuropas mit dem Anschein bürgerlicher Demokratie. Das ermöglichte es der KPTsch, relativ offen tätig zu sein. An ihrem Tiefpunkt hatte die KPTsch etwa 24.000 Mitglieder. Bei Wahlen war sie jedoch immer imstande, bis zu 450.000 Stimmen zu erzielen, auch wenn sie nur 12 % der Gewerkschaftsmitglieder kontrollierte. Sie überdauerte die deutsche Besetzung trotz scharfer Repression im Untergrund, um im Mai 1945 im tschechischen Teil allein mit einer Mitgliederzahl von 27.000 neu zu entstehen. Im Januar 1946 zählte sie bereits 1.159.164 Mitglieder.

Andererseits gab es die polnische KP, die unter den Säuberungen Stalins am meisten gelitten hatte. Sie war de facto liquidiert worden, 12 ihrer ZK-Mitglieder wurden hingerichtet. Als sie 1941, nach dem gewaltsamen Bruch des Hitler-Stalin-Paktes (in dessen Vorbereitung ihre Mitglieder von Stalin massakriert worden waren) wieder gegründet wurde, wies sie 1942/43 nur eine winzige Mitgliedschaft von 4.000 auf.

Doch letztlich wurde die Schwäche einiger stalinistischer Parteien durch die Kontrolle über die Staatsmacht durch die Rote Armee wettgemacht. Angesichts der sporadischen und von einander isolierten Widerstandsbewegungen in Osteuropa war die Hauptkraft bei der Vertreibung des deutschen Imperialismus die Rote Armee gewesen – d. h. der bewaffnete

Flügel der Kreml-Bürokratie. Seit 1944 wurde die Niederlage des deutschen Imperialismus von der gezielten Zerstörung der eigenständigen antifaschistischen und antikapitalistischen Bewegungen der osteuropäischen Massen durch die Rote Armee selbst begleitet. Überall beschützten die StalinistInnen die Herrschaft der Bourgeoisie in der Wirtschaft (in einigen Fällen führten sie sie neuerlich ein) und verhinderten die Enteignung des Privateigentums durch die ArbeiterInnen oder Bauern/Bäuerinnen. Dort, wo die ArbeiterInnen Fabriken besetzt und in eigene Leitung übernommen hatten, wurde die Verstaatlichung als ein Mittel benutzt, um ihnen die direkte Kontrolle über die Produktion wieder zu entziehen.

Molotows Warnungen an die bulgarische ArbeiterInnenklasse waren typisch für diese Zeiten: *„Wenn gewisse KommunistInnen ihr derzeitiges Verhalten beibehalten, werden wir sie zur Vernunft bringen. Bulgarien wird weiterhin unter seiner demokratischen Regierung und nach der derzeitigen Ordnung bleiben.“* (16) Hinsichtlich Bulgariens vermeldete das bürgerliche Blatt „Le Monde“ im Juni 1946 erfreut: *„Mehr noch, die Vaterländische Front war fähig, eine sichere Wirtschaftslage zu bewahren und die finanzielle Stabilität des Landes zu schützen.“*

Auch das „Genfer Journal“ hatte bereits einen Monat zuvor in Hinblick auf Ungarn gejubelt: *„Wo immer sie können, blockieren und opponieren die RussInnen eine/r Übernahme der großen Industrieunternehmen in ein neues staatliches System.“* In Rumänien wurde der Nazi-Kollaborateur und Erdölmagnat Tatescu

von der KP als Nationalheld gefeiert. Sogar der diskreditierte rumänische Monarch, König Michael I., wurde auf den Thron zurückgeholt und von Stalin ausgezeichnet. (17)

Wie auch in anderen besetzten Ländern Osteuropas besaß die deutsche Bourgeoisie z. B. in der Tschechoslowakei einen Großteil des Kapitals. 1945 befanden sich 60 % der Industrie und de facto das gesamte Finanzwesen in der Tschechoslowakei in deutschen Händen. Nach dem Abzug der faschistischen Besatzungsmacht errichteten die Arbeiterinnen und Arbeiter im ganzen Land ihre Kontrolle über die Produktion. Diese ArbeiterInnenräte bauten eine landesweite Verwaltungsstruktur auf, die anzuerkennen die Regierung Benes sich gezwungen sah. Kurz danach gab es bereits an die 10.000 landesweit organisierter ArbeiterInnenverwaltungen, die über 75 % der IndustriearbeiterInnen vereinten. Die Verstaatlichung der Betriebe und die schrittweise Einsetzung staatlicher FunktionärInnen als BetriebsleiterInnen war der einzige Weg – neben einer gewaltsamen Lösung –, um diese revolutionäre Situation zu entschärfen. (18)

Gleichzeitig gab es beträchtlichen Druck seitens der ArbeiterInnenklasse in Richtung auf eine Verstaatlichung, da die Meinung vorherrschte, dies würde das Ende kapitalistischer Ausbeutung bedeuten. Als Ergebnis dessen verfügten dann die Verstaatlichungsdekrete vom Oktober 1945, dass 62 % der ArbeiterInnenklasse in der Staatsindustrie beschäftigt sein würden – bei einem Anteil der verstaatlichten Industrie von

insgesamt nur 16 % aller Betriebe der Tschechoslowakischen Republik. Dies bedeutete nicht die Enteignung der gesamten Kapitalistenklasse durch die tschechischen ArbeiterInnen. Im Gegenteil, die KPTsch erklärte offen: *„Unter Verstaatlichung verstehen wir die Überführung des Eigentums Deutscher, Ungarn, der VerräterInnen und KollaborateurInnen in die Hände der tschechischen und slowakischen Nation.“* (19) Ein anderes Verstaatlichungsdekret war noch freimütiger, als es erklärte, dass die Unternehmen nach den Prinzipien des Geschäftswesens, der Betriebsunabhängigkeit, des Profits und des freien Wettbewerbs geführt werden sollten. (20)

Der diesbezüglich über jeden Verdacht erhabene bürgerliche Staatspräsident der ersten tschechischen Nachkriegsregierung, Benes, umriss diese Position klar in einem Interview mit dem „Manchester Guardian“ im Dezember 1945: „Die Deutschen übernahmen einfach die Kontrolle über alle wichtigen Industrien und über alle Banken (...) Auf diese Weise bereiteten sie automatisch das Wirtschafts- und Finanzkapital unseres Landes auf die Verstaatlichung vor. Diesen Besitz und die Banken wieder in die Hände tschechischer Privatleute zu übergeben oder ihn ohne beträchtliche staatliche Unterstützung und neue finanzielle Garantien zu konsolidieren, war einfach unmöglich. Der Staat musste eingreifen.“

1944–1947: Doppelmacht in Osteuropa

Auf Staatsebene diente die Rote Armee dazu, die Formen des mit der bürgerlichen Herrschaft verbundenen Verwaltungs- und Repressionsapparates zu stabilisieren oder wiederherzustellen: eine Zentralregierung in den Händen einer abgehobenen und nicht rechenschaftspflichtigen Exekutivgewalt; die innere und äußere Sicherheit in den Händen einer stehenden Armee zentral zusammengefasst – über und gegen die Masse der direkten ProduzentInnen. Angesichts des in hohem Grad verstaatlichten Charakters der Eigentumsverhältnisse in diesen Ländern und der daraus sich ergebenden Schwäche individueller RepräsentantInnen des Kapitals in der Wirtschaft war es für den Stalinismus besonders wichtig, mit den VertreterInnen der Bourgeoisie in führenden und entscheidenden Positionen Koalitionsregierungen zu bilden.

In Bulgarien fanden 1945 vermutlich 20.000 politische Hinrichtungen statt. Nichtsdestotrotz saß der populäre Führer der Agrarischen Volksunion, Nikola Petkow, in der Regierung. Im November fanden Wahlen statt – mit dem Ergebnis einer überwältigenden Mehrheit für die „Vaterlandsfront“, eine Koalition aus KP und bürgerlichen NationalistInnen unter Vorsitz des streng antikommunistischen Premiers Kimon Georgiew.

In Rumänien wurde die erste Regierung nach der Niederlage der Deutschen von der Nationalen Bauern-/Bäuerinnenpartei und den Nationalliberalen im September 1944 gebildet – mit dem

Justizminister

Patrascanu als einzigem Stalinisten im Kabinett. Die Machenschaften und die brutale Gewalt der Roten Armee in den folgenden Monaten zielten darauf ab, die zwei großen bürgerlichen Parteien (den „Nationalliberalen Block“) zu entfernen und durch eine Regierung der „Nationaldemokratischen Front“ (NDF) zu ersetzen, die aus der KP, den SozialdemokratInnen, der „Union der PatriotInnen“ und der „LandarbeiterInnenfront“ bestand. Eine derartige Regierung wäre dem Kreml sehr freundlich gesinnt gewesen. In dieser Periode diktierte der Beauftragte Moskaus, A. J. Wyschinski, dem rumänischen König den Ablauf der Ereignisse.

Schließlich wurde nach bewaffneten Demonstrationen im März 1945 eine Regierung der NDF etabliert, in der die NDF 17 MinisterInnen stellte – und drei Wirtschaftsministerien an einen Erdölmagnaten gingen, der auch als Außenminister fungierte. Diese Maßnahmen dienten dazu, die „demokratische“ Bourgeoisie einzubinden.

Ein ähnlicher Kampf fand auch in Polen statt: zwischen der im Londoner Exil ansässigen und von Großbritannien und den USA gestützten Gruppe polnischer NationalistInnen unter Führung des Chefs der Bauern-/Bäuerinnenpartei, S. Mikolajczyk, und dem sowjetisch unterstützten „Lubliner Komitee“. In jedem dieser Fälle dürfen die Säuberungen, Einschüchterungen und die Liquidation prominenter bürgerlicher

PolitikerInnen

nicht als eine vollkommene Eliminierung bürgerlicher Herrschaft verstanden

werden, sondern als Maßnahmen zur Zerschlagung bürgerlicher Parteien mit

starken Wurzeln und Anhang in der eigenen Bevölkerung und zu deren Ersetzung

durch andere bürgerliche Kräfte, die über eine zu geringe Basis verfügten, um

den Absichten des Kremls Widerstand leisten zu können, die aber gleichzeitig

dazu dienten, die Wirtschaft auch gemäß den Interessen der einheimischen

Bourgeoisie zu leiten – und die sogar auf die Hilfe des Imperialismus zählen

konnten.

In jedem dieser Länder war der Staatsapparat in der letzten Kriegsperiode mehr oder weniger im Zerfall begriffen gewesen. Während die stalinistische Bürokratie die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen davon abhielt, ihren eigenen neuen Staatsapparat – basierend auf demokratischen Räten und einer ArbeiterInnenmiliz – zu schaffen, und die Kontrolle der Bourgeoisie in der Wirtschaft wieder aufrichtete, blieben die Schlüsselstellen des aus seinen Ruinen wiederauferstandenen Staatsapparates fest im Griff der Roten Armee und ihrer jeweiligen politischen StellvertreterInnen und Verbündeten. M. Rákosi, Ungarns KP-Chef, sprach für alle seine Gesinnungsgenossen und -genossinnen in Osteuropa zu dieser Zeit: *„Es gab eine Position, deren Kontrolle von unserer Partei von der ersten Minute an beansprucht wurde. Eine Position, bei der die Partei nicht geneigt war, eine Postenverteilung welcher Art auch immer gemäß der Stärke der Parteien in der Koalition in Erwägung zu ziehen. (Diese Position) war die Staatssicherheit (...) Wir hielten diese Organisation vom ersten Tag ihrer Errichtung in unseren*

Händen.“ (21)

Doch es war Ungarn, wo die StalinistInnen die meisten Konzessionen in dieser Frage machen mussten. Die Koalition, die aus den Wahlen im Oktober 1945 hervorgegangen war, zerstritt sich heftig über die Besetzung der Ministerien. Schließlich sicherte Imre Nagy für die KP das Innenministerium, aber die Zuständigkeit für die Polizei musste an die KleinlandwirtInnenpartei abgetreten werden. Doch sonst behielten die stalinistischen KPen überall auch das Verteidigungsministerium – mit Ausnahme der Tschechoslowakei, was hier wiederum die relative Stärke der Bourgeoisie in diesem Lande widerspiegelte. Ebenso wurden überall die Schalthebel der bewaffneten Staatsmacht dazu benutzt, um GegnerInnen einzuschüchtern, Wahlen zu fälschen und die Politik in die gewünschten Bahnen zu lenken.

Das Ergebnis war eine Doppelmachtsituation in Osteuropa, die das Kräfteverhältnis zwischen der Weltbourgeoisie und der UdSSR widerspiegelte. Die politische Macht war zwischen dem Stalinismus und der Bourgeoisie geteilt. Die stalinistischen KPen besaßen das Monopol auf den Unterdrückungsapparat, aber die Bourgeoisie war in den politischen Überbau durch ihre Kontrolle der Staatswirtschaft einbezogen. Nirgendwo trat dies klarer an den Tag als in der Tschechoslowakei. Die deutschen Truppen waren erst sehr spät – im Mai 1945 –

endgültig aus Prag vertrieben worden. Die erste Nachkriegsregierung wurde aus einer Koalition von vier bürgerlichen Parteien und zwei bürgerlichen ArbeiterInnenparteien (der KP und den SozialdemokratInnen) gebildet. Unter ihnen erschien die KPTsch als die stärkste, die dementsprechend als erste unter den 22 Ministerien wählen konnte, die zu gleichen Teilen unter den Koalitionspartnerinnen verteilt werden sollten. Die KPTsch nahm sich das Innen-, das Informations- und das Landwirtschaftsministerium und überließ die Wirtschaftsministerien der Bourgeoisie.

Wenn wir diese Periode als Doppelmachtsituation definieren, können wir auch ihre Instabilität und ihre Entwicklung verstehen. In Osteuropa bestand die Doppelmacht aus einem Pakt zwischen dem Stalinismus und der Bourgeoisie. Dieser Pakt war für die Bourgeoisie dieser Länder notwendig, da sie geschwächt und von den stalinistischen KPen bei der Bewahrung des Privateigentums abhängig war. Er war notwendig für den Stalinismus, da die Bürokratie in den Jahren 1945–1947 das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufrechterhalten wollte, um ihr Abkommen mit dem Imperialismus zu erfüllen und dafür von den USA Wirtschaftshilfe zu erlangen. Die Doppelmacht war für den Stalinismus auch nötig, um die unabhängige Aktivität der ArbeiterInnenklasse zu zerschlagen. Trotzki nahm die Form einer derartigen Doppelmacht als Möglichkeit vorweg, als er die Erfahrungen der bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert heranzog: *„Die Spaltung der Staatssouveränität kündigt nichts Geringeres an als den Bürgerkrieg. Aber ehe die streitenden Parteien bis zum Äußersten gehen wollen – insbesondere, wenn sie das Eingreifen einer dritten Kraft*

befürchten – können sie sich für eine recht lange Zeit gezwungen sehen, ein System der Doppelmacht zu erdulden, ja sogar zu billigen.“ (22)

Die Koalitionsregierungen in Osteuropa von 1945 waren das Ergebnis der Billigung beider Parteien für die vorhandene Spaltung der Staatssouveränität. Diese Regierungen besaßen in unterschiedlichem Ausmaß bonapartistischen Charakter. Das war in geringerem Umfang dort der Fall, wo einheimische Bourgeoisie und Stalinismus wirkliche gesellschaftliche Kräfte repräsentierten (wie in der Tschechoslowakei), und wesentlich stärker dort der Fall, wo die neue Regierungsform nur auf geringe bodenständige Grundlagen verweisen konnte wie etwa im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands.

Die Fähigkeit des Stalinismus, die Doppelmachtsituation nach 1948 zu lösen, ohne den Bürgerkrieg heraufzubeschwören, erklärt sich aus seiner Dominanz innerhalb dieser Regierungen. Denn Doppelmacht heißt nicht, dass beide Seiten notwendigerweise gleich stark sein müssen. Die Präsenz sowjetischer Truppen und der in Osteuropa errichtete Polizeiapparat bedeuteten, dass die Unterdrückungsmaschinerie sich ausschließlich in den Händen der stalinistischen Bürokratie befand. Sie war daher imstande, diese Macht zu benutzen, um die Doppelmacht sozusagen auf „stille“ Weise aufzulösen, als der Weltimperialismus

gegen sie vorzugehen begann.

Volksfront und bürgerliche ArbeiterInnenregierungen

Aufgrund ihrer Beziehungen zu den Streitkräften der UdSSR waren innerhalb dieser Koalitionsregierungen in ganz Osteuropa die stalinistischen KPen die entscheidenden Kräfte. (23) Der Aufrechterhaltung des Privateigentums und der Beruhigung der Massen zum Zweck ihrer weiteren Ausbeutung verschrieben, handelten sie entweder in der Form einer Volksfront mit der Bourgeoisie (wie in der CSR) oder in der besonderen Form einer bürgerlichen ArbeiterInnenregierung. Diese Parteien, die in der einheimischen ArbeiterInnenklasse Wurzeln gefasst hatten, aber ihre Macht der Sowjetbürokratie verdankten, erarbeiteten die Regierungspolitik als Produkt eines Abkommens zwischen drei Kräften: dem Weltimperialismus, der eigenen Bourgeoisie und der Kreml-Bürokratie.

Diese beiden von den stalinistischen Parteien errichteten Regierungsformen wiesen aber Unterschiede auf. Eine Volksfront ist eine offene Koalition von bürgerlichen Parteien und ArbeiterInnenparteien, während eine bürgerliche ArbeiterInnenregierung eine versteckte Koalition darstellt, die im

Interesse und anstelle der Bourgeoisie regiert. Ihrem Wesen nach dienen jedoch beide dazu, die ArbeiterInnenklasse davon abzuhalten, die Macht selbst zu ergreifen und auszuüben.

Bezüglich einer bürgerlichen ArbeiterInnenregierung bemerkte die Komintern zu Recht, dass sie *„ein Mittel ist, um das Proletariat über den wirklichen Klassencharakter des Staates zu täuschen oder um mit der Hilfe korrupter ArbeiterführerInnen die revolutionäre Offensive des Proletariats abzuwehren und so Zeit zu gewinnen.“* (24)

Ganz ähnlich die Volksfront, wie Trotzki im Hinblick auf ihre Rolle bei der Demobilisierung der französischen ArbeiterInnenklasse 1936 hervorhob: *„Die Volksfront in Frankreich übernahm die gleiche Aufgabe wie die so genannte ‚Koalition‘ aus KadettInnen, Menschewiki und SozialrevolutionärInnen in Russland im Februar 1917 – die Revolution in ihrem ersten Stadium zu stoppen.“* (25)

Er fuhr fort und wies darauf hin, dass die Volksfront ebenso wie die bürgerliche ArbeiterInnenregierung das wirkliche Wesen der bürgerlichen Herrschaft vor den ArbeiterInnen verbarg: *„Die ArbeiterInnen wurden dieser Instrumente (der Partei und der Räte) beraubt, weil die FührerInnen der ArbeiterInnenorganisationen um die bürgerliche Macht einen Schutzwall bildeten, um sie zu verschleiern, sie unsichtbar und unverwundbar zu machen. So fand sich die Revolution, die begonnen hatte, selbst gebremst, gefesselt, demoralisiert.“* (26)

Die bürgerlichen ArbeiterInnenregierungen und Volksfronten

spielten in Osteuropa genau die gleiche Rolle. Die Bourgeoisie war zu diesem Zeitpunkt äußerst verwundbar. Ihre bewaffnete Macht war bedeutungslos. Ihr fehlte ebenso eine entscheidende Hilfe seitens des Imperialismus. Der Vormarsch der Roten Armee hatte die Erwartungen und die Aktivitäten der Massen beflügelt. Überall existierte die objektive Möglichkeit, die zusammengebrochene Macht der Bourgeoisie durch die wirkliche Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter zu ersetzen. Eine derartige Entwicklung hätte jedoch für die Kremlbürokratie einen tödlichen Schlag bedeuten können, weil sie auch die eigene ArbeiterInnenklasse animiert hätte, sich gegen die bürokratische Diktatur zu erheben. Daher regierte der Stalinismus, statt der Bourgeoisie den Todesstoß zu versetzen, in ihrem Namen in einer besonderen Form der bürgerlichen ArbeiterInnenregierung (wie in Ostdeutschland) oder er nahm die gleiche Bourgeoisie und deren Parteien in offene Volksfrontkoalitionen auf (wie in der Tschechoslowakei und in Rumänien).

Die von den KPen innerhalb der bürgerlichen ArbeiterInnenregierungen und Volksfronten ausgeübte Vormachtstellung veränderte keineswegs deren Charakter. Sie veränderte jedoch den Verlauf der Entwicklung, den diese notwendigerweise nur vorübergehenden Regierungsgebilde nahmen. Die bürgerliche ArbeiterInnenregierung konnte – wie es die Komintern vorausgesehen hatte – *„objektiv helfen, den Zerfallsprozess der bürgerlichen Macht zu beschleunigen.“* (27)

Dank der geänderten Politik des Imperialismus und der Vormachtstellung des Stalinismus wurde diese objektive Möglichkeit verwirklicht. Die Volksfronten wurden von Regierungen abgelöst, in denen die stalinistischen KPen über die absolute Kontrolle verfügten. Der Stalinismus war fähig, mit seinen schwächeren Koalitionspartnerinnen zu brechen, als die Hauptgefahr für ihn eher vom Imperialismus als von einer eigenständigen proletarischen Revolution, zu deren Eindämmung gerade die Volksfront gedient hatte, drohte.

Die Verstaatlichungen der Koalitionsperiode waren das Ergebnis eines Abkommens zwischen Stalinismus und Bourgeoisie, den Besitz der Achsenmächte und ihrer KollaborateurInnen zu nationalisieren. Die Landreform betraf nur die größten Güter. Diese Landreform fand gewöhnlich in den ersten Monaten nach der Befreiung vom Faschismus statt, sie war jedoch von Land zu Land sehr ungleich und immer unzureichend. Angesichts des Gewichts der auf der Bauern-/Bäuerinnenschaft basierenden Parteien in den Nachkriegsregierungen, der Flucht vieler GroßgrundbesitzerInnen im Gefolge des deutschen Rückzugs und der gewaltigen Beteiligung der Bauern-/Bäuerinnenschaft an den verschiedenen Partisanenbewegungen war zu erwarten, dass eine beträchtliche Bewegung entstehen würde, die auf eine Landaufteilung drängte. Dazu erforderte noch die unmittelbare Notwendigkeit gesteigerter Lebensmittelproduktion, den Bauern/Bäuerinnen einen Anreiz dazu zu bieten. Die tiefgreifendsten Reformen fanden in Ungarn statt, wo der Landbesitz auf 1,42 Hektar

beschränkt wurde.

In Rumänien wurde jeder Landbesitz über 500 Hektar aufgeteilt. Tausende Bauern/Bäuerinnen wurden durch diese Reformdekrete

begünstigt, aber die sozialen Bedingungen ihrer Existenz blieben unverändert.

Dies auch deswegen, weil die Rote Armee den besten Teil des landwirtschaftlichen Maschinenparks in die UdSSR als Reparationsleistung

überführte und – schlimmer noch – die traditionelle Verschuldung der

Kleinbauern/-bäuerinnen an WucherInnen und Banken unangetastet blieb.

Es ist klar, dass der Kreml und die jeweiligen osteuropäischen Kommunistischen Parteien zwischen 1945 und 1947 alles taten, um die Situation der Doppelmacht durch die Schaffung von der UdSSR freundlich gesinnten kapitalistischen Regimes zu lösen. Zu diesem Zweck versuchten sie, den alten Staatsapparat zu erhalten bzw. wieder aufzubauen. Einzig diese Staatsapparate hätten den dauernden Schutz des bürgerlichen Eigentums garantieren können. Daher können in der Periode der Doppelmacht die Staaten Osteuropas als im Wesentlichen noch kapitalistische Staatswesen verstanden werden. Diese allgemeine Aussage ist jedoch ungenügend zur Erklärung der Dynamik einer Situation der Doppelmacht, die ja ihrem Wesen nach nur vorübergehend sein kann und dem Staat selbst einen widersprüchlichen und provisorischen Charakter verleiht. Trotzki wies mit Blick auf Russland nach der Februarrevolution 1917 (also noch vor der Oktoberrevolution) darauf hin: *„Wenn der Staat eine Organisation der Klassenherrschaft und eine Revolution der Sturz der herrschenden Klasse ist, dann muss die Übergabe der Macht von einer Klasse an die andere notwendigerweise sich selbst widersprechende Bedingungen für*

den Staat schaffen – und dies vor allem in Form der Doppelmacht.“ (28)

Das Ziel des Stalinismus bestand darin, die Lösung der Doppelmacht in Richtung auf eine wirkliche Revolution zu verhindern. Dabei gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder konnten die KPen einen kapitalistischen Staat vollkommen wiedererrichten und ihm die Macht abtreten – ein politischer Kurs, der damit geendet hätte, dass die wieder voll an die Macht gelangten KapitalistInnen sie aus der Regierung geworfen hätten, um sie danach zu bekämpfen – gegebenenfalls bis zur Vernichtung wie in Vietnam nach 1945.

Oder aber die stalinistische Bürokratie wäre in der Lage, eine bürokratische Revolution durchzuführen, die von Anbeginn das Proletariat vom direkten Zugang zur Macht ausschließen würde wie in den baltischen Republiken und in Ostpolen zu Beginn des Weltkriegs. Die Möglichkeit beider Alternativen für den Stalinismus bedeutete für die osteuropäischen Staaten der Nachkriegszeit bis 1947 genau diesen widersprüchlichen Charakter. Die StalinistInnen bezogen Teile der Bourgeoisie wieder in den Staatsapparat ein, aber ihre Furcht vor einem neuerlichen Eindringen des Imperialismus in ihre erst frisch geschaffene „Pufferzone“ brachte sie dazu, die Bourgeoisie von jeglicher Kontrolle über den bewaffneten Arm der Staatsmacht,

Polizei und
Armee, auszuschließen.

Das heißt jedoch nicht, dass diese Staaten unmittelbar mit dem Einmarsch der Roten Armee zu degenerierten ArbeiterInnenstaaten geworden wären. Wir bestimmen weder Form noch Inhalt eines Staates nach der sozialen oder politischen Zusammensetzung der Staatsbediensteten und FunktionärInnen. Dass die stalinistischen FunktionärInnen großteils von nachkapitalistischen Eigentumsverhältnissen abhängig waren, aber selbst kapitalistische Eigentumsverhältnisse verteidigten, unterstreicht nur den widersprüchlichen und provisorischen Charakter der Periode von 1944 bis 1947.

Trotzki bemerkte übrigens noch kurz vor seinem Tod, dass wir unser Verständnis des Stalinismus revidieren müssten, sollte die stalinistische Bürokratie imstande sein, in von ihr politisch beherrschten Ländern friedlich neben kapitalistischen Eigentumsverhältnissen zu bestehen.
(29)

Vom Kompromiss zum Kalten Krieg

Eine nähere Betrachtung von Trotzki's Argumentation in dieser Frage gestattet uns, die Richtigkeit seiner Analyse zu bestätigen. Trotzki's Feststellung gründete auf der unleugbaren Tatsache, dass

hinsichtlich eines
isolierten ArbeiterInnenstaates der Imperialismus – d. h. der
Imperialismus auf der ganzen Welt – stärker als die UdSSR
bleiben würde. Wenn
die stalinistische Bürokratie die Macht behalten wollte, dann
könnte ihre
Herrschaft zwangsläufig nur von kurzer Dauer sein, da die
einheimische
Bourgeoisie ja die Macht des Imperialismus herbeiholen würde,
mit der sie durch
tausenderlei Bande verknüpft war, um die KP, diesen
Fremdkörper im bürgerlichen
Staat, wieder zu entfernen.

Auf diese Weise würde eine politische Konterrevolution der
Bourgeoisie die politische Herrschaft des Stalinismus
zerstören, und der
Widerspruch innerhalb dieser Gesellschaft wäre zugunsten des
Imperialismus
gelöst worden. Aus diesem Grunde musste die stalinistische
Vorstellung, unter Anleitung
der KP einen kapitalistischen Staat konsolidieren zu wollen,
zwangsläufig eine
Utopie bleiben.

Nur innerhalb dieser Perspektive kann die Situation in
Osteuropa bei Kriegsende verstanden werden. Es war eine
Situation, in der
dieser Widerspruch in der Realität existierte – wenn auch nur
für kurze Zeit.
Die Stagnation des Welthandels und der Protektionismus im
Jahrzehnt vor dem
Krieg gelangten während des Weltkrieges auf ihren Höhepunkt
und wirkten bis in
die Nachkriegsperiode hinein. Mit der Ausnahme der

Tschechoslowakei hatten alle osteuropäischen Länder in den 1930er Jahren bonapartistische Regimes erlebt, ihr Status war der von Halbkolonien.

Ihre wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zum westlichen Imperialismus waren während des Krieges nachhaltig unterbrochen worden. Der Rückgang des Welthandels und die Fragmentierung der Weltwirtschaft hielten bis 1947 an. Die direkten Beziehungen zwischen der Bourgeoisie der osteuropäischen Länder und dem US-amerikanischen und britischen Imperialismus waren bei Kriegsende äußerst schwach. Dies wiederum verminderte die Stärke dieser Bourgeoisien, sich der aufgezwungenen stalinistischen Führung ihrer Länder zu widersetzen.

Die Unterbrechung der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und seinen jeweiligen AgentInnen war ein höchst instabiler, konjunktureller Faktor, der den Widerspruch zwischen nationaler Bourgeoisie und Stalinismus zeitweilig verschwinden ließ. Aber dieser strategische Widerspruch machte sich 1947/1948 erneut heftig bemerkbar, als sich die seit langem erwartete „Einheitsfront“ der siegreichen Imperialismen – USA, Britannien und Frankreich – gegen die Rolle der UdSSR in Osteuropa zu wenden begann. Die taktische Einheitsfront zwischen Imperialismus und Bürokratie, die geschlossen worden

war, um die Möglichkeit einer proletarischen Revolution in Europa zu verhindern, zerbrach nun in dem Maß, als die Drohung dieser Revolution selbst immer schwächer zu werden begann. Im Verlauf des Jahres 1946 hatten sich die Beziehungen zwischen den Westalliierten und der UdSSR schnell verschlechtert.

1946 markierte eine Wende, nämlich den Übergang von der Politik des Kompromisses zur Politik der „Eindämmung“ durch den US-Präsidenten Truman. Er fand dabei in Churchill einen treuen Verbündeten, der zu einem Vorkämpfer der „harten Linie“ gegenüber der UdSSR geworden war, seit er den angeblichen Verrat der Sowjetunion am Abkommen von Jalta entdeckt hatte. Tatsächlich lässt sich der erste Hinweis auf einen „Eisernen Vorhang“ zwischen West- und Osteuropa bereits fünf Tage nach der Kapitulation des Deutschen Reiches vernehmen. Der Begriff selbst stammte bezeichnenderweise noch aus Goebbels' Propagandaministerium. Der denkwürdige Hinweis in einer entscheidenden Rede Trumans im März 1946 hinsichtlich des „Eisernen Vorhanges“ fasste dann bereits zusammen, was bald darauf als die Position des „Kalten Krieges“ der USA und Britanniens gegenüber der UdSSR bekannt werden sollte.

Die Gründe für diesen Wechsel des ideologischen Standpunktes im Jahr 1946 sind nicht schwer zu finden. Die Konferenzen von

Jalta und Potsdam

waren zu einer Übereinkunft hinsichtlich der Einflussphären gelangt, die sich hauptsächlich auf Mitteleuropa und den Balkan bezogen. Aber die Weigerung der UdSSR im Februar 1946, ihre Truppen aus dem nördlichen Iran abzuziehen, der von Molotow erhobene Anspruch auf eine Mandatshoheit über Libyen und das hartnäckige Beharren der Sowjetunion auf ihrem Recht auf einen Warmwasserhafen bei den Dardanellen überzeugten den Imperialismus, dass es höchste Zeit sei, die wachsenden Ansprüche der Kreml-Bürokratie einzudämmen.

Diese imperialistische Offensive wurde von den USA angeführt; Britannien und Frankreich befanden sich mitten in einer Wirtschaftskrise und waren unfähig, einen neuen Akkumulationszyklus von sich aus zu eröffnen. So lag die britische Kohleproduktion 1946 um 20 Prozent unter dem Stand von 1938, in Westdeutschland betrug sie in diesem Jahr ganze zwei Fünftel der Vorkriegsproduktion. Gerade wegen der beherrschenden Position Deutschlands in der Industrieproduktion hatte seine Niederlage einen verheerenden Effekt auf ganz Europa. 1939 stellte das Deutsche Reich ein Fünftel der Industrieproduktion Europas – jetzt lag die deutsche Industrie in Trümmern. Dazu kam noch eine schwere Agrar- und Finanzkrise der europäischen Staaten. Die europäische Weizenproduktion fiel 1947 auf die Hälfte des Standes von 1938.

1946 lebten an die 125 Millionen Menschen in Europa mit einer Tagesration von 1.000 bis 2.000 Kalorien – und dies sollte sich noch verschlimmern. Eine Vorstellung von der finanziellen Unsicherheit gewinnt man, wenn man in Betracht zieht, dass in Frankreich 1946 die Großhandelspreise um 80 Prozent stiegen.
(30)

Das produktive Kapital der USA ging aus dem Krieg gestärkt hervor. Hinsichtlich der Märkte waren die Produktivkräfte der USA mehr als ausreichend. Die USA stellten 1945 die Hälfte aller Güter der Welt her. 1946 vereinigten die USA mehr als die Hälfte des internationalen Einkommens auf sich. Kurz gesagt: die USA hatten eine Position der Beherrschung der Weltwirtschaft inne, die seit den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts (damals besetzte Britannien diesen Platz) keine einzelne imperialistische Macht mehr eingenommen hat. Der Aufschwung in den USA sah sich jedoch einer entscheidenden Barriere gegenüber, sollte die Stagnation an den Märkten West- und Osteuropas andauern.

Stalins Zugriff auf Osteuropa und das Gespenst einer Revolution im Westen riefen die berühmte „Truman-Doktrin“ hervor – eine Doktrin, die auf die Eindämmung, nicht auf einen unmittelbaren Krieg mit der UdSSR abzielte; eine Eindämmung, die durch massive Wirtschaftshilfe

für antikommunistische Regierungen unterstützt wurde. Griechenland sollte die Generalprobe für diese neue Politik abgeben.

Britannien, das sich als imperialistische Macht im Niedergang befand, weigerte sich, Griechenland – inmitten eines Bürgerkrieges – ab Februar 1947 weiterhin finanziell zu unterstützen. Aus Furcht vor einem Sieg der stalinistisch geführten ELAS versprachen die USA der pro-imperialistischen Monarchie bedingungslose Unterstützung. Als Soforthilfe wurde 300 Mill. Dollar bereitgestellt. Am 12. März 1947 führte Truman vor dem Kongress aus: *„Es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freie Völker, die sich der versuchten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußere Pressuren widersetzen, zu unterstützen.“* (31)

Die wirtschaftliche Ergänzung zu dieser Doktrin bestand in der Marshallplanhilfe und den Plänen, in den imperialistisch besetzten Zonen Deutschlands eine neue Währung einzuführen.

General Marshall hatte Byrnes als Außenminister im Januar 1947 ersetzt. Sein Plan wurde als „Truman-Doktrin in Aktion“ bezeichnet.

Angekündigt im Juni 1947, brauchte es dennoch noch fast ein Jahr zu seiner endgültigen Verabschiedung. Der Marshallplan war ein Wiederaufbauprogramm, das für Europa an die 17 Milliarden Dollar bereitstellen sollte – mit der Garantie eines massiven Einflusses der USA auf die Innen- und Außenpolitik der betroffenen Länder. Bis zum September 1947 hatten 16 Länder

seinen Bedingungen
zugestimmt.

Mit dieser Doppelattacke festigten die USA ihren Kurs des Kalten Krieges – dem Einfluss der UdSSR in Europa eine Grenze zu setzen, dem Kreml die alleinige Verantwortung für den Wiederaufbau seiner Einflussosphäre aufzubürden und seinen Einfluss in der imperialistischen Sphäre auszulöschen. Diese Ereignisse versetzten Moskau und die jeweiligen nationalen KPen in helle Aufregung. In Westeuropa wurden die stalinistischen Parteien ohne viel Aufhebens aus den Koalitionsregierungen mit den bürgerlichen Parteien hinausgeworfen. Es war die soziale Instabilität, die aus der wirtschaftlichen Krise dieser Länder entstanden war, welche die französische und die italienische Bourgeoisie gezwungen hatte, stalinistische Parteien in der Regierung zu dulden, da nur sie die ArbeiterInnenklasse unter Kontrolle halten konnten. Im Mai 1947 wandte sich Marshall direkt an A. De Gasperi, den Führer der italienischen ChristdemokratInnen, um den Regierungsausschluss der PCI zu fordern und gleichzeitig Finanzhilfe anzubieten.

In Osteuropa, wo die Schalthebel der politischen Macht in seinen Händen lagen, war der Stalinismus gezwungen, sich zu entscheiden:
entweder sich der imperialistischen Offensive entgegenzustellen oder vor ihr den Rückzug anzutreten und sich vor ihr zu beugen. Konsequenz

bei ihrem Versuch
des Aufbaus einer strategischen Allianz mit dem Kapitalismus,
waren einige
Kommunistische Parteien bereit, die Marshallplanhilfe
anzunehmen. Der
Marshallplan stand formal auch der Sowjetunion offen, doch war
dies
offensichtlich nur ein Manöver, um dem Kreml vor aller Welt
die Schuld an einem
Bruch zuzuschieben. Molotow nahm an den Eröffnungsdiskussionen
teil, zog jedoch
die Beteiligung der UdSSR kurz darauf zurück. Die
tschechoslowakische und die
polnische Regierung äußerten gegenüber dem Plan Zustimmung,
einschließlich der
KPen beider Länder. Aber sie waren bald gezwungen, sich dem
Druck der
Sowjetunion zu beugen. Im Gegenzug legte der Kreml eine Reihe
improvisierter
Handelsabkommen für die osteuropäischen Länder, den „Molotow-
Plan“, vor. Wäre
der Weg des Marshallplans beschritten worden, dann hätte die
Sowjetbürokratie
früher oder später die Kontrolle über Osteuropa gänzlich
verloren und sich dem
Imperialismus an den Staatsgrenzen der UdSSR gegenübergesehen
– eine Erfahrung,
die Stalin nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion
freiwillig wohl kein
zweites Mal machen wollte. Er zog stattdessen die Zügel
straffer und befahl die
Vernichtung des wirtschaftlichen Fundaments der Bourgeoisie
und ihrer
politischen VertreterInnen im Staatsapparat, die zu einem
künftigen
Kristallisationspunkt der Wiedererrichtung ihrer Macht hätten
werden können.

Der konterrevolutionäre soziale Umsturz

Ein notwendiger und vorbereiteter Schritt für die bürokratische Liquidierung der Macht der Bourgeoisie in Osteuropa war die vollständige Kontrolle der jeweiligen einheimischen Kommunistischen Parteien über die ArbeiterInnenklasse. Zuerst einmal bedeutete dies die Zerstörung des Einflusses der Sozialdemokratie, die hier eine erbitterte Rivalin des Stalinismus blieb und ihn oft an Einfluss und Stärke übertraf. Dies war besonders in Polen, Ungarn und Ostdeutschland der Fall. Das Vorgehen der stalinistischen KPen war dabei überall gleich: Einschüchterungen, Säuberungen und Zwangsvereinigungen der Parteiapparate.

Bereits im September 1944 wurde so der polnischen PPS eine neue, prosozialistische Führung aufgezwungen – in der Absicht, die Vereinigung mit der eher künstlich ins Leben gerufenen KP zu sichern. Die Parteibasis weigerte sich hartnäckig, dem zuzustimmen, doch im Dezember 1947 wurde die neue „Vereinigte ArbeiterInnenpartei Polens“ dessen ungeachtet aus der Taufe gehoben – nach der Entfernung von 12 widerspenstigen PPS-FührerInnen und 82.000 Parteiausschlüssen.

In Ungarn wurde der Widerstand der ungarischen

Sozialdemokratie

im Februar 1948 gebrochen, als die Parteilinke unter Ausschluss des Zentrums und der Rechten (und unter dem Schutz der Geheimpolizei) einen Kongress einberief. Im Juni wurde die Vereinigung mit der KP offiziell erklärt. (32)

Trotz der Risiken, die diese Politik für eine künftige Entspannung mit dem Imperialismus in sich barg, wusste der Kreml, dass ohne diesen Kurs sein eigener Untergang drohen könnte. Nicht nur, dass die Sowjetbürokratie das Produktivpotential Osteuropas dem Imperialismus überlassen müsste; die weitere Existenz der Bürokratie selbst wäre ernsthaft bedroht gewesen. Angesichts dieser äußerst unvorteilhaften Entwicklung der „friedlichen Koexistenz“ entschloss sich der Kreml, in allen Ländern seiner „Pufferzone“ die Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch zu vernichten. Auch hier war sein Vorgehen überall gleich.

In Polen flüchtete Mikolajczyk, der Führer der Opposition gegen diesen Kurs, um dem Zugriff der KP zu entgehen. In Rumänien wurde König Michael im Dezember abgesetzt. Anfang 1948 übernahm die jetzt stalinistisch kontrollierte „Vereinigte ArbeiterInnenpartei“ die Macht. Der Führer der Agrarpartei in Bulgarien, Petkow, wurde im Juni 1947 verhaftet und im September hingerichtet. Dem folgten an die 20.000 Verhaftungen und die

Schließung aller
bis dahin unabhängigen Zeitungen. In Ungarn wurde der
ehemalige Führer der
Partei der Kleinen LandwirtInnen, B. Kovács, im Mai verhaftet,
der
Premierminister flüchtete im gleichen Monat in die USA. Die –
manipulierten –
Neuwahlen im August brachten dann die KP an die Spitze der
Koalition, die noch
als Fassade bis zur Fusion mit der Rumpf-Sozialdemokratie
formell beibehalten
wurde.

1947/48 wurde der Kapitalismus in den Ländern Osteuropas auf
bürokratische Weise von oben her „abgeschafft“ – verbunden mit
der
gleichzeitigen Unterdrückung der Vorhut des Proletariats. Eine
Seite dieser
Unterdrückung war die Säuberung der Kommunistischen Parteien
selbst. Diese
Säuberungen waren nach 1947 alltäglich, aber sie nahmen nach
dem Bruch Titos
mit Stalin im Sommer 1948 eine neue Dimension an. So wurden in
Polen zwischen
September und Dezember 1948 30.000 Parteimitglieder
ausgeschlossen. Der
Generalsekretär der Partei, W. Gomułka, wurde verhaftet und
gefoltert. In
Bulgarien wurden in einigen brutalen Säuberungswellen 92.000
Basismitglieder
der KP und die große Mehrheit ihrer Führung ausgeschlossen.

In der Tschechoslowakei, wo noch dazu der Geist des
tschechischen Nationalismus Unabhängigkeitsbestrebungen auch
innerhalb der KP

genährt hatte, wurden allein in der Zeit von Februar bis August 1948 100.000 Parteimitglieder ausgeschlossen. Die Schauprozesse dieser Zeit, getreue Kopien der stalinistischen Massaker an wirklichen oder vermeintlichen GegnerInnen des bürokratischen Regimes in der Sowjetunion der 1930er Jahre, richteten sich v. a. gegen jenen Teil der nationalen Kommunistischen Parteien, der als FührerIn im antifaschistischen Widerstand eine eigenständige Position gegenüber Stalin entwickeln konnte und damit in dessen Augen zu einem/r potentiellen NachfolgerIn Titos werden könnte; zweitens gegen jene Sektionen der Bürokratie, die sich in der eben vergangenen Periode der Koalition mit den bürgerlichen Kräften zu sehr an diese Klassenkollaboration gewöhnt hatten und daher noch immer diese Politik verteidigen wollten.

Einzig in der Tschechoslowakei hatte die KP im Februar 1948 außerhalb von Polizei und Armee Kräfte zum Sturz der Bourgeoisie mobilisiert. Die Periode der Doppelmacht, ein genau ausbalanciertes und unsicheres Gleichgewicht in der tschechischen Regierung, ging Ende Februar 1948 unwiderruflich zu Ende. Am 20. Februar führte ein Streit über die Regierungskontrolle über die Polizei zum Rücktritt von 12 nichtkommunistischen MinisterInnen. Dieses Manöver, das die KPTsch durch die Drohung mit einer geplatzten Koalition zum Einlenken hätte zwingen sollen,

beantwortete die KPTsch jedoch durch organisierte Massendemonstrationen ihrer Basis, die in einer bewaffneten Kundgebung der von ihr dominierten Gewerkschaftsmiliz am 23. Februar gipfelten. Es wurden keine unabhängigen Organisationen der ArbeiterInnen zugelassen, die Demonstrationen selbst verliefen in streng begrenzten Bahnen, um auf Präsident Benes entsprechenden Druck auszuüben. Als Ergebnis dessen wurde nun die KPTsch mit der alleinigen Regierungsbildung beauftragt. Die Wahlen im Mai wurden unter verschärfter Repression durchgeführt, mit einer Einheitsliste an Kandidaten und Kandidatinnen und einem Dekret, dass das Ungültig Wählen gleichbedeutend mit Verrat ist. Das Wahlergebnis bestätigte dann auch formell den bereits vollzogenen Coup.

Die Demonstrationen und Massenkundgebungen wurden überall dazu benutzt, den bürokratischen Umsturz in den Augen der Bevölkerung zu legitimieren. In dieser Periode stellte der Stalinismus keine revolutionäre ArbeiterInnenregierung dar, die unter dem Druck der Massen und mit ihrer Hilfe entscheidende Schritte gegen die Bourgeoisie und deren Eigentum unternommen hätte. Die Regierung war keine, die ihren Kampf auf selbstständige Organisationen der Arbeitenden – auf demokratisch gewählte Räte und von ihnen kontrollierte Milizen – gegründet hätte.

Stattdessen war der Umsturz das Werk einer bürokratischen antikapitalistischen ArbeiterInnenregierung unter alleiniger Führung der stalinistischen KP, die zuerst sichergestellt hatte, dass die ArbeiterInnenklasse so desorganisiert und der Staatsapparat in ihren Händen so übermächtig war, dass das Proletariat daran gehindert werden konnte, die Enteignung und Entmachtung der Bourgeoisie selbst durchzuführen und den bürgerlichen Staat durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats zu ersetzen – das heißt, durch demokratische ArbeiterInnenräte und durch eine proletarische Miliz. Eine derartige Entwicklung hätte sowohl die Privilegien und die Autorität der zwischen 1944 und 1947 entstandenen Bürokratenkasten in Osteuropa wie die politische Herrschaft des Stalinismus in der UdSSR selbst in Gefahr gebracht.

Die qualitative Umwandlung dieser Gesellschaften zu einer bürokratisch degenerierten Form der Diktatur des Proletariats fand statt, als die Situation der Doppelmacht zu Gunsten der StalinistInnen aufgelöst wurde und bürokratisch antikapitalistische ArbeiterInnenregierungen von ihnen gebildet wurden, um die Bourgeoisie im wirtschaftlichen Bereich zu enteignen und als soziale Klasse zu zerstören, und als sie daran gingen, das Wirken des Grundgesetzes jeder kapitalistischen Wirtschaft – des Wertgesetzes – einzuschränken und aufzuheben und die nunmehr verstaatlichte

Wirtschaft auf der Grundlage eines zentralen Wirtschaftsplanes, wenn auch auf bürokratisch entstellte, despotische Weise, zu organisieren.

Der entscheidende qualitative Umbruch fand also statt, als die StalinistInnen ihre Machtpositionen in dem von ihnen selbst nach 1945 re-etablierten bürgerlichen Staat nutzten, um einen degenerierten ArbeiterInnenstaat zu errichten. Nicht der Abschluss dieser Aufgaben, die Etablierung von Fünfjahresplänen usw., sondern deren entschlossene Inangriffnahme durch die bürokratischen antikapitalistischen ArbeiterInnenregierungen markiert den qualitativen Wendepunkt. (35) Die Funktion des Staatsapparates wandelte sich. Er wurde zu diesem Zweck von den ParteigängerInnen der Bourgeoisie gesäubert – er blieb seiner Form nach jedoch trotzdem ein bürgerlicher Staat.

Die Charakterisierung der russischen Räterepublik nach 1917 als ArbeiterInnenstaat gründet auf der Tatsache, dass die Staatsmacht in den Händen der ArbeiterInnenklasse lag, die sich als herrschende Klasse mit ihren eigenen Machtorganen – Räten und Milizen – organisiert hatte. Dieses Faktum der subjektiven Machtergreifung des Proletariats ging der Verstaatlichung der Industrie und der Einführung der Planwirtschaft voraus.

In Osteuropa dagegen wurden ArbeiterInnenstaaten als Produkt der Außenpolitik der Sowjetbürokratie errichtet – sie waren daher von Geburt an bereits bürokratisch degeneriert. Der bürgerliche Staat wurde bei der Transformation zum degenerierten ArbeiterInnenstaat nicht zerschlagen, nicht zerbrochen, sondern von der neuen herrschenden Kaste in Besitz genommen und ihren Bedürfnissen entsprechend umgeformt.

Vom ersten Tag ihres Entstehens an war eine politische Revolution – also der Sturz der nun an die politische Macht gelangten Bürokratenkaste – für die Arbeitenden dieser Länder die unabdingbare Vorbedingung zur Eroberung der direkten Macht für die unmittelbaren ProduzentInnen (die ArbeiterInnen und die Bauern-/Bäuerinnenschaft) in diesen nachkapitalistischen Gesellschaften.

Die ökonomische Transformation findet in den osteuropäischen Ländern mit der Einführung der Fünfjahrespläne ihren Abschluss: 1948 in Bulgarien, 1949 in der Tschechoslowakei, 1950 in Polen und Ungarn, 1951 in der DDR und in Rumänien.

Wo immer sie auch stattfinden und welche Form sie annehmen mögen, die bürokratischen Revolutionen des Stalinismus tragen einen zutiefst konterrevolutionären Charakter. Doch warum konterrevolutionär, wenn sie doch

fähig waren, die eigene Bourgeoisie zu stürzen und den Kapitalismus zu überwinden?

Aus einer Reihe entscheidender Gründe, deren ganze Bedeutung heute, da sich der Stalinismus in seiner Todeskrise befindet, in vollem Umfang sichtbar wird:

- Diese Revolutionen werden gegen das vorherrschende Bewusstsein des Großteils der ArbeiterInnenklasse durchgeführt.
- Sie fanden auf der Grundlage einer durch die bürokratische Unterdrückung beschränkten oder verhinderten Selbsttätigkeit der ArbeiterInnenklasse statt und machten daher Begriffe wie „Revolution“, „Sozialismus“, „ArbeiterInnenstaat“ und „Planwirtschaft“ in den Augen der unterdrückten Massen unglaublich.
- Sie verzögerten und erschwerten die Entwicklung eines revolutionären Bewusstseins in der internationalen ArbeiterInnenklasse.
- Sie schafften einen von Anfang an bürokratischen Staat, in dem die ArbeiterInnenklasse politisch entmachtet und entmündigt war.

Diese bürokratischen Regime waren ein Hindernis auf dem Weg der internationalen ArbeiterInnenklasse bei ihrem Kampf zum Sturz des

Kapitalismus. Die von der stalinistischen Bürokratie im Verlauf des gesellschaftlichen Umsturzes angewandten Maßnahmen (Enteignung der Bourgeoisie, Verstaatlichung der Produktionsmittel, Landreform, Bruch mit dem Imperialismus ...) waren zwar ihrem Wesen nach revolutionär, wurden aber allein durch militärisch-bürokratische Zwangsmaßnahmen durchgesetzt. Dies bedeutete, dass im Verlauf einer derartigen bürokratischen Revolution eine unabhängige, wirklich revolutionäre Partei darum kämpfen musste, diesen Umsturz zu einem Kampf um die direkte Machteroberung durch das Proletariat zuzuspitzen – zur endgültigen Niederwerfung der Bourgeoisie und zum Sturz der ihr an der Staatsmacht nachrückenden Bürokratenkaste!

Endnoten

(1) L. Trotzki, Europa und Amerika, intarlit, Berlin 1972.

(2) Für eine Auswahl der hellstichtigsten Gedanken zu diesem Thema: „Uneven and combined development and the role of American Imperialism“, in: Trotzki: Writings 1933/1934, New York 1975, S. 116–120, März 1933; „Hitler and Disarmament“, ebd., S. 246–257, Juni 1933; „Hitler’s Victory“, ebd., S. 133-137, März 1933; „Hitler the Pacifist“, ebd., S. 144-148, November 1933. Alle

diese Artikel zeigen ein tiefes Verstehen der zentralen Strategie Hitlers in Europa bei seinem Kampf gegen den Versailler Vertrag und gegen die Sowjetunion und vermitteln einen ebenso ausgezeichneten Einblick in die diplomatischen und militärischen Manöver, die Hitler zur Erreichung seines Zieles anwenden musste. Die vielleicht genaueste Einschätzung der Geschwindigkeit und der Frontstellungen des heraufziehenden Krieges kann jedoch in „On the Threshold of a New World War“ (ders.: Writings 1936/1937, New York 1978, S. 379–396) gefunden werden. Trotzki sagte nicht nur den Hitler-Stalin-Pakt nach dem Untergang der Tschechoslowakei voraus, sondern auch die Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen Nazi-Deutschland und der UdSSR – gerade wegen des Paktes.

(3) In jedem der Fälle wird der Krieg zu Stalins Sturz führen (Trotzki). Je nachdem, welche Schriften Trotzkis man liest, kann man eindeutige oder vorsichtiger Urteile über die „Unvermeidlichkeit“ dessen finden. Zum ersteren: „War and the Fourth International“ (Trotzki: Writings 1933/1934, New York 1975, S. 316/317), oder die zahllosen kürzeren Passagen zum Thema siehe: „Kremlin’s Role in the European Catastrophe“ (ders.: Writings 1939/1940, New York 1973, S. 290/291). Hinsichtlich einer vorsichtigeren, mehr abwägenden Einschätzung siehe: „The USSR in War“, in: „Defence of Marxism“, New York 1973: *„Der Krieg beschleunigt die verschiedenen politischen Prozesse. Er mag den Prozess der revolutionären Regeneration der UdSSR beschleunigen. Aber er kann auch den Prozess ihrer endgültigen Degeneration*

beschleunigen.“ (S. 21). Es mag banal klingen, aber gegenüber jenen, die diese Prognose als Beweis für Trotzki's einseitigen „Katastrophismus“ genommen haben, muss betont werden, dass Trotzki diese Fragen immer unter dem Blickwinkel des Programms, das heißt, unter der Notwendigkeit, seinen Anhängerinnen und Anhängern die zentralen Thesen des Konfliktes deutlich zu machen, um ihre Aktivität zur Erlangung des erwünschten Zieles entsprechend orientieren zu können, gesehen hat.

(4) Zitiert nach Y. Gluckstein, „Stalin's Satellites in Europe“, London 1952. Das Leitungsmitglied der Vierten Internationale E.

Germain bemerkte ebenso die weit verbreiteten Kundgebungen und Streiks in

Rumänien und Bulgarien im Herbst 1944. Siehe dazu: „The Soviet Union after the War“, September 1946, S. 7 in:

„Internal Bulletin of the IS of the Fl“.

(5) Zitiert

aus: J. Bloomfield: „Passive Revolution“, London 1979, S. 50/51.

(6) Als einen dieser Zeugen: E. Mortimer: „Über Frankreich“, in: „Communist Power in Europe 1944–1949“, Ed. Mc Cauley, London 1977, S. 151–153. Er schlussfolgert, dass 1944 der günstigste Augenblick für einen Aufstand war. In Italien fand die endgültige Niederlage der deutschen Truppen 1945 statt und sie war ebenfalls von Massenstreiks der ArbeiterInnen begleitet. Allum und Sassoon zeigen im oben genannten Werk auf, dass es in Norditalien keine Fabrik – und in Mittelitalien nur wenige – gegeben hat, deren Belegschaften nicht bewaffnet gewesen wären. Churchill fasste die Probleme, denen sich der Imperialismus damals gegenüber sah, in einem

Brief an seinen Sekretär für Äußeres, Eden, vom November 1944 dermaßen zusammen: *„Jedes Land, das befreit wird oder durch unsere Siege eine Veränderung erfährt, ist vom Kommunismus infiziert – und nur unser Einfluss auf Russland hindert es, diese Bewegung aktiv zu fördern.“* (zitiert aus: Douglas: *„From War to Cold War 1942–1948“*, London 1981, S. 61).

(7) Zitiert nach: E. Germain, a. a. O., S.2/3, und D. Yergin: *„Shattered Peace“*, Harmondsworth 1980, S. 64.

(8) E. Germain, a. a. O., S. 55.

(9) Zitiert bei Yergin, a. a. O., S. 55.

(10) Zitiert: ebd. S. 473.

(11) Ebd.,
S. 58.

(12) Ebd., S.
91.

(13) Ebd., S. 120.

(14) Trotzki erkannte dies erstmals bei seiner Analyse der sowjetischen Invasion Polens 1939 an: *„Dieser Umsturz wurde der Kreml-Oligarchie durch ihren Kampf um Selbsterhaltung unter besonderen Bedingungen aufgezwungen. Es gab nicht den*

leisesten Grund zur Annahme, dass unter ähnlich gearteten Bedingungen sie gezwungen wäre, genau die gleiche Operation in Finnland auszuführen.“ (Trotzki: „In Defence of Marxism“, a. a. O., S. 175).

(15) Siehe: Germain, a. a. O., S. 7; C. Georges: „Russian Economic Policy in Eastern Europe“, in: SWP(US), Internal Bulletin Nr. 13/8, S. 10; L. Schwartz: „USSR and Stalinism“, in: International Information Bulletin, SWP(US), Bd. 1, Nr. 2; C. Harman; „Bureaucracy and Revolution in Eastern Europe“, London 1974, S. 49–53.

(16) Zitiert bei: Harman, a. a. O., S. 31.

(17) P. Zinner gibt in „Revolution in Hungary“, New York 1952, aufschlussreiche Details über die an ihre EigentümerInnen zurückerstatteten Fabriken. Ebenso bei: Schwartz, Germain und Harman. In Rumänien erließ der kommunistische Justizminister Patranascu ein eigenes Gesetz, das Industriellen, Bankiers und Geschäftsleuten ermöglichte, einer Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen zu entgehen.

(18) zitiert bei: Bloomfield, a. a. O., Kap. 6.

(19) Zitiert ebd., S. 89.

(20) Bei: Schwartz, a. a. O., S. 32/33.

(21) Zitiert bei: Harman, a. a. O.. S. 35.

(22) L.

Trotzki: „History oft the Russian Revolution“, London 1977, S. 225.

(23) Die Rote Armee erreichte ihre größte Mannschaftsstärke im Mai 1945, zum Zeitpunkt der Kapitulation des Deutschen Reiches und am Höhepunkt der eigenständigen Mobilisierungen des Proletariats und der Bauern-/Bäuerinnenschaft; ihre Truppenstärke betrug damals die gewaltige Zahl von 11.365.000. Bereits im Juni begann jedoch die Demobilisierung der Soldaten. Anfang 1948 wurde die Rote Armee dann auf 2.874.000 geschätzt – noch immer doppelt so viel wie die Truppenpräsenz der imperialistischen Staaten in Europa. Die Rolle der sowjetischen Truppen in den osteuropäischen Ländern war von Land zu Land verschieden. Im Fall der Tschechoslowakei z. B. schätzte der britische Geheimdienst die Anzahl der sowjetischen Soldaten im Jahr 1946 auf 5.000. Zum Zeitpunkt des „Prager Putsches“ nahm die amerikanische CIA überhaupt nur eine Truppenstärke von 500 russischen Soldaten für gesichert an! Die Stärke des einheimischen Stalinismus ermöglichte also in diesem Fall den Aufbau einer eigenen ausreichenden Repressionsmaschinerie, was sonst nicht

überall möglich
war. Der Repressionsapparat in Polen etwa war stark von der
Präsenz der Roten
Armee – und mehr noch des NKWD – abhängig. Letzterer war
besonders berüchtigt;
ihm war vom prosozialistischen „Komitee der Nationalen
Befreiung“, der von
Stalin eingesetzten Lubliner Provisorischen Regierung, die
volle Kontrolle über
die zivile Sicherheit im Hinterland der Roten Armee
zugestanden worden. Siehe
dazu: Mc Cauley, a. a. O., S. 270, und Yergin, a. a. O.,
S.270–348.

(24) J.

Degras: „The Communist International 1919–1943“, London 1971,
Bd. 1, S. 427.

(25) L.

Trotzki: „On France“, New York 1979, S. 193.

(26) Ebd.,

S. 201.

(27)

Degras, a. a. O.. S. 427.

(28) L.

Trotzki: „The History of the Russian Revolution“, a. a. O., S.
231.

(29) L.

Trotsky: „In Defence of Marxism“, a. a. O., S. 18.

(30)

Yergin, a. a. O., S. 303–310.

(31) Zitiert bei: Douglas, a. a. O., S. 153.

(32) Siehe: Harman, a. a. O., S. 36, und Mc Cauley, a. a. O., S. 192.

(33) Siehe: Harman, a. a. O., S. 54.

(34) Zu den relevanten Passagen: L. Trotsky: „In Defence of Marxism“, a. a. O., S. 8–20, 26–29, 56–59, 81–90, 130–137, 170–178.

(35) An dieser Stelle korrigieren wir unsere bisherige Analyse, die die Einführung der Fünfjahrespläne zum entscheidenden Kriterium für die Schaffung des degenerierten ArbeiterInnenstaates machte. Das entscheidende Kriterium für die Charakterisierung eines Landes als degenerierter ArbeiterInnenstaat ist nicht einfach die Frage, welche Eigentumsverhältnisse vorherrschen, sondern welche Eigentumsverhältnisse die Staatsgewalt verteidigt, d. h. zu reproduzieren oder etablieren trachtet. Ansonsten hat sich aber unsere Analyse der Expansion des

Stalinismus nach 1945

gerade im Lichte seines Untergangs als überaus treffend erwiesen.

Der Zusammenbruch des Stalinismus

*Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019
(Erstveröffentlichung 2001)*

„In Wirklichkeit könnte der Kapitalismus – wenn das überhaupt möglich wäre – nur mit Hilfe eines grausamen konterrevolutionären Umsturzes in Russland wiedererstehen, der zehnmal soviel Opfer fordern würde wie die Oktoberrevolution und der Bürgerkrieg zusammen.“ (1)

Trotzkis Prognose ist offensichtlich nicht eingetroffen. Die stalinistischen Bürokratien sind in den meisten Ländern nicht durch eine blutige Konterrevolution von der Herrschaft verjagt worden. Vielmehr ist die herrschende Kaste selbst ins Lager der sozialen Konterrevolution übergegangen. Sie spaltete sich und ihr Gros suchte ihr Heil im Bündnis mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften im Inneren oder mit dem Imperialismus.

Doch warum trat Trotzki's Prognose nicht ein? Erstens hatte die bürokratische Herrschaft die ökonomischen Grundlagen ihres Regimes erschöpft. Für eine gewisse Periode war es ihr möglich gewesen, die Potenzen der Planwirtschaft zum eigenen Machterhalt zu nutzen. Doch diese waren spätestens in den 1980er Jahren erschöpft. Die Unhaltbarkeit der bürokratischen Diktatur, ihre Rolle als wirtschaftliche und politische Totengräberin des (degenerierten) ArbeiterInnenstaates kam dann voll zur Geltung.

Zweitens erwies sich, dass die bürgerliche Form des Staatsapparates im degenerierten ArbeiterInnenstaat mit den Aufgaben der herrschenden Klasse kompatibel, vereinbar war. Hier musste nichts „zerschlagen“ werden. Es reichten eine Auswechslung mancher Spitzenfunktionärinnen und die Umstrukturierung des Apparats. Nur in der DDR wurde der staatliche Apparat zerstört. Doch der Grund dafür lag nicht in einer anderen Qualität dessen, sondern in der Existenz der BRD. Es existierte hier bereits ein imperialistischer Staatsapparat, große Teile des DDR-Staatsapparates waren einfach überflüssig.

Drittens hatte die bürokratische Herrschaft die ArbeiterInnenklasse politisch atomisiert, entmündigt. Das Proletariat betrachtete „seinen Staat“

immer weniger, schließlich gar nicht mehr als den seinen. Die ArbeiterInnen wollten (zumindest zu großen Teilen) die Bürokratie stürzen – und wirkten auch aktiv an deren Sturz mit –, aber sie hatten gleichzeitig die Hoffnung in eine andere Gesellschaft verloren. Der „real existierende Sozialismus“ war für sie zu einer real existierenden Katastrophe geworden. Sie waren am Beginn keineswegs bewusst für die Wiedereinführung der Marktwirtschaft und hatten auch keine klare politische Zielvorstellung. Sie wussten aber, was sie – zu Recht – nicht wollten: die Fortdauer der bürokratischen Herrschaft.

Schließlich war die Existenz des stalinistischen Übergangsregimes als Juniorpartner in einer weiterhin vom Imperialismus dominierten Weltordnung in seinen wechselnden Formen von „Kaltem Krieg“ und „friedlicher Koexistenz“ auf Dauer unmöglich. Die Stagnation der bürokratischen Herrschaft stand den gewaltigen dynamischen Potenzen der kapitalistischen Welt gegenüber. Sie blieb hinter deren Wachstumsschüben zurück, um gleichzeitig von ihren Krisen mitbetroffen zu sein. Hochrüstung und technologisches Zurückbleiben bürdeten den sowieso schon kränkelnden Planwirtschaften ungeheure Kosten auf, verhinderten Konzentration auf Infrastruktur- und Konsumgüterinvestitionen. Mit den „Marktreformen“ und „Öffnungen“ stiegen Verschuldung, Abhängigkeit von Exportmärkten und die Korruption. Es bildeten sich jene Netze

von Bürokraten-ManagerInnen, Proto-UnternehmerInnen und imperialistischen Mittelsmännern/-frauen, die zur sozialen Grundlage der Restauration werden sollten.

Ökonomische Ursachen des Zusammenbruchs

Der Stalinismus engte die Planwirtschaft auf die jeweiligen Landesgrenzen ein. Er verhinderte aktiv die Ausbreitung der proletarischen Revolution auf wirtschaftlich entwickeltere Regionen. Er schnitt die Ökonomien der degenerierten ArbeiterInnenstaaten von den Vorteilen eines Zugangs zur höchsten Konzentration an Produktionsmitteln und von der Integration in die internationale Arbeitsteilung ab. Das Außenhandelsmonopol gewährt einen unverzichtbaren Schutz für den ArbeiterInnenstaat gegen die kapitalistische Konkurrenz und die Auswirkungen der Krisen dieses Systems. Aber das Ziel dieses Monopols ist nicht, alle agrarischen und industriellen Sektoren, die es im Rest der Welt gibt, innerhalb der Grenzen eines jeden ArbeiterInnenstaats einzurichten.

Dieser Weg erwies sich als utopisch (z. B. in Nordkorea und Albanien) und führte zu unnötigen Opfern, die von der ArbeiterInnenklasse

in diesen Ländern mit einer Planwirtschaft erbracht wurden. Nur die Ausbreitung der sozialen Revolution in die Metropolen des Weltkapitalismus würde einen entscheidenden Durchbruch zum Aufbau des Sozialismus und einer globalen Planwirtschaft ermöglichen. Das beschränkte, nationalistische Programm des „Sozialismus in einem Land“ ließ die Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleiben – zuerst relativ, schließlich absolut.

Gerade die Unterdrückung der ArbeiterInnen-demokratie sorgte dafür, dass der Plan der stalinistischen Bürokratie auf ungenauen, ja falschen Informationen basieren musste und die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft ignorierte. Die bürokratische Planung erzielte in den ersten Jahrzehnten einige Erfolge, als sie v. a. eine Angelegenheit der industriellen Ausweitung war. Zunehmend aber überstiegen Innovation und ständige technologische Erneuerung die Fähigkeiten bürokratischer Planung.

Die herrschende Kaste hatte den dynamischen Stachel der Konkurrenz abgeschafft. Sie war zugleich unfähig und nicht bereit, die unmittelbaren ProduzentInnen mit ihrem schöpferischen Eigeninteresse am Planungsprozess teilnehmen zu lassen. Das Ergebnis war ein unvermeidbarer Fall der Arbeitsproduktivität und ein verheerendes Zurückbleiben hinter dem

imperialistischen Kapitalismus.

Die Bürokratie verstand es, wirtschaftliche Ressourcen für den eigenen üppigen Konsumbedarf und zur Absicherung ihrer Tyrannei einzusetzen. Je weiter Produktions- und Verteilungssektoren von diesen Prioritäten entfernt waren, desto mehr wurden Mängel und schlechte Warenqualität zur Norm. Der Militär- und Verteidigungssektor einschließlich des riesigen Polizei- und Sicherheitsapparates genossen absoluten Vorrang, was Ausgaben anbelangte, und arbeiteten relativ effizient.

Aber bezüglich der Konsumbedürfnisse der Massen erwiesen sich die bürokratischen Planmechanismen als unfähig, hochwertige Güter herzustellen, die Arbeit zuhause oder in der Produktion zu erleichtern oder zu verkürzen und das Ausmaß und die Qualität der Freizeit zu steigern. Nach erstaunlichen Anfangserfolgen in Erziehung und Wohlfahrt wurden selbst sie Opfer der Stagnation bürokratischer Planung. Die Erfahrung von Versagen und Niedergang untergrub letzten Endes national wie international selbst die Idee der geplanten Produktion im Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse. Die bürgerliche Propaganda konnte immer erfolgreicher die „Lehre“ verbreiten, dass dies das notwendige Resultat aller Versuche sei, eine Wirtschaft zu planen.

Aber die stalinistische Bürokratie war und ist kein Ausdruck der Planlogik selbst. Effektive Planung setzt die Kontrolle über die Produktion durch den zentralisierten und bewussten Willen der ProduzentInnen selbst voraus. Die Ziele der stalinistischen Kommandoplanung wurden durch einen winzigen Kern von PlanerInnen abgesteckt, der wiederum von einer bonapartistischen Clique von SpitzenbürokratInnen gegängelt wurde. Die Wirkweise des Plans wurde wiederholt aus dem Gleichgewicht gebracht und unterbrochen durch rivalisierende Schichten von Partei- und Wirtschaftsbürokratie. Die atomisierten und entfremdeten Arbeitskräfte, die weder über die Planziele entschieden noch sie verstanden, traten der Produktion zusehends mit Apathie entgegen. Eine chronische Stagnation steuerte in den 1980er Jahren auf eine kritische Lage zu und stürzte die herrschenden Bürokratien in immer tiefere politische Krisen.

Von Moskau bis Peking, von Belgrad bis Hanoi war die herrschende Kaste in einander sich befehdende Fraktionen gespalten. Alle Versuche, ihr System durch Beimengungen von „Marktelementen“ und „Marktsozialismus“ wiederzubeleben, waren zum Scheitern verurteilt. Diese Maßnahmen zerrissen und desorganisierten den bürokratischen Plan, ohne ihn durch eine wirklich kapitalistische Ökonomie zu ersetzen, zunächst in Ungarn

und Jugoslawien, am spektakulärsten dann unter Gorbatschow in der UdSSR.

Die Zersetzung und der Zusammenbruch der Produktion, ein blühender Schwarzmarkt und Korruption, gigantische Budgetdefizite und Unternehmensbankrotte, aufgeschoben nur durch Hyperinflation, markieren die Todesagonie der bürokratischen Planwirtschaft.

Für die ArbeiterInnenklasse ist der Zweck der postkapitalistischen Eigentumsverhältnisse der Übergang zu einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Sie ermöglicht die Planung der Produktion nach menschlichen Bedürfnissen, das Ende von Unterdrückung und die fortschreitende Beseitigung von Ungleichheiten.

Dies zu erreichen, erfordert die aktive und bewusste Teilnahme des Proletariats als ProduzentInnen und KonsumentInnen. Diese müssen als unmittelbare ProduzentInnen mit in der Geschichte erstmaligem unmittelbarem Interesse und schöpferischer Fähigkeit zur Entfaltung der Produktivkräfte souverän sein.

ArbeiterInnenstaaten müssen einen Weg zunehmender ökonomischer Integration und gemeinsamer Planung einschlagen, um von der internationalen Arbeitsteilung, die auch für eine sozialistische Ökonomie

notwendig ist, den effektivsten Gebrauch zu machen. Die stalinistischen Bürokratien waren nicht fähig, diese Vorteile zu nutzen. Tatsächlich blieben die degenerierten ArbeiterInnenstaaten mehr und mehr hinter der Internationalisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft zurück.

Der erste Schritt eines gesunden ArbeiterInnenstaats in diese Richtung würde die Errichtung von gemeinsamen Planungseinrichtungen für wichtige Branchen und gemeinsame Pläne für eine Gruppe von Staaten verbunden mit einer gemeinsamen Währung darstellen. Ein solches System kann nur durch die revolutionäre Aktion der ArbeiterInnenklasse, die ihre Ziele bewusst verfolgt, umgesetzt werden.

Die stalinistischen Bürokratien sind historisch illegitime Kasten. Von ihrer Entstehung an neigten sie zur Herausbildung von Fraktionen und Flügeln als Antwort auf den langfristigen Druck seitens des Imperialismus und der ArbeiterInnenklasse. In der UdSSR, in Ungarn, Jugoslawien und China entwickelten sich Fraktionen, die allmählich dominanter wurden und den Plan insgesamt demontieren und Preise, Löhne und Produktion durch „Marktmechanismen“ bestimmen lassen wollten.

Sie versuchten, den Soziallohn in Form subventionierter

Lebensmittel und Sozialdienste, die den ArbeiterInnen als Ergebnis der Beseitigung des Kapitalismus zugutekamen, abzuschaffen. Diese AnwältInnen der Dezentralisierung, des freien Marktes und der Öffnung ihrer Ökonomien für die multinationalen Konzerne zeigten eine immer offener restaurationistische Haltung und zweifelten nicht nur an der bürokratischen Zentralplanung, sondern auch an der Fähigkeit ihrer Kaste, sich an der Macht zu halten.

Diese Fraktion war mit der Direktorenschicht eng verwoben und erhoffte sich eine Etablierung als direkte AgentInnen, wenn nicht gar Mitglieder einer neuen Kapitalistenklasse. Solche bewussten RestorationistInnen waren, wie die Ereignisse in der UdSSR nach 1990/91 zeigten, mit bemerkenswerter Geschwindigkeit imstande, ihr stalinistisches Hemd gegen ein sozialdemokratisches, liberales, christdemokratisches oder protofaschistisches einzutauschen.

Daneben hatten die Marktreformen, die Unterhöhlung des Außenhandelsmonopols und die Öffnung für Auslandsinvestitionen vielfältige Wege für das Wirken des Imperialismus selbst geöffnet. Ein Großteil der COMECON-Staaten und Jugoslawien waren in eine enorme Schuldenfalle getappt und mussten sich mit den Forderungen und Auflagen der internationalen

Finanzinstitutionen herumschlagen. Um die Devisenprobleme zu lösen, wurde die Exportorientierung immer stärker, bestimmte Betriebe wurden immer mehr zu verlängerten Werkbänken imperialistischer Konzerne. Das technologische Zurückbleiben führte umgekehrt zur Abhängigkeit von Devisen verschlingenden Importen. Alle drei Faktoren machten die nachkapitalistischen Ökonomien anfällig für die Industrie-, Finanz- und Konjunkturkrisen der kapitalistischen Weltwirtschaft in den 1980er Jahren.

Neben der verstärkten Rolle imperialistischer Finanz- und Konzernvertretungen in den degenerierten ArbeiterInnenstaaten bildete sich entlang der Marktformen eine Schicht von GeschäftemacherInnen, KleinbürgerInnen bzw. halblegalen oder kriminellen KapitalistInnen. Der Imperialismus nutzte alle Schwachpunkte des Systems, um prokapitalistische Oppositionen zu bilden oder zu fördern. So wurden insbesondere die Kirchen zu einem Zentrum für die Sammlung von Oppositionskräften. Aber auch ehemalige Sammlungspunkte für ArbeiterInnenopposition wie Solidarnosc in Polen konnten nach dem reaktionären Niederwalzen der ArbeiterInnenproteste in reaktionäre, kleinbürgerlich-konterrevolutionäre Parteien umgewandelt werden.

Ende der 1980er Jahre war in fast allen degenerierten ArbeiterInnenstaaten

eine Situation entstanden, in welcher der Spitze der krisengeschüttelten Bürokratie eine breite Front von prokapitalistischen BürokratInnen, kleinbürgerlichen Oppositionskräften und der verstärkte Druck des Imperialismus gegenüberstanden.

Die Rolle des Staatsapparates

Die Periode des Marktsozialismus markiert in vielen degenerierten ArbeiterInnenstaaten die Endphase des stalinistischen Regimes. Die Einführung von Marktmechanismen – selbst Ausdruck der Krise der bürokratischen Misswirtschaft – blieb jedoch insgesamt den Mechanismen direkter und indirekter Planung untergeordnet. Entgegen den Intentionen marktwirtschaftlicher ReformierInnen vom Schlage eines Gorbatschow trugen diese Maßnahmen nicht zur Revitalisierung der Ökonomien so unterschiedlicher Länder wie Russland, Jugoslawien oder Ungarn bei; sie kombinierten vielmehr die Schwächen beider Systeme, von bürokratischer Planung und eingeschränkter Konkurrenzwirtschaft.

Aber auch die weitestgehende Liberalisierung der bürokratischen Planung, ihre immer stärker werdende Unterhöhlung waren nicht ausreichend, um eine qualitative Transformation der Gesellschaftsordnung zu bewirken. Sie führten jedoch dazu, dass die Bürokratie selbst immer stärker

restaurationistische Tendenzen entwickelte, dass verschiedene Flügel der Bürokratie immer offener einen prokapitalistischen Kurs steuerten, sich mit entstehenden kleinbürgerlichen Schichten zu verbünden suchten und selbst Geld anhäuften, das zu einem späteren Zeitpunkt die Funktion von Kapital spielen konnte.

Jene Teile der Bürokratie, die aufgrund ihrer Stellung in Partei, Armee, Staatsapparat befürchten mussten, ihre Privilegien beim Übergang zum Kapitalismus zu verlieren, gerieten auf ökonomischer Ebene in eine immer verzweifeltere Situation. Sie hatten das Vertrauen in eine Wiederbelebung bürokratischer Planungsmechanismen verloren. Wo die Bürokratie solche Versuche unternommen hatte – wie in Rumänien – waren die wirtschaftlichen Resultate eher noch desaströser als in anderen Ländern.

In China zog dieser Teil der Bürokratie aus der Niederschlagung der Massenbewegung chinesischer ArbeiterInnen und Mittelschichten am Tian'anmen-Platz 1989 den Schluss, dass die Einheit der Partei – und damit die Unterordnung unter deren restaurationistischen Flügel – das geringere Übel gegenüber einer ArbeiterInnenrevolution war.

In Russland versuchte der stalinistische Hardlinerflügel in

einem verzweifelten Aufstand gegen Gorbatschow, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Der Putschversuch um Janajew, der sich in erste Linie gegen die politischen Freiheiten, die die ArbeiterInnenklasse und die Intelligenz Gorbatschow abgerungen hatten, richtete, endete in einer raschen und verdienten Niederlage. Er hätte nicht zur „Rettung des ArbeiterInnenstaates“, sondern zur brutalen Unterjochung des Proletariats geführt, „bestenfalls“ zur zeitweiligen Restauration von Kommandoplanung und zu einem autoritären, staatskapitalistischen Weg zum Kapitalismus.

Der von Jelzin geführte Flügel der Bürokratie ergriff die Gunst der Stunde und übernahm die politische Macht, bemächtigte sich des vorhandenen Staatsapparates, den er zwar von den Spitzen der PutschistInnen und der KP säuberte, der aber insgesamt intakt blieb.

Trotzkis Einschätzung, dass sich in der Bürokratie eine Vielzahl politischer Ausrichtungen tummeln, die im Zuge ihrer Todeskrise offen hervortreten würden – von einer proto-faschistischen bis zur revolutionären – bewahrheitete sich nur bedingt. Ganz eindeutig ging eine Vielzahl politischer Tendenzen aus ihr hervor. Eine auch nur ansatzweise revolutionäre bildete sich jedoch nicht.

Wenn wir den anti-proletarischen Charakter der Bürokratie in

Betracht ziehen, ist das auch kein Wunder. Die Bildung eines solchen Flügels war immer nur eine Möglichkeit – und sicher eine größere in den 1930er Jahren, als die revolutionäre Tradition der Oktoberrevolution in der Gesellschaft noch lebendig war. Ende der 1980er Jahre war die Herrschaft der Bürokratie an einem historischen Endpunkt angelangt, waren die ökonomischen Grundlagen ihrer Herrschaft erschöpft. Damit war die Bildung eines linken oder gar revolutionären Flügels sehr unwahrscheinlich geworden.

Auch in den 1930er Jahren war die Bildung eines solchen Minderheitsflügels überhaupt kein Automatismus. Er setzte immer die Existenz einer revolutionären Avantgarde, den Druck der revolutionären ArbeiterInnenenschaft voraus. Nur so hätte ein Teil der Bürokratie zum Proletariat „überlaufen“ können.

Dass die Bildung eines solchen Flügels keine notwendige Entwicklung darstellen konnte, liegt aber auch an einem wichtigen sozialen Umstand. Alle anderen politischen Optionen der Bürokratie – weitere parasitäre Ausplünderung des ArbeiterInnenstaates als herrschende Kaste, als Dienerin einer neuen Bourgeoisie oder die Transformation in eine neue Kapitalistenklasse – schlossen die Beibehaltung ihrer privilegierten gesellschaftlichen Stellung ein.

Hinzu kam, dass sich 1989–1991 keine revolutionäre Strömung im Proletariat bildete, die Massenanhänger oder auch nur eine starke Verankerung in der Avantgarde der Klasse gehabt hätte. Die politische Atomisierung des Proletariats durch die stalinistische Diktatur hatte zur Zerstörung des Klassenbewusstseins geführt und dessen Bildung systematisch verhindert. Darin besteht auch eines der Hauptverbrechen des Stalinismus im geschichtlichen Maßstab.

Die wirtschaftliche Lage führte dazu, dass die Bürokratie in allen Ländern Osteuropas der Restauration wenig oder gar keinen Widerstand leistete und auch kaum leisten konnte.

In Osteuropa, in der Sowjetunion und in China entstanden Massenbewegungen gegen die bürokratische Herrschaft, die ursprünglich als Bewegung der Reform des Systems auftraten, gleichzeitig aber mit dem Fortbestand des alten Regimes unvereinbar waren. Eine politisch-revolutionäre Krise entstand, die in all diesen Ländern die Frage nach der politischen Macht objektiv aufwarf.

Die Auseinandersetzungen endeten (außer in Rumänien und – in anderer Weise – in Jugoslawien) mit dem unblutigen, „friedlichen“ Abdanken der Bürokratie als herrschender Kaste. Die politische Macht ging an offen

restaurationistische Regierungen über, die sich entweder aus der ehemaligen kleinbürgerlichen Opposition oder aus der ehemaligen herrschenden Kaste oder einer Koalition beider zusammensetzen. Es bildeten sich bürgerliche ArbeiterInnenregierungen oder Volksfrontregierungen, die der Einführung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dienten. In China (1992/93) und Serbien (mit dem Machtantritt Milosevics) vollzog sich dieser Prozess, indem innerhalb der KP bei Beibehaltung ihres Machtmonopols der offen restaurationistische Flügel die Macht und Kontrolle über den Staatsapparat übernahm.

Wir charakterisieren diese Länder als bürgerlich-restaurationistische Staaten. Die Regierungsgewalt und die Staatsmacht gingen bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Koalitionen und der Formen – bürgerlich-demokratisch oder diktatorisch – von einer Kaste, deren politische Herrschaft auf der Verteidigung und Reproduktion nach-kapitalistischer Eigentumsverhältnisse beruhte, über zu den politischen VertreterInnen einer neuen herrschenden Klasse, zu einer entstehenden Bourgeoisie.

Wie Trotzki richtig vorhersah, folgte der Machtübernahme durch die entstehende bürgerliche Klasse eine ganze Periode, in der die Wirtschaft bewusst gemäß den Gesetzen der kapitalistischen

Wirtschaft
umgestaltet werden musste.

Der Staat und die Kontrolle über den Staatsapparat spielen auch im Restaurationsprozess – ähnlich wie bei Entstehung jedes ArbeiterInnenstaates – keine passive Rolle. Er muss bewusst und gezielt die alten ökonomischen Verhältnisse zerstören, um die Wirkung des Wertgesetzes durchzusetzen.

Es war eine große Stärke der Analyse der LRKI in den 1990er Jahren herauszuarbeiten, durch welche inneren Widersprüche dieser Prozess nach Etablierung restorationistischer Regierungen gehen musste und welche notwendigen ökonomischen Maßnahmen in dessen Verlauf dazu ergriffen werden mussten.

Eine weitere Stärke unserer Analyse bestand in der Erkenntnis, dass die Inbesitznahme des Staatsapparates durch diese Regierungen relativ problemlos vonstattenging, dass der stalinistische Apparat i. W. auch zur Erfüllung der Ziele der neuen bürgerlichen Regierungen diente. Was noch wichtiger ist: Wir konnten diese Tatsache auch erklären, weil wir klar erkannt hatten, dass der Staatsapparat in den degenerierten ArbeiterInnenstaaten von bürgerlichem Typus war. Dieser stellte nicht nur ein Hindernis auf dem Weg zum Sozialismus dar; er war gleichzeitig auch kompatibel mit der

Umsetzung der politischen Ziele der Restauration, sobald sich eine solche politische Kraft seiner bemächtigte.

Wir konnten dieses Phänomen in ganz Osteuropa erleben. Der Staatsapparat wurde nicht zerschlagen, er wurde nur gesäubert. Die neuen restorationistischen Regime nahmen ihn in Besitz – als Instrument zur Umwandlung der Eigentumsverhältnisse.

Trotzki hatte eine solche Entwicklung durchaus vorausgesehen. In der „Verratenen Revolution“ legt er dar, dass der Sturz der Bürokratie mit einer schonungslosen Säuberung des Staatsapparates einhergehen muss. Auf wirtschaftlichem Gebiet würde die politische Revolution jedoch den Charakter einer tiefgreifenden Reform haben.

Anders die soziale Konterrevolution. Sie müsste auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht einfach Reformen durchführen, sondern einen fundamentalen konterrevolutionären Umsturz zur Wiederherstellung des Privateigentums an den Produktionsmitteln herbeiführen. In der herrschenden Bürokratie würde eine bürgerliche Partei dagegen „nicht wenige willfähige DienerInnen“ finden.

„Eine Säuberung des Staatsapparates wäre auch in diesem Fall

erforderlich, doch hätte die bürgerliche Restauration wahrscheinlich weniger Leute zu entfernen als eine revolutionäre Partei.“ (2)

Eine notwendige Korrektur

Hatte die LRKI auch die Widersprüchlichkeit dieses Systems des Übergangs erkannt, hatte sie auch den Staatstyp im stalinistischen System richtig charakterisiert und damit ein Mittel zum marxistischen Verständnis der friedlichen Restauration des Kapitalismus zur Hand, so hatte sie jedoch in den frühen 1990er Jahren einen schweren theoretischen Fehler gemacht, der mit der marxistischen Staatstheorie wenig gemein hatte und der sich zu einem gravierenden politischen Manko hätte entwickeln können.

Um den widersprüchlichen Prozess der Re-Etablierung des Kapitalismus zu charakterisieren, haben wir die Phase von der Machtergreifung offen restorationischer Regierungen bis zum Sieg des Wertgesetzes als vorherrschenden Regulator des Wirtschaftslebens als „moribunden ArbeiterInnenstaat“ bezeichnet.

Auf den ersten Blick hatte diese Charakterisierung mehrere Vorzüge. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass die Aufmerksamkeit von RevolutionärInnen auf die ökonomischen Verteidigungsaufgaben

der ArbeiterInnenklasse,
den Kampf gegen Privatisierungen, Massenentlassungen usw. nach
Machtübernahme
der RestorationistInnen gelenkt wurde. Sie schärfte auch den
Blick für die
inneren Widersprüche dieses Prozesses, dem fast alle anderen
internationalen
Strömungen des Trotzismus kaum Aufmerksamkeit schenkten.

Der entscheidende Fehler dieser Charakterisierung ist
jedoch, dass sie von einer mechanischen Sichtweise des
Übergangs zwischen
Gesellschaftsformationen bestimmt war. Der Klassencharakter
eines Staates wird
aber gerade in der Übergangsphase nicht durch die „momentan“
vorherrschenden
Eigentumsverhältnisse charakterisiert; entscheidend ist,
welche
Eigentumsverhältnisse er verteidigt oder zu installieren
versucht. Dies ist
nicht eine Frage des „Willens“ – was also die AgentInnen des
Staatsapparates
gerade „durchsetzen wollen“ – sondern eine der
Klassenverhältnisse in Bezug auf
Staat und Ökonomie. Die Klassenkräfte für einen Sturz der
bürokratischen Kaste
zum Zweck der bewussten Restauration des Kapitalismus waren
durch die Krise der
bürokratischen Herrschaft und die Atomisierung der
ArbeiterInnenklasse in
ausreichender Stärke vorhanden – so ausreichend, dass sie auf
der politischen
Ebene spätestens 1989 in verschiedensten Formen die Krise zur
Hervorbringung
von Doppelmachtsituationen vorantreiben konnten. Diese
Klassenkräfte

repräsentierten besonders durch ihre Verbundenheit mit dem Imperialismus, aber auch durch die Ansätze einer einheimischen Kapitalistenklasse, eindeutig die Bourgeoisie, die um die Errichtung bürgerlicher Eigentumsverhältnisse kämpfte.

Entscheidend ist nicht, ob diese bürgerlichen Kräfte ihr Ziel „mit einem Schlag“ oder doch nur durch einen „langwierigen“ Restaurationsprozess durchsetzen konnten. Entscheidend ist vielmehr, dass ihre Machtergreifung einen entscheidenden qualitativen Sprung in der Entwicklung darstellte. Von da an war die Spitze des Staatsapparates kein, wenn auch noch so unbewusstes und durch Marktideologie zersetztes, Hindernis für die kapitalistische Restauration, sondern die entscheidende, vorantreibende Agentur derselben. Auch wenn daher die Ökonomie weiterhin nicht durch das Wertgesetz und das schrankenlose Funktionieren des Kapitalkreislaufes bestimmt war, so war die Entwicklung seit diesem qualitativen Sprung auf einer schiefen Ebene hin zur Beseitigung der noch existierenden Hemmnisse – etwas, das nicht mehr durch den „passiven Widerstand“ der bürokratischen Trägheit hätte aufgehalten werden können, sondern nur durch eine bewusste soziale Revolution zur Beseitigung der restaurativen Maßnahmen.

Die Theorie der „moribunden ArbeiterInnenstaaten“ hatte

daher höchst problematische Seiten. Vor allem missachtete sie die dialektische Sicht des Marxismus, dass die Übergangsperiode von einer Klassengesellschaft zur anderen oft durch einen Widerspruch zwischen politischer und ökonomischer Form gekennzeichnet ist. Diese wurde durch ein einfaches, mechanisches Verhältnis ersetzt. Solange das Wertgesetz nicht dominiere, solange es nicht vorherrsche, hätten wir es unabhängig davon, welche Klasse politisch herrscht, mit einem ArbeiterInnenstaat zu tun.

Dagegen bemerkte Trotzki: „Weiß die Geschichte nicht von Fällen des Klassenkonflikts zwischen Ökonomie und Staat? Aber natürlich! Nachdem der ‚Dritte Stand‘ die Macht ergriffen hatte, blieb die Ökonomie noch für eine Phase von mehreren Jahren feudal. In den ersten Monaten der Sowjetwirtschaft regierte das Proletariat auf der Basis einer bürgerlichen Ökonomie. Im Bereich der Landwirtschaft operierte die Diktatur des Proletariats jahrelang auf der Basis einer kleinbürgerlichen Wirtschaft.“ (3)

Uns war klar, dass dieser „ArbeiterInnenstaat“ (also der Staatsapparat, die Regierung usw.) in seiner „moribunden“ Phase die proletarischen Eigentumsverhältnisse nicht mehr, nicht einmal auf bürokratische Weise verteidigt. Daraus zogen wir nicht den naheliegenden Schluss, dass die Staatsmacht, das Gewaltmonopol in die Hände einer anderen Klasse übergegangen ist, die bewusst daran geht, die ökonomischen Verhältnisse ihrer Herrschaft

anzupassen.

Vielmehr gingen wir davon aus, dass der ArbeiterInnenstaat – diesmal als Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden – solange ein proletarischer Staat wäre, wie auf ökonomischer Ebene das Wertgesetz nicht dominiere.

Wir hatten also einen ArbeiterInnenstaat, eine bürokratisch degenerierte Form der Übergangsgesellschaft „erfunden“, in der die politische Macht nicht in Händen einer gesellschaftlichen Kraft lag, die die soziale Herrschaft der ArbeiterInnenklasse (und sei es in der entarteten Form der politischen Herrschaft der Bürokratie) verteidigt.

Diesen schweren theoretischen Fehler konnten wir auf dem letzten Kongress der LRKI (2000) überwinden. Die politische Entwicklung der 1990er Jahre war glücklicherweise in keinen Situationen gemündet, wo dieser theoretische Fehler in einen politischen umgeschlagen wäre. Das hätte allerdings zu einer programmatischen Kuriosität unsererseits geführt.

Mit dem moribunden ArbeiterInnenstaat hatten wir eine Form der proletarischen Diktatur vor uns, die wir nicht gegen den Imperialismus verteidigen würden, weil es eine bürokratisch degenerierte Form der Herrschaft

der ArbeiterInnenklasse ist, sondern weil ein Sieg des Imperialismus drohen würde, ein solches Land zu einer Halbkolonie werden zu lassen.

Dieser Beschluss liest sich nicht nur schlecht, er ist der sprachliche Ausdruck einer politischen Unklarheit. Im Grunde bemerkte er, dass der moribunde ArbeiterInnenstaat bereits ein bürgerlicher Staat war – aber er erkannte das auf einer ganz und gar widersprüchlichen theoretischen Grundlage an. Die bewaffneten Organe dieses Staates waren in keiner Weise mehr die eines ArbeiterInnenstaates. Sie hatten in allen kritischen Momenten gezeigt, dass ihre Spitze treu zu den bürgerlichen RestaurationistInnen stand, gegen „stalinistische AbenteurerInnen“ (siehe die Moskauer Putschversuche) ebenso wie gegen „abtrünnige“ nationale Minderheiten (siehe Tschetschenien-, Balkan-Kriege etc.). Damit ist auch klar, dass die Armeen solcher Staaten keine andere Rolle mehr spielen können als jene jedes anderen bürgerlichen Staates. Jede Grundlage für einen revolutionären Defensismus gegenüber ArbeiterInnenstaaten-Armeen fällt weg, da es sich nur noch um das unzweideutige bewaffnete Instrument einer konterrevolutionären Bourgeoisie handelt. Die Frage des Defaitismus gegenüber dem eigenen Imperialismus, der durch bewaffnete Intervention in den Restaurationsprozess eingreift (z. B. Ex-Jugoslawien) ist völlig unabhängig von einem nicht

mehr vorhandenen „ArbeiterInnenstaats“-Charakter dieser Länder, sondern ergibt sich rein aus dem Charakter des imperialistischen Krieges um neue, potentielle Halbkolonien.

Die falsche Theorie des moribunden ArbeiterInnenstaates hatte keine negativen programmatischen Folgen und konnte korrigiert werden. Wir müssen aber klar sehen, dass die LRKI hier an einem schweren politischen Fehler vorbeigeschrammt war. Das zeigte sich auch in der Titulierung der Aktionsprogramme dieser Zeit. Sie trugen im Grunde alle den Charakter von Programmen der sozialen Revolution, des Sturzes einer neuen oder neu entstehenden Kapitalistenklasse.

Da wir jedoch die bürgerlich restorationistischen Staaten als „ArbeiterInnenstaaten“ verkannten, trugen unsere Programme den Unter- oder Nebentitel eines Programms der „kombinierten“ politischen und sozialen Revolution, eines Programms, das stillschweigend anerkannte, dass die proletarische Revolution nicht mehr die Herrschaft einer Kaste, sondern die einer Klasse stürzen musste – freilich ohne diese Tatsache klar auszusprechen.

Die ArbeiterInnenklasse

Bisher haben wir die Frage nach der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs vom degenerierten ArbeiterInnenstaat zum Kapitalismus in erster Linie mit einem Blick auf ihre ökonomischen Voraussetzungen, die herrschende Bürokratenkaste und die Form des Staatsapparates betrachtet.

Dass die Restauration des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg, Aufstand, oft ohne Blutvergießen vollzogen wurde, war nur möglich, weil die große Mehrheit der Gesellschaft, die ArbeiterInnenklasse, nicht versuchte, ihre eigene soziale und politische Herrschaft zu etablieren, weil das Proletariat die Todeskrise der Herrschaft der Bürokratie nicht zur eigenen Machtergreifung zu nutzen trachtete.

Trotzki ging in den 1930er Jahren davon aus, dass die ArbeiterInnenklasse ihren Staat, Sowjetrußland, gegen den Imperialismus verteidigen würde. Es ist kein Zufall, dass er dabei eine faschistische oder bonapartistische politische Form der sozialen Konterrevolution vor Augen hatte, eine bürgerliche unverhüllte Diktatur. Die Vierte Internationale stellte – damals völlig zu Recht – einen engen Zusammenhang zwischen dem imperialistischen Krieg und der drohenden

sozialen Konterrevolution in der Sowjetunion als Folge einer militärischen Niederlage gegen den Faschismus her.

Beim Zusammenbruch der stalinistischen Regime hatten wir es jedoch mit einer ganz anderen Situation zu tun. Natürlich hatten der Rüstungswettlauf wie die ökonomische Penetration der degenerierten ArbeiterInnenstaaten zur Erschütterung der Planwirtschaften beigetragen. Vor allem aber hatte die stalinistische Herrschaft die revolutionäre Klasse „ihrem“ degenerierten ArbeiterInnenstaat gegenüber entfremdet.

Die blutige Niederschlagung politisch-revolutionärer Aufstände und proletarischer Massenbewegungen hatte im Proletariat die Hoffnung auf eine Reform des „real existierenden Sozialismus“ mehr und mehr gebrochen.

Ab Anfang der 1980er Jahre erwies sich für die ArbeiterInnenklasse nicht nur der Mangel an politischen Rechten als erdrückend – als ProduzentInnen des gesellschaftlichen Reichtums erlebten sie den ökonomischen Niedergang tagtäglich.

Die Massenbewegungen zum Sturz der stalinistischen Bürokratien begannen zwar als Bewegungen für politische und demokratische Rechte, sie fanden aber auf dem Boden einer strukturellen ökonomischen Krise statt. In Osteuropa und der UdSSR nahm das die Form wirtschaftlichen

Niedergangs und einer zumindest relativen Verschlechterung der Konsummöglichkeiten des Proletariats an. In China wuchs die Wirtschaft zwar stark, aber auf Grundlage enormer gesellschaftlicher Polarisierung und der Verschlechterung der Lebensbedingungen hunderter Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die politische Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse hatte zu einer politischen Perspektivlosigkeit und Atomisierung geführt. Die arbeitenden Massen stellten zwar zahlenmäßig den Großteil der DemonstrantInnen und AktivistInnen gegen das Regime, die politische Führung lag jedoch bei kleinbürgerlichen Oppositionskräften, ja musste aufgrund des Fehlens einer genuin proletarischen Führung bei diesen liegen.

Die politische Unterdrückung hatte gleichzeitig auch dazu geführt, dass das Proletariat große Illusionen in die bürgerliche Demokratie entwickelte. Diese Konstellation war ein enormer Trumpf für die kapitalistische Konterrevolution im Inneren und den Imperialismus. Die Etablierung restorationistischer Regime nahm in der Mehrzahl der Fälle eine bürgerlich-demokratische Form an.

Dass die Arbeiter und Arbeiterinnen in der formalen Demokratie des bürgerlichen Parlamentarismus, in der Verwirklichung einfacher demokratischer Rechte einen enormen Fortschritt sahen, ja

sehen konnten, war eine Frucht der stalinistischen Diktatur. Die Bürokratie hatte die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie nicht aufgehoben (und konnte das auch nicht, ohne ihre Herrschaft zu unterminieren), sie hatte sie einfach abgeschafft und/oder durch deren zweitklassige Imitationen – siehe die Wahlen zur Volkskammer in der DDR – ersetzt.

Das Programm gegen die kapitalistische Restauration

Die Überlebtheit der bürokratischen Planwirtschaft, die Zersetzung der sozialen Grundlagen der bürokratischen Diktatur führten dazu, dass die herrschende Kaste in Osteuropa rasch abdankte. Zweifellos war die Tatsache, dass in vielen Ländern die sowjetische Armee einen wesentlichen Teil des staatlichen Repressions- und Unterdrückungsapparats stellte, ein Faktor, der die stalinistischen „HardlinerInnen“ von einer bewaffneten Verteidigung des Machtmonopols Abstand nehmen ließ, sobald Gorbatschow und die sowjetische Bürokratie erklärt hatten, dass sie sich politischen Reformen nicht entgegenstellen würden.

Die kampflose Kapitulation der Bürokratie führte auch dazu, dass proletarische Kampforgane in den Betrieben, räteähnliche

Organe wie die Fabrikkomitees, die sich 1981 in Polen gegen die stalinistische Diktatur gebildet hatten, 1989/1990 nicht entstanden. In einigen Betrieben kam es zwar zur Bildung von gewählten und jederzeit abwählbaren neuen „Betriebsräten“ und Komitees, doch diese waren Ausnahmerecheinungen, hatten in der Regel keine Funktion als Kampforgane über das Unternehmen hinaus und waren in keinem Moment über den Betrieb hinaus zentralisiert.

Die Bildung solcher Organe hätte zwar nicht das Bewusstsein automatisch geändert. Sie hätte aber wichtige Stützpunkte proletarischer Macht geschaffen, Organe der Aktion, in denen sich gleichzeitig wie in jedem revolutionären Prozess das Bewusstsein der Klasse hätte entwickeln können. RevolutionärInnen hätten darin einen sehr viel besseren und solideren Anknüpfungspunkt für ihre Agitation und Propaganda gehabt.

So war die Klasse zwar sehr aktiv und auf der Straße, aber in erster Linie als Bürger und Bürgerinnen und nicht als ArbeiterInnen. Dass das Proletariat keine eigenen Kampforgane schuf, war jedoch nicht dem Fehlen von Klassenbewusstsein allein geschuldet. Es lag auch daran, dass die Bürokratenherrschaft in der Regel schon durch Massendemonstrationen auf der Straße zum Rückzug und schließlich zum Abdanken gezwungen wurde. Das erleichterte auch die

Demobilisierung der Massen. Die kleinbürgerlichen Führungen der Massen gingen Abkommen mit der Bürokratie ein, um einen partiellen oder vollständigen, möglichst schmerzlosen Transfer der politischen Macht zu arrangieren. In der DDR nahm dies die Form der „Runden Tische“ an.

In vielen Ländern dienten bürgerlich-parlamentarische Wahlen dazu, das Bedürfnis der Massen, die verhasste stalinistische Herrschaft zu beseitigen, mit deren Demobilisierung zu verbinden.

Das stellte an RevolutionärInnen wichtige politisch-programmatische Herausforderungen. Wie konnte die ArbeiterInnenklasse in dieser Situation für die Verteidigung der nachkapitalistischen Eigentumsverhältnisse gewonnen werden? Wie konnte sie für die politische Revolution, für den Kampf gegen die herrschende Bürokratie und gegen die Übergabe der Macht an die RestaurationistInnen mobilisiert werden?

Ein wichtiger Bestandteil war zweifellos die Entlarvung bürgerlicher Kräfte, die Entlarvung der bürgerlichen Demokratie, die alles andere als „Volksherrschaft“, sondern ein Herrschaftsmittel der Kapitalisten darstellt. Es war zweifellos notwendig, diese Propaganda energisch und klar durchzuführen. Ein wichtiger Bestandteil davon war, damit an der Lebensrealität der Massen in

den Betrieben und Wohnbezirken anzuknüpfen. Die Propagierung der Räteherrschaft, die Propagierung der Bildung von betrieblichen ArbeiterInnenkomitees, von Stadtteilkomitees usw. war aber zu wenig.

Das Bedürfnis der Klasse, die Bürokratie ein für alle Mal von der Macht zu verjagen, musste von RevolutionärInnen entschieden aufgegriffen und mit Losungen kombiniert werden, die dazu dienten, die bürgerlich-demokratischen Illusionen der Klasse nicht zum Fallstrick für die ArbeiterInnen werden zu lassen.

Das bedeutete, dass RevolutionärInnen das entschiedenste Programm zur Beseitigung der Bürokratenherrschaft präsentieren mussten. Es bedeutet, dass bürgerlich-demokratische Forderungen z. B. nach Koalitionsfreiheit, zur Bildung von Parteien und Gewerkschaften radikal aufgegriffen werden mussten. Sie mussten gleichzeitig mit der Forderung nach Organen der ArbeiterInnenkontrolle verbunden werden.

In einer Situation, in der die ArbeiterInnenklasse massive Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus hegte, war es einfach zu wenig, die Vorzüge der Sowjetdemokratie zu propagieren – so wichtig diese Aufgabe für sich genommen auch war. Es war gleichzeitig nötig, im Wahlprozess möglichst viele Elemente von Kontrolle des Proletariats über den Wahlgang zu fordern und

dafür zu kämpfen.

Das beginnt bei der Frage der Wahl der KandidatInnen. In jedem Betrieb, in jedem Stadtteil hätten sich die KandidatInnen, die vorgeben die Interessen der ArbeiterInnen u. a. nicht-unterdrückender Schichten der Bevölkerung zu vertreten, Massenversammlungen stellen müssen, denen sie auch nach der Wahl verantwortlich und rechenschaftspflichtig gewesen wären.

Der Zugang zu den Medien, die Verteilung der Mittel zur Wahlwerbung hätte von ArbeiterInnenausschüssen kontrolliert werden müssen. All diese Forderungen hätten erlaubt, die gesamte Klasse einschließlich der großen Mehrheit, die Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus nachhing, in rätedemokratisch aufgebauten Organen zu mobilisieren und zu organisieren. Diese Organe wären Mittel der Kontrolle wie Kampforgane gegen die arbeiterInnenfeindliche Politik zukünftiger Abgeordneter gewesen.

Das geringe Niveau proletarischen Klassenbewusstseins und das Fehlen von räteähnlichen Organen bedeutet für RevolutionärInnen, Losungen wie die nach einer „Konstituierenden Versammlung“ selbst aufzustellen und mit Losungen nach ArbeiterInnenkontrolle zu kombinieren. Die Atomisierung des Proletariats im Stalinismus, die systematische Verhinderung der Bildung eines revolutionären

Subjekts machte es für RevolutionärInnen notwendig, solche Forderungen wieder aufzustellen, um die Klasse überhaupt für die Revolution gewinnen zu können.

Die historische Situation machte es dringend erforderlich, dass RevolutionärInnen auch auf ökonomischen Gebiet die „Verteidigung der Planwirtschaft“ entschieden mit deren Reorganisierung unter Kontrolle der Beschäftigten verbanden – Produktion gemäß den Bedürfnissen der ProduzentInnen/KonsumentInnen, vollständige Offenlegung aller Planungen der Bürokratie, Stilllegung aller unnützen, parasitären Pfründe und Machtmittel, Zerschlagung des parasitären repressiven Apparats – allen voran der Stasi.

Die „Verteidigung der Planwirtschaft“ hat nichts mit der Beibehaltung der bürokratischen Misswirtschaft zu tun. Das musste den Arbeitern und Arbeiterinnen verständlich dargelegt werden. Das war keineswegs nur ein notwendiger Tribut an die gerechtfertigte Feindschaft der Massen gegen die Bürokratie; es war auch notwendig, um die richtige Erkenntnis aufzugreifen, dass die Planwirtschaft nur dann wieder in Schwung kommen konnte, wenn man radikal mit dem System der Bürokratie bricht.

Die ArbeiterInnen wussten, dass dieses System nicht mehr lebensfähig war, dass jede „Reform“ der StalinistInnen, jedes neue „Experiment“

zur Verbesserung der Wirtschaftsleistung in den 1980er Jahren ein Schuss in den Ofen war. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wussten, wer für dieses Desaster verantwortlich war – und wer daher ganz sicher nicht in der Lage war, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Die Jahre 1989 bis 1991 bargen in sich nicht nur die Möglichkeit der sozialen Konterrevolution, die schließlich siegte. Die alternative Entwicklungsmöglichkeit war die politische Revolution, die Errichtung genuiner proletarischer Macht in den ArbeiterInnenstaaten. Aber das war nur möglich, wenn die Avantgarde der Klasse um eine politische Führung, eine revolutionären Partei gesammelt werden konnte, die in der Lage war, eine Brücke zwischen den demokratischen Hoffnungen der Massen und der Errichtung der Räte­demokratie zu schlagen, eine Partei, welche die anti-stalinistische Wut der Massen am radikalsten ausdrückte, gerade um zu verhindern, dass diese Wut, dieser revolutionäre Impuls der demokratischen Konterrevolution zugutekommen konnte.

Auf dieser Grundlage erfolgte das Eingreifen der LRKI in diese Prozesse, auf dieser Grundlage versuchten wir, revolutionäre Organisationen aufzubauen. Wir konnten den Sieg der Konterrevolution nicht verhindern. Wir teilen diese bittere Niederlage mit Millionen

Arbeitern und
Arbeiterinnen, deren Lebensstandard mit der Restauration des
Kapitalismus
deutlich abgesunken ist und deren mangelhafte Organisationen
oft völlig
entmachtet wurden und mit einem Ausbeutungssystem zu kämpfen
haben.

Diese Niederlage hat die ArbeiterInnenbewegung weltweit um
Jahre zurückgeworfen und dem Neoliberalismus einen Vormarsch
in der ArbeiterInnenbewegung
selbst erlaubt. Doch mit der Weltwirtschaftskrise, den dadurch
erzeugten
Klassenkonflikten und der sich entwickelnden
antikapitalistischen und ArbeiterInnenbewegung
beginnt sich erneut eine Kraft zu formieren, die sich gegen
den Kapitalismus
wendet und die Frage nach einer Alternative stellt. Sie muss
sich daher mit den
Erfahrungen der degenerierten ArbeiterInnenstaaten und des
Stalinismus
auseinandersetzen, um diese Fehler nicht zu wiederholen.

Wir sagen daher auch ganz klar: Die Niederlage der
ArbeiterInnenklasse
in Osteuropa und den GUS-Staaten war nicht zu verhindern durch
die Anbiederung
an einen Teil der StalinistInnen – sondern nur durch den
entschlossenen Kampf
gegen sie! Nur so hätte eine revolutionäre Organisation den
Massen glaubhaft
vermitteln können, dass der Kampf für den Kommunismus nichts
mit der
Verteidigung bürokratischer Misswirtschaft, von Privilegien
und politischer

Unterdrückung des Proletariats zu tun hat.

Endnoten

(1) Trotzki im Jahr 1934, Schriften 1.1, S. 547.

(2) Trotzki, Verratene Revolution, S. 956.

(3) Trotzki, „Kein ArbeiterInnen- und kein bürgerlicher Staat?“, Writings 1937–38, S. 63.

Entstehung und Untergang der DDR

Bruno Tesch/Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019 (Erstveröffentlichung 1999)

Die Deutschlandpolitik

der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs war Ausdruck der neuen Nachkriegsordnung. Mit der endgültigen Niederzwingung des „durchgeknallten“

innerimperialistischen Konkurrenten Deutschland und der kriegsbedingten

Unterordnung der imperialistischen Verbündeten Frankreich und Britannien stieg

der US-Imperialismus als neuer Hegemon empor. Zugleich bescherte der Sieg über den deutschen Faschismus aber auch der UdSSR und damit der stalinistischen Bürokratie eine Stärkung. Die im Krieg durch das volksfrontartige Zweckbündnis verschleierte Klassengegensätze mussten wieder voll durchbrechen. Ein neuer, „Kalter“ Krieg war vorprogrammiert.

Weltpolitische Rahmen

Deutschland wurde nun zu dessen besonderem Austragungsort. Das Potsdamer Abkommen der Kriegssalliierten vom August 1945 mit seinen Plänen zur Entmilitarisierung, Abschaffung der Rüstungsproduktion, Entflechtung von Kartellen und Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit war bald darauf Makulatur. Die Installation des Besatzungsrechts drückte bereits das gegenseitige Misstrauen aus, denn die Durchführung von Maßnahmen oblag den jeweiligen Militärregierungen der verschiedenen Besatzungszonen. Der gemeinsame Kontrollrat stellte nur ein Koordinationsgremium ohne direkte Weisungsbefugnisse dar. Zudem kam es schon vor Potsdam zu empfindlichen atmosphärischen Störungen zwischen den „Waffenbrüdern“, als die US-Administration der SU weitere Hilfsleistungen verweigerte.

In den USA gab es noch während des Krieges Kontroversen über ein mögliches militärisches Vorgehen gegen die Sowjetunion, weil das Kriegsgeschehen ein Vorrücken der Roten Armee nach Mitteleuropa mit sich brachte. Eine neue kriegerische Konfrontation wäre aber zu riskant gewesen. Immerhin zwang die veränderte Lage, den Blick über Deutschland hinaus auf Gesamteuropa zu richten. Die Absichten zur Zerstückelung und der Morgenthau-Plan von 1944 zur Deindustrialisierung Deutschlands wurden fallengelassen zugunsten einer modifizierten imperialistischen Strategie, die schließlich im Marshall-Plan mündete. Danach sollten die von der Roten Armee besetzten und von bürgerlichen ArbeiterInnen- oder Volksfrontregierungen verwalteten Gebiete durch gezielte Wirtschaftshilfe dem Einfluss der Kreml-Bürokratie friedlich wieder entrissen werden. Das gelang jedoch nicht. So wurden die geopolitisch und ökonomisch unverzichtbaren Westzonen Deutschlands mittels Marshall-Plan zum Bollwerk und Brückenkopf gegen den Stalinismus ausgebaut.

Die stalinistische Politik war von einem extremen Sicherheitsdenken dominiert. Was wie weltrevolutionäre Ausweitungsgelüste wirkte, war in Wahrheit nichts weiter als der Versuch, die durch den Kriegsverlauf errungenen Gebietsgewinne zu einem

Schutzgürtel für die bürokratischen Interessen auszubauen. So wurden das Baltikum und Ostpolen unmittelbar dem eigenen Territorium einverleibt, die Staaten Osteuropas von Polen bis Bulgarien sollten die eigentliche Pufferzone bilden, während Deutschland (zu dieser Überlegung gehörte ursprünglich auch Österreich) als entmilitarisiertes, neutrales, jedoch durchaus bürgerlich geführtes und ungeteiltes Land vorgeschaltet sein sollte.

Jedoch weder der US-imperialistische noch der Plan Moskaus gingen wie anfangs konzipiert auf. Ein Erstarken der Bourgeoisie in Osteuropa konnte die Kreml-Bürokratie nicht hinnehmen; sie entschied sich für deren Enteignung und die Errichtung von ArbeiterInnenstaaten. Ihre Pläne für einen gesamtdeutschen Staat wiederum wurden durch den Aufbau eines westdeutschen Separatstaates durchkreuzt. Folglich blieb auch hier keine Wahl mehr, und die Kreml-Bürokratie musste nachziehen und auf ihrem Besatzungsgebiet ebenfalls einen ArbeiterInnenstaat als Schutzzone etablieren.

Die beiden deutschen Teilstaaten sind also Frucht eines weltpolitischen Prozesses und vereinen die Gegensätze der Nachkriegsordnung auf unmittelbar benachbartem und daher besonders spannungsgeladenem Raum, im Sonderstatus von Berlin sogar

schicksalhaft in einer Stadt. Die DDR blieb sogar bis 1952, also drei Jahre nach ihrer Gründung, als die deutschlandpolitische „Stalin-Note“ den Westbesatzungsmächten den Abschluss eines Friedensvertrags und die deutsche Wiedervereinigung (als kapitalistische) anbot, bloße Verhandlungsmasse für die Interessen der Kreml-BürokratInnen. Im Grunde hat sich diese Haltung bis zum Ende der DDR nicht geändert und all jene enttäuscht, die sich an den Strohhalm klammerten, Gorbatschow würde die kapitalistische Wiedervereinigung nicht zulassen.

Die DDR-Gründung

Die Errichtung von degenerierten ArbeiterInnenstaaten nach dem Vorbild der UdSSR war für die StalinistInnen stets nur ein Mittel, um sich mit dem Imperialismus zu arrangieren. So sehr diese Gebilde der Weltbourgeoisie auch ein Dorn im Auge waren, garantierte die Bürokratenherrschaft doch andererseits eine gewisse Berechenbarkeit und Stabilität der Verhältnisse, die dem Imperialismus seine politischen und ökonomischen Geschäfte erleichterte. Als oberstes Gebot für die Kreml-Bürokratie, bevor sie zur Schaffung dieser besonderen, bürokratisierten Form von ArbeiterInnenstaat schritt, galt stets,

sicherzugehen, dass jedwede Art von Eigenständigkeit der ArbeiterInnenbewegung, die ihre Herrschaft in Frage stellen könnte, restlos zerstört war. Erst wenn sie die Keime einer revolutionären Entfaltung ausgerottet hatte, nahm sie die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in Angriff.

Notwendige Voraussetzung für diesen Weg war auch in Deutschland die Ausschaltung eigenständiger revolutionärer Bestrebungen aus der ArbeiterInnenklasse in Gestalt von Antifa-Ausschüssen und Betriebsräten, die vielfach auf örtlicher und betrieblicher Ebene das Machtvakuum der alten geflohenen oder desavouierten Verwaltungs- und BetriebsdirektorInnen ausfüllten. Diese Organe einer potentiellen rätedemokratischen ArbeiterInnenmacht wurden von der sowjetischen Militärverwaltung und ihren HelfershelferInnen aus den Reihen der entstehenden ArbeiterInnenbürokratie zerschlagen. Damit erwies sich der Stalinismus als Agentur des Imperialismus auf dem Boden eines noch bürgerlichen Staates und bediente sich dessen Instrumentarien.

Wie das Beispiel Ostösterreichs zeigt, war die Enteignung der Kapitalistenklasse und die Errichtung eines von Beginn an bürokratisch degenerierten ArbeiterInnenstaates

keineswegs ein unvermeidliches Produkt der stalinistischen Kontrolle über den Staatsapparat in der sowjetischen Besatzungszone. Dieser Schritt zur Enteignung der Bourgeoisie durch die StalinistInnen war vielmehr Produkt der internationalen Entwicklung und der Herausbildung der Nachkriegsordnung.

Ausschaltung der ArbeiterInnenklasse...

Dieses Vorgehen der StalinistInnen hatte wesentliche Konsequenzen. Die Etablierung nachkapitalistischer Eigentumsverhältnisse – für sich genommen zweifellos ein Fortschritt – wurde auf konterrevolutionäre Weise vollzogen. Ihre innerdeutschen, aber vor allem ihre internationalen Auswirkungen waren mit einer Stabilisierung der imperialistischen Weltherrschaft und einer Ruhigstellung des revolutionären Potentials des Proletariats verbunden.

Die ArbeiterInnenklasse in der DDR (und in der BRD) spielte nicht nur keine aktive politische Rolle. Ihr wurde mit dem „ersten ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenstaat auf deutschem Boden“ auch gleich die erste bürokratische Diktatur verpasst und damit von Beginn an der „Sozialismus“ in Ost und West diskreditiert. Die

DDR-Staatsmaschinerie war vom Typus her bürgerlich, ein abgehobener allmächtiger Apparat, ein Heer an Repressionskräften und StaatsdienerInnen. Es ist kein Wunder, dass dieser Apparat später keinerlei Widerstand gegen die Restauration des Kapitalismus leistete, sondern im Gegenteil die meisten BürokratInnen versuchten, im vereinten imperialistischen Deutschland unterzukommen. Dass ihnen das oft nicht allzu gut gelang, liegt daran, dass die westdeutsche Kapitalistenklasse schon einen erprobten Staatsapparat hatte und auf einen großen Teil der NVA, der Volkspolizei und der Beamtenschaft nicht angewiesen war.

... und ihre konterrevolutionären Folgen

Dass sich das Proletariat keineswegs freiwillig in die Etablierung der Nachkriegsordnung fügte, beweisen der ArbeiterInnenaufstand 1953 in der DDR ebenso wie die Kämpfe um die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie und gegen die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes im Westen. Der „Kommunismus“ war rasch in der ArbeiterInnenklasse in Ost und West diskreditiert. Hinzu kam, dass die stalinistische Diktatur in der DDR jede unabhängige Subjektbildung der ArbeiterInnenklasse, selbst

verglichen mit vielen osteuropäischen „Bruderländern“
besonders systematisch
kontrollierte und somit das Subjekt jeder sozialistischen
Umgestaltung
zerstörte.

Zweitens war die
Errichtung der DDR (wie des gesamten Ostblocks) Teil der
Etablierung einer
reaktionären Nachkriegsordnung, die neben der territorialen
Ausdehnung
bürokratischer Planung v. a. die konterrevolutionäre
Aufteilung zwischen
Ost und West, unter unbedingter Anerkennung der Herrschaft des
Kapitals in den
imperialistischen Sphären, implizierte. Die Errichtung
degenerierter ArbeiterInnenstaaten
war nur die andere Seite der Preisgabe des griechischen
Widerstandes gegen die
Bürgerlichen und die BritInnen, der Entwaffnung der
ArbeiterInnen durch PCI und
KPF. In der Teilung Deutschlands fassten sich alle Probleme
und Widersprüche
dieser reaktionären Nachkriegsordnung zusammen.

Hier standen einander
nicht nur die militärischen Apparate der DDR und der BRD
gegenüber, sondern
Deutschland war auch zentraler Ort der Blockkonfrontation.
Schließlich führte
die deutsche Teilung auch zu einer territorial fixierten
Aufteilung der ArbeiterInnenbewegung
unter die Apparate von SED und SPD, die – wenn auch mit
unterschiedlichen
Mitteln – ein politisches Monopol über „ihren“ Teil der

Bewegung ausübten.

Zweifellos hatten beide ein beachtliches Eigeninteresse an diesem Monopol und

der Säuberung der ArbeiterInnenbewegung von allen widerspenstigen Elementen.

Zugleich waren sie aber auch verlängerter Arm der führenden politisch-militärischen Kräfte „ihres“ Blocks zur Kontrolle der jeweiligen ArbeiterInnenklasse.

Anders als die

Oktoberrevolution brachte die Schaffung degenerierter ArbeiterInnenstaaten in

Osteuropa keinen revolutionären Impuls für die internationale ArbeiterInnenbewegung

mit sich. Im Gegenteil, sie führte zur Versteinerung der politischen

Verhältnisse und läutete eine rund zwei Jahrzehnte andauernde konterrevolutionäre Periode ein.

Diese Politik des

Stalinismus konnte sich natürlich nicht nur auf die Rote Armee stützen. Um

rasch ein politisches Gegengewicht gegen die Gefahr einer revolutionären

Organisierung der ArbeiterInnenklasse schaffen zu können, wurden von der

sowjetischen Militärverwaltung nicht nur früher als in den Westzonen Parteien

zugelassen, sondern es sollte ein verlässliches Kontrollorgan der ArbeiterInnenschaft

entstehen. Dazu bediente man sich seitens der StalinistInnen der tiefen

Sehnsucht in der ArbeiterInnenklasse nach Einigkeit, die gerade aus der

schmerzlichen Erfahrung der historischen Niederlage des

deutschen Proletariats
gegen den Faschismus resultierte.

Die Gründung der SED

Die deutschen StalinistInnen der KPD folgten auch nach dem Krieg der seit 1935 für alle KPen verbindlichen Volksfront-Linie, d. h. sie forderten eine bürgerliche Republik unter Einschluss aller antifaschistischen demokratischen Kräfte und schlossen ein Rätedeutschland aus. Sie verfochten ein Etappenmodell, wonach durch die Blockaden der deutschen Geschichte zunächst die bürgerlich-demokratischen Aufgaben von 1848 erfüllt werden müssten. Dann erst könne an die Aufgaben eines gesellschaftlichen Zukunftsmodells, des Sozialismus, gedacht werden. Programmatisch fiel die KPD damit deutlich hinter die andere ArbeiterInnenmassenpartei, die SPD, zurück, die immerhin für die sofortige Verstaatlichung der Schlüsselindustrien eintrat und von der auch das Motto „Deutschlands Zukunft wird sozialistisch oder gar nicht sein“ (Dr. Kurt Schumacher) stammte.

Die Vereinigung beider Parteien wurde im Ostteil von den StalinistInnen aktiv betrieben, als sie sich sicher sein konnten, die Kontrolle über diesen Prozess ausüben

zu können. Es handelte sich jedoch nicht einfach um eine „Zwangsvereinigung“. Dieser Prozess reflektierte auch Bedürfnisse nach Einheit der ArbeiterInnenklasse und reale Unterstützung dieses Projekts durch bedeutende Teile der SPD-Mitgliedschaft. Hinzu kommt, dass sich SPD und KPD politisch-programmatisch keineswegs grundsätzlich unterschieden. Beide waren bürgerliche ArbeiterInnenparteien, Parteien der sozialen Reform, wenn auch mit grundlegend anderer internationaler Ausrichtung.

Dadurch geriet die Ost-SPD mehr und mehr in die Defensive. Die Mentorin der KPD – die sowjetische Besatzungsmacht – kontrollierte den Staatsapparat im Osten. Die West-Führung der SPD hintertrieb gleichzeitig jede Vereinigungsbestrebung ebenso bürokratisch, wie sie von der KPD-Führung ihrerseits vorangetrieben wurde. Die Führung um Schumacher setzte vor allem auf den britischen Imperialismus und dessen Labour-Premierminister Attlee.

Der Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1946 war nicht das Ergebnis prinzipienfester Bilanz- und Perspektivdiskussionen, die eine Vereinheitlichung des Bewusstseins der ArbeiterInnenbewegung auf einem

höheren Niveau sich auch nur zum Ziel gesetzt hätte. Es ging um einen rein organisatorischen Akt, der ins nackte Machtkalkül der stalinistischen BürokratInnen passte, die damit eine Legimitationsbasis für ihre spätere Rolle als Staatspartei schufen. Die Strukturen der SED waren von Anfang an undemokratisch, ihr Programm reformistisch und ihre Praxis konterrevolutionär und immer an den Erfordernissen der Kreml-Bürokratie orientiert. Als erste Visitenkarte ihrer frisch erlangten Monopolstellung in den Ost-Gewerkschaften schaffte die SED das Streikrecht ab. Die unabhängigen Betriebsräte wurden mit Beginn des 2-Jahresplans 1948 ausgemerzt.

Zick-Zack-Kurs der SED

Im Laufe der 40-jährigen DDR-Geschichte hat es verschiedene Kurswechsel der SED gegeben. Der erste kam sehr bald nach der Verkündung des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus auf der zweiten Parteikonferenz 1952. Zwangskollektivierung von Kleinbauern/-bäuerinnen und Vorgehen gegen das Kleinbürgertum in Handel und Dienstleistung verursachten eine dramatische Verschlechterung der Versorgungslage, so dass diese Maßnahmen schon ein Jahr später wieder wirtschaftlichen Vergünstigungen für die kleinbürgerlichen Schichten und gleichzeitigen Belastungen des

Proletariats

(Normenerhöhungen in der Produktion) wichen. Dies brachte wiederum die ArbeiterInnen der DDR in Aufruhr. Die Regierung Ulbricht stand kurz vor der Ablösung, doch paradoxerweise rettete gerade der Aufstand das Regime, das er eigentlich stürzen wollte, denn die Kreml-Bürokratie konnte sich in der Situation keinen Rückzug oder Schwäche leisten, sonst hätten sie womöglich die unterdrückten Massen anderswo in ihrem Einzugsgebiet zu ähnlichen Aufständen ermutigt.

Dass die Ulbricht-Ära

doch zum Auslaufmodell wurde, lag daran, dass das 1963 ins Leben gerufene NÖSPL- (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung)-Experiment, das erhebliche Mehrbelastung v. a. des Arbeitszeiteinsatzes für die ArbeiterInnenklasse mit sich brachte, Mitte der 1960er Jahre verhältnismäßig erfolglos wieder abgebrochen werden musste, aber keine neuen Impulse mehr von dieser Regierungsspitze ausgingen.

Das sie 1971 ablösende

Honecker-Regime konnte kurzfristig ebenfalls wirtschaftliche Erfolge vorweisen: Kaufkraft und Warenangebot stiegen. Dies wurde erreicht durch die taktische Wende, „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ genannt, womit eine Einengung des Entscheidungsspielraums der einzelnen Betriebe

gemeint war. Die sich verschärfenden weltwirtschaftlichen Bedingungen mit gestiegenen Rohstoffpreisen, Verschuldung und erhöhten technologischen Anforderungen schlugen in den 1980er Jahren voll durch. Mangelerscheinungen konnten in der DDR zunehmend weniger kaschiert werden. Das Honecker-Regime war untragbar geworden.

Deutsche Teilung – nationale Frage

Bevor wir zum Zusammenbruch der DDR kommen, wollen wir noch einmal auf die Bedeutung der nationalen Frage eingehen.

Die beiden deutschen Teilstaaten blieben immer ein Symbol für die Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre gegenseitige Beziehung ein Barometer für den jeweiligen Stand des Kräfteverhältnisses zwischen den Hauptmächten des Status quo, dem US-Imperialismus und der UdSSR. Nicht zufällig fällt gerade das sinnbildhafteste Ereignis der deutschen Teilung, der Bau der Berliner Mauer, in eine Zeit, als die internationalen Beziehungen auf dem Gefrierpunkt angelangt und der Kalte Krieg in einen heißen atomaren Krieg (Kubakrise) umzuschlagen

drohte.

1961 markierte einen Wendepunkt in den innerdeutschen Verhältnissen und auch eine Abkehr der in der DDR herrschenden SED-Bürokratie selbst von einem verbal positiven Bezug zur deutschen Einheit und eine Hinwendung zum Versuch des Aufbaus einer eigenständigen Nationalidentität der DDR. Maßnahmen von Zwangskollektivierung, Enteignung und Denunziation hatten bereits seit den frühen 1950er Jahren zur Flucht von Bauern/Bäuerinnen, HandwerkerInnen und KleineigentümerInnen in den deutschen Weststaat geführt. Nach der Niederschlagung des ArbeiterInnenaufstands 1953 und dem am Ende des Jahrzehnts immer spürbarer werdenden Auseinanderklaffen des Lebensstandards zwischen Ost und West drohte die DDR an qualifizierten industriellen Arbeitskräften, die ebenfalls in die BRD abwanderten, auszubluten. Dagegen musste etwas unternommen werden.

Das Nadelöhr Berlin mit Flüchtlingsauffangstellen, hunderten Ost-West-ArbeitspendlerInnen und den Wechselstuben, wo sich der Verfall der DDR-Währung empfindlich bemerkbar machte, wurde zugemauert. Die PendlerInnen waren für Westfirmen besonders lukrativ und für die DDR verheerend, da die ArbeiterInnen mit Wohnsitz im Osten und Arbeitsstelle im Westen Sozialleistungen der DDR bezogen

und die Valuta im Verhältnis 1:10 rückgetauscht wurde. Auch ein gesunder ArbeiterInnenstaat hätte die nachkapitalistischen Eigentumsverhältnisse schützen müssen, aber niemals um den Preis, die Bevölkerung in einer geschlossenen Anstalt mit Freigangsregelung nur in die „sozialistischen Bruderländer“ zu verwahren. So aber schien die deutsche Spaltung auf Dauer buchstäblich betoniert zu sein.

Ökonomische Durchdringung

Zwar erholte sich die DDR bis Mitte der 1960er Jahre wirtschaftlich auf der Woge einer noch günstigen Weltkonjunktur, doch in den Augen der internationalen ArbeiterInnenbewegung hatte sich das stalinistische Regime politisch endgültig diskreditiert und besonders in der BRD dem Antikommunismus auch in der ArbeiterInnenschaft immens Vorschub geleistet. Die DDR-ArbeiterInnenklasse erstickte ideologisch im Provinzmief, verfiel durch die nun noch effektivere Gängelung seitens der Bürokratie in politische Apathie und wurde so erst recht zum „Fallobst“ für die BetreiberInnen der kapitalistischen Restauration.

1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichnet. Das

BRD-Kapital erkaufte sich mittels der neuen SPD-Ostpolitik durch formale Zugeständnisse der politischen Nichteinmischung, die das Sicherheitsbedürfnis der DDR-Bürokratie bedienten, das Paradoxon eines größeren ökonomischen Bewegungsspielraums in der DDR. Auf dieser Grundlage konnten sich die innerdeutschen Beziehungen „normalisieren“, die ein prima Klima v. a. unter der CDU-geführten Regierung der 1980er Jahre schufen.

Das scheinbare politische Laisser-faire war allerdings begleitet durch eine neue imperialistische Offensivstrategie der „Totrüstung“ gegen die ArbeiterInnenstaaten, die zusätzlich die Wirtschaft der DDR neben den hausgemachten Problemen mit den abgestumpften bürokratischen Planmechanismen in Mitleidenschaft zog. So ließ sich der Milliarden Swing-Kredit von 1983/1984 als einvernehmliche Hilfe anbahnen und erhöhte damit wiederum die Abhängigkeit der DDR von der BRD, da die RGW-Zusammenarbeit des Ostblocks längst nicht mehr griff, sondern zum Klotz am Bein wurde.

Aus der Schuldenfalle und der damit verbundenen Produktionsspirale für die Erbringung von Devisen auf Kosten der Gütererzeugung für den Inlandsbedarf konnte sich die DDR schließlich mit den herkömmlichen bürokratischen Methoden nicht mehr aus

eigener Kraft

befreien, so dass der BRD-Imperialismus die Wiedervereinigung
in seinem Sinne
über diesen Umweg vorbereiten half.

40 Jahre unterschiedlicher
Gesellschaftssysteme und eine praktische Abschottung
gegeneinander sind
natürlich nicht spurlos am Bewusstsein insbesondere der
ArbeiterInnenklasse
diesseits und jenseits der deutsch-deutschen Grenze
vorübergezogen, dennoch ist
die nationale Frage immer wieder aufgetaucht: 1953, 1961, 1970
(Brandt-Besuch).

Der Mauerfall 1989 war die Bestätigung, dass die seit dem
Mauerbau scheinbar
negativ gelöste Frage der deutschen Wiedervereinigung
plötzlich wieder zur
realen Perspektive wurde. Es war nicht entscheidend, dass in
diesem Augenblick
kaum jemand der DDR-BesucherInnen im Westen an die Möglichkeit
geglaubt hatte,
sondern vielmehr, dass das frisch gewonnene Selbstbewusstsein,
durch Druck
etwas zu erreichen, aber auch die Verinnerlichung der
beeindruckenden
Konsumkulisse der BRD beide Optionen, sowohl die der
revolutionären
Wiedervereinigung wie die der kapitalistischen Restauration
der DDR zuließen.

Nationale Frage und

politische Revolution

Die nationale Frage in Deutschland war immer eng mit der Nachkriegsordnung verbunden. Die Frage der politischen Revolution in der DDR und der sozialen Revolution in der BRD sowie ihrer Kombination zur Errichtung einer gesamtdeutschen Räterepublik musste notwendigerweise immer zum direkten Angriff auf diese Ordnung werden.

Jede Revolution in Deutschland nach 1945 hätte nicht nur mit dem BRD- oder DDR-Staatsapparat, sondern auch mit der Sowjet-Armee bzw. den US-amerikanischen, britischen und französischen Truppen zu tun gehabt. Das bestätigte auch die politische revolutionäre Krise in der DDR, wenn auch mit konterrevolutionärem Ausgang. Ohne Einverständnis v. a. der Sowjetunion zur praktischen Einverleibung in die BRD, zum „Beitritt“ der DDR, v. a. aber zur Ausdehnung der NATO auf dieses Territorium wäre die deutsche Einheit in dieser Form fraglos nicht zustande gekommen.

Die Teilung Deutschlands führte natürlich auch zu einer massiven Einschränkung demokratischer Rechte, der Reisefreiheit im Besonderen. Diese war immer ein wichtiger

Nährboden für politische Unzufriedenheit und Proteste, vor allem gegen das SED-Regime.

Es ist damit klar, dass die Teilung Deutschlands als solche bei der ArbeiterInnenklasse keine wie immer geartete Legitimität erwarten konnte. Die Versuche des SED-Regimes, die Existenz einer DDR-Nation zu beweisen, waren von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Mit der immer tiefer werdenden Krise der bürokratischen Planung und dem damit verbundenen Schwinden der sozialen Stützen des SED-Regimes musste die nationale Frage daher früher oder später akut werden.

Aushöhlung der wirtschaftlichen Grundlagen des SED-Regimes

Die Existenz der DDR als ökonomisch immer schwächer werdender Teil Deutschlands stand und fiel in Wirklichkeit mit zwei Faktoren. Erstens der Stabilität der Nachkriegsordnung. Zweitens damit, den Arbeitern und Arbeiterinnen in der DDR eine wirtschaftliche und politische Perspektive glaubhaft darlegen zu können. Wie jedes Regime der Welt konnte sich auch die stalinistische Herrschaft nicht nur auf Repression stützen, sondern beinhaltete ein Element des Kompromisses mit

der ArbeiterInnenklasse,
besonders mit den oberen Schichten der Angestellten und
Staatsverwaltung, die
teilweise in die unteren Ebenen der Bürokratenkaste
übergangen.

Dieser Ausgleich
erstreckte sich auch auf die industrielle ArbeiterInnenschaft,
ja musste diese
als sozial stärkste Schicht umfassen. Er bestand vor allem
darin, dass das
Regime – politische Ruhe vorausgesetzt – zumindest eine
spürbare Steigerung des
Lebensstandards bringen müsse. Diese Notwendigkeit
reflektierte auch Honeckers
Wende zu vermehrter Konsumgüterproduktion am Beginn der 1970er
Jahre.

Die DDR blieb jedoch
ökonomisch immer mehr zurück. Gerade die industrielle
ArbeiterInnenklasse
spürte diese Entwicklung: stetige Verschlechterung des
Zustands der
Produktionsmittel, immer stärkerer Verschleiß, immer größere
Produktion für den
Export bei gleichzeitigem Engpass an Gütern im Inneren,
Stagnation der
Lebensbedingungen, immer stärkeres relatives Zurückbleiben
gegenüber dem
Westen. Hinzu kam, dass die „Betonköpfe“ in der SED-Führung
verglichen mit den
polnischen oder ungarischen „Bruderländern“ sehr viel
unbeweglicher und „reformfeindlicher“
wirkten, was die Hoffnung in eine schrittweise Reform à la
Gorbatschow immer

unrealistischer erscheinen ließ.

Daraus ergibt sich, dass erstens eine tiefe politische Krise der SED-Herrschaft recht rasch die Frage der wirtschaftlichen Zukunft aufwerfen musste; dass zweitens die Kernschichten der ArbeiterInnenklasse in der DDR mit dem System der bürokratischen Planung schon abgeschlossen hatten, bevor es 1989/1990 geschichtlich zur Disposition stand. In der Wirklichkeit hatte, wie sich herausstellen sollte, selbst die Bürokratie die Hoffnung verloren, dass dieses System durch eine reformierte Variante der SED-Herrschaft wieder in Schwung zu bringen sei.

Damit war das gesamte DDR-Gesellschaftssystem in Frage gestellt. Dass die nationale Frage im Herbst 1989 rasch solche Bedeutung erlangen musste, hatte also vor allem gesellschaftliche Ursachen (wie das bei der nationalen Frage immer der Fall ist). Sie war keineswegs reaktionären „Urinstinkten der Deutschen“ geschuldet, schon gar nicht wurde sie einfach „von außen“ durch die Kohl-Regierung „hineingetragen“ oder „künstlich“ aufgebauscht.

Es handelt sich vielmehr um eine spezifische historische Form, in der die nationale Frage aufgeworfen wurde: um die Infragestellung der reaktionären

Nachkriegsordnung, die sich in
der deutschen Teilung manifestierte. Der Zusammenbruch eines
der Pfeiler dieser
Nachkriegsordnung eröffnete die Möglichkeit, dass die in der
Blockbildung
erstarrten Klassenwidersprüche auch im anderen Teil dieser
Nachkriegsordnung
wieder in Bewegung gerieten.

Gerade wenn wir die
zentralen Aufgaben der politischen Revolution in der DDR – der
Eroberung der
Staatsmacht und Reorganisation der Planwirtschaft –
betrachten, wird unmittelbar
deutlich, dass diese von Beginn aufs Engste mit der
ArbeiterInnenklasse und
sozialen Revolution im Westen verbunden waren. Wie hätte die
DDR-Wirtschaft
reorganisiert werden sollen und können, wenn nicht im engen
Verbund mit den
Klassenbrüdern und -schwestern im Westen?

Revolution und Konterrevolution als historische Alternativen

Der Zusammenbruch eines
Teils der Nachkriegsordnung im Osten, eine politisch-
revolutionäre Krise in der
DDR konnte nur zu drei Resultaten führen: bürokratische
Konterrevolution,
politische Revolution oder soziale Konterrevolution. Die
bürokratische

Konterrevolution wäre zwar im Herbst 1989 noch möglich gewesen. Sie hätte aber angesichts der wirtschaftlichen Krise der bürokratischen Planung ziemlich rasch zur nächsten manifesten politischen Krise führen müssen, wahrscheinlich mit einer ArbeiterInnenklasse, die von „Sozialismus“ endgültig genug gehabt hätte und die noch empfänglicher für bürgerlich-demokratische Lockungen gewesen wäre. Daher waren im größeren geschichtlichen Maßstab nur zwei Optionen wirklich offen: politische Revolution oder soziale Konterrevolution.

Die Bedeutung der revolutionären Wiedervereinigung

Die Frage eines mutigen und revolutionären Aufgreifens der nationalen Frage ergab sich daher für Kommunisten und Kommunistinnen nicht aus irgendwelcher Einheitstümelei, sondern aus der Analyse der sozialen Voraussetzungen, der politischen und wirtschaftlichen Dynamik der Krise des SED-Regimes. Daher war die Losung einer Vereinigten Sozialistischen Räterepublik in ganz Deutschland eine zentrale Frage vom Beginn der Massenbewegung in der DDR an.

Sie musste jedoch konkret übersetzt werden in Schritte zum sofortigen Aufbau von direkten Verbindungen

zwischen den Gewerkschaften, betrieblichen AktivistInnen in Ost und West, in ein Aktionsprogramm zur Lösung der dringendsten Aufgaben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, das mit der Losung einer revolutionären ArbeiterInnenregierung verbunden werden musste. Die LRKI (Vorläuferin der LFI) hat von Beginn an die Frage der revolutionären Wiedervereinigung sehr konkret aufgeworfen und gleichzeitig die Notwendigkeit dargelegt, jede Rekapitalisierung der DDR einschließlich einer kapitalistischen Wiedervereinigung entschieden zu bekämpfen. Wir dokumentieren den Abschnitt zur nationalen Frage aus einer der ersten Stellungnahmen unserer internationalen Tendenz vom November 1989 am Ende dieses Textes.

Die Frage der Wiedervereinigung war von Beginn an virulent, obwohl sie in den ersten Wochen der Mobilisierung gegen die Bürokratie nicht offen gestellt wurde. Das hing damit zusammen, dass gerade in den Stellungnahmen des Großteils der kleinbürgerlich geprägten „Bürgerbewegung“ die Forderungen im Wesentlichen auf demokratische Reformlosungen beschränkt waren. Diese Ziele drückten zweifellos berechtigten Unmut aus und ihr Gehalt musste von RevolutionärInnen in dieser Phase aufgegriffen und zugespitzt werden. Das trifft besonders auf Losungen wie Organisationsfreiheit, Reisefreiheit, Pressefreiheit zu.

Die Blindheit gegenüber den ökonomischen Fragen fand ihren Ausdruck allerdings nicht nur in direkter Ignoranz. Wo die Bürgerbewegung und besonders ihr linker Flügel wirtschaftliche Forderungen und Konzepte entwickelten, stellten sie der bürokratischen Planwirtschaft entweder eine Spielart des utopischen „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus oder eine Form des „Marktsozialismus“ entgegen. Das traf auch auf die linkesten Strömungen wie die Vereinigte Linke zu, die in der „Böhlener Plattform“ einer Form der „ArbeiterInnen selbstverwaltung“ nach jugoslawischem Muster das Wort redete.

Hinzu kam, dass die Bürgerbewegung insgesamt politisch eine Reformperspektive des SED-Staates vertrat. Die Macht lag zwar auf der Straße, wie ein geflügeltes Wort dieser Tage hieß – aufheben wollte sie allerdings in dieser Phase niemand. Der Druck der Massenbewegung führte Ende 1989 zur Installation der sogenannten „Runden Tische“, die sowohl der perspektivlosen und konfuse Opposition wie auch der noch herrschenden SED-Bürokratie zupasskamen.

Sie erlaubten allen Kräften, vor allem die Massen zu demobilisieren, auf die Arbeit in den „neuen“ Gremien zu vertrösten. Hinzu kam außerdem, dass auch die zunehmende

Orientierung auf bürgerliche parlamentarische Wahlen zur Volkskammer dazu beitrug, die politische Energie von der Straße an die Wahlurnen zu verlagern.

Die Bürgerbewegung übergab in dieser Phase die Initiative, die sie ohnedies nie haben wollte, an die teilweise aus ihr, teilweise aus den Blockparteien entstandenen, offenen bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie einerseits, an die SED-PDS andererseits.

Vom Sommer 1989 bis zur Wiedervereinigung erlebte die DDR eine tiefe politisch-revolutionäre Krise, die schließlich in einer sozialen Konterrevolution mündete. Bis zum November 1989 befand sich die Massenbewegung, befand sich die Revolution in der Offensive. Es schien hier nur vorwärtszugehen. Der scheinbar aus Stahl gegossene Parteiapparat, die Stasi usw. mussten Schritt für Schritt zurückweichen, zeigten, wie marode das Regime schon war.

Nachdem Gorbatschow klargemacht hatte, dass die sowjetischen Truppen nicht gegen die Bevölkerung eingesetzt würden und die SU ein solches Vorgehen von den Staatsorganen der DDR missbilligen würde, waren die Tage der Honeckers und Co. gezählt. Wie oft in

solchen Krisen tat die herrschende Schicht ihr Übriges, den letzten Kredit zu verlieren, so z. B. als Honecker den hunderttausenden, die im Sommer die DDR fluchtartig verlassen hatten, noch ausrichten ließ, dass er ihnen keine Träne nachweine. Solche „Botschaften“ der stalinistischen Führung haben dazu beigetragen, dass die unten nicht länger bereit waren, die oben wie bisher weitermachen zu lassen.

Mehr noch, die tiefe Krise in der DDR hatte auch in der SED, z. B. auf dem Parteitag von Dezember 1989, zu einer politischen Differenzierung geführt. Unter den Millionen, die in der DDR auf die Straße gingen, waren auch hunderttausende SED-Mitglieder, die von „ihrer Parteiführung“ endgültig die Schnauze voll hatten.

Es war in den ersten Monaten der Wende keineswegs der Fall, dass die Restauration des Kapitalismus – sei es in der DDR selbst oder in Form einer kapitalistischen Wiedervereinigung – bewusstes Ziel der Massenbewegung war. Auch der BRD-Imperialismus, die SPD und noch viel mehr die westlichen imperialistischen Mächte sahen hier noch nicht die Chance einer raschen Ausdehnung des Kapitalismus in den Osten (und viele imperialistische PolitikerInnen waren darüber auch froh, da

sie keineswegs ein Interesse an einem erstarkenden deutschen imperialistischen Rivalen hatten).

Wie kam es zum konterrevolutionären Umschwung?

Die Antwort darauf liegt grundsätzlich nicht darin, dass besonders kluge oder dumme Aktionen einzelner PolitikerInnen dazu geführt hätten. Natürlich war z. B. die Maueröffnung auch auf einen Akt der „Panik“ des Politbüros zurückzuführen. Er macht allerdings durchaus Sinn vom Standpunkt der Selbsterhaltung der Bürokratie, die zu diesem Zeitpunkt ein Interesse daran hatte, dass die Bürger und Bürgerinnen der DDR „Dampf ablassen“ frei nach dem Motto: Wer bei Aldi einkauft, läuft nicht auf Demos gegen das DDR-Regime. Es ist überhaupt eine verschwörungstheoretische Geschichtsinterpretation, wenn gemeint wird, dass der Fortbestand des reaktionären Grenzregimes irgendeine grundsätzliche Änderung gebracht hätte.

Die tieferen Ursachen des „Umkippens“ der Bewegungsrichtung bestanden in folgenden Faktoren:

1. Erschöpfung der Potentiale der bürokratischen Planwirtschaft;

2. Fehlen einer politischen Führung, die eine Alternative für die Avantgarde der ArbeiterInnenbewegung mit der Perspektive des revolutionären Sturzes des SED-Regimes und einer revolutionären Wiedervereinigung hätte weisen können;
3. weitgehende Zerstörung des Klassenbewusstseins des Proletariats.

Diese Faktoren und die internationale Bedeutung der politisch-revolutionären Krise implizierten von Beginn an, dass sich die Ereignisse in der DDR überaus rasch entwickeln würden. Doch trotz ungünstiger Voraussetzungen – Zerstörung des proletarischen Klassenbewusstseins und Fehlen einer revolutionären Avantgardepartei weltweit – entwickelten sich im Zuge der Krise politische Strömungen, die den Wunsch nach einer fortschrittlichen, proletarisch-revolutionären Lösung zum Ausdruck brachten. Das betraf vor allem in der Frühphase der Bewegung die Vereinigte Linke, die sich auf eine landesweite Bekanntheit und einen Anhang unter der Intelligenz und Teilen der bewussten ArbeiterInnenschaft stützen konnte und einige hundert Aktivisten und Aktivistinnen und zehntausende AnhängerInnen umfasste. Ebenso führten die Ereignisse zur politischen Oppositionsbildung in den Gewerkschaften – z. B. in der Initiative Unabhängige Gewerkschaften – und, vor allem Ende 1989, zu einer tiefen politischen Krise in der SED-PDS.

In diesen politischen Bewegungen nach links hätten Revolutionäre und Revolutionärinnen das Rohmaterial für eine wirklich revolutionäre Partei finden können.

Die Entwicklung in der DDR wurde allerdings noch dadurch erschwert, dass die ArbeiterInnenklasse nicht nur nicht als bewusstes politisches Subjekt auftauchte, sondern auch betriebliche und kommunale Formen proletarischer Selbstorganisation sehr rar blieben (obwohl es dokumentierte Fälle von betrieblichen Räten in der DDR gibt). Es wäre jedoch verkürzt, das Ausbleiben proletarischer Machtorgane im Betrieb und in der Gesellschaft nur auf ein geringes Niveau des Klassenbewusstseins zurückzuführen.

Die SED-Bürokratie war sehr rasch zurückgewichen. Im Betrieb erschien die Bürokratie kaum noch als Gegnerin. Damit entfiel ein unmittelbarer praktischer Grund, die Macht im Betrieb, gestützt auf Machtorgane der Arbeiter und Arbeiterinnen, direkt in die Hand zu nehmen.

Zentrale politische Probleme

Revolutionäre Agitation

und Propaganda mussten sich auch stark auf die Notwendigkeit der Schaffung von

räteähnlichen Strukturen und Kampforganen der Arbeiter und Arbeiterinnen

konzentrieren und diese mit der Notwendigkeit der Errichtung einer demokratischen

Planwirtschaft verbinden. Eine solche wäre jedoch unmöglich gewesen, ohne den

revolutionären Sturz der SED, die Zerschlagung des Staatsapparates, die

Forderung nach Abzug der sowjetischen Armee, nach Entwaffnung von Polizei,

Armee, Betriebskampfgruppen und der Übergabe ihrer Waffen in die Hände von ArbeiterInnenmilizen.

Ein zweiter zentraler

Punkt war der Kampf gegen demokratische Illusionen. Dazu war es angesichts des

fehlenden Klassenbewusstseins des Proletariats unbedingt notwendig, die Kritik

des Charakters der bürgerlichen Demokratie und die Propagierung des Räteregimes

mit Forderungen zu verbinden, die die Hoffnungen in die bürgerliche Demokratie

einem Test unterzogen hätten und gleichzeitig dazu angetan waren, den Schaden

dieser Illusionen zu minimieren.

Eine solche

Herangehensweise war umso dringlicher, als der politisch-revolutionäre Prozess

November/Dezember 1989 seinen Schwung verloren hatte, die spontane

Massenmobilisierung mehr und mehr unter die Fuchtel offen

restaurationistischer

Führungen geriet und auch SED, SED-PDS (später die PDS) unter Krenz, Modrow und

Gysi auf den Kurs der kapitalistischen Wiedervereinigung umschwenkten.

Bezeichnenderweise war es in dieser Phase Krenz, der als erster von einem „Vierten Reich“ sprach, das er entstehen sah.

Demobilisierung und Rechtsentwicklung

Die „Runden Tische“ waren

in dieser Hinsicht für alle bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bürokratischen

Kräfte ein Mittel, sich dem Druck der Arbeiter und Arbeiterinnen zu entziehen.

In dieser Phase wurde von der westdeutschen Bourgeoisie und der SPD auch die

Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung offensiver ins Treffen geführt.

Im Januar 1990 versuchte

die SED-PDS einen letzten Vorstoß zur Restabilisierung der Stasi, zu der sie

auch das Auftauchen faschistischer Schmierereien nutzte. Doch dieser Versuch

versandete rasch und die SED-PDS willigte ein, im März 1990 Wahlen abzuhalten.

Die Massenbewegung war

damit von der Straße weg vor die Fernsehschirme verbannt.

Anfang 1990 war es die SPD, die nun die Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse und der Mittelschichten in der DDR auf sich zog. Aber die SPD hatte einen Wiedervereinigungsplan, der weder die historisch-strategischen Interessen des deutschen Imperialismus voll befriedigte noch den Werktätigen der DDR eine vernünftige Perspektive bot: Wiedervereinigung in zehn Jahren (womit die SPD in trauter Gemeinsamkeit mit den MonetaristInnen der Deutschen Bundesbank gegen das „Abenteuer Wiedervereinigung“ stand).

Die zögerliche Haltung der SPD hatte nichts mit antiimperialistischen Überlegungen zu tun, sondern spiegelte ihre soziale Basis in der westdeutschen ArbeiterInnenaristokratie wider, die borniert, aber nicht zu Unrecht fürchtete, die Zeche für die Expansion des deutschen Imperialismus zahlen zu müssen. Statt gemeinsam mit den Klassenbrüdern und -schwestern im Osten in die Offensive zu gehen, blieb die ArbeiterInnenklasse im Westen gegenüber den Ereignissen passiv, skeptisch, abwartend.

Statt gemeinsam gegen die Angriffe des Kapitals zu kämpfen, dem Feldzug des deutschen Kapitals im Osten gemeinsam entgegenzutreten und gleichzeitig für die Reorganisation der Planwirtschaft auf Kosten der Profite der deutschen Multis zu

kämpfen, redete
die SPD einer Variante der kapitalistischen Wiedervereinigung
das Wort, deren
Kosten allerdings nur die ostdeutschen Arbeiter und
Arbeiterinnen hätten
begleichen müssen.

Diese sahen sich daher zu
Recht von der SPD in Stich gelassen. Die Reformkonzepte der
Bürgerbewegung, die
Sonntagsreden vom „Dritten Weg“ hatten nicht nur einen recht
offensichtlichen
utopischen Charakter, sie klangen auch nach der allzu
bekannten
Ankündigungspolitik der SED. Dass die DDR-Wirtschaft mit
bürokratischer Planung
licht nicht aus der Krise gebracht werden konnte, wusste auch
die/der
unpolitischste DDR-ArbeiterIn.

Selbst eine einigermaßen
große kämpfende Propagandagruppe revolutionärer Kommunisten
und Kommunistinnen
hätte in dieser Phase zumindest der Avantgarde eine politische
Orientierung
geben können. Es existierte aber kein solcher Kern.

Die Haltung der
westdeutschen ArbeiterInnenbewegung, die Politik der SPD, aber
selbst die
Position der „radikalen“ Linken, dass die Revolution (und
Konterrevolution) in
der DDR ausschließlich eine Angelegenheit der DDR-Bevölkerung
sei, führten

nicht nur zum stetigen Terrainverlust im Osten, sie sicherten dem westdeutschen Imperialismus nebenbei auch ein ruhiges Hinterland.

Kohls Sieg

Andererseits hatte die BRD-Regierung unter Kohl als einzige Kraft die weltgeschichtlichen Potentiale der Situation nicht nur begriffen, sondern auch sehr selbstbewusst im Interesse der langfristigen Perspektiven des deutschen Imperialismus die Initiative ergriffen. Der „ideelle Gesamtkapitalist“ hat in dieser Situation auch ganze Sektoren des deutschen Kapitals, nicht zuletzt die Bundesbank, zur Seite geschoben und Kurs auf eine rasche kapitalistische Wiedervereinigung genommen. Wenige Wochen vor der letzten Volkskammerwahl ging der westdeutsche Imperialismus in die Offensive. Die Ost-CDU, nunmehr Marionette der Bonner Regierung, gewann die Wahl. Der eigentliche Sieger war Kohl.

Keine einzige größere Partei, die zur Wahl stand, hatte auch nur die Absicht, die kapitalistische Wiedervereinigung und Abwicklung der DDR zu verhindern. Entscheidende ökonomische Mechanismen – darunter die Gründung der Treuhand und die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion vom Juli 1990

– waren schon unter der Regierung Modrow auf den Weg gebracht worden. Nun folgte die endgültige Zerstörung des degenerierten ArbeiterInnenstaats DDR mit der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wiedervereinigung im Herbst war dann bloß der staatliche Nachvollzug dieser Regelung.

Nein zur kapitalistischen Vereinigung!

Zu den letzten Volkskammerwahlen konnten Revolutionäre und Revolutionärinnen keine der antretenden Parteien unterstützen. Sie waren in einer ganz entscheidenden Stunde einer Wahl, die im Grunde eine Abstimmung über die Existenz der Errungenschaften der DDR war, allesamt auf der falschen Seite der Barrikaden. Die soziale Konterrevolution nahm dadurch auch wie in den meisten osteuropäischen Ländern eine bürgerlich-demokratische Form an.

Im Frühjahr 1990 hätte das Schwergewicht der Intervention revolutionärer Kommunisten und Kommunistinnen auf folgende Punkte konzentriert werden müssen: die Verteidigung der existierenden Errungenschaften, den Kampf gegen den beginnenden Ausverkauf der DDR-Wirtschaft an das Kapital, ein klares Nein zur

kapitalistischen
Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Herstellung enger
Verbindung zu den
Arbeitern und Arbeiterinnen im Westen (besonders in jenen
Konzernen und Banken,
die sich anschickten, den Osten zu „erobern“), den Kampf für
volle
demokratische Rechte für die ArbeiterInnenbewegung und die
Schaffung von den
Belegschaften verantwortlichen Kampforganen, die bei einer
Generalisierung und Zuspitzung
der Abwehrkämpfe zu landesweiten räteähnlichen Organen, zu
Organisatorinnen von
Massenstreiks gegen Kapital und Bürokratie, gegen NATO und
sowjetische Truppen hätten
ausgebaut werden müssen.

Solche Organe hätten
gleichzeitig die Grundlage für eine revolutionäre
ArbeiterInnenregierung sein
können, für die Zerschlagung der Reste des SED-Staatsapparates
und die
Errichtung einer proletarischen Räterepublik in Deutschland.
Eine solche
Entwicklung hätte die revolutionäre Wiedervereinigung mit
unzweifelhaft
progressiver Dynamik auf die Tagesordnung gesetzt. Vor allem
aber hätte der
Zusammenbruch der alten Weltordnung mit einem Fanal für die
Ausweitung der
Revolution nach Ost- und Westeuropa begonnen.

Dass es nicht so gekommen
ist, lag zweifellos an ungünstigen politischen Voraussetzungen
und der geringen

Zeitspanne, die für die Entstehung proletarischen Klassenbewusstseins und für eine grundlegende Umgruppierung der Kräfte in der ArbeiterInnenbewegung genutzt werden hätte müssen. Die kapitalistische Wiedervereinigung war eine Niederlage für die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland und eine besonders schwere für das Proletariat in der ehemaligen DDR.

Es ist kein Zufall, dass seit den frühen 1990er Jahren fast alle zentralen Angriffe auf die Errungenschaften im Westen durch „Probelaufe“ und „Vorstöße“ im Osten gestartet werden. Die Deindustrialisierung und die riesige industrielle Reservearmee, aber auch der Verlust an gewerkschaftlicher Kampferfahrung und Bereitschaft des Proletariats in den neuen Bundesländern haben die ArbeiterInnenklasse in der ganzen BRD geschwächt. Gleichzeitig wurde die weltpolitische Rolle des deutschen Imperialismus im letzten Jahrzehnt enorm gestärkt. Die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland steht heute einem Klassengegner gegenüber, der sich viel mehr gestärkt hat, als es die Betrachtung der rein territorialen Ausdehnung wiedergibt.

Der Kampf ist nicht zu

Ende!

Welches Potential in der ArbeiterInnenklasse noch immer steckt, lässt sich freilich daran ermessen, dass es der Bourgeoisie trotz ihres historischen Erfolgs 1990 noch nicht gelungen ist, die Errungenschaften der westdeutschen ArbeiterInnenbewegung und die Stärke dieser Bewegung zu vernichten. Zweifellos hat sich das Kräfteverhältnis insgesamt zugunsten der Kapitalistenklasse verschoben – aber diese Verschiebung hatte bisher einen im Wesentlichen graduellen, keinen qualitativen Charakter. Für die deutsche Bourgeoisie ist dieser Schritt aus internationalen politischen und ökonomischen Erwägungen notwendig, da nur so für den deutschen Imperialismus alle Früchte aus der kapitalistischen Wiedervereinigung geerntet werden können.

Um diesen noch ausstehenden Kampf gewinnen zu können, muss die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland auch die Ursachen der Niederlage des ostdeutschen Proletariats begreifen und die politischen Lehren daraus ziehen!

Die nationale Frage in der DDR

Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale, 21. November 1989, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019

Obwohl die Teilung Deutschlands eine reaktionäre Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen war, führte sie zur Schaffung eines degenerierten ArbeiterInnenstaates, dessen grundlegende ökonomische Merkmale ein Hindernis für kapitalistische Ausbeutung, die Basis einer geplanten Wirtschaft und soziale Fortschritte sowie den Ausgangspunkt zukünftigen Fortschritts der Arbeiterinnenklasse der DDR darstellen. Kommunistinnen treten daher prinzipiell gegen eine Wiedervereinigung von DDR und BRD ein, falls diese die Zerstörung der nachkapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der DDR und die Expansion des BRD-Imperialismus zum Inhalt hat.

Alles in allem hat die Massenbewegung in der DDR die Frage der Wiedervereinigung bisher nicht als vordringliches Thema aufgeworfen. Das folgt teilweise aus der Dominanz der offiziellen Ideologie mit ihrer ständigen Versicherung der Legitimität des Staates, teilweise aus einer „realistischen“

Einschätzung, was die ImperialistInnen und die UdSSR erlauben werden, und zum Teil auch aus der Einsicht in den reaktionären Charakter der BRD. Trotzdem ist es praktisch undenkbar, dass die fortgesetzte politische Krise in der DDR nicht dazu führen wird, dass die Wiedervereinigung als mögliche Lösung der ökonomischen Schwäche und der politischen Instabilität gesehen wird.

Revolutionärinnen müssen sich auf die fortschrittlichen Elemente dieser Idee beziehen. Deshalb ist die Forderung nach revolutionärer Wiedervereinigung Deutschlands keine untergeordnete taktische, sondern ein Bestandteil des Programms. Damit meinen wir nicht, dass ein wiedervereinigter deutscher ArbeiterInnenstaat notwendige Voraussetzung oder Ergebnis siegreicher ArbeiterInnenrevolutionen in Europa sein muss. Wir erkennen aber, dass die nationale Frage eine Achillesferse der DDR ist, die kein anderer osteuropäischer degenerierten ArbeiterInnenstaat besitzt. Eine revolutionäre Antwort auf dieses spezielle Problem bekommt damit sogar entscheidenden Stellenwert, wenn nationale Illusionen in den Vordergrund des proletarischen Bewusstseins rücken.

Revolutionärinnen müssen hervorstreichen, dass es natürlich keine Lösung für die Probleme der DDR in ihren eigenen Grenzen gibt. In diesem Kontext erkennen wir auch das große ökonomische Gewicht der BRD und ihre Kapazität, den ökonomischen Wiederaufbau und die Entwicklung in allen

degenerierten

ArbeiterInnenstaaten zu unterstützen an. Aber Revolutionärinnen weisen die Idee zurück, dass das durch die Wiedervereinigung unter einer imperialistischen BRD erreicht werden könnte.

Die Prosperität der BRD war keineswegs das Ergebnis irgendeiner dem kapitalistischen System innewohnenden Überlegenheit. Während der ganzen Nachkriegsgeschichte hat die in der BRD angesiedelte deutsche herrschende Klasse aus der Existenz ihrer stalinistisch kontrollierten Nachbarin Vorteile gezogen. Ideologisch half diese Konstellation, die ArbeiterInnenklasse in der BRD an ihre kapitalistischen, aber „demokratischen“ HerrInnen zu binden. Ökonomisch brachte sie sowohl die Zufuhr gut ausgebildeter Arbeitskraft (EinwanderInnen vor dem Bau der Berliner Mauer) und den Zugang zu osteuropäischen Märkten. Die herrschende Klasse der BRD sieht angesichts einer eigenen exportorientierten Wirtschaft, die eine Rezession und einen darauf folgenden Niedergang des Welthandels auf sich zukommen sieht, die Krise in der DDR und in den anderen degenerierten ArbeiterInnenstaaten als Möglichkeit für eine Weiterführung, ja Ausdehnung der eigenen Produktion. Zweitens sieht sie darin die Grundlage einer neuen eigenen Rolle im europäischen und schließlich im weltweiten Rahmen.

Die BRD-Bosse rechnen sich schon jetzt aus, wie sie am besten aus der Krise des Stalinismus profitieren, wie sie Arbeitslöhne durch „Flüchtlingsarbeit“ drücken können, wo neue Industrien errichtet werden sollen und woher sie billigere Rohmaterialien erhalten können. Die Metall-UnternehmerInnen fordern bereits eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, die durch den Druck der Gewerkschaften Mitte der 1980er Jahre abgeschafft worden war. Um ihre eigenen Interessen und die der ArbeiterInnen in der DDR zu verteidigen, müssen die Lohnabhängigen in der BRD die Pläne der KapitalistInnen durchkreuzen. Sie müssen lernen, mit ihren Bossen in derselben Sprache wie die polnischen, russischen und ostdeutschen ArbeiterInnen zu sprechen, der Sprache der Massenstreiks und Demonstrationen. Sie müssen nicht nur gleichen Lohn und gleiche Rechte für alle ArbeiterInnen fordern, sondern auch das Ende der gegenwärtigen Offensive gegen die DDR. Solange die DDR auf nachkapitalistischen Eigentumsverhältnissen basiert, muss ihr Existenzrecht verteidigt werden, die BRD muss ihre Legitimität und die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen.

RevolutionärInnen in der BRD fordern außerdem die Öffnung aller Bücher der KapitalistInnen, die aus Handelsbeziehungen mit degenerierten ArbeiterInnenstaaten profitiert haben. Sie werden die Aufnahme direkter Beziehungen zwischen den Basisorganisationen der ArbeiterInnenklasse auf beiden

Seiten und die Bewilligung auflageloser Kredite und Hilfe für die DDR fordern.

Den Plänen, die DDR als Teil einer Rekapitalisierung in die BRD einzugliedern,

stellen wir das für ganz Europa fortschrittliche Potential einer revolutionären

Wiedervereinigung Deutschlands gegenüber, das heißt den Sturz des

kapitalistischen Staates in der BRD und den der Stalinistinnen in der DDR.

(Aus: Die Krise in der DDR, Resolution der LRKI, 21.11.1989)

Planungsmangel und Mangelplanung

*Hannes Hohn, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019
(Erstveröffentlichung 1999)*

Ein DDR-Witz ging so:

„Was passiert, wenn die Sahara sozialistisch ist? Antwort: Zunächst sehr lange

gar nichts, dann wird nach und nach der Sand knapp“. Plastischer als in mancher

Analyse werden hier zwei wichtige Merkmale der DDR-Gesellschaft beschrieben –

Stagnation und Mangel.

Im folgenden Beitrag wollen wir versuchen, wichtige Mechanismen und Bedingungen der Planwirtschaft in der DDR aufzuzeigen, und dabei Ursachen der Probleme dieser bürokratischen Wirtschaft benennen. Es ist jedoch nicht Anliegen dieses Artikels, eine umfassende Analyse vorzunehmen. Vielmehr fügt sich dieser Beitrag in die Reihe von Arbeiten zur Theorie und Geschichte der Planwirtschaft ein, welche die LRKI/LFI in den letzten Jahren vorgelegt hat.

Widersprüchliches Staatsgebilde

Die DDR war ein degenerierter ArbeiterInnenstaat – ein Staat also, in dem einige grundlegende kapitalistische Wirtschaftsprinzipien weitgehend, wenn auch nicht vollständig, überwunden waren. Ökonomisch – weil ohne Bourgeoisie, konkurrierendes Privateigentum und Markt – war die DDR ein ArbeiterInnenstaat. Politisch war sie degeneriert, d. h. anstatt des Proletariats hatte eine bürokratische Kaste die politische und administrative Macht in Händen. Anstatt eines räteartigen Halbstaates, der im Laufe der Entwicklung aufgehoben werden kann, installierte die Machtelite ein der Form nach bürgerliches Staatsmonstrum, das den Massen als verselbstständigter, unkontrollierbarer Apparat

Selbstorganisation und
Kreativität erschwerte oder gar unmöglich machte.

Obwohl diese staatlichen
Strukturen dem Selbstverständnis der StalinistInnen gemäß
Ausdruck der Diktatur
des Proletariats waren, standen sie den Prinzipien von
ArbeiterInnendemokratie
und ArbeiterInnenmacht diametral entgegen.

Dieser Zusammenhang
zwischen Staatsstruktur und Wirtschaftsweise ist in einer
nichtkapitalistischen
Gesellschaft von wesentlich größerer Bedeutung als im
Kapitalismus. Während
dort die ökonomischen Mechanismen im Kern dieselben bleiben,
ob das Regime
demokratisch, bonapartistisch oder faschistisch ist, steht die
Frage im
ArbeiterInnenstaat gänzlich anders. Nicht das Ziel der
Profitmaximierung
einer/s PrivateignerIn (oder einer Gruppe von
PrivateignerInnen) ist das
treibende Moment der Produktion, sondern die bewusste
Entscheidung der
Gesellschaft darüber, was wie von wem produziert wird. Das
impliziert, dass die
Produktion statt der Profitrentabilität der Befriedigung
realer Bedürfnisse der
Gemeinschaft dient. Anstelle des Tauschwertes tritt der
Gebrauchswert als Ziel
der Produktion.

Die Planwirtschaft in der

DDR hatte grundsätzlich mit dem Mangel zu kämpfen, dass das Subjekt in
Wirtschaft und Gesellschaft – das Proletariat oder, anders ausgedrückt, die
ProduzentInnen und KonsumentInnen – keinen wesentlichen Einfluss darauf hatten,
wie, was, womit und wozu produziert wurde. Der an ihrer Stelle handelnden
Bürokratie gelang es zwar, den Wirtschaftsmechanismus am Laufen zu halten, doch
die in Richtung Kommunismus führenden revolutionären Veränderungen der
Gesellschaft insgesamt wollte und konnte sie nicht durchsetzen.

Die von Marx postulierten strategischen Ziele des Sozialismus/Kommunismus wie Aufhebung der
kapitalistischen Arbeitsteilung, Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit und
Erreichung eines Produktivitätsstandards, der eine Überflussproduktion ermöglicht – all das war nicht das Interesse der Bürokratie und ohne die
schöpferische Gestaltungskraft der Massen auch nicht zu erreichen. Im Endeffekt
blieb die Übergangsgesellschaft DDR mitten in dieser Periode – oder besser: am Anfang – dieses
Übergangs stecken. Die Bürokratie erwies sich nicht als Prometheus der
Entwicklung, sondern als Prokrustes.

Bevor wir die Ausgangsbedingungen und die Entstehung der DDR-Planwirtschaft, die inneren

Widersprüche bürokratischer Planung untersuchen sowie ein historisches Fazit ziehen, müssen wir kurz auf einige grundlegende Probleme der Übergangsperiode eingehen.

Übergangsperiode und bürokratische Herrschaft

Die analytische Trennung zwischen den allgemeinen Problemen der Übergangsperiode, denen in jeweils verschiedener historischer Ausformung die revolutionäre Diktatur des Proletariats gegenüberstehen würde, und den Krisen, die durch die reaktionäre, weltgeschichtlich illegitime und zur Restauration des Kapitalismus drängende Herrschaft einer Bürokratenkaste hervorgerufen werden, ist politisch aus zwei Gründen notwendig.

Erstens lässt sich nur so eine inhaltlich fundierte, genaue Kritik der bürokratischen Herrschaft entwickeln. Ohne hinreichend klares Verständnis des Charakters der Übergangsperiode, der notwendigen Herrschaftsform dieser Entwicklungsphase – der Diktatur des Proletariats – und der prinzipiellen Aufgaben, die daraus erwachsen, läuft die Kritik der Bürokratie leicht Gefahr, in ultralinkem

Utopismus, kleinbürgerlichem Demokratismus oder diversen Spielarten des Marktsozialismus zu enden.

Zweitens können damit das revolutionäre Programm und die Aufgaben der KommunistInnen viel klarer bestimmt und Lehren aus dem Scheitern der bürokratischen Planwirtschaft gezogen werden.

Anders als beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus kann das Proletariat beim Sturz der Bourgeoisie nicht auf eine schon in der untergehenden bürgerlichen Gesellschaft entwickelte historisch überlegene Produktionsweise zurückgreifen. Die kapitalistische Produktionsweise entwickelte sich schon in der Feudalgesellschaft und besonders im Absolutismus. Die bürgerlichen Revolutionen vollzogen den weltgeschichtlichen Wechsel politisch. Vermochten Adel und Monarchie der Bourgeoisie die politische Macht zu entreißen oder historisch verspätete Kapitalistenklassen zu weitgehenden Klassenkompromissen zu zwingen – so war an der kapitalistischen Produktionsweise als ökonomischer Basis der Gesellschaft nicht mehr zu rütteln. Die Gefahr einer feudalen Restauration auf wirtschaftlichem Gebiet bestand schlechterdings nicht.

Besonderheiten des Übergangs zum Sozialismus

Die ArbeiterInnenklasse kann beim Sturz des Kapitalismus auf keine solche Produktionsweise zurückgreifen. Der Kapitalismus entwickelt zwar die geschichtlichen Voraussetzungen für die kommunistische Gesellschaft und seine inneren Widersprüche drängen notwendig zur revolutionären Freilegung eben dieser Potentiale. Aber der Akt der proletarischen Revolution sichert als solcher noch nicht den Übergang zum Sozialismus. Vielmehr ist die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat eine notwendige Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus. Es muss die politische Macht erobern, um zur bewussten und planmäßigen Umgestaltung der Gesellschaft voranschreiten zu können. Daher spielt in der proletarischen Revolution die Frage des Bewusstseins und der Organisierung eine viel größere Rolle als in der bürgerlichen Revolution.

Die Übergangsperiode erzwingt die Fortexistenz eines Staatsapparats, wenngleich eines qualitativ vom bürgerlichen verschiedenen: eines proletarischen Halbstaates. Sie erfordert eine bewusste politische und ökonomische Führung während dieser Periode. Der

ArbeiterInnenstaat ist kein Staat, der sich aufgrund seiner ökonomischen Überlegenheit, einer schon etablierten höheren Produktionsweise, des Übergangs zum Sozialismus sicher sein könnte.

Vielmehr ist die Übergangsperiode eine Periode, die durch den unversöhnlichen Kampf zwischen zwei Produktionsweisen, zwischen dem System der Warenproduktion und den mehr oder weniger entwickelten Elementen einer zukünftigen sozialistischen Wirtschaft bestimmt wird. In dieser Periode kann und muss das Wertgesetz zwar durch bewusste planwirtschaftliche Elemente in seiner Wirkung eingeschränkt und zurückgedrängt werden. Es kann aber nicht einfach „abgeschafft“ werden. Solange die Weltrevolution nicht gesiegt hat, wirkt es weiter über den kapitalistischen Weltmarkt.

Auch der revolutionärste ArbeiterInnenstaat kann sich dem ökonomischen Vergleich mit der kapitalistischen Weltwirtschaft, einer sehr realen Systemkonkurrenz, die v. a. auf dem Feld der Arbeitsproduktivität ausgetragen wird, nicht entziehen. Hier findet ein Vergleich des Entwicklungsstandes, des Fortschritts oder Zurückbleibens der Planwirtschaft statt, den jeder Arbeiter, jede Arbeiterin vollkommen zu Recht zieht.

Die ökonomischen und politischen Erfordernisse dieses Vergleichens fließen auch in die beste und demokratischste Planung ein, sowohl im Guten – dem Versuch, bestimmte Bedürfnisse besser und effektiver zu befriedigen – wie im Schlechten – zum Beispiel darin, dass die Selbstbehauptung des ArbeiterInnenstaates bestimmte unproduktive Ausgaben erzwingt (z. B. Rüstung). Die Wirkung des Wertgesetzes erfolgt ferner über den Außenhandel.

Das Wertgesetz wirkt auch im Inneren des ArbeiterInnenstaates, je nach Entwicklungsstufe, weiter. Ganz offenkundig ist das, wo weiter kleine PrivatproduzentInnen für einen Markt produzieren oder aufgrund von ökonomischer Not sogar Kapitalakkumulation zugelassen werden muss. Wie das Beispiel der DDR (und aller stalinistischen Staaten) zeigt, ist das aber nur ein besonders augenfälliger und prekärer Aspekt, da er mit dem Weiterbestehen und u. U. sogar mit der Stärkung von Klassen einhergeht, die historisch auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen.

Warenform und Übergang

Wiewohl in den

degenerierten wie gesunden ArbeiterInnenstaaten (abgesehen von kurzen Übergangsphasen nach der Machtergreifung wie z. B. unmittelbar nach der Oktoberrevolution) nicht von einer verallgemeinerten Warenproduktion gesprochen werden kann, so muss für eine bestimmte Phase der Fortbestand der Warenform des Arbeitsproduktes, des Geldes und der Lohnform in Rechnung gestellt werden.

Natürlich ist jede Kritik an der stalinistischen Bürokratie, dass Geld, Lohn, Warenproduktion nicht einfach per Dekret abgeschafft wurden, Kinderei. Eine solche Sicht läuft im Grunde darauf hinaus, dass der Übergang zum Sozialismus ein reiner Willensakt wäre, wo die von der bürgerlichen Gesellschaft ererbte Teilung der Arbeit, der Mangel an Gütern, die politischen, ökonomischen und militärischen Zwänge des Kampfes mit dem Imperialismus usw. einfach durch das Wollen der Führung überwunden werden könnten. Sie unterstellt, dass der Sozialismus in einem Land schon aufgebaut werden könne, sofern man einfach Geld, Lohn, Staat, Politik usw. „abschafft“.

Die stalinistische Bürokratie hat nie versucht, den Kampf zur Zurückdrängung des Wertgesetzes und zur fortschreitenden Entwicklung einer Ökonomie der Arbeitszeit systematisch

und bewusst zu führen. So wurden keine Schritte unternommen, die Lohnform zurückzudrängen und durch eine Verteilung der Konsumgüter auf Basis geleisteter Arbeit (also einer Kalkulation der gesellschaftlichen Arbeitszeit) zu ersetzen. Natürlich ist – wie Marx darlegt – auch dieses Prinzip der Verteilung noch immer ein bürgerliches und kein sozialistisches. Es beinhaltet jedoch schon den Übergang zu einer rationalen, auf der bewussten Planung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens basierenden Ökonomie, der Überwindung der tradierten Arbeitsteilung.

Es beinhaltet in seiner Entwicklungslogik ein sukzessives überflüssig machen auch des proletarischen Staates, einer Aufhebung von Politik und proletarischer Demokratie in die Selbstverwaltung der assoziierten ProduzentInnen. Die Entwicklung zu einer Ökonomie der Arbeitszeit wäre für die Bürokratie unmöglich gewesen, da sie notwendigerweise nicht nur ihr Machtmonopol in Frage gestellt, sondern überhaupt ihren parasitären Charakter offenbart hätte. Jede Ökonomie der Arbeitszeit setzt offene Diskussion, einen „Kassensturz“ der gesellschaftlichen Arbeit und Bedürfnisse, die Aufteilung der Arbeit und Produkte, der kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungslinien voraus.

Daher ist die ArbeiterInnen­demokratie, die Räteherrschaft, die bewusste und systematische Einbeziehung und direkte politische Herrschaft der Massen, kein bloßes „politisches“ Anhängsel des Übergangs zum Sozialismus, sondern seine unverzichtbare staatliche Form. Nur so können die Bedürfnisse der Massen zum wirklichen Motor der Planung, ihrer Ziele, ihrer Methoden werden. Nur so kann der Staat auch wirklich absterben, überflüssig werden. Nur so kann die ArbeiterInnen­klasse aufhören, eine ausgebeutete, unterdrückte, entfremdete Klasse zu sein.

Der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie ist ein notwendiger und befreiender Schritt in diese Richtung. Das Proletariat hört auf, eine Klasse freier LohnarbeiterInnen zu sein, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Aber der Stalinismus hat – in dieser Hinsicht den „sozialstaatlichen“ Vorstellungen der Sozialdemokratie ganz ähnlich – keinen Schritt über diese Errungenschaft hinaus getan. Er war nicht daran interessiert (und konnte es auch gar nicht sein), die arbeitenden Menschen mehr und mehr zu allseitigen Individuen zu entwickeln – er hat vielmehr die ganze Gesellschaft auf die Statur der/s entfremdeten, bewusstseins- und daseinsmäßig verkleinbürgerlichten LohnarbeiterIn

herabgedrückt.

Die bürokratische

Herrschaft im degenerierten ArbeiterInnenstaat stellt auch nicht einfach eine

„Verlangsamung“ des Weges zum Sozialismus dar, sondern führt notwendigerweise

zum weltgeschichtlichen Rückschritt zum Kapitalismus, sofern sie nicht durch

die politische Revolution gestürzt wird. Die bürokratische Planung musste sich

– waren die prinzipiellen Vorzüge der Planung einmal aufgebraucht – mehr und

mehr erschöpfen, zurückbleiben.

Die stalinistische

Bürokratie schwankte in ihrer Wirtschaftspolitik zwischen der vollmundigen

Behauptung, das Wertgesetz „abgeschafft“, „planmäßig“ in den angeblich ohnehin

schon erreichten Sozialismus integriert zu haben oder ebendieses Wertgesetz in

marktsozialistischen Reformen verstärkt nutzen zu wollen.

Geburtsfehler

Um die Grundprobleme der

DDR-Wirtschaft verstehen zu können, ist es notwendig, einen Blick auf die

Entstehung der DDR und die Politik des Stalinismus zu werfen. Stalins Strategie

sah vor, dass Deutschland unter der gemeinsamen Verwaltung der

Alliierten ein
neutraler, demokratischer, auf bürgerlichen ökonomischen
Grundlagen beruhender
Staat sein sollte, der für die UdSSR keine Bedrohung mehr
darstellen konnte und
als „Puffer“ zwischen den Einflusssphären des Westens und des
Ostens liegen
sollte. Der Sturz der Bourgeoisie als Klasse und die
Machtübernahme durch das
Proletariat waren definitiv nicht vorgesehen.

Diese Konzeption (und
damit die Strategie des Agreements mit dem Weltimperialismus)
erwies sich
allerdings sehr schnell als völlig illusorisch. Diese
Erkenntnis dämmerte
Stalin jedoch später als dem Westen. Die Entwicklung führte
schließlich an den
Punkt, an dem Moskau vor der Alternative stand, seinen
Einfluss in Deutschland
angesichts von Marshallplan und Westintegration gänzlich zu
verlieren oder aber
die Reste kapitalistischer Ökonomie ganz abzuschaffen.

Die Einführung einer
geplanten Wirtschaft, des Staatseigentums und des
Außenhandelsmonopols sind
also nicht Ergebnisse der politischen Strategie Stalins,
sondern eher das
Resultat ihres Scheiterns.

Schwierige Ausgangsbedingungen

Nach Kriegsende befand sich die ostdeutsche Wirtschaft in einem dramatischen Zustand, der durch folgende Bedingungen gekennzeichnet war:

- Große Teile der Produktionsstätten und Verkehrswege waren zerstört (die vorrangige Bombardierung Ostdeutschlands durch die Westalliierten in den letzten Kriegsmonaten verweist an sich schon auf das Ziel des Imperialismus, potentiell Sowjetrussland zu schädigen, statt – wie Stalin meinte – mit ihm zu kooperieren).
- Durch die Verluste von Männern an der Front, die Rückkehr der ZwangsarbeiterInnen und die Ausfälle durch jahrelange Gefangenschaft gab es einen empfindlichen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Dazu kam der Aderlass an administrativen und technischen SpezialistInnen, die sich oft (weil sie aktive Nazis waren) nach dem Westen absetzten.
- Die deutsche Wirtschaft wurde durch die Teilung, zuerst in Besatzungszonen, schließlich in zwei separate Staaten gespalten. Die ostdeutsche Ökonomie war dadurch wichtiger Teile beraubt, v. a. des Großteils der Stahlindustrie und der Steinkohle. Dadurch litt sie von Anfang an unter dem Mangel an Rohstoffen (hochwertige Energieträger, Erze) und einer Grundstoffindustrie. Stark ausgeprägt waren hingegen der Maschinenbau, Fahrzeug- und Flugzeugbau sowie die Leichtindustrie.

Dazu kommt ein relativ großer agrarischer Sektor. (1)

Erschwerend für den wirtschaftlichen Aufbau wirkten auch der immense informelle Sektor (Schwarzmarkt) sowie die Notwendigkeit der Umstellung der Produktion auf „Friedenszwecke“. Zu diesen ungünstigen Startbedingungen kam noch hinzu, dass durch die Reparationsleistungen, die von der Sowjetunion von „ihrer“ Besatzungszone besonders intensiv und lange eingefordert worden waren, erhebliche Verluste an ökonomischem Potential entstanden. (2)

Ökonomisches Dilemma und politisches Desaster

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Startbedingungen wäre eine korrekte Politik von KPD und SED und v. a. der Führung in Moskau von besonderer Bedeutung gewesen. Doch v. a. der Einfluss Stalins wirkte sich katastrophal aus.

Es handelte sich dabei jedoch nicht einfach um ökonomisches Missmanagement, sondern um die logischen Folgen einer völlig falschen, gegen die Interessen des Proletariats und auf einen Kompromiss mit dem Imperialismus ausgerichteten und letztlich den

bornierten Interessen der sowjetischen Bürokratie untergeordneten Politik.

Schwarzmarkt,
Wirtschaftssabotage seitens der EigentümerInnen und des Managements sowie der Mangel an grundlegenden Gütern hätten am besten überwunden werden können, indem Machtorgane der ArbeiterInnenklasse auf betrieblicher und staatlicher Ebene geschaffen wurden. Diese hätten Produktion und Verteilung in Gang setzen und nach und nach eine allgemeine Planung der Gesamtwirtschaft einführen können. Durch die Zerstörung der Betriebe und die Flucht der EigentümerInnen waren die ArbeiterInnen ohnehin dazu gezwungen, die betrieblichen Abläufe zu kontrollieren und praktisch als EigentümerInnen zu handeln.

Diese ersten Schritte zur Schaffung von politischen und ökonomischen Machtorganen des ostdeutschen Proletariats wurden jedoch durch die ReformistInnen von SPD und KPD bzw. der SED in Kooperation mit der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) boykottiert. Die betrieblichen Organe der ArbeiterInnenschaft wurden – ebenso wie die Betriebsräte – aufgelöst und durch bürokratische Reglements und Institutionen (z. B. die Betriebsgewerkschaftsleitung, BGL) ersetzt. Auch die Enteignung der Bourgeoisie als Klasse wurde zunächst nicht durchgeführt.

Lediglich der Besitz von Nazis und KriegsverbrecherInnen wurde enteignet. Zum großen Teil entstanden daraus Aktiengesellschaften in der Hand oder der Verwaltung durch die SMAD.

Dieser bürokratische Akt der Enteignung spiegelt sehr deutlich das Eigeninteresse der Moskauer Bürokratie wider, welches im Widerspruch zur Notwendigkeit und Möglichkeit der Enteignung der gesamten Bourgeoisie durch das Proletariat stand. Wie die Volksabstimmungen in mehreren deutschen Ländern zeigten, gab es eine große Mehrheit in der (gesamtdutschen) Bevölkerung für die Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.

Besonders schwer litt die ostdeutsche Wirtschaft unter den Reparationsleistungen. Diese verweisen auch darauf, dass es der Sowjetbürokratie nicht etwa um den Aufbau eines ArbeiterInnenstaates und einer nichtkapitalistischen Wirtschaft ging. Vielmehr spielten hier ganz andere Interessen eine Rolle: die Stärkung der sowjetischen auf Kosten der (ost-)deutschen Wirtschaft, die Schaffung eines gesamtdutschen Pufferstaates auf (schwach entwickelter) bürgerlicher Ökonomie bzw. die Nutzung der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) als Verhandlungsmasse mit dem Westen.

Diese Strategie erklärt auch die ökonomisch anfangs besonders „dumme“ Art der Reparationsleistungen. Anstatt Fertigprodukte zu beziehen, demontierte man die Produktionsanlagen, um sie nach wochen- und monatelangem Transport wieder aufzubauen, was massive Verluste beim Output bedeutete. Dieser ungeheure, gegen die Lebensinteressen der deutschen (und letztlich auch sowjetischen) ArbeiterInnenklasse gerichtete Aderlass wurde politisch auch von den ArbeiterInnenparteien SPD, KPD bzw. SED befürwortet.

Die Entstehung der Planwirtschaft

In den ersten Jahren nach 1945 existierte die Wirtschaft Ostdeutschlands bzw. der DDR im Wesentlichen noch auf Grundlage von Privateigentum und Marktbeziehungen. Die Enteignung der Bourgeoisie als Klasse wurde in mehreren Schritten vollzogen, wobei die ArbeiterInnen diese Expropriation nicht aktiv und bewusst vollziehen konnten – sie war vielmehr das Ergebnis willkürlicher Akte der Bürokratie.

Erste Enteignungen erfolgten schon 1945/46, betrafen aber fast nur den Besitz von Nazis und

KriegsverbrecherInnen. Diese Enteignungen betrafen bis 1948 ca. acht Prozent der Betriebe, die allerdings etwa 40 Prozent der Gesamtproduktion umfassten. Ein großer Teil dieser Betriebe ging in die Hände der Sowjetunion über, die als Hauptaktionärin bzw. Treuhänderin auftrat. Dadurch wurde das ostdeutsche Proletariat daran gehindert, selbst Eigentümer zu sein und die ökonomischen Prozesse zu gestalten. Die Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaften (SDAG) – deren bekannteste der Uranbergbau der SDAG Wismut war – waren in die Planwirtschaft der UdSSR integriert.

Die wirtschaftlichen Beziehungen in der SBZ jedoch unterlagen keinem gesamtstaatlichen Plan, sondern funktionierten noch nach den Zwängen des Wertgesetzes. Eingriffe des Staates gab es unter den Zwängen des Wiederaufbaus zwar häufig, jedoch folgten diese eben keinem Plan, sondern eher der Aufrechterhaltung der dringendsten Versorgung und der Produktion der einzelnen Unternehmen. Der Finanzsektor war ebenfalls staatlich, aber Investitionen, Kredite usw. waren noch nicht Instrumente einer allgemeinen Wirtschaftsplanung.

Von einem ArbeiterInnenstaat DDR, d. h. einem Staat, der auf nichtkapitalistischen ökonomischen Grundlagen basiert, können wir erst ab 1951

sprechen. Zu diesem Zeitpunkt war der größte Teil der Industrie in Staatshand überführt. (3) Es gab aber immer noch eine Anzahl von privaten oder halbstaatlichen Kleinbetrieben, die z. T. erst Mitte der 1970er Jahre mehrheitlich verstaatlicht worden sind. Aber auch diese Betriebe waren in die Planwirtschaftsbeziehungen integriert und konnten keineswegs wie reine Privatfirmen agieren.

Die in den 1950er Jahren begonnene Kollektivierung der Landwirtschaft wurde ebenfalls bis 1961 bis auf kleine private Reste abgeschlossen.

Schon 1948 gab es erste Ansätze von zentraler Wirtschaftsplanung. Sie dienten v. a. der Überwindung von Kriegsschäden und dem Ausbau jener Sektoren der Ökonomie, die durch die Teilung Deutschlands im Osten nur schwach entwickelt waren. Der qualitative Sprung zu einer Wirtschaft, deren wesentlicher Mechanismus der Plan und nicht mehr das Wertgesetz war, erfolgte aber erst 1951 mit der Einführung des ersten Fünfjahrplanes. Dieser Plan umfasste die Kernsektoren der Wirtschaft, denen er verbindliche Vorgaben machte, was von wem zu produzieren sei. Investitionen und Ressourcenvergabe erfolgten nicht nach Gewinnkriterien privater EignerInnen, sondern gemäß den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft bzw. Gesellschaft

(zumindest, was die Bürokratie als solche verstand). Damit war die Dominanz des Wertgesetzes gebrochen und die Wirtschaft auf eine qualitativ neue Basis gestellt.

Doch der erste Fünfjahrplan kollidierte mit den objektiven Möglichkeiten und v. a. der Reparationspolitik Moskaus und war z. T. eher Ausdruck der politischen Eigeninteressen Ulbrichts als den Umständen angemessen. Die Bürokratie in der Sowjetunion war über die weitere Deutschlandpolitik gespalten, was sich auch in den Flügelkämpfen in der SED ausdrückte. Wiewohl von Moskaus Gnaden inthronisiert, war die SED nicht nur das bürokratische Anhängsel der sowjetischen herrschenden Kaste, sondern zugleich auch herrschende Partei mit bürokratischen Eigeninteressen und dem Wunsch, sich selbst auf Dauer als Staatsbürokratie zu etablieren. Daher auch das begrenzte „Vorpreschen“ Ulbrichts, um durch die Einführung der bürokratischen Planwirtschaft schwer revidierbare Fakten und soziale Voraussetzungen für einen degenerierten ArbeiterInnenstaat DDR zu schaffen.

Schon damals verfiel sich die Planung in der kruden Logik der Bürokratie. Einerseits konnte man Fehler und das Nichterreichen von Zielen nicht zugeben, da man damit die eigene

„Unfehlbarkeit“ untergraben hätte, andererseits mussten – nicht zuletzt durch den Systemvergleich mit der BRD – die Planziele immer höher geschraubt werden.

So wurde häufig genug an der Realität vorbei geplant.

Verfehlte Ziele

Eine geplante Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern der ökonomische Mechanismus, mit dem ein ArbeiterInnenstaat die gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Kommunismus ökonomisch vorantreibt. Insofern muss jede Planung an den historischen Zielen des Kommunismus gemessen werden. Wie stand es damit in der Planung als Teil der Gesellschaftsstrategie des Stalinismus?

Obwohl Marx kein geschlossenes Modell des Sozialismus oder Kommunismus zeichnen konnte, gab er doch eine Reihe von Prämissen vor, die er aus Analyse und Kritik des realen Kapitalismus zog. Die Aufhebung der Klassen und des Staates implizierte für ihn die Überwindung der kapitalistischen Teilung der Arbeit – der Teilung in „SpezialistInnen“ und HelferInnen, in BefehlsgeberInnen und Befohlene, in Ungebildete und FachidiotInnen, in Kopf- und HandarbeiterInnen.

Die allgemeine Verkürzung
der notwendigen Arbeit und die Aufhebung der Trennung von
freiwilliger und
notwendiger Arbeit sind allgemeine Ziele genauso wie die
Ersetzung
willkürlicher, sich „hinter dem Rücken“ der AkteurInnen
vollziehender
ökonomischer „Sachzwänge“ und Krisen. Das aber bedeutet das
Ende entfremdeter
Arbeit, die Ersetzung des Marktmechanismus durch den bewussten
ökonomischen
Willen der Gesellschaft – den Plan.

Rund vier Jahrzehnte
DDR-Planwirtschaft zeigen, dass diese Ziele weder erreicht
noch wenigstens
allgemein als politisch wünschenswert aufgestellt worden sind.
Die DDR-Ökonomie
war weit davon entfernt, „sozialistisch“ zu sein, sondern war
in der ersten
Phase der Übergangsgesellschaft steckengeblieben. Die
Verkürzung der
Arbeitszeit um rund fünf Stunden in vier Jahrzehnten auf
zuletzt 43 1/2 Stunden
ist kein Ruhmesblatt der Entwicklung und lag über der Norm der
BRD. Es ist auch
kein Zufall, dass die Einsparung von Arbeit und Arbeitszeit
keine reale Größe
in den Plänen war.

Entfremdung

Die allgegenwärtige

Bürokratie auch auf betrieblicher Ebene ließ die alte Trennung in BefehlsgeberInnen und Befohlene auf neue Art weiterleben. Das völlige Fehlen authentischer Formen von ArbeiterInnendemokratie führte zum weitgehenden Ausschluss der Massen von Kontroll- und Entscheidungsprozessen und somit zum Weiterbestehen der Entfremdung der ArbeiterInnen von ihrer Arbeit und ihren Produkten. Im Unterschied zum Kapitalismus war zwar die Willkür des Marktes und der PrivateigentümerInnen ausgeschaltet oder weitestgehend minimiert, doch standen nunmehr an deren Stelle ein autoritärer bürokratischer Staat und die „unergründlichen“ Ratschlüsse der politischen FührungsgreisInnen.

Die allgemeine Mühsal des Lebens wurde nicht geringer, sie nahm nur andere Formen an. Der größeren sozialen Sicherheit und der geringeren sozialen Ungleichheit standen allgemeiner Mangel, politische Entmündigung und internationale Isolation (auch gegenüber den Ostblock-Staaten) entgegen.

Das Fehlen positiver, auf den Kommunismus gerichteter Ziele war kein Irrtum der Bürokratie, sondern die logische Folge ihrer Kastenherrschaft selbst; hätte doch jede Form wirklicher Selbstverwirklichung der ProduzentInnen und KonsumentInnen sogleich ihre

Überflüssigkeit offenbart.

Im Unterschied zum Kapitalismus, wo Konkurrenz und Privatinteresse die Gesellschaft ständig umwälzen, kann eine Planwirtschaft – in der diese Antriebe ja fehlen – unmöglich auf Dauer entwickelt werden, wenn das Subjekt jeder Dynamik – das Proletariat – von der Gestaltung dieser Entwicklung ausgeschlossen ist.

So verwundert es nicht, dass Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit und schließlich das fast widerstandslose Hinnehmen der Wiedereinführung des Kapitalismus – neben Fleiß und Einsatzbereitschaft – das Verhalten der DDR-ArbeiterInnenklasse kennzeichneten. Diese Eigenschaften sind allerdings keine „typisch proletarischen“ sondern Folge der Politik des Stalinismus, der die Massen ideologisch traktierte und sie gleichzeitig daran hinderte, SchöpferInnen ihrer eigenen Verhältnisse zu sein.

Bürokratische Planung

Die Grundidee einer Wirtschaftsplanung besteht darin, im Ergebnis einer demokratischen

Selbstverständigung der ProduzentInnen und KonsumentInnen entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Gesellschaft festzulegen, was wie von wem erzeugt wird. Selbstverständlich gehören dabei Bedürfnisse wie die Erhaltung der Umwelt, der Gesundheit usw. dazu.

Neben dem Fehlen kommunistischer Ziele mangelte es in der DDR zunächst einmal an der Feststellung der realen Bedürfnisse. Obwohl das sehr einfach gewesen wäre, vermochte die Bürokratie meist nur das als Bedürfnis zu sehen, was sie sehen wollte. Der Maßstab war dabei im Prinzip die Ausgestaltung eines „Sozialstaats“ ähnlich den Vorstellungen der alten Sozialdemokratie: sicherer Arbeitsplatz, gute Wohnung, Kinderbetreuung, satt zu essen usw. Weniger als ein abstrakter Humanismus spielte dabei das Interesse der Bürokratie mit, die Massen durch soziale Geschenke ruhig zu halten. Die riesigen Dauersubventionen für Lebensmittel, Mieten, Fahrpreise usw. sowie die immensen Summen für den Wohnungsneubau verweisen auf dieses Ziel der Planung ebenso wie auf den Umstand, dass im Gegensatz zum Kapitalismus diese massiven ökonomischen Aufwendungen eben nicht gewinnorientiert waren, sondern im Gegenteil zu erheblichen ökonomischen Belastungen führten.

Die Festlegung der Pläne erfolgte über das Zusammenspiel verschiedener Ebenen der Bürokratie, letztlich in der zentralen Plankommission (die dem Ministerrat unterstand), wurde aber seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend von willkürlichen Interventionen der Wirtschaftsabteilung des ZK der SED unter Günter Mittag beeinflusst.

Durch die quasi Geheimhaltung statistischer Daten bzw. deren „Verschönerung“ war es sowohl der Bürokratie als auch den Massen nur schwer möglich, real einzuschätzen, in welchem gesellschaftlichen Gesamtrahmen Planung überhaupt stattfand. Ob ein Plan richtig oder falsch war, war so nur schwer einzuschätzen.

Im Unterschied zur Planung etwa in der Sowjetunion, wo die Bedürfnisse des Produktionsmittelsektors im Zentrum standen und die extensive Erweiterung der Produktion objektiv länger möglich war als in der ressourcenarmen DDR, versuchte man besonders seit den 1970er Jahren, die Befriedigung der Alltagsbedürfnisse der Bevölkerung besser zu berücksichtigen. Die „Konsumgüterproduktion“ wurde als zentrales Ziel der Planung postuliert. In der Praxis zeigte sich jedoch, dass man außerstande war, dieses Ziel zu erreichen. Die Konsumgüterproduktion wurde nicht das Zentrum der Planung, sondern eine Art

Zusatzaufgabe. So mussten vielfach Betriebe, die ein völlig anderes Produktionsprofil hatten, zusätzlich Haushaltswaren, Kinderspielzeug etc. herstellen. Das führte oft zu absurden Mehrfachproduktionen oder zu Produktion, die auf völlig unrationelle Weise erfolgte, da das Know-how dafür nicht vorhanden war. Trotzdem wurde die Plangröße „Konsumgüterproduktion“ dadurch erfüllt.

Fehlen einer Arbeitszeitrechnung

Ein generelles Problem waren die durch die Subventionen stark verzerrten Preise, wodurch sich ökonomische Effekte letztlich schwer einschätzen ließen. Doch das Problem des Messens ökonomischer Leistungen lag tiefer – es gab zwei nicht nur unterschiedliche, sondern gegensätzliche Wertmesser: das Geld auf der einen und die Quanta realer Ressourcen auf der anderen Seite. Auf Dauer ist eine Planwirtschaft nur anhand der exakten Berechnung der in den Arbeitsprodukten enthaltenen Arbeitszeit durchführbar. Diese allgemeine Arbeitszeitrechnung gab es jedoch nicht einmal in Ansätzen.

In der Wirtschaft führte

das beispielsweise zu folgendem Widerspruch: Ein Unternehmen orientierte sich einerseits an den durch den Plan vorgegebenen Ressourcen, andererseits am Betriebsergebnis, welches sich u. a. in der Kennziffer „Warenproduktion“, die in Geld bemessen wurde, ausdrückte. Die häufigen Veränderungen der Industriepreise drücken die Versuche der Bürokratie aus, dieses Dilemma zu lösen.

Fehlen einer Arbeitszeitrechnung

Ein generelles Problem waren die durch die Subventionen stark verzerrten Preise, wodurch sich ökonomische Effekte letztlich schwer einschätzen ließen. Doch das Problem des Messens ökonomischer Leistungen lag tiefer – es gab zwei nicht nur unterschiedliche, sondern gegensätzliche Wertmesser: das Geld auf der einen und die Quanta realer Ressourcen auf der anderen Seite. Auf Dauer ist eine Planwirtschaft nur anhand der exakten Berechnung der in den Arbeitsprodukten enthaltenen Arbeitszeit durchführbar. Diese allgemeine Arbeitszeitrechnung gab es jedoch nicht einmal in Ansätzen.

In der Wirtschaft führte das beispielsweise zu folgendem Widerspruch: Ein Unternehmen orientierte sich

einerseits an den durch den Plan vorgegebenen Ressourcen, andererseits am Betriebsergebnis, welches sich u. a. in der Kennziffer „Warenproduktion“, die in Geld bemessen wurde, ausdrückte. Die häufigen Veränderungen der Industriepreise drücken die Versuche der Bürokratie aus, dieses Dilemma zu lösen.

Wesentlich nachteiliger wirkten sich auf die Wirtschaftstätigkeit jedoch die Versuche der Betriebe aus, den Unwägbarkeiten der Bürokratie gegenzusteuern. So wurde, wenn möglich, alles, was für die Produktion wichtig war, gehortet, um Versorgungsengpässe ausgleichen zu können. Dadurch wurden natürlich die Engpässe und Disproportionen der Planung nur noch größer. Das hatte aber eine Ursache: Es wurden nur bei erfülltem Plan Prämien an die Belegschaft bezahlt, was die BetriebsleiterInnen teilweise veranlasste, die Planerfüllung vorzutäuschen, um die ArbeiterInnen nicht zu verprellen. Besonders lukrativ war die Planübererfüllung, was dazu führte, dass BetriebsleiterInnen möglichst niedrige Planvorgaben erreichen wollten, die dann umso leichter zu überbieten waren.

Dieses Vorgehen verweist auf das spezifische Verhältnis der Bürokratie zur ArbeiterInnenklasse. In der Praxis wurde diese Art von „Planerfüllung“ von der zentralen Planung

als Signal
genommen, die folgenden Planvorgaben noch zu steigern.
Disproportionen in der
Planung waren so vorprogrammiert. Es ist ein Paradox
stalinistischer Planung,
dass die Überbietung von geplanten Produktionsergebnissen –
also eine
Nichteinhaltung der Planung – als besonders positiv angesehen
wurde.

Eine richtige Planung hätte vielmehr die
möglichst sparsame, rationelle Produktionsdurchführung
gefördert, was wiederum
mit den strategischen Zielen von Planung zu tun hat. Ein
weiterer und wesentlicher
Grund für Fehlplanungen lag in der allgemein zu niedrigen
Produktivität. Diese
resultierte u. a. aus dem Desinteresse vieler ArbeiterInnen an
der Produktion
aufgrund der bürokratischen Gängelei. Sie ergab sich auch
daraus, dass
Hunderttausende in unproduktiven bürokratischen Sektoren
arbeiteten (Stasi,
politische Apparate usw.). Doch die Grundfehler
stalinistischer Politik führten
dazu, dass diese Probleme fortgeschleppt wurden, ja sich
verstärkten. Aufgrund
des Fehlens der allgemeinen Zielstellung der Einsparung von
Arbeitszeit war es
weder ein allgemeines Planziel, noch gab es ausreichende
technische
Möglichkeiten, Personal durch Maschinerie zu ersetzen und
somit für andere
Tätigkeiten freizumachen.

Doch auch der Planmechanismus selbst hatte einen Pferdefuß – das Fehlen bzw. die zu niedrige Veranschlagung von freien Kapazitäten. Jede Schwankung der Produktion oder der Nachfrage führte sofort zu einer Störung der Planung, weil es keine ausreichenden Reserven gab, mit denen operiert werden konnte. Das wiederum verweist aber auf andere Probleme.

Ein weiterer wichtiger Grund für die zunehmende Stagnation der DDR-Ökonomie (wie auch der anderer degenerierter ArbeiterInnenstaaten) bestand darin, dass die technische Basis des Produktionsprozesses, war sie einmal etabliert, kaum erneuert, geschweige denn umgewälzt wurde. Für einen ArbeiterInnenstaat ist es an sich kein Problem, veraltete Produktionsstätten zu schließen und durch neue, arbeitssparendere zu ersetzen.

Doch die bürokratischen Strukturen behinderten diese notwendigen Umstrukturierungen. Die Bürokratie konnte ihren trägen, parasitären Charakter ausleben. Die ArbeiterInnen selbst standen Veränderungen ebenfalls oft skeptisch gegenüber, war deren Vollzug und Ausgestaltung doch letztlich Monopol der herrschenden Bürokratie, deren gelegentliche Experimente nicht minder arbeitserInnenfeindlich als ihre generelle Trägheit waren.

RGW versus Nationalökonomie

Sowenig wie Sozialismus in einem Land möglich ist, sowenig ist eine international isolierte Planwirtschaft auf Dauer machbar. Der Sinn des Sozialismus liegt schließlich nicht in verallgemeinerter Gleichheit von Armut und nationaler Selbstgenügsamkeit, sondern in der Schaffung einer viel höher und effizienter organisierten internationalen Arbeitsteilung und Kooperation, als sie im Kapitalismus möglich ist.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem die DDR angehörte, hätte ein Verbund sein müssen, der die wirtschaftlichen Beziehungen auf eine höhere qualitative Ebene hebt. Leider war dem nicht so. Die Praxis orientierte sich vielmehr an drei Prämissen: 1. dem ökonomischen Eigeninteresse der sowjetischen Bürokratie; 2. der Aufrechterhaltung des stalinistischen Blocks, d. h. der Herrschaft der Bürokratie und 3. der Stärkung der jeweiligen Nationalökonomien durch Kooperation mit anderen RGW-Staaten.

Der RGW erarbeitete nie einen Gesamtplan, denen die nationalen Pläne untergeordnet waren. Genauso wenig führte der RGW generell dazu, dass die ökonomischen Stärken einzelner

Ökonomien

verallgemeinert und schwach entwickelte Sektoren dadurch zurückgedrängt wurden.

So wurden oft jahrzehntelang veraltete Produkte hergestellt oder ineffiziente

Produktionen weitergeführt, obwohl es in anderen Ländern einen höheren Standard

gab. Der RGW diente häufig genug dazu, sich gegenseitig den „Schund“, der

hergestellt wurde, zuzuschieben.

Für die innerhalb des RGW hochentwickelte

DDR-Wirtschaft hatte das fatale Folgen. So konnten Hightech-Produkte oft nur

aus dem Westen bezogen werden, obwohl sie z. T. in anderen RGW-Staaten (v. a.

in der SU) vorhanden waren. Der oft zitierte Devisenmangel resultiert im Grunde

nur aus dem Mangel an Produktivität innerhalb des RGW. Als einziger Ausweg bot

sich an, Konsumgüter in den Westen zu exportieren (was den Mangel vergrößerte

und die Bevölkerung demoralisierte) oder Handel zu Dumpingpreisen zu führen,

was jede Wirtschaft auf Dauer ausblutet. Gerade unter Honecker war es ein

wichtiges Element der Planung, für den Bedarf des Westens zu produzieren, um an

Devisen zu kommen.

So wurde die Wirkung des

Außenhandelsmonopols als Schutz vor den Unwägbarkeiten des kapitalistischen

Weltmarktes von der Bürokratie selbst unterhöhlt. Das muss man jedoch v. a. als

Reaktion der DDR-Elite auf die Schwächen des RGW erklären. Technologie-, Devisenmangel und Embargopolitik des Westens führten schließlich dazu, dass die DDR alles selbst produzieren musste. Für die relativ kleine DDR-Ökonomie war die enorme Produktbreite zugleich erstaunlich und ruinös, weil es unmöglich war, auf allen Gebieten gleichermaßen Weltniveau zu erreichen. Immerhin etwa 50 % der Weltproduktpalette bei Anlagen- und Maschinenbau wurde von der „kleinen“ DDR gefertigt. Diese Fertigungsbreite ging einher mit relativ kleinen Serien und stark begrenzten Investitionsvolumina, so dass die Produktion nie besonders effektiv sein konnte und technologisch auf Dauer zurückbleiben musste.

Als Mitte der 1970er Jahre die Umstellung von extensiver zu intensiver Erweiterung der Produktion propagiert wurde, versuchte die DDR verstärkt, Hochtechnologien zu entwickeln. Erhebliche Ressourcen wurden in diese Bereiche gelenkt, was dazu führte, dass die technologische Erneuerung anderer Bereiche immer mehr zurückblieb und die Disproportionen noch größer wurden. Selbst wenn es der DDR gelungen wäre, in einzelnen Bereichen Anschluss an die Weltspitze zu halten, so hätte sich sehr schnell herausgestellt, dass Spitzentechnik mit einer bürokratisch verkrusteten Gesellschaft nicht kompatibel ist.

Diesen Schritt zur modernen Technologie hätte selbstverständlich auch eine revolutionäre ArbeiterInnenregierung machen müssen. Aber die Politik der Bürokratie scheiterte nicht nur an den objektiv ungünstigen Voraussetzungen, solche Technik in Konkurrenz zu den großen imperialistischen Kapitalen entwickeln zu müssen, sondern auch an einem strategisch entscheidenden Missverständnis, das darin bestand, Wissenschaft und Technik als Triebkräfte der Entwicklung zu sehen, ohne zu begreifen, dass die Veränderung der Verhältnisse, unter denen Produktivkräfte wirken, im Sozialismus selbst zu einer entscheidenden Produktivkraft wird und die Hauptproduktivkraft das Proletariat selbst ist.

Errungenschaften

Trotz aller Kritik an den Unzulänglichkeiten der DDR-Planwirtschaft und gerade angesichts der durch die bürgerlichen Medien kolportierten Meinung, dass Planwirtschaft a priori nicht funktionieren könne, soll hier darauf hingewiesen werden, dass die DDR große soziale Errungenschaften aufzuweisen hatte. Diese sind nicht nur Ausdruck einer bestimmten Politik, sondern ursächlich mit der geplanten, auf staatlichem Eigentum beruhenden Ökonomie verbunden.

Die wesentlich größere soziale Sicherheit der Bevölkerung und der wegen des geringeren sozialen Gefälles deutlich geringere Sozialneid und die damit verbundenen psychischen Erscheinungen innerhalb der DDR-Gesellschaft sind markante Merkmale einer Sozietät, die sich aus den Zwängen von Markt, Privateigentum und Konkurrenz partiell befreit hat.

Auch das im Verhältnis zu den ökonomischen Möglichkeiten relativ gut entwickelte Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen der DDR ist ohne die Überwindung des allgegenwärtigen Gewinnstrebens, das den Kapitalismus kennzeichnet, nicht denkbar. Diese Fakten sind keineswegs nur Auswüchse von DDR-Nostalgie, sondern historische Errungenschaften eines nichtkapitalistischen Systems nicht wegen, sondern trotz der bürokratischen Herrschaft.

Doch eine Reihe nahezu immer – auch von einem Großteil der Linken – übersehener Phänomene verweist noch viel drastischer auf die eigentlichen Entwicklungspotentiale, die in einem ArbeiterInnenstaat schlummern.

Während der Kapitalismus aufgrund der Konkurrenz zwischen Privatkapitalen einen riesigen Apparat von Bürokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterhalten muss, um die

inhärenten

Widersprüche seiner Produktionsweise wenigstens einigermaßen zu bändigen, hat ein ArbeiterInnenstaat die Möglichkeit, diese riesigen Sektoren unproduktiver Arbeit deutlich zu verkleinern.

Ungenutzte Potentiale

Die Entwicklung der DDR zeigt, dass in verschiedenen Sektoren schon sehr früh gravierende Veränderungen stattfanden.

Berufsgruppen wie VertreterInnen oder MaklerInnen waren aus dem

gesellschaftlichen Leben vollständig verschwunden. Andere, z. B. juristische

Berufe (v. a. NotarInnen, SteuerberaterInnen) waren wesentlich schwächer

vertreten als in einer kapitalistischen Gesellschaft. Diese Tatsache ist

deutlich an der seit 1990 wieder sprunghaft gestiegenen Zahl von Beschäftigten

in diesen Bereichen erkennbar.

Dieser Trend des Abbaus unproduktiver

Arbeit und der Umlenkung der Arbeitskräfte in produktive bzw. sozial nützliche

Sektoren der Gesellschaft bewirkt ohne Frage einen deutlichen Anstieg der

gesamtesellschaftlichen Arbeitsproduktivität. Dazu zählt natürlich auch der

einfache Umstand, dass nicht wie im Kapitalismus eine erhebliche Minderheit

nicht produktiv ist, weil sie entweder erwerbslos ist oder
aber als reiche/r
SchmarotzerIn nicht arbeiten muss. Allerdings ist gerade
dieser
Entwicklungsfortschritt mit den Methoden bürgerlicher
Produktivitätsrechnung,
die sich im Banne des „Bruttosozialprodukts“ bewegt, nicht
oder kaum erfassbar.

Auch der Umstand, dass Wirtschaftsbereiche,
die im modernen Kapitalismus einen beträchtlichen Teil des
„Bruttosozialprodukts“ „erzeugen“ wie Versicherungen,
FinanzdienstleisterInnen,
Werbung etc., in der DDR eine eher marginale Rolle spielten,
zeigt, dass die
Gesellschaft sich diese unproduktiven Bereiche nicht mehr oder
nicht mehr im
alten Maße leisten können musste.

Diese massenhafte Umschichtung von Arbeit
ist eigentlich das Phänomen, auf das der Begriff
„Arbeitslosigkeit“ (im
Gegensatz zu „Lohnarbeitslosigkeit“) zutreffen würde. Diese
Erzeugung von
Arbeitslosigkeit ist jedoch aufgrund der allgemeinen
Stagnation der
DDR-Entwicklung nicht nur nicht weitergeführt worden, im
Gegenteil: Die
bürokratische Herrschaft hat sogar den größten Teil dieses
Wachstumspotentials
wieder aufgeessen, indem ein riesiger Apparat von
politischen Kadern,
Staatssicherheitsleuten usw. geschaffen wurde, der nicht nur
die Bevölkerung
unterdrückte, sondern auch eine unerhörte Vergeudung

gesellschaftlicher

Arbeitskraft war. Die Wende-Losung „Stasi in die Produktion!“ impliziert neben der politischen Sprengkraft gerade auch diesen Aspekt.

Die Änderung der Produktionsverhältnisse durch die Planwirtschaft ist historisch in gewissem Sinne mit der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse im späten Feudalismus vergleichbar. So wie damals eine Vereinheitlichung von Maßen, Geld, Gewichten, Normen usw. überhaupt erst bürgerliche Verkehrsformen auf steigendem Niveau ermöglichte, so muss auch eine Planwirtschaft einen qualitativen Sprung gegenüber den Möglichkeiten einer kapitalistischen Wirtschaft bewirken.

Doch auch bei der Verwirklichung dieser Aufgabe ist die Bürokratie auf halbem Wege stehen geblieben. Zwar gelang es, eine weitgehende Vereinheitlichung von Produktionsnormen zu erreichen – jedoch nicht auf der Ebene des RGW. Schwerer noch als die Divergenz der Normen wog die Unfähigkeit, aus den Produkten und Fertigungstechniken diejenigen auszuwählen, die am besten sind. Auch die Tatsache, dass im Unterschied zum Kapitalismus nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert eines Produktes maßgebend ist, war durchaus unterbelichtet. Ständige Erneuerung und Verbesserung der Produkte und der Fertigung unter diesem Aspekt fand nie konsequent statt. Die Ursachen

hierfür sind zum einen in der Ausschaltung der Entscheidungskompetenz der ProduzentInnen und KonsumentInnen zu suchen, zum anderen im Fehlen entsprechender Mechanismen in der Planung, die solche Innovationen erzwingen bzw. motivieren.

Fazit

Wir haben zu zeigen versucht, dass die Unzulänglichkeiten, die Krise und schließlich die Möglichkeit der fast widerstandslosen Beseitigung der Planwirtschaft nicht in der Unmöglichkeit einer geplanten Wirtschaft zu suchen sind, sondern in der bürokratischen Form und den bürokratischen Zielen dieser Planung. Eine Planwirtschaft kann nicht funktionieren, wenn das historische Subjekt der Entwicklung, das Proletariat, nahezu aller Möglichkeiten der Kontrolle, Durchführung und Korrektur von Wirtschaftstätigkeit beraubt ist. Auf einen Nenner gebracht heißt das: ohne Räte-demokratie keine funktionierende Planung!

Doch selbst eine wesentlich demokratischer organisierte Planung würde sich in unentwirrbaren Widersprüchen verwickeln, wenn sie nicht als ökonomischer Mechanismus dem Erreichen kommunistischer Gesellschaftsziele dient.

Schließlich ist auch die perfektteste
Planung von einer wesentlichen Komponente abhängig – einer
funktionierenden
internationalen Arbeitsteilung der ArbeiterInnen–staaten und
der Ausweitung der
proletarischen Weltrevolution.

Anmerkungen

(1) „Im Jahre 1936 wurden auf dem Gebiet
der späteren sowjetischen Besatzungszone 27 % der gesamten
deutschen
Nettoproduktion der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie
produziert, deren
Rohstoffe ... jedoch nur zu fünf Prozent in diesem Gebiet
erzeugt wurden. ...
Im Jahre 1938 betrug der Anteil Mitteldeutschlands an der
Produktion des
Deutschen Reiches bei Steinkohle 1,9 %, bei Eisenerz 6,0 %,
bei Roheisen 4,3 %,
bei Rohstahl 6,6 %.“ (Wenzel, Siegfried: Plan und
Wirklichkeit, Scripta
Mercaturae Verlag, St. Katharinen 1998, S. 7)

(2) „Gemessen am Sozialprodukt umfassten
diese (Reparaturen, d. A.) ... für den Zeitraum 1946-1953 ... 22
% der
laufenden Produktion Das Verhältnis DDR/BRD betrug für
diese belastendste
Form von Kriegskontributionen 98:2.“ (ebenda, S. 3/4)

(3) „Im Jahre 1947 erzeugten diese

staatseigenen Betriebe 36,8 % der damaligen Bruttoproduktion. Dieser Anteil erhöhte sich 1948 auf 39 % und 1949 auf 46,6 %. Im Jahre 1950 betrug der Anteil der volkseigenen Betriebe an der Produktion der Industrie bereits 74,9 %".
(ebenda, S. 24)

SED-Gründung vor 50 Jahren: Fusion und Verwirrung

*Hannes Hohn, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019
(Erstveröffentlichung 1996)*

Vor 50 Jahren, am 21. April 1946, schlossen sich in der sowjetischen Besatzungszone KPD und SPD zur SED zusammen. Die Bewertungen dieses Ereignisses sind konträr genug: eine Seite bejubelt diese Vereinigung als Überwindung der Spaltung der ArbeiterInnenklasse und richtige Konsequenz aus den blutigen Erfahrungen des deutschen Proletariats unter dem Faschismus; die Gegenseite lehnt die SED-Gründung als Zwangsvereinigung unter dem Diktat des Kremls ab. Heute schlagen die Wogen dieser Debatte vor allem in der PDS und der SPD erneut hoch.

Hinterrund der Vereinigungsdebatte

Es ist kein Zufall, dass die Diskussion um ein Ereignis, das schon 50 Jahre zurückliegt, gerade jetzt wieder sehr intensiv geführt wird. Den Hintergrund der Debatte bildet die derzeitige Krise der SPD und damit in Zusammenhang die Stabilisierung ihrer sozialdemokratischen Konkurrentin PDS. Für beide Seiten geht es darum, die eigene politische Daseinsberechtigung aus der Geschichte abzuleiten.

Die SPD und ihr nahestehende HistorikerInnen gehen zumeist von der These aus, dass die SED-Gründung eine erzwungene Vereinigung gewesen sei, die ein wesentlicher Meilenstein zur Etablierung der undemokratischen, totalitären Verhältnisse der DDR war. Die Ablehnung der Vereinigung ist somit v. a. ein Mittel der Abgrenzung von der PDS, der als SED-Nachfolgepartei das Attest „undemokratisch“ ausgestellt wird. Die einzige demokratische Alternative der ArbeiterInnenbewegung sei die SPD, der allein schon aus diesem Grund heute auch die Stimmen der PDS-WählerInnen zustünden. Die Vereinigungskritik suggeriert gleichzeitig auch, dass durch die Vereinigung von 1946 mindestens in der Ostzone eine andere, demokratische Entwicklung verhindert worden wäre.

Der PDS und ihren GeschichtsbewerterInnen geht es um das gerade Gegenteil. Ihr überwiegend positiver Bezug auf den politischen Kern der Vereinigung von KPD und SPD soll das Projekt einer „pluralistischen“ linken Bewegungspartei vom Typ der PDS historisch legitimieren. Damit werden jene politischen Brücken zur SPD offengehalten, über die man aufeinander zugehen kann, wenn gegen Kohl ein linkes Regierungsbündnis aus SPD, PDS und GRÜNEN hergestellt werden soll. Diese Option ist für die PDS zwingend, weil sie ohne bundesweit präsente PartnerInnen nur in Ostdeutschland Bedeutung hätte, während die SPD zwar die Stimmen der PDS braucht, aber nicht die PDS selbst.

Es ist bezeichnend, dass während der Entstehung der PDS aus der SED 1989/90 die Frage der Entstehung der SED fast keine Rolle in der Debatte spielte und flugs zur Tagesordnung, sprich zur Schaffung der PDS, übergegangen wurde. Grund dieser Vorgehensweise war der Versuch, eine Spaltung (womöglich sogar ein Verschwinden) der Partei zu verhindern, wenn evtl. festgestellt worden wäre, dass das Projekt SED von Anfang an eine Fehlkonstruktion und den Interessen des Proletariats entgegengesetzt war. 1989/90 gab es immerhin eine starke Strömung in der SED, die für eine Aufspaltung der SED in KPD und SPD eintrat. Das hätte aber nicht nur einen Streit über die programmatischen Grundlagen, sondern auch über die Aufteilung der

Parteifinanzien bedeutet und die Gefahr heraufbeschworen, dass die neue Nomenklatura der PDS, die aus der zweiten und dritten Reihe des SED-Apparats kam, keine neuen Posten im Gefüge des Parlamentarismus gefunden hätte. Ohne Frage: eine gewisse Masse ist notwendig, um im parlamentarischen Geschäft mitmischen zu können – dem wesentlichen Anliegen der PDS-Führung.

Bezeichnend für die allgemeine Debatte ist auch, dass der eigentliche politische Inhalt der SED, ihre programmatischen Grundlagen, kaum betrachtet werden und die sekundäre Frage, ob die Vereinigung erzwungen war oder nicht, in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wird. Dieses Herangehen ist Ausdruck des Unwillens der Führungen von PDS und SPD, die theoretischen Grundlagen und die Methode der eigenen Politik zu hinterfragen.

Zwangsvorstellungen

Verfolgt man die Medien, so vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Fakten und AugenzeugInnen für die These sprechen, die Gründung der SED sei ein Akt des Zwangs gewesen, der von KPD und Sowjetischer Militäradministration in Deutschland (SMAD) als böses Bubenstück auf Kosten der SPD inszeniert worden sei. Doch die historischen Tatsachen ergeben kein so einseitiges Bild.

In der DDR gelang es der SED, durch gezielte Unterdrückung der Meinungs- und Forschungsfreiheit die Vereinigung von KPD und SPD als bewusste und freiwillige Vereinigung der großen Mehrheit ihrer Mitglieder hinzustellen. VereinigungsgegnerInnen wurden als SpalterInnen, SektiererInnen und ReaktionärInnen verteufelt. Doch nachdem die ideelle Käseglocke der SED zersplittert ist, riecht manches nicht mehr so gut.

Zahlreiche Quellen belegen eindeutig, dass vor allem von Seiten der SMAD in vielfältiger Form Druck auf die SPD ausgeübt worden ist. SPD-Versammlungen wurden beeinflusst, FunktionärInnen, die gegen eine Fusion waren, abgesetzt, unliebsame Mitglieder mitunter verhaftet und SPD-FührerInnen unter Druck gesetzt. Ein Beispiel dafür, wie die SMAD Einfluss ausübte, ist ihre Rolle bei der Mitgliederbefragung zur Vereinigung, die von vielen SozialdemokratInnen gefordert wurde: Sie wurde einfach verboten. In den westlichen Zonen von Berlin kam sie aber am 31.3.1946 mit dem Ergebnis zustande, dass nur 12,2 % für eine Vereinigung stimmten. In anderen Regionen dürfte die Stimmung allerdings weniger eindeutig gegen die Vereinigung gerichtet gewesen sein. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass es bereits vor der offiziellen Kampagne spontane Zusammenschlüsse von Basisorganisationen der SPD und der KPD gab. Gerade im Lager der SPD wird dieses Votum der (West-)Berliner Mitglieder als Beweis für

die allgemeine Ablehnung einer Vereinigung mit der KPD in der SPD-Mitgliedschaft gewertet. Gerade der Druck auf die SPD von Seiten der SMAD hat die ablehnende Haltung mancher/s SozialdemokratIn zur Vereinigung verstärkt. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass ohne diesen Druck die Vorbehalte kleiner und damit der Aspekt der Freiwilligkeit bedeutender gewesen wäre. Insofern war das Vorgehen der SMAD wirkungsvoll, doch nicht sehr geschickt. Auch in der KPD waren deshalb viele Mitglieder und FunktionärInnen mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, ohne freilich dagegen anzukämpfen.

Vom Zwang zur Vereinigung zu sprechen, bedeutet aber v. a., auch zu berücksichtigen, dass es schon 1945 und bis zum Untergang der DDR unter dem politischen Diktat der SMAD und später der SED-Bürokratie nicht möglich war, substantielle politische Kritik zu äußern, Tendenzen oder gar Fraktionen in der SED zu bilden, geschweige denn alternative Organisationen zu gründen. Ohne diese demokratischen Rechte ist es jedoch faktisch unmöglich, legale politisch-organisatorische Alternativen zur SED zu schaffen. Diese Einsicht hat, wie Quellen belegen, viele SozialdemokratInnen, aber auch KPD-Mitglieder, die der Fusion kritisch gegenüberstanden, bewogen, der SED beizutreten, weil es keine Alternative gab.

Trotz der geschilderten Umstände ist jedoch der Begriff

„Zwangsvereinigung“ ungeeignet, um die Art und Weise der Vereinigung zu kennzeichnen. Zu viele historische Fakten sprechen dagegen:

- Es gab an der Basis zwischen KommunistInnen und SozialdemokratInnen bereits im Mai 1945 spontane Zusammenarbeit in den Antifaausschüssen und in betrieblichen Komitees;
- bereits im Sommer 1945 existierte ein gemeinsamer Arbeitsausschuss von KPD und SPD auf der Ebene der Parteiführungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ);
- es existierten bereits vor dem Beginn der offiziellen, von oben eingeleiteten Einheitskampagne Zusammenschlüsse von KPD und SPD auf Ortsebene sowie gemeinsame Versammlungen, Aktivitäten verschiedener Art und öffentliche Kommuniqués zur Notwendigkeit der Vereinigung.

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit kam auch in der erwähnten Berliner Urabstimmung zum Ausdruck, bei der über 62 % für eine Aktionseinheit mit der KPD votierten. Diese Einheitstendenzen erklären sich wesentlich aus zwei Umständen: zum einen aus der blutigen Erfahrung des Faschismus, der nur darum sein Terrorregime errichten konnte, weil SozialdemokratInnen und KommunistInnen keine antifaschistische Einheitsfront gebildet hatten, was wesentlich Schuld der falschen Politik ihrer Führungen war. Zum anderen waren es

die anstehenden
Aufgaben nach Kriegsende, die die proletarische Mitgliedschaft
beider Parteien
in der Praxis einander näherbrachten: Beseitigung der Reste
des Faschismus,
Ingangsetzung des öffentlichen Lebens und der Produktion. Wie
im Folgenden
gezeigt werden wird, ging es im Kern darum, dass die
ArbeiterInnenklasse vor
der Möglichkeit und der Notwendigkeit stand, den Kapitalismus
zu beseitigen und
die Macht zu übernehmen.

Die Tatsachen weisen klar darauf hin, dass es trotz Nötigung
und Zwang seitens der SMAD und der KPD und trotz fehlender
Alternativen eine
breite Bewegung in KPD und SPD Richtung Einheit in Aktion und
Organisation gab.

Bei der Einschätzung der Vereinigung müssen noch weitere
Umstände berücksichtigt werden, die gegen die These von der
Zwangsvereinigung
sprechen. Es ist belegt, dass die Mehrzahl der
Gründungsdelegierten und auch
der SED-Mitgliedschaft aus der SPD kamen. Obwohl es Formen
direkten wie indirekten
Drucks auf die SozialdemokratInnen gab, so bestand doch die
individuelle Möglichkeit
für jedes Mitglied, aus der SPD vor dem Zusammenschluss
auszutreten, der SED
nicht beizutreten oder sie zu verlassen. Massenhafte Schritte
in diese Richtung
gab es jedoch nicht. Dass es aber bei vielen SED-Mitgliedern
schon bald nach
der Vereinigung Differenzen zur weiteren Entwicklung der SED

und ihrer Umformung
zu einer offen stalinistischen Partei gab, belegen zahlreiche
Repressionen
gegen Mitglieder und FunktionärInnen.

SPD und KPD erreichten nach Kriegsende sehr schnell wieder
alte Mitgliederstärke. Allein die KPD hatte schon im Frühjahr
1946 mit rund
500.000 trotz Naziterror, Emigration, Kriegsopfern und noch in
Gefangenschaft
Befindlichen mehr Mitglieder als vor 1933. Ähnlich war die
Situation in der
SPD. Ohne Frage waren diese vielen neuen, parteipolitisch
weniger beeinflussten
Mitglieder mit weniger Ressentiments gegenüber der anderen
Partei beladen als
alte Mitglieder und konnten somit leichter für die Einheit
motiviert werden.
Eine gründliche Debatte der politischen Grundlagen beider
Parteien und ihrer
Rolle in den Klassenkämpfen der Jahre zuvor fand jedoch nicht
statt und war vor
allem von den Führungen beider Parteien auch nicht ernsthaft
beabsichtigt.

Die Schaffung der SED

Warum wurde im April 1946 die SED gegründet, obwohl noch ein
knappes Jahr zuvor weder SPD noch KPD die Vereinigung beider
Parteien
unmittelbar als Ziel aufgestellt hatten? Dafür gibt es mehrere
Ursachen: Die

SMAD fürchtete, dass ihre politische Juniorpartnerin in Deutschland, die KPD, bei den bevorstehenden Wahlen gegenüber der SPD unterliegen würde und damit der direkte Einfluss der UdSSR auf die Entwicklung (Ost-)Deutschlands vermindert würde. Diese Befürchtung war nur berechtigt, da der Einfluss der SPD im Vergleich zur KPD – obwohl letztere von der SMAD stärker gefördert wurde – sich zunehmend stärker bemerkbar machte. Auch die Wahlen in Ungarn und Österreich, bei denen die KPD deutliche Schläppen erlitten hatten, nötigten zu einem organisationspolitischen Schwenk, der nicht auf die Zurückdrängung, sondern auf das Aufsaugen der SPD per Fusion orientiert war. Die Wahlen vom Oktober 1946 in Berlin bestätigten alle Befürchtungen hinsichtlich des Einflusses der SPD: sie erhielt über 48 %, die SED dagegen nur 19,8 % der Stimmen.

Die politische Grundlage der Vereinigung bestand aus zwei wesentlichen Elementen: 1. den demokratischen Illusionen des Proletariats und 2. dem Wandel der KPD seit 1935 von einer zentristischen zu einer reformistischen Partei.

Nach der faschistischen Diktatur waren die demokratischen Illusionen wieder erstarkt. Dabei spielte eine wesentliche Rolle, dass alle Ansätze proletarischer Machtentfaltung von der SMAD in Einklang mit den Führungen von KPD und SPD ignoriert und bewusst sabotiert

worden waren. Unter diesen Umständen konnte die Restauration bürgerlich-demokratischer Zustände den Arbeiterinnen und Arbeitern als Tugend erscheinen. Das Fehlen einer marxistischen Partei mit einem revolutionären Programm war dabei natürlich ein entscheidender Faktor dafür, dass die Bewegung des Proletariats über Ansätze eigener Machtkonstituierung nicht hinaus gelangte und die reformistischen Führungen von KPD und SPD ohne politische Konkurrenz blieben.

Die richtige Einsicht der Mitgliedsbasis, dass die fehlende Einheitsfront vor 1933 Hitlers Sieg ermöglichte, ging nicht mit einer schonungslosen Kritik der Politik von SPD und KPD konform. In gewissem Sinn können wir sagen, dass 1933 vor lauter Prinzipien die Einheit übersehen wurde, während 1946 vor lauter Einheit die Prinzipien vergessen worden waren. Im Grunde bestand die Vergangenheitsbewältigung nicht nur der KPD, sondern auch die der SPD darin, eine Verbeugung vor der Volksfrontpolitik zu machen. Da die Politik beider Parteien nicht revolutionär, sondern reformistisch – auf die Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse gerichtet war –, gab es kaum prinzipielle programmatische Gegensätze, die einer Parteivereinigung grundsätzlich widersprochen hätten. Die SPD-Politik folgte trotz einiger wichtiger Differenzen z. B. bezüglich ihres Verhältnisses zur SU oder der Stellung

zur Demokratie der gleichen Logik wie die KPD und nahm auch in vielen konkreten Fragen die gleiche Position ein. Hier soll nur die Zustimmung zu den Reparationen oder die passive, ja unterstützende Haltung zur Auflösung der Antifa-Komitees und der spontan entstandenen betrieblichen Strukturen der ArbeiterInnenklasse genannt werden. Die KPD, die nur wenige Jahre zuvor die SPD „Zwilling des Faschismus“ genannt hatte, war inzwischen selbst zum Zwilling der reformistischen Sozialdemokratie mutiert. Doch die Entstehung der SED kann nicht nur aus innerparteilichen Umständen erklärt werden; sie muss im Kontext der Politik Stalins gesehen werden. Es ist kein Zufall, dass die SED nur in der Ostzone entstand und nicht in den Westzonen. Dem „Büro Dr. Schumacher“, der Machtzentrale der SPD im Westen, gelang es unter Mithilfe der Westalliierten, die Vereinigung zu verhindern. Denn von Beginn an war die SED Machtinstrument der Politik Moskaus und somit objektiv verlängerter Arm der in der SU herrschenden bürokratischen Kaste. Doch so sehr deren konterrevolutionäre Strategie dem Imperialismus auch entgegenkam – dort, wo er selbst herrschte, in den deutschen Westzonen, wollte er selbst bestimmen; eine vereinigte Arbeiterpartei von Stalins Gnaden konnte er nicht gebrauchen.

Volksfront contra Revolution

Nachdem die stalinisierte KPD vor 1933 durch ihren ultralinken Zentrismus gemeinsam mit der Kapitulantpolitik der SPD das Zustandekommen einer breiten antifaschistischen Einheitsfront gegen Hitler unmöglich gemacht und kampflos kapituliert hatte, erfolgte nach Hitlers Machtübernahme mit dem VII. Kominternkongress 1935 ein scharfer Schwenk nach rechts. Die dort beschlossene Volksfrontpolitik, die auch nach Kriegsende allgemeine Linie blieb, verpflichtete die stalinistischen Parteien programmatisch und praktisch, strategische Bündnisse und Regierungallianzen mit Teilen der Bourgeoisie einzugehen und dafür auf die Diktatur des Proletariats zu verzichten. Schätzte man die Sozialdemokratie noch 1933 als „sozialfaschistisch“ ein und weigerte sich beharrlich, den sozialdemokratischen ArbeiterInnen und ihrer Führung eine Einheitsfront vorzuschlagen, so waren 1935, (also nur zwei Jahre später!) plötzlich nicht nur die Sozialdemokratie, sondern sogar rein bürgerliche Parteien Koalitionspartnerinnen geworden. Ein größeres Verwirrspiel ist kaum denkbar!

Der methodische Grundfehler der Volksfrontkonzeption war aber der, dass zwischen Faschismus und Demokratie, zwei

Herrschaftsformen ein und desselben Imperialismus, ein qualitativer Unterschied gemacht wurde, der scheinbar ein Bündnis des Proletariats mit einem (demokratischen) Teil der Bourgeoisie notwendig machte. Nach dieser Logik hieß die Alternative nicht mehr Sozialismus oder Kapitalismus, sondern Faschismus oder (bürgerliche) Demokratie. Dieses Konzept blieb auch nach der Niederlage des Faschismus für die KPD gültig.

Die Gründung der SED und das politische Nachkriegssystem in Ostdeutschland bzw. später der DDR stellten eine Variante dieser Volksfrontkonzeption dar. Einerseits, weil originäre Einheitsfrontorgane der ArbeiterInnenklasse beseitigt worden sind, zum anderen durch den antifaschistisch-demokratischen Block. Dieser Block unter Einschluss bürgerlicher Parteien wie der CDU oder der LDP, deren Gründung von KPD und SMAD unterstützt oder im Fall der NDP, einer Partei für ehem. Wehrmachtsoffiziere und sonstige bürgerliche Kräfte, sogar initiiert wurde, bildete ein pseudoparlamentarisches System auf Basis eines bürgerlich-demokratischen Programms. Auch in der späteren DDR bestand dieser Block weiter als Mittel der Integration kleinbürgerlicher Schichten und der Maskierung der Alleinherrschaft der SED.

Stalins Deutschlandpolitik

Als im Mai 1945, nach 12 blutigen Jahren, das „tausendjährige Reich“ der Nazis zerschlagen war, war die Macht der deutschen Bourgeoisie noch stärker als am Ende des 1. Weltkrieges diskreditiert und erschüttert. Ihre bewaffneten Kräfte waren besiegt, der Staatsapparat befand sich in Zersetzung, die faschistischen Organisationen waren kollabiert, die nationalistisch-chauvinistische Massenbegeisterung für den Faschismus hatte sich längst in Agonie und Entsetzen gewandelt. Die gesamte exekutive Macht lag in den Händen der Besatzungsmächte.

Sofort nach Beendigung der letzten Kämpfe begann aber auch die deutsche ArbeiterInnenklasse, Ohnmacht und Atomisierung der Jahre unter dem Faschismus zu überwinden: die zerschlagenen Organisationen – KPD und SPD, Gewerkschaften und Betriebsräte sowie linke Gruppierungen – entstanden neu. Kader der SPD und der KPD, viele von ihnen gerade erst aus den KZs und Zuchthäusern gekommen, spielten dabei eine große Rolle. Kaum waren die letzten Schüsse verhallt, organisierte sich das Proletariat: in den Antifa-Ausschüssen, um die Reste der Nazidiktatur zu beseitigen, in den Betrieben, um die zerstörte Produktion wieder in Gang zu bringen. Vor allem diese betrieblichen

Komitees zeugen davon,
dass die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter bereit und in
der Lage waren, die
Produktion zu kontrollieren und zu organisieren.
Betriebskomitees und
Antifa-Ausschüsse waren Ansätze zur Bildung von proletarischen
Machtorganen –
den Räten. In der ArbeiterInnenschaft und weiten Teilen der
Bevölkerung bis
hinein in bürgerliche Kreise war nach dem totalen
Zusammenbruch Hitlerdeutschlands
eine mehr oder weniger bewusste und klare antikapitalistische
Stimmung
verbreitet. Doch im Unterschied zu 1918 fehlte eine
revolutionäre
Massenbewegung.

Entgegen der Ideologie der Alliierten, nach der
Nachkriegsdeutschland vor der Alternative Faschismus oder
Demokratie stand,
ging es in Wahrheit darum, den deutschen Kapitalismus in
demokratischer Form
wiederzuerrichten oder ihn zu stürzen und die Diktatur des
Proletariats
aufzubauen. Obwohl 1945/46 in Deutschland keine revolutionäre
Situation
bestand, so gab es doch, wie oben ausgeführt, Ansätze
proletarischer Machtorgane.
Doch die Erschütterung der gesellschaftlichen Ordnung, die
Brisanz der sozialen
Probleme konnten in der Nachkriegsperiode jederzeit die Frage
der Macht auf die
Tagesordnung stellen. Wie schon 1933 lag der Schlüssel der
Entwicklung bei den
Arbeiterinnenorganisationen und insbesondere bei der Führung
in Moskau.

In Potsdam hatten sich die Alliierten der Antihitlerkoalition endgültig über das Schicksal Deutschlands geeinigt. Nach 12 Jahren Nazi Herrschaft sollte das neue Deutschland von nun an demokratisch, entmilitarisiert und entnazifiziert sein. Die Kontrolle dieser deutschen Verwandlung oblag den Besatzungsmächten Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien, die jeweils eigene Besatzungszonen kontrollierten. Der alliierte Kontrollrat sollte als oberstes Gremium die Politik der Alliierten koordinieren. Stalin, Truman und Churchill waren sich darin einig, Deutschland als Staat nicht zu zerschlagen, sondern nur soweit zu schwächen, dass er keine den Großmächten gefährliche Rolle mehr spielen konnte. Quasi als Gegenleistung für ihren humanistischen Großmut sollte ein Großteil der materiellen Werte Deutschlands als Reparationen an die Besatzungsmächte fallen.

Die Antihitlerkoalition, ein strategisches Bündnis des degenerierten ArbeiterInnenstaates Sowjetunion mit den „demokratischen“ Imperialismen; die in Jalta, Teheran und Potsdam vorgenommene Aufteilung der Welt in Einflusssphären sind Ausdruck des Wunsches der StalinistInnen gewesen, ein strategisches Übereinkommen mit dem Weltimperialismus zu treffen, um somit die Möglichkeit des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ sicherzustellen. Abgesehen davon, dass eine sozialistische Gesellschaftsqualität in einem isolierten

Land und ohne Ausdehnung der Weltrevolution nicht erreicht werden kann,
bedeutete die Politik Stalins auch den Verzicht auf alle Versuche des Proletariats,
den Kapitalismus zu stürzen und seine eigene Macht zu errichten. Die günstigen
Bedingungen für den revolutionären Kampf um die Macht z. B. in Frankreich
oder Italien 1944/45 wurden bewusst nicht ausgenutzt. Der Aufstand des
griechischen Proletariats wurde im Stich gelassen, weil Griechenland im
britischen Interessensgebiet lag.

Mehr als alle revolutionären Beschwörungen offenbarte die praktische Politik Stalins dessen konterrevolutionäre Rolle, die in ihrer Konzeption
auf wesentlichen Elementen des Menschewismus beruht und in scharfem Gegensatz
zu Praxis und Programm der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki stand.

In Deutschland entwickelte sich die Lage prinzipiell genauso wie in den von der SU besetzten Ländern Osteuropas. Stalins Versuch, auf die Bajonette
der Roten Armee gestützt, eine Pufferzone um die SU aus bürgerlich-demokratischen Staaten zu schaffen, auf deren Politik er durch die
Besatzungstruppen einerseits und die jeweiligen KPen andererseits direkten
Einfluss

nehmen konnte, ging nicht lange gut. Die nichtenteignete Bourgeoisie strebte nach der Wiedererlangung der ganzen Macht

und musste mit den Interessen des einheimischen Proletariats, aber auch mit der Moskauer Politik kollidieren. Die bürgerliche Wirtschaft und ihre politischen Subjekte, die Parteien und Staaten der Bourgeoisie, haben ihre Eigendynamik, die sich nicht an Stalins Datscha-Träumereien halten. Dieser Interessenkonflikt spitzte sich noch zu, als Amerika Ende der 1940er Jahre durch das Marshallplanprojekt die europäischen Staaten noch enger an die USA zu binden suchte. Wollte Stalin nicht alles verlieren, was er im Krieg gegen Hitler gewonnen hatte, musste er entgegen seiner ursprünglichen Absicht die Bourgeoisie als Klasse enteignen. Dazu war er auch gezwungen, wenn er nicht eine Konfrontation mit dem Proletariat riskieren wollte, dessen Bedürfnisse ohne konsequente antikapitalistische Maßnahmen nicht befriedigt werden konnten – es sei denn mit dem Zuckerbrot des Marshallplans. Stalin scherte „nach links“ aus. Der Sieg über Hitler entzweite die SiegerInnen, die Antihitlerkoalition zerbrach.

In der Ostzone Deutschlands erfolgte dieser Schwenk erst 1951, als wesentliche Elemente einer Planwirtschaft das Wertgesetz als Grundmechanismus kapitalistischen Wirtschaftens ablösten. Diese antikapitalistischen Umwälzungen erfolgten aber unter Ausschaltung der selbstständigen schöpferischen Rolle des Proletariats auf bürokratische Weise und verbunden mit

der Etablierung eines der Form nach bürgerlichen Staatsapparates.

Die KPD-Politik nach 1945

Auch in Deutschland, besonders in dessen Ostteil, wo die Rote Armee die Macht bereits besaß, wurde diese also nicht dazu genutzt, den Kapitalismus zu beseitigen. Gerade die von den KPD-FührerInnen propagierte „Ausrottung des Faschismus mit allen Wurzeln“ hätte eigentlich bedeutet, dessen kapitalistische Grundlagen abzuschaffen. Doch den FührerInnen der KPD und der KPdSU ging es lediglich darum, den Faschismus zu beseitigen, um demokratische Verhältnisse auf der Basis kapitalistischer Eigentumsformen zu schaffen.

Die in Moskau abgeseignete Politik der Gruppe Ulbricht, der Führung der KPD, lässt keine Fragen über die politischen Absichten Stalins und seiner deutschen Gefolgsleute offen. So heißt es im „Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ der KPD vom Juni 1945, dass „unsere grundlegende Orientierung in der gegenwärtigen Situation die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die im Jahre 1848 begonnen hatte (ist). Das heißt, die Junker, Fürsten und Großgrundbesitzer sollen enteignet ... werden. Die aktiven Nazis ... müssen von den deutschen Gerichten hart abgeurteilt werden.

Die
großindustriellen Kriegsverbrecher aber werden von den
Gerichten der alliierten
Mächte ... ihre Strafe erhalten.“ (1)

Kein Wort über die Enteignung der Bourgeoisie als Klasse.
Kein Wort von der Notwendigkeit, dass die ArbeiterInnenklasse
selbst die Macht
übernehmen muss. Sogar die SPD gab sich 1945 linker als die
KPD und bekannte
sich wenigstens abstrakt zum Sozialismus und zu einer
„Sozialisierung der
Wirtschaft“.

Zwar gibt das Juni-Programm der KPD offen zu, dass „manche
Arbeiter ... sofort den Sozialismus errichten (wollen)“, aber
diese Absicht
wird als angeblich unmöglich abgelehnt. (2) Die Gründe, warum
die ArbeiterInnen
nicht sofort mit dem Aufbau des Sozialismus – sprich der
Errichtung der
Diktatur des Proletariats – beginnen können, sind bezeichnend
für die völlige
politische und theoretische Degeneration der offiziellen KP-
FührerInnen vom
Kaliber Ulbrichts und für uns auch deshalb interessant, weil
die in diesem
Dokument ausgedrückte Denkweise weitgehend auch der in der SPD
entsprach und
geradewegs Richtung SED weist.

Das Programm verweist darauf, dass die ArbeiterInnen noch
keine einheitliche Partei (von einer revolutionären Partei ist
erst gar nicht

die Rede) haben. Doch die Oktoberrevolution, auf die sich die StalinistInnen so gern und oft beriefen, ist gerade ein Beweis dafür, dass die Partei der Revolution aus einer Minderheitsposition heraus durch eine richtige Politik die Massen hinter sich zu bringen wusste. Hätte sie gemäß dem Rezept der Ulbrichts gehandelt, hätte sie sich mit den konterrevolutionären Parteien erst vereinigen müssen, ehe die Revolution hätte durchgeführt werden können. Das Ergebnis dieser Politik wäre allerdings gewesen, weder eine revolutionäre Partei noch eine sozialistische Revolution zu haben...

Das KPD-Programm bedauert auch die fehlenden Erfahrungen der Massen in der Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist sicher richtig. Doch mit diesem Problem ist das Proletariat immer konfrontiert, denn der Kapitalismus, und umso mehr der Faschismus, verhindert ja eben die Machtausübung des Proletariats. Der Inhalt jeder revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft besteht aber wesentlich darin, dass das Proletariat beginnt, über die Kontrolle von Produktion zur Übernahme der Macht in der Wirtschaft zu gelangen. Nur so kann sich auch die Emanzipation des Proletariats auf der politischen Bühne vollziehen. Nach dem Ausschluss von der Macht unter den Bedingungen der kapitalistischen Diktatur (ob in demokratischer oder faschistischer Form) erlernt es in Betriebs- und Streikkomitees, in

ArbeiterInnenmilizen und schließlich den ArbeiterInnenräten den Gebrauch der Macht, um sie schließlich auf der Ebene des gesamten Staates auszuüben. Die oben geschilderten Ansätze von unabhängigen Organisationsstrukturen der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter unmittelbar nach Kriegsende belegen, dass das Proletariat schon selbst spontan über den Rahmen hinausgehen wollte, den ihm die moskautreue KPD vorgab. Dass das KPD-Programm vom Juni 1945 die mangelnden Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus beklagt, ist nur ein allzu löchriger Deckmantel dafür, dass die unabhängigen Organisationsansätze des Proletariats v. a. auf betrieblicher Ebene letztendlich beseitigt wurden, indem man die Betriebe den alten EigentümerInnen beließ, um sie später – unter Ausschluss jeglicher Form von ArbeiterInnendemokratie – auf bürokratische Art zu verstaatlichen.

Die SED – eine neue Partei?

Trotz aller Zwänge ist die SED auch Ergebnis einer massenhaften Tendenz nach Überwindung der Spaltung der ArbeiterInnenbewegung.

Zu Anfang war sie sicher stärker durch Elemente von Demokratie und lebendiger Mitgestaltung der Parteitätigkeit durch die Mitglieder selbst geprägt als die

SED der folgenden Jahrzehnte. Die Funktionen der Partei waren paritätisch besetzt, das Programm enthielt Passagen, die nur wenige Jahre später als „ketzerisch“ galten und mit den stalinistischen bürokratischen Stereotypen nicht gut vereinbar waren. Doch deshalb von der frühen SED als einer demokratischen Partei – im Sinne von wirklicher proletarischer Demokratie zu sprechen –, wäre falsch. Dafür fehlten z. B. statuarische Rechte wie das Recht auf Bildung von Fraktionen oder Tendenzen. Allein diese Tatsache verweist darauf, dass aus der Fehlentwicklung der Komintern unter dem Stalinismus keine Schlüsse gezogen worden waren. Auch die Hoffnung der SozialdemokratInnen, durch die Kraft der Zahl die innerparteiliche Demokratie (oder was man dafür hielt) zu sichern, war mehr als blauäugig. Nur wenige Monate nach dem Gründungsparteitag waren tausende von Mitgliedern und FunktionärInnen, zum Großteil ehemalige SozialdemokratInnen, abgelöst, ausgeschlossen, abgeschoben oder verhaftet worden. Wolfgang Leonhard schreibt dazu u. a.: „So sind von den 14 Mitgliedern des Zentralsekretariats, die bei der Vereinigung unter dem Jubel der Delegierten gewählt wurden, 10 Spitzenfunktionäre im Verlauf von wenigen Jahren ihrer Funktionen beraubt, degradiert, teilweise sogar als ‚Parteifeinde‘ entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen worden.“ (3) Die Machtmaschine des Stalinismus hatte schnell und gründlich gearbeitet ...

Schon die Gründung der SED – sie erfolgte, nachdem die unabhängigen Organisationsansätze der Arbeiterinnen und Arbeiter beseitigt worden waren – ist ein Element der Unterdrückung von proletarischer Demokratie. Die stalinistische Maßregelung, die in der SED sofort nach ihrer Gründung einsetzte, ist nur der Vollzug dieser Politik in der Partei selbst. Oasen können in der Wüste überleben, doch demokratische ArbeiterInnenorganisationen in einer Umgebung ohne lebendige ArbeiterInnendemokratie nicht.

Einheitlich antisozialistisch

In den „Grundsätze(n) und Ziele(n) der SED“, die auf dem Vereinigungsparteitag beschlossen worden waren, kommt klar heraus, dass es sich bei der neuen Partei um eine politische Konstruktion handelt, deren Material durchweg aus dem Lager des Reformismus stammt. In ihnen wird deutlich, dass seitens der KPD alles, was an revolutionäre Politik und die Positionen der frühen Komintern unter Lenin und Trotzki erinnerte, vollständig über Bord geworfen worden war. Das ist das programmatische Fundament, auf dem sich SPD und KPD einigen konnten.

Die Gegenwartsforderungen liegen voll auf der Linie, die übereinstimmend von KPD und SPD nach 1945 verfolgt worden war:

- Beseitigung des Faschismus;
- Herstellung demokratischer Verhältnisse;
- Bodenreform und Überwindung der Überreste des Feudalismus;
- Bewahrung bürgerlicher Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse.

Diese bescheidenen, reformistischen Forderungen wurden in einer Situation aufgestellt, in der die Bourgeoisie am Boden lag und die Arbeiterinnen und Arbeiter, ohne ernsthaften Widerstand fürchten zu müssen, alle Macht hätten übernehmen können. Allein die Tatsache, dass die SMAD eine solche Entwicklung weder wünschte noch propagierte und sie sogar aktiv verhinderte, hätte die SED die Politik Moskaus anprangern und bekämpfen lassen müssen. Doch gerade, damit das nicht passiert, wurde diese Partei schließlich gegründet!

Immerhin enthält dieses Dokument auch Forderungen wie das Koalitions- und Streikrecht, die in der späteren DDR nicht einmal mehr auf dem Papier standen, geschweige denn in der Praxis zu verwirklichen waren.

Der bürgerlich-demokratischen Tagespolitik der „Grundsätze

und Ziele“ wird noch ein abstraktes Bekenntnis zum Sozialismus angehängt –

typisches Merkmal eines Minimal-Maximal-Programms, wie es für reformistische

Parteien durchaus üblich ist. Keine Übergangslösungen, keine Forderungen nach

Schaffung von wirklichen Machtorganen des Proletariats (Räten, ArbeiterInnenmilizen

usw.), keine Forderung nach Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse oder nach

Zerschlagung des bürgerlichen Staats und Enteignung der Bourgeoisie als Klasse.

Die Revolution wird von der SED wie folgt definiert: Die SED „erstrebt den

demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln

greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt.“

(4) Die Revolution als Notmaßnahme, nicht als notwendiger und einzig möglicher Akt

zum Sturz des Kapitalismus und Schaffung der Diktatur des Proletariats. Wie

weit mussten „KommunistInnen“ sich schon theoretisch vom Marxismus entfernen

haben, um dem zuzustimmen?!

Schon einmal, als sich 1919 die KPD mit dem linken Flügel

der USPD vereinigt hatte, bildeten KommunistInnen und frühere SozialdemokratInnen

eine gemeinsame Partei. Doch 1919 war die KPD noch eine revolutionäre Partei

und die USPD-Linke bewegte sich auf revolutionäre Positionen zu, um sich auf

einem revolutionären sozialistischen Programm mit der KPD zu vereinigen. 1946

bildeten zwei reformistische Parteien eine neue – auf einem

reformistischen,
bürgerlichen Programm mit sozialistischer Zusatzklausel. Welch
Unterschied und
welch tragischer Irrtum, über der Notwendigkeit der Einheit
ihren politischen
Inhalt zu vergessen!

Die SED war weder eine demokratische noch eine revolutionäre
Partei. Sie war, wie ihre Gründung, ihre Dokumente, ihre
praktische Politik und
schließlich ihr unrühmliches Scheitern 1989/90 beweisen, ein
Instrument der
herrschenden Bürokratie in der Sowjetunion und ihrer
StatthalterInnen in (Ost-)Deutschland
bzw. der DDR zur politischen Knebelung des Proletariats und
der Eindämmung der
internationalen proletarischen Revolution. Sozialistisch war
an der SED, wie an
ihren auf ähnliche Art und unter ähnlichen Bedingungen
entstandenen „Bruderparteien“
in Polen oder Ungarn allenfalls der Name. Gründung und
Untergang der SED sind Momente
stalinistischer Politik, ihrer zeitweiligen Konjunktur und
ihrer Todeskrise.
Nicht die Nachauflage PDS als entstalinisierte
sozialdemokratische
SED-Nachfolgepartei, sondern der Aufbau einer revolutionären
marxistischen
Partei ist die Lehre aus der Geschichte der SED.

Quellen

(1) Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des deutschen

volksdemokratischen

Staates 1945–1958. Dietz Verlag, Berlin/0. 1958, S. 27

(2) ebenda, S. 28

(3) Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1990, S. 545

(4) KPD: 1945-1968, Dokumente. Edition Marxistische Blätter, Neuss 1989, S. 201

Vom Regen in die Traufe

Proletarische Frauen – vom DDR-Stalinismus zum BRD-Kapitalismus

*Ute Mann, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019
(Erstveröffentlichung 1998)*

Die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion als Garantie für die ökonomische Unabhängigkeit und politische Selbstständigkeit galt als der wichtigste

Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Frauen waren als Arbeitskräfte eine wichtige Ressource der Planwirtschaft v. a. nach dem Krieg, als Arbeitskräfte knapp waren und massenhafte Abwanderungen durch das Verlassen der DDR Richtung Westen die Lage weiter erschwerten. Bis in die 1960er Jahre waren Frauen beinahe vollständig in die Arbeitswelt integriert. (1)

Integration der Frauen in den Produktionsprozess

Das niedrigere Produktivitätsniveau in der DDR (wie in allen stalinistischen Staaten) machte immer einen hohen Einsatz menschlicher Arbeitskräfte notwendig. Doch von den Industriegesellschaften der Nachkriegszeit war die DDR das einzige Land, das kontinuierlich Bevölkerungsverluste erlitt. Zwischen 1948 und 1989 schrumpfte die Bevölkerung um 2,7 Millionen auf 16,4 Millionen. Frauen waren auf formalrechtlicher und politischer Ebene gleichgestellt und stellten einen großen Teil der Arbeitskraft. Das Motiv des DDR-Stalinismus, Erleichterungen für Frauen einzuführen, war der wirtschaftliche Aufbau, der Aufbau des „Sozialismus“ in einem halben Land.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trat die KPD zunächst für den Aufbau eines „neuen demokratischen Deutschlands“ auf kapitalistischer Grundlage ein. Die diesem Ziel entsprechende Volksfrontkonzeption spiegelte sich auch in der Frauenpolitik wider. Nachdem bereits 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die eigenständigen ArbeiterInnenkomitees liquidiert und durch Volksfrontorgane ersetzt hatte, sollten nun auch die nach Kriegsende entstandenen antifaschistischen Frauenausschüsse in solche umgewandelt werden. Ziel war es, „Frauen aller Klassen auf breitester Basis“ zu umfassen, um sie für die Aufbauarbeit für ein „demokratisches Deutschland“ zu gewinnen.

Anfang 1947 gab es in der sowjetischen Besatzungszone 7.451 Frauenausschüsse, die ca. 250.000 Frauen umfaßten. Um diese Ausschüsse besser kontrollieren zu können, wurden sie per SMAD-Befehl aufgelöst und mit den Organisationen des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD), der am 8. März 1947 gegründet wurde, zusammengeschlossen. Der DFD gab sich programmatisch überparteilich, war aber dennoch eine Frontorganisation der SED, die 1946 aus der Fusion von KPD und SPD hervorgegangen war.

Das DFD-Programm hob hervor, dass „zum ersten Male die sozialistischen Frauen mit den Frauen aus den

bürgerlichen Parteien und den parteilosen Frauen den Grundstein zu einer einheitlichen demokratischen Frauenbewegung legten“. Mit dieser programmatischen Erklärung verzichtete der DFD auf eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiterinnen, um die Klassenzusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien nicht zu gefährden. Ein Ergebnis dieser Politik war, dass die spezifischen Interessen von Proletarierinnen – immerhin die Mehrzahl aller Frauen – politisch nicht artikuliert wurden und viele substantielle Fragen der Stellung der arbeitenden Frauen in Produktion und Gesellschaft weder diskutiert noch gelöst werden konnten.

Auf dem 2. Parteitag der SED im September 1947 wurde eine Resolution zur Frauenfrage verabschiedet, die zwar einige Verbesserungen für Frauen enthielt (Öffnung und Zugang zu allen für Frauen geeigneten Berufen; Ausbau von Einrichtungen, die der Erwerbstätigen die Sorge um den Haushalt und die Familie erleichtern); wesentliche Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau wurden jedoch nicht geschaffen. Die Zuständigkeit der Frauen für die Reproduktionsarbeit innerhalb der Familie wurde gar nicht erst in Frage gestellt. Die umfassende Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozess war ebenso wenig das Ziel dieser Resolution wie die

Vergesellschaftung der Hausarbeit als einer Grundvoraussetzung für die Frauenbefreiung.

Der Arbeitskräftemangel in der Nachkriegswirtschaft machte es aber notwendig, Frauen in großem Umfang für den Wiederaufbau und die Produktion heranzuziehen. Per SMAD-Befehl wurde daher das Prinzip der gleichen Entlohnung eingeführt. Außerdem sollte die Berufsnomenklatur überarbeitet werden. Beides stieß auf den Widerstand der männlichen Arbeiterschaft und deren Gewerkschaftsvertretungen. Statt die proletarischen Frauen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren, wurden auf bürokratischem Wege Frauenkommissionen eingesetzt, welche die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren sollten. Dieses rein administrative Vorgehen der StalinistInnen war aber kaum dazu geeignet, die historisch überkommene Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft zu überwinden.

Bürokratismus statt Frauenbefreiung

Dazu hätte es einer breiten politischen Debatte in ArbeiterInnenbewegung und Gesellschaft bedurft, die sich schonungslos mit gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und Praktiken auseinandersetzt, die Frauen an einer gleichberechtigten Teilhabe am

gesellschaftlichen Leben hindern. Diese (für Männer und Frauen) schmerzhafteste Debatte wurde jedoch auf unterstem Niveau ausgetragen. Nicht die Frauen selbst artikulierten ihre Bedürfnisse in organisierter Form, sondern der bürokratische Apparat bestimmte und legte fest. Wichtige Grundformen von Frauenunterdrückung – die Familie und die im privaten Rahmen erledigte Hausarbeit – standen nicht zur Disposition. So wurden auf dem Altar einiger Verbesserungen für Frauen die historischen Grundvoraussetzungen der Befreiung der Frau geopfert.

Die Schwangerschaftsunterbrechung wurde aufgrund medizinischer, ethischer und sozialer Indikation wegen der nach Kriegsende herrschenden materiellen Not und dem enormen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften zunächst erlaubt. Doch schon 1950 wurde das Verbot wieder eingeführt. Änderungen des Ehegesetzes entfernten v. a. die nationalsozialistischen Bestimmungen. Dieses Hin und her gerade in der Abtreibungsfrage verweist sehr deutlich darauf, dass die stalinistische Frauenpolitik nicht an einer Strategie der Frauenbefreiung, sondern an konjunkturellen Erfordernissen der Entwicklung und an der Rücksicht auf bürgerliche Vorstellungen und Traditionen orientiert war.

Das traditionelle dreigliedrige Schulsystem wurde durch die achtklassige Pflichtschule für alle ersetzt.

Bereits im
Frühjahr 1946 wurde in den Ländern der SBZ das „Gesetz zur
Demokratisierung der
deutschen Schule“ verabschiedet. 1959 wurde die zehnjährige
Allgemeinbildende
Polytechnische Oberschule zur Pflichtschule. Die Erweiterte
Oberschule mit den
Klassen 11 und 12 führte zum Abitur. (2)

Traditionelle Rollenverteilung

Die Einheitsschule kann man als einen
ersten Schritt begrüßen, um die bildungspolitische
Benachteiligung für Frauen
aufzuheben. Auch im Bereich der höheren Bildung (Abitur,
Hochschulstudium)
gelang es, die Benachteiligung von Mädchen und Frauen im
Wesentlichen zu
überwinden. Allerdings blieb die Rollenverteilung – Männer
eher
technisch/praktisch, Frauen eher „humanistisch“ – weitgehend
erhalten. 1948
löste der FDGB die gewerkschaftlichen Frauenkommissionen auf.
1949 beschloss
die SED die Auflösung der Betriebsorganisationen des DFD,
deren
Haupttätigkeitsfeld nunmehr der kommunale Bereich sein sollte.
Bis Ende der
achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte der DFD knapp
1,5 Millionen.
Mitglieder. Nur 30 % von ihnen waren jünger als 53 Jahre. Der
Verband
richtete in Bezirks- und Kreisstädten insgesamt 210
„Beratungszentren für

Haushalt und Familie“ ein. Seit 1967 unterhielt der DFD Frauenakademien für politische Schulung sowie für Veranstaltungen mit kultureller und hauswirtschaftlicher Thematik, was die staatstragende Rolle und Aufrechterhaltung der frauenfeindlichen Ideologie durch den DFD deutlich macht. Statt Instrument der Überwindung der Benachteiligung der Frau war der DFD vielmehr ein organisatorischer Rahmen für das „Ausleben“ der traditionellen Rolle der Frauen.

Die Illusion, ein geeintes, neutrales Deutschland zu schaffen, wurde durch die unterschiedliche Praxis in den Besatzungszonen zerstört. Während der Osten den Großteil der Reparationen an die UdSSR leisten musste, griff im Westen 1948 die Hilfe des Marshallplans. Frauen stellten die einzige verfügbare Arbeitskraftreserve dar. Daher sollten ihnen gesetzliche Maßnahmen den Eintritt in das Erwerbsleben erleichtern. Mitte der 1950er Jahre stagnierte der weibliche Beschäftigungsstand, was zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und des Dienstleistungssektors führte. Wichtige gesetzliche Maßnahmen dieser Zeit waren die verfassungsmäßige Verankerung der Gleichberechtigung der Geschlechter, des Prinzips der Lohngleichheit und die Aufhebung der Benachteiligung unehelicher Kinder und deren Eltern. Gleichzeitig jedoch wurden Ehe und Familie

weiterhin als
Grundlage des Gemeinschaftslebens angesehen und unter den
Schutz des Staates
gestellt.

Die Einbeziehung der Frauen in die
produktive Arbeit stieß jedoch auf den Widerstand der Männer.
Viele Betriebe
weigerten sich, Frauen entsprechend ihrer Qualifikation oder
überhaupt
einzustellen. Die zunehmende Kritik der Frauen daran zwang die
SED, deren
Organisation auf betrieblicher Ebene zu unterstützen, um die
Männer, v. a.
die Gewerkschaftsfunktionäre, unter Druck zu setzen. 1952
empfahl das Politbüro
der SED, die Wahl von Frauenausschüssen überall dort, wo eine
größere Anzahl
Frauen arbeitet, zu unterstützen. Bis Ende 1961 entstanden so
ca. 20.000 Frauenausschüsse
mit ca. 140.000 Mitarbeiterinnen, von denen drei Viertel
parteilos waren.
Obwohl die Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit den
Ausschüssen verpflichtet
waren, kam es dennoch immer wieder zu Konflikten, so dass
letztere Mitte der
1960er Jahre von der SED gegen ihren Willen den
Betriebsgewerkschaftsleitungen
unterstellt wurden.

Degenerierter ArbeiterInnenstaat

Die Probleme der gleichberechtigten

Integration von Frauen in den Produktionsprozess sind allerdings nicht nur einer verfehlten Frauenpolitik der SED oder männlichen Ressentiments geschuldet. Vielmehr drücken sie ein allgemeines Problem aller degenerierten ArbeiterInnenstaaten aus. Es zeigte sich immer wieder, dass selbst positive Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen, die es ohne Zweifel gab, im Widerspruch zu den starren, bürokratischen Verhältnissen der Gesellschaft insgesamt standen. Solange z. B. die Kindererziehung fast ausschließlich in der Zuständigkeit der Frauen lag – und dieser Umstand wird ja gerade durch die Aufrechterhaltung der tradierten Familienstrukturen konserviert –, waren nach wie vor nahezu ausschließlich Frauen für die Betreuung kranker Kinder zu Hause zuständig, was zu mehr Ausfällen an Arbeitsstunden führte. Unter diesen Umständen war es klar, dass BetriebsmanagerInnen lieber Männer als Frauen beschäftigten. Was dieses und viele andere Beispiele zeigen, ist die prinzipielle Unmöglichkeit, selbst Teilverbesserungen langfristig durchzusetzen, wenn die grundlegenden, strategischen Aufgaben nicht gelöst werden.

Die „Zentralverwaltung sowjetischen Typs“ wurde in mehreren Etappen in der DDR eingeführt. Von 1952 bis 1985 sank der Anteil des Privateigentums auf 4,6 %. Bis auf 6 % wurde die

Agrarfläche in LPGen eingebracht. Der Anteil der Selbstständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (1955 noch 20 %) sank bis 1988 auf 2 %. 1986 gab es 224 Industriekombinate, in denen die Volkseigenen Betriebe (VEB) zusammengeschlossen waren. In den Kombinatzen wurde auch ein Großteil der Forschungspolitik, der Freizeit- und Feriengestaltung, der sozialen Sicherheit u. v. m. bestimmt.

Qualifizierung

Bis Ende der 1950er Jahre war die Wirtschaft von der starken Abwanderung v. a. qualifizierter Arbeitskräfte belastet (ca. 3 Millionen flüchteten aus der DDR), die erst durch den Mauerbau gestoppt wurde. Nun ging es nicht mehr zuerst um die quantitative Einbeziehung von Frauen in den Produktionsprozess, sondern um den Ausgleich des erhöhten Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften. Dies führte zur Aufstellung von Frauenförderungsplänen, zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Ausdehnung von Dienstleistungen. Der DFD unterhielt seit 1967 Frauenakademien für politische Schulung und Veranstaltungen mit kultureller und hauswirtschaftlicher Thematik. In Bezirks- und Kreisstädten richtete der DFD 210 „Beratungszentren für Haushalt und Familie“ ein. Dennoch

wurde der DFD
aufgrund seiner Funktion als Transmissionsriemen der
herrschenden Kaste in das
weibliche Proletariat hinein nie zur Organisation, der sich
die Frauen zur
Artikulation ihrer Interessen bedienen hätten.

Im Rahmen der Bildungsoffensive wurde von
der Staatsführung eine Reihe von Frauenförderungsmaßnahmen
beschlossen wie
Frauensonderstudium oder verstärkte Qualifizierung von Frauen
für technische
Berufe. Frauen konnten sich nun für ihre berufliche Aus- und
Weiterbildung
freistellen lassen. Das Arbeitskollektiv musste jedoch den
Produktionsausfall
ausgleichen. Da auch in der DDR-Ökonomie die Entwicklung des
Konsumgütersektors
vernachlässigt wurde, vergrößerten Schlangestehen und der
Mangel an effektiven
Haushaltsgeräten die Arbeitslast der Frauen. Auch die
Einführung eines
monatlichen Hausarbeitstages, für den berufstätige Frauen von
der Arbeit
freigestellt waren, war eine widersprüchliche Maßnahme:
einerseits galt die
gesellschaftliche Anerkennung von Hausarbeit als notwendig und
wurde in diesem
Fall sogar bezahlt, andererseits wurde diese Tätigkeit wieder
traditionell der
Frau zugeordnet, was ihre Rolle als Aschenputtel nurmehr
verfestigte und
offiziell sanktionierte.

Hier soll auch auf ein grundsätzliches

Problem der Gleichberechtigung der Frau in der DDR hingewiesen werden: die Doppelbelastung durch Beruf einerseits und Familie, Haushalt andererseits. Die Unterentwicklung des Dienstleistungssektors, der mangelhafte Grad der Vergesellschaftung der Hausarbeit und ein mangelhaftes Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs brachten es mit sich, dass die Bewältigung des Alltagslebens sehr mühsam und aufwändig war. Dieser Aufwand wurde zum großen Teil von Frauen und nicht von Männern bewältigt. Die Gleichberechtigung stellte sich so in der Praxis oft einfach als Doppelbelastung der Frauen dar. Die relativ gute Kinderbetreuung konnte die Frauen zwar entlasten, jedoch das Problem der Überbelastung natürlich nicht lösen. Allgemein wurde in den Jahrzehnten des Stalinismus deutlich, dass eine grundsätzliche Änderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft nicht möglich ist, ohne dass das allgemeine Niveau der Produktivität hoch ist, dadurch die Arbeitszeit deutlich verkürzt und somit auch die tradierte Arbeitsteiligkeit (die nicht nur eine zwischen Man und Frau ist) überwunden werden kann. Wie sollen Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teilhaben, wenn die gesamte Zeit für Arbeit, Einkäufe etc. benötigt wird?

Reaktionäre Familienpolitik

Neben den Qualifizierungskampagnen traten verstärkt reaktionäre, familienpolitische Maßnahmen in den Vordergrund, z. B. wurde aufgrund steigender Scheidungsziffern die Eheauflösung erschwert. Trotzdem war eine Ehescheidung sowohl juristisch als auch finanziell im Vergleich zu den Regelungen der BRD einfacher. Ideologisch wurde diese „Wende“ 1965 mit dem Inkrafttreten des Familiengesetzes, das die Familie als „kleinste Zelle der sozialistischen Gesellschaft“ definierte, untermauert. Die Familie war auch im Stalinismus eine Einheit der sozialen Kontrolle und Disziplin. (3)

Nach dem Mauerbau verzeichnete die DDR dennoch die niedrigste Geburtenrate der Welt. Auch die familienpolitischen Maßnahmen konnten nicht zur Konstanz der Bevölkerungszahl beitragen. Im Westen glichen seit Ende der 1960er Jahre die hohen Geburtenraten der GastarbeiterInnen die Bevölkerungszahl aus. In der DDR war der Ausländeranteil mit ca. 1 % sehr gering, außerdem dehnte sich die Familienpolitik (wie auch die sonstige Rechtssprechung) nicht auf die ausländischen EinwohnerInnen aus. Vietnamesinnen z. B. wurden bei Eintreten der Schwangerschaft in ihr Heimatland zurückgeschickt. Trotz der Bildungsoffensive

konzentrierten sich die Hauptbereiche für Frauen im mittleren administrativen Bereich, in sozialhelferischen Tätigkeiten oder in schwerer, monotoner Fabrikarbeit, z. B. am Fließband. Gesellschaftlicher Aufstieg hing außerdem ganz wesentlich von der Loyalität gegenüber der herrschenden Kaste und ihren Institutionen ab. Die Verbesserung der Karriereöglichkeiten wirkte sich aber stärker auf Frauen der Bürokratschicht aus, während Männer weiterhin das Management besetzten.

Die von Mädchen und Jungen bevorzugten Ausbildungsbereiche unterschieden sich in der DDR kaum von denen der Jugendlichen in der BRD. Hier wie dort, damals wie heute konzentrierte sich die Mehrheit der Auszubildenden auf wenige Berufe. Trotz aller Betonung der Gleichheit für ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Intelligenz, trotz aller Behauptungen, die Chancengleichheit für ArbeiterInnenkinder zu erhöhen und v. a. ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenkinder studieren lassen zu wollen, war auch in der DDR die Ausbildungschance von Akademikerkindern höher als von Kindern mit Eltern, die eine acht- bis zehnjährige Schulzeit absolviert hatten. Andererseits gab es eine Reihe von Maßnahmen, um der traditionellen Benachteiligung von Nichtakademikerkindern positiv entgegenzuwirken. So waren der Anteil und v. a. die realen Chancen für

ArbeiterInnenkinder zu studieren besser als in der BRD.

Die stalinistische Methode zur Produktionssteigerung war nicht eine Verstärkung der Technologie-Investition, sondern meist eine rein quantitative Ausdehnung der Produktion. Durch die bürokratische Unterdrückung und Gängelung des Proletariats wurden nicht nur der Anreiz sondern auch fast alle strukturellen Möglichkeiten für die Planung und Verbesserung der Produktion beschnitten. Daher mussten die Anzahl der Arbeitskräfte erhöht und auch Frauen in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden. Gleichzeitig erforderte das aber auch, für eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften in der Zukunft zu sorgen, was durch die Geburtenförderung erreicht werden sollte.

Beruf und Familie

Seit Mitte der 1960er Jahre führten sinkende Geburtenraten und steigende Scheidungsquoten zu einer frauenpolitischen Kurskorrektur: Frauenpolitik wurde in Familien- und Mütterpolitik umgewandelt. Die Drei-Kind-Familie wurde propagiert, um die einfache Reproduktion zu gewährleisten. Das 1950 wieder eingeführte Abtreibungsverbot hatte die Zahl illegaler Abtreibungen in die Höhe schnellen

lassen, was 1972
dazu führte, dass die Schwangerschaftsunterbrechung gesetzlich
freigegeben
wurde (4) – übrigens das einzige Gesetz, bei dem die
Volkskammer keine
Einstimmigkeit erzielen konnte! Sozialpolitische Maßnahmen wie
Ehekredite,
staatliche Geburtshilfe, Erhöhung des Schwangerschafts- und
Wochenurlaubs,
Arbeitszeitverkürzungen für berufstätige Mütter auf 40 Stunden
bei vollem
Lohnausgleich und Babyjahr flankierten diesen Wandel.

Solche Maßnahmen trugen zwar begrenzt
fortschrittlichen Charakter, verfestigten aber auf der anderen
Seite auch die
Rolle der Frau in der Familie. Männer konnten diese
Rechtsansprüche nicht
gleichberechtigt wahrnehmen, was die Zuständigkeit der Frauen
für den
familiären Bereich untermauerte und ihre Unterdrückung
festigte. Hinsichtlich
der zahlenmäßigen Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit
und der damit
verbundenen ökonomischen Unabhängigkeit trug die Frauenpolitik
der DDR durchaus
emanzipatorische Züge, die zu einem „Gleichstellungsvorsprung
der DDR gegenüber
der BRD“ führte. Ende der 1980er Jahre waren rund 90 % aller
Frauen
berufstätig, davon hatten 87 % eine abgeschlossene
Berufsausbildung.
Kinderbetreuungseinrichtungen deckten 95 % des Bedarfs ab. (5)
Allerdings
war diese Gleichberechtigung nicht von den Frauen erkämpft.
Sie war „für Frauen

gemacht“ und reproduzierte den Traditionalismus im Geschlechterverhältnis.

Frauenarbeit hieß auch quasi „wesenhafte“ Zuständigkeit für Kinder, Familie und Hausarbeit. Sexismus in der Erziehung und strenge Arbeitsteilung waren die Norm. Mädchen wurden gedrängt, sozialhelferische und wenig qualifizierte Berufe zu ergreifen. Nur einigen wenigen Vorzeige-Arbeiterinnen wurden Möglichkeiten gegeben, in männerdominierte Bereiche vorzudringen.

Polarisierung

Die Familienpolitik begünstigte soziale Polarisierungen zwischen den Geschlechtern wie gravierende Einkommensunterschiede, Differenzen hinsichtlich beruflicher Entwicklungsverläufe wie auch unterschiedliche Zeitressourcen von Männern und Frauen. Ein Drittel der Frauen war teilzeitbeschäftigt. Die Entlohnung in typischen Frauenberufen lag im Durchschnitt ein Drittel unter jener der Männer, was den Vorteil der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann wieder schmälerte. Die Trennung vom Mann bedeutete auch im Stalinismus einen Verlust an Lebensstandard. Auch in der DDR besetzten Frauen die unteren Ränge der betrieblichen Hierarchie und jene gesellschaftlichen Arbeitsfelder, die neben einem geringeren Durchschnittseinkommen auch einen niedrigeren Status besaßen, während Männer weiterhin das politische Leben in Partei,

Betrieben und
Gewerkschaften dominierten.

Die Notwendigkeit, Beruf und Mutterschaft
miteinander zu vereinbaren, führte dazu, dass Frauen häufiger
als Männer in
Berufe wechselten, die unterhalb ihrer Qualifikation lagen,
oder dass sie
Qualifizierungsmöglichkeiten nur beschränkt wahrnehmen konnten
und beruflich
nicht so flexibel waren. Auch bildungspolitische
Beschränkungen und
betriebliche Rekrutierungsstrategien trugen zur
Aufrechterhaltung von
geschlechtsspezifischen Branchenaufteilungen bei. Trotz
existierender
Frauenförderungspläne ermöglichten sie den Betrieben, die
bürokratische
Entscheidung über die Vergabe von Ausbildungsplätzen, den
Anteil weiblicher
Lehrlinge gering zu halten. Nach der familienpolitischen Wende
stiegen die
Scheidungsquoten, was nur scheinbar ein Widerspruch ist und
eine gewisse
Rebellion der Frauen ausdrückt. Erstens hatte die
Frauenpolitik die Frauen
verändert, die Männer aber kaum. Zweitens blieben die Frauen
dennoch in
traditionellen Geschlechterstrukturen und Stereotypen
gefangen. Steigende
Scheidungsquoten gingen mit hohen Wiederverheiratungsraten
einher. (6) Der
Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften betrug dagegen
im Osten wie im
Westen ca. 8 %.

80 % der Mitte der 1980er Jahre befragten Jugendlichen hatten in der Schule die Erfahrung gemacht, dass man nicht sagen durfte, was man dachte, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Formalismus und Routine bestimmten den Schulalltag. Der „vormundschaftliche“ Staat verlängerte sich auf diese Weise in die Schule hinein und verwies die SchülerInnen auf die Position der Unmündigen, Abhängigen, Geleiteten. Die Familie war für viele eine vertraute Alternative, eine Art Gegenstruktur. Männer waren trotz der Berufstätigkeit der Frau immer noch die Hauptverdiener. Auch die Arbeitsteilung in der Familie erfolgte nach geschlechtsspezifischem Muster und prägte die Wertorientierungen Heranwachsender. Bis heute hat die Familie für die Ostdeutschen einen hohen Stellenwert, dabei haben die Auffassungen über geschlechtsspezifische Zuständigkeiten überdauert. (7)

Widersprüche

Die Errungenschaften der DDR in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frauen waren vielfältig, unzureichend und widersprüchlich. Dem hohen Grad der Einbeziehung von Frauen ins Berufsleben (v. a. auch im Bereich der Industrie im Vergleich zum Westen), ihrer größeren ökonomischen Unabhängigkeit und damit zusammenhängend

ihrem größeren
Selbstbewußtsein standen auf der anderen Seite eine enorme
Doppelbelastung im
Alltag und eine nach wie vor überproportional starke
Einbindung in Familie und
Haushalt und das Fehlen eigenständiger Organisations- und
Artikulationsmöglichkeiten in Politik und Gesellschaft
gegenüber. Die sozialen
Errungenschaften der DDR – die Planung der Wirtschaft, die
Abschaffung des
Privateigentums und die weitgehende Überwindung der
Klassendifferenzierung –
waren eine Basis, die nicht nur positiv für die Durchsetzung
der
Gleichberechtigung der Frau, sondern historisch gesehen sogar
eine
unverzichtbare Bedingung für die Erreichung dieses Zieles ist.

Doch die Herrschaft der bürokratischen
Kaste der StalinistInnen verhinderte eine wirkliche
Emanzipation der Frau
doppelt: zum einen durch eine Frauenpolitik, die die vom
Marxismus postulierte
Ziele und Bedingungen ihrer Befreiung ignorierte und sie
stattdessen den
bornierten Bedürfnissen der Reproduktion ihres starren
Gesellschaftsgefüges
opferte; zum anderen, indem die Bürokratie die
Weiterentwicklung der
Gesellschaft Richtung Sozialismus blockierte und das
Proletariat als deren
Akteur fesselte. Das Beispiel von 40 Jahren DDR zeigt die
historische
Möglichkeit der Frauenbefreiung im Sozialismus wie auch die
Unmöglichkeit,
dieses Ziel mit den Mitteln des Stalinismus zu erreichen.

Kapitalistische Restauration

Aufgrund der Wiedervereinigung mit der imperialistischen BRD hat der Restaurationsprozess im Osten Deutschlands eine gewisse Sonderstellung in der Restauration Osteuropas.

Trotz fast vollständiger Integration der Frauen in das Erwerbssystem der DDR war die geschlechtsspezifische Aufteilung der Erwerbsarbeit kaum in Frage gestellt, in manchen Bereichen eher noch verschärft worden. Relativ stabil blieben auch die für weibliche Erwerbsarbeit typischen Merkmale wie niedrigere Bezahlung typischer Frauenberufe; geringere Aufstiegschancen; schlechtere Bedingungen, höhere Qualifikationen auch tatsächlich anzuwenden. Für die Frauen der DDR wirkte Westdeutschland attraktiv durch die vermeintlichen demokratischen und individuellen Freiheiten, durch seinen Reichtum, das Konsumgüterangebot, die moderne Kleidung und durch gewisse sexuelle Freiheiten der Frauen des Westens.

Diese Attraktivität ging schnell verloren, als Marktpreise für Wohnen, Nahrung, Kinderbetreuung usw. bezahlt werden mussten. Die Einkommen im Osten stagnieren, während für Sozialversicherungspflichtige die Beitragsbemessungsobergrenzen weiter angepasst und die Beitragssätze zur gesetzlichen

Krankenversicherung angehoben wurden. Für die Frauen Ostdeutschlands, die keine Alternative zum Hausfrauendasein haben, wurde die Abhängigkeit vom Einkommen des Mannes zur Kette, die sie an die Familie schmiedete. Merkmale feminisierter Armut schlagen nun auch voll auf den Osten Deutschlands durch. Hauptgruppen sind wie im Westen alleinerziehende Mütter, arbeitslose Frauen und Frauen (Witwen) ohne eigene Versichertenrente. Dazu kommt, dass bei Frauen aller Altersgruppen Einkommensarmut häufiger auftritt als bei Männern. Auch schon während der Wende gab es Aktionen von Frauen für das Weiterbestehen der Kindereinrichtungen und der fortschrittlicheren Abtreibungsgesetze. Frauen waren auch aktiv im Kampf gegen den Stalinismus.

Mit wachsendem Selbstbewusstsein der reaktionären Kräfte ließen die Mobilisierungen der Frauen jedoch nach. Das lag u. a. auch daran, dass es in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in der DDR (SED, FDGB) keine eigenständigen Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten für Frauen gab und in der Wendezeit dieses Problem kaum gesehen wurde bzw. der Kampf darum durch die Gründung alternativer Organisationen wie dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) ersetzt wurde.

Mit dem Umschlagen der Revolution in die Konterrevolution änderten sich auch die Themen und die

Organisationen der Frauen. Obwohl sie in Gestalt des UFV 1989 am „Runden Tisch“ teilnahmen, wurden im Zuge der Restauration ihre Interessen von allen Parteien übergeben.

Der FDGB, dem vor der Wende fast alle Werktätigen angehörten, löste sich am 30. September 1990 formal auf, nachdem er auf seinem letzten Kongreß die Satzung so geändert hatte, dass sich der Organisationsbereich des DGB nun auch auf die fünf neuen Länder und Ost-Berlin erstreckte. Es gab nur Einzelübertritte vom FDGB in den DGB, die Organisationsstrukturen in den neuen Bundesländern wurden faktisch neu aufgebaut. Die Übernahme von FunktionärInnen des FDGB in den DGB war selten.

Im ersten Jahr der Einigung konnte der DGB im Osten zunächst einen höheren Organisationsgrad verbuchen als im Westen, aber bedingt durch Arbeitslosigkeit und die Umstrukturierung der Wirtschaft ging er wieder zurück. Ende 1992 hatte der DGB 11 Millionen Mitglieder, davon 7,9 Millionen in den alten und 3,1 Millionen in den neuen Bundesländern. Der Anteil der weiblichen Mitglieder betrug in der Gruppe der ArbeiterInnen 32 %, in der Gruppe der Angestellten 56,4 % und bei den BeamtInnen 22,3 %.

Gewerkschaften

Zum Absinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades hat die Politik der Gewerkschaftsführung selbst in einem nicht unerheblichen Maße beigetragen. Das deutsche Kapital zehrt noch heute, fast ein Jahrzehnt nach der Wende, von der Bereitwilligkeit der Gewerkschaftsführung, das Proletariat im Kampf gegen die sozialen Auswirkungen der Restauration zurückzuhalten und die Spaltung in ost- und westdeutsche ArbeiterInnenklasse zu zementieren. Noch immer erhalten die ArbeiterInnen im Osten einen geringeren Lohn als im Westen. Wie wenig die von der Gewerkschaftsführung für den Osten favorisierten Abwiegungsmodelle wie „Beschäftigungsgesellschaften“, ABM u. ä., die v. a. dazu dienen, den Anschein vorübergehender Strukturanpassungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten, geeignet sind, einen „gesamtgesellschaftlichen Ausgleich der sozialen Härten“ der Restauration zu erreichen, wird nun, nachdem der kurze Nach-Wende-Boom vorbei ist und die Krise auf Gesamtdeutschland durchschlägt, immer offensichtlicher.

Der seit Juni 1990 festzustellende überproportionale Anteil von Frauen an den Arbeitslosen ist ein klares Indiz

dafür, dass der Umbau des Wirtschaftssystems in der Ex-DDR keineswegs geschlechtsneutral verläuft. (8) Der im April 1991 erstmalig in den neuen Ländern durchgeführte Mikrozensus zeigte, dass die Erwerbsquote der Frauen von ca. 90 % auf 73 % gesunken war. Zwischen 1990 und 1992 wurden 2/3 der ostdeutschen Industrie zerstört. 1992 waren nur noch 750.000 in Industrie und Handel vollbeschäftigt. Das entsprach etwa einem Viertel des Beschäftigungsstandes von 1990. Die landwirtschaftliche Produktion sank bis Mitte 1992 auf die Hälfte. 1989 hatte die ostdeutsche Wirtschaft 9,6 Mio. Beschäftigte. 1992 waren 4 Mio. davon arbeitslos, in Kurzarbeit oder (als PendlerInnen, PensionistInnen, Hausfrauen u. ä.) vom Arbeitsmarkt verschwunden. (9)

Arbeitslosigkeit

Dabei erwies sich zunächst nicht so sehr das Entlassungsrisiko als geschlechtsspezifisch. Vielmehr sind die Chancen, ein neues Beschäftigungsverhältnis einzugehen, für Frauen geringer. 1995 betrug die „stille Reserve“, die keine Chance zu einem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt hat, 2,3 Millionen. Immer größer werdende Zahlen an Langzeitarbeitslosen und die sinkende Bezugsdauer von Arbeitslosengeld führen dazu, dass die Zahl jener,

die gleich an die Sozialbehörden verwiesen werden, wächst. So gab es 1995 300.000 Beschäftigte, die auf Sozialhilfe angewiesen und 2,5 Mio. Arbeitslose (Ostdeutschland), die wegen der niedrigen Lohnersatzleistungen teilweise zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen waren.

Die strukturellen Veränderungen des Erwerbssystems sind gekennzeichnet durch einen nachhaltigen Branchenumbau.

Grundtendenz ist dabei die Verminderung des Frauenanteils innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Diese Tendenz setzt sich unabhängig durch, ob es sich um eine Branche im Aufschwung, eine niedergehende oder stagnierende handelt, oder ob es sich um eher männer- oder frauentypische Erwerbsfelder handelt:

– In der DDR frauentypische Branchen werden zu Mischbranchen (Handel, Banken, Versicherungen u. a. Dienstleistungen).

Unter den Bedingungen eines veränderten Arbeitsmarktes reflektieren Männer

verstärkt auf diese Bereiche. In den privatisierten Ex-Treuhandfirmen des

Dienstleistungsbereiches ist bis 1992 der Frauenanteil von 71 % auf

53 % zurückgegangen. Außerdem stagnieren die primären Dienstleistungen und

die einfachen Bürotätigkeiten, während die qualifizierten sekundären

Dienstleistungsbereiche ausgeweitet werden.

- Mischbranchen werden zu männerdominierten Branchen (übriges verarbeitendes Gewerbe, Landwirtschaft, Verkehr, Bahn, Post).
- Traditionell schon zu DDR-Zeiten männertypische Branchen schließen sich weiter gegen Frauenerwerbsarbeit ab (Bergbau, Energiegewinnung, Bauwirtschaft, Metall-/Elektroindustrie). (10)

Geschlechtsspezifisch differenzierte

Entwicklungsverläufe sind auch hinsichtlich der beruflichen Stellung zu

beobachten. Bereits im Frühjahr 1991 waren kaum noch Frauen in Leitungspositionen beschäftigt. Bei hochqualifizierten Führungs- und

Berufspositionen beträgt der Frauenanteil deutlich unter einem Zehntel. (Nur

bei einigen akademischen Berufen sind die Frauen in der Überzahl: Lehrerinnen

55 %, Schulleitung jedoch nur 20 %, Ärztinnen und Apothekerinnen

46 %). (11) Damit haben sich auch die Einkommensunterschiede zwischen

Frauen und Männern weiter verstärkt. Während 1991 von den männlichen

Erwerbstätigen 7 % ein Nettoeinkommen von mehr als 5.000 Mark monatlich

hatten, waren es bei den Frauen nur 0,8 %.

Frauen sind auch häufiger als Männer von

Kurzarbeit betroffen, da sie häufiger in Kleinbetrieben ohne Zuschusszahlungen

tätig sind und sich auf Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe konzentrieren,

die auch in kurzarbeitenden Betrieben von Entlassungen betroffen sind.

Einzelne Berufsgruppen sind überproportional von Frauen besetzt: Tierpflege, Textilverarbeitung, Warenkaufleute, Bürofachkräfte, ärztliche Pflege- und Hilfsberufe, Sozialpflegeberufe, Reinigungsdienste. (12) Weniger als 36 Stunden wöchentlich arbeiten 3,4 % der Männer und 32,6 % der Frauen. 1991 betrug der Anteil der Frauen bei den Selbstständigen 25,7 %, bei den mithelfenden Familienangehörigen 84 %, bei den BeamtInnen 22,3 %, bei den Angestellten 56,2 % und bei den ArbeiterInnen 29,8 %.

Erwerbsneigung

Die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen ist wie die Orientierung auf die prinzipielle Vereinbarkeit von Beruf und Familie nahezu ungebrochen. Für 1991 seien folgende Vergleichszahlen für erwerbstätige Frauen mit Kindern genannt: Von 100 Frauen der Altersgruppe der 25–29-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 81, in den alten Bundesländern 50; von der Altersgruppe der 30–34-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 84 und in den alten 54. Eine möglichst kontinuierliche Erwerbstätigkeit der Frauen gehört nicht nur zu den kulturellen Erfahrungen der Frauen,

sondern auch der
Männer.

Ostdeutsche Männer halten es zu 93 % für selbstverständlich, dass ihre Partnerin erwerbstätig ist, wenn keine Kinder im Haushalt leben (75 % der westdeutschen Männer). Ist ein Kleinkind zu versorgen, so sind 54 % der ostdeutschen Männer für eine Teilzeitbeschäftigung der Frau (21 % der westdeutschen Männer). Unter diesen Bedingungen plädieren 78 % der westdeutschen Männer für einen Ausstieg aus dem Beruf (ostdeutsche 37 %). (13) Für die Mehrzahl der ostdeutschen Frauen vollzieht sich der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit nicht als familienbedingte Unterbrechung, sondern als unfreiwilliger Verlust des Arbeitsplatzes.

Warteschleife

Dementsprechend zeigen sie durchaus Mobilität und Flexibilität, wenn es darum geht, sich auf neue Arbeitszusammenhänge einzulassen: Qualifizierung, ABM-Maßnahmen und Projektbeschäftigung werden als Mittel gesehen, um sich im Erwerbssystem zu halten. 2 Mio. insgesamt „entlasteten“ 1995 den Arbeitsmarkt durch solche „arbeitsmarktpolitischen Instrumente“. 500.000 hatte der öffentlich geförderte

„zweite Arbeitsmarkt“ (ABS, ABM, §249 AFG) zur gleichen Zeit aufgesogen. Die Beschäftigung von Frauen nimmt auch auf dem „dritten Arbeitsmarkt“ zu, der durch die Legalisierung der Beschäftigung von Arbeitslosen oder SozialhilfeempfängerInnen außerhalb des Tarifsystems entsteht und ständig wächst. Gleichzeitig nimmt die „geringfügige Beschäftigung“ (nicht versicherungspflichtige Teilzeitarbeit unter 20 Stunden) zu. 1995 waren in der gesamten BRD 2,5 Mio. „geringfügig beschäftigt“.

Im Zuge härter werdender Verteilungskämpfe werden sich die geschlechtsspezifischen Differenzierungslinien wie die zwischen den einzelnen Frauengruppen auch entlang solcher Merkmale wie Mutterschaft oder kinderlos, alleinerziehend oder mit Partner, Kinderanzahl usw. vertiefen. Die ausschließliche Zuständigkeit für Haushalt und Kinder schränkt die räumliche und zeitliche Mobilität der Frauen ein. Die weitere Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verkürzung der Öffnungszeiten unter dem Vorwand der „geburtenschwachen Jahrgänge“ führen zu weiterer Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Frauen, insbesondere Ostfrauen, zählen schon heute zu den „Unterversorgungsrisikogruppen“ genauso wie kinderreiche Haushalte in Ost und West. Das materielle Lebensniveau sinkt

eindeutig mit steigender Kinderzahl. Sinkende Geburtenraten (14) wie rückläufige Eheschließungs- (15) und Scheidungsquoten (16) zeigen, dass auch im Osten die Risiken der Individualisierung durch eine veränderte Lebensplanung minimiert werden sollen. (17) Vor allem Alleinerziehende (18) – überwiegend Frauen; der Anteil der alleinerziehenden Männer betrug 1991 in Deutschland 14 % – sind in den neuen Bundesländern von den Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Gründe dafür sind v. a. der Wegfall des Kinderbetreuungsnetzes, die zeitlichen und räumlichen Grenzen für Umschulungsmöglichkeiten oder die durch die Überbelastung bedingte erhebliche Reduktion von sozialen Kontakten.

Nur 3 % der ostdeutschen Frauen können sich ein Leben als „Hausfrau“ vorstellen. 2/3 der Frauen würde auch arbeiten, wenn sie das Geld nicht bräuchten. Aber inzwischen sind es fast 46 %, die eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit für die Kinderbetreuung ins Auge fassen (Dreiphasenmodell). (19) Arbeitslosigkeit und Mangel an bezahlbaren wie an Kinderbetreuungseinrichtungen überhaupt zwingen die Frauen oft, zu Hause zu bleiben. Gleichzeitig sind immer mehr Beschäftigte zu schlecht bezahlter Arbeit gezwungen. (20)

Ungleichheit

Obwohl sich im Westen Deutschlands die Quoten der Chancengleichheit durch verbesserte höhere Schulbildung bei Jungen und Mädchen angeglichen haben, wobei die Mädchen in vielen Positionen sogar eine deutliche Überlegenheit zeigen, so ist die Schlechterstellung von Frauen in der späteren Arbeits- und Berufswelt eindeutig dokumentierbar.

Entgegen den Behauptungen der durch die Wende endlich erreichten „Freiheit“ erweist sich die deutsche Nachwende-Realität als wenig segensreich für Frauen. Unter dem Druck des mit der Restauration wiedereingeführten Mehrwertgesetzes als Grundprinzip des Wirtschaftens sind eine ganze Reihe von sozialpolitischen Errungenschaften der DDR entweder beseitigt, eingeschränkt oder kaum noch erschwinglich geworden. Weniger oder kaum noch erschwingliche Kinderbetreuung stellt Frauen stärker als in der DDR vor die Alternative Beruf oder Kinder.

Wachsender Leistungsdruck in den Arbeitsverhältnissen erschwert eine Berufstätigkeit für Frauen (v. a. mit Kindern) zusätzlich. Trotz gewisser Verbesserungen und Erleichterungen im Alltagsleben ist die traditionelle Rolle der Frau innerhalb von Familie und

Haushalt weiter ungebrochen und teilweise sogar verstärkt worden. Dazu trägt auch das über die Medien massiv verbreitete tradierte Frauenbild bei.

Vor allem aber ist die Stellung der Frauen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung und im Klassenkampf keine bessere als zu Zeiten der DDR. Gerade eine solch eigenständige und aktive Beteiligung von Frauen im Klassenkampf ist aber die entscheidende Bedingung für die Überwindung der Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen in der Gesellschaft. Der DFD bildete in der Volkskammer eine eigene Fraktion, der zuletzt 35 Frauen angehörten und deren hauptamtliche Funktionärinnen – überwiegend SED-Mitglieder – die Aufgabe hatten, die Politik der Partei im DFD durchzusetzen.

Mit dem Entstehen der Oppositionsbewegung der DDR Ende der siebziger und in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden auch reine Frauengruppen um ökologische oder friedenssichernde Fragen wie z. B. die Initiative „Frauen für den Frieden“, die sich aus Protest gegen das 1982 verabschiedete neue Wehrdienstgesetz gegründet hatte, dem zufolge im Verteidigungsfall auch Frauen eingezogen werden sollten. Diese Frauengruppen, die zusammen etwa 300 Mitglieder zählten, trafen sich unter dem Dach der

evangelischen Kirche.

Noch 1948 hatte die SMAD die Gründung der Evangelischen Kirche Deutschlands in Eisenach als „kirchliche Vorwegnahme der staatlichen Wiedervereinigung“ begrüßt. Die katholischen Bistümer Fulda, Osnabrück, Paderborn und Würzburg ragten in das DDR-Territorium, was zusammen mit der Gründung der EKD und den alle zwei Jahre im Wechsel stattfindenden Katholikentagen und evangelischen Kirchentagen eine gesamtdeutsche Klammer bildete. Obwohl die SED bestrebt war, den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen, und zuletzt der Anteil der Kirchengliederung deutlich unter 30 % (in den Industriezentren unter 10 %) gesunken war, ließ sich die stalinistische Partei von der „Weltöffentlichkeit“, die sie an das „welthistorische Erbe“ gemahnte, und im Interesse der „friedlichen Koexistenz“ zu einem kirchenpolitischen Zickzackkurs verleiten.

Die Kirche stellte den DDR-Oppositionellen die Kommunikationshilfe zur Verfügung, mit der sie Kontakt mit Gleichgesinnten außerhalb der DDR unterhalten konnten. Die DDR-Oppositionellen, auch die Frauengruppen, waren stark von westlichen Ideologien wie Pazifismus und Feminismus beeinflusst und konnten sich nicht aus der Kleinbürgerlichkeit der Bürgerbewegung lösen. Ihre Forderungen umfassten

Quotenregelungen auf allen Parteiebenen, für alle Funktionen und Mandate, spezielle Frauengremien im Staatsapparat, in Parteien und Gewerkschaften sowie flexible, familienorientierte Arbeitszeiten. Diese Forderungen übernahmen während der Wende – mal stärker, mal weniger betont – alle Parteien, so auch die DDR-CDU, die mit 46 % den stärksten Frauenanteil hatte.

Am „Runden Tisch“

Unter dem Slogan „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ konstituierte sich im Dezember 1989 der UFV als Dachverband von damals 20 Gruppierungen. Er ging mit der Grünen Partei eine Listenverbindung für die Volkskammerwahl ein, die er jedoch wieder löste, weil sich für ihn durch seine Listenplatzierung keine Parlamentssitze ergaben. Im Februar 1990 gehörten dem Verband bereits 34 Frauengruppen an. Sie gaben sich ein Statut und ein Programm und öffneten sich 1992 auch für westdeutsche Mitglieder.

Die Tatsache, dass Mitglieder der Berliner Basisgruppen ohne Wissen der Provinzgruppen Vorsitz und Sprecherfunktion in der Organisation übernahmen, zeigt, dass sich Strukturen und Befugnisse trotz aller

Betonung der „Basisdemokratie“ ohne wirkliche demokratische Legitimation durchsetzten. Die Berliner Gruppen entschieden auch über die Teilnahme und personelle Vertretung am „Runden Tisch“. Der UFV hatte im Kabinett der klassenkollaborationistischen Modrow-Regierung einen Ministerrang inne. (21)

Der Verband sah sich als eine eigenständige politische Interessengemeinschaft von Frauen und als Bestandteil der weltweiten Frauenbewegung, die „für die Abschaffung unterdrückender Herrschafts- und Denkstrukturen kämpft, die eine gewaltlose, demokratische, ökologisch stabile, sozial gerechte und multikulturelle Welt schaffen will“. Grundsätzliche Fragen wurden allerdings schon bald von akuten existentiellen Problemen überlagert. Die Frauengruppen setzten sich nun vorrangig für den Erhalt des sozialen Besitzstandes ein.

Soziale Sicherung der individuellen Existenz und Wohlfahrt, die sich in erster Linie über Erwerbsarbeit herstellt, wurde in den letzten Jahrzehnten für Frauen immer wichtiger und hat heute schon fast den traditionellen Ausgleich der Lastenverteilung über die lebenslange Versorgung abgelöst – auch weil die Verlässlichkeit dieses Arrangements abnimmt.

Für die BRD – wie für andere imperialistische Länder auch – gab es in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang der Schwerindustrie und der Fabrikarbeit bei einer gleichzeitigen Ausweitung der Leichtindustrie und des Dienstleistungssektors. (22)

Auffällige Merkmale dieser Entwicklung der Produktionsstruktur sind der Rückgang der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, der Rückgang der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, der Anstieg der unselbstständig Beschäftigten auf fast neun Zehntel aller Erwerbstätigen und der enorme Anstieg der Beschäftigten im Dienstleistungssektor.

Modernisierungstheorie

Dieser Prozess, der dem Anstieg von Frauenarbeit zugrunde liegt, wird in der feministischen Debatte mit „Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft“ bezeichnet und jetzt einfach auf die Ex-DDR übertragen. D. h., der Restorationsprozess wird mit nachholender „Modernisierung“ gleichgesetzt, bei dessen Abschluss sich die Lage der Frauen auf das westliche Niveau eingepegelt haben wird.

Inhalt der „Modernisierungstheorie“ ist, dass in allen sich industrialisierenden Ländern Urbanisierung, Alphabetisierung, politische Teilhabe, Differenzierung und

Autonomie, soziale
und geographische Mobilität ansteigen und die traditionelle
und lokale
Orientierung notwendigerweise einer nationalen und schließlich
kosmopolitischen
weichen müsse. Auf die kapitalistische Wiedervereinigung
bezogen heißt das: Die
Mehrheit der BürgerInnen der DDR habe das Gesellschaftssystem
der BRD mit Konkurrenz,
Marktwirtschaft, Konsum, Mobilitätsmöglichkeit und
Wohlfahrtsstaat als eines
ohne Alternative anerkannt. Eindeutige
„Modernisierungsrückstände“ habe es bei
der Ausbildung von sozialen Bewegungen und Pluralismus, von
Partizipation und
einer Differenzierung der Lebensformen und Lebensstile gegeben
und diese würden
jetzt nachgeholt.

Diese auf reinem Empirismus aufgebaute
Theorie lässt die Grundlagen, auf denen ein
Gesellschaftssystem aufgebaut ist,
den Boden, auf dem Urbanisierung, Alphabetisierung, Mobilität
oder politische
Teilhabe gedeihen und vergehen können, völlig außer Acht.
Soziale Bewegungen
und Pluralismus erscheinen so als „Errungenschaften“ der in
der
„Modernisierung“ am weitesten fortgeschrittenen Staaten und
nicht als Ausdruck
der Widersprüchlichkeiten des jeweiligen Gesellschaftssystems.

So übersieht der Feminismus eine der
bedeutendsten Veränderungen in der Gesellschaft der Ex-DDR –
ihre

Differenzierung in Klassen aufgrund der Änderung der Eigentumsverhältnisse.

Auch die Frauen gehören nunmehr unterschiedlichen Klassen an. Ihre verschiedenen objektiven Interessen sind mit einheitlich geschlechtsspezifischer Politik nicht mehr vereinbar.

Denunziation

Zwar schlossen sich die FeministInnen nicht im vollen Ausmaß der bürgerlichen Meinungsmache an, die alle Errungenschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Ex-DDR als „stalinistische Misswirtschaft“ denunzierte, aber sie erklärten, dass der „Gleichstellungsvorsprung“ für die Frauen der EX-DDR ihnen geschenkt worden sei und sie jetzt, wo es die „freigiebige“ Hand der Bürokratie nicht mehr gäbe, um ihre Rechte genauso kämpfen müssten wie die Frauen im Westen.

Im Westen hatte allerdings der Feminismus wesentlichen Anteil daran, den Kampf der Frauen von dem des Proletariats zu trennen und ihn auf diese Weise in die Irre zu führen. Auch in der Frage der Wiedervereinigung ging der Feminismus von einer für alle Frauen geltenden Ausgangslage aus. Auf der Ost-West-Frauenkonferenz 1990 hatten die westlichen FeministInnen nur ihre ewige Litanei über das überall gleiche Patriarchat parat und enthielten sich jeder geistigen Anstrengung über die

Aufgaben, vor denen sich die Frauen in der Ex-DDR angesichts der bevorstehenden Einengung ihres Lebens durch die Restauration gestellt sahen.

So ignorierte der Feminismus die grundlegende Aufgabe für das deutsche Proletariat, die Restauration auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu verhindern und die politische Revolution zu einer sozialen im Westen auszuweiten. Für ihn gab es die Frage der Errichtung einer Klassengesellschaft nicht. Die Aufgabe sollte vielmehr heißen, positive Errungenschaften der Frauen im Osten auch auf den Westen zu übertragen.

Feministische Ignoranz

Zu den positiven Errungenschaften zählte für die FeministInnen an vorderster Stelle die Fristenregelung für den Schwangerschaftsabbruch, aber schon nicht mehr unbedingt der Bestand an betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen. So kam von den FeministInnen bezeichnenderweise keinerlei Unterstützung für den zehnwöchigen Kitastreik im Frühjahr 1990 im Westen Berlins. Andererseits ist es dem Feminismus strukturell auch schwer möglich, selbst effektive Kampfschritte zu setzen, da der Feminismus sich ja eben gerade als „unabhängig“ von der

ArbeiterInnenbewegung

sieht und aus diesem Grunde auch nichts dazu unternimmt, in den

ArbeiterInnenorganisationen selbst dafür zu kämpfen, „Frauenthemen“ zu einem integralen Bestandteil der Politik dieser Organisationen zu machen.

Unterstützung kam vor allem aus dem Ostteil der Stadt, wo es gleichzeitig

Aktionen von Frauen gegen die Schließung von betriebseigenen Kinderbetreuungseinrichtungen gab.

Der Feminismus besteht auf der unabhängigen

Organisierung von Frauen, um die Gleichheit mit den Männern in der Gesellschaft

durchzusetzen. Er sieht den Kampf der Frauen als abgetrennt und unabhängig vom

Klassenkampf, statt sich dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen

Frauenunterdrückung ein Teil des Kampfes der gesamten ArbeiterInnenklasse wird.

Mit dem Argument, dass die Interessen der Frauen sich nicht nur von den Männern

unterschieden, sondern ihnen sogar entgegengesetzt seien, lehnt er eine

gemeinsame Organisierung mit den Männern ab und plädiert für den

Zusammenschluss der Frauen aller Klassen. Diese Position schwächt die

ArbeiterInnenbewegung.

Radikale FeministInnen geißeln die

Unfähigkeit der bürokratischen Gesellschaften und meinen, das Leid der Frauen

dort habe gezeigt, dass der Sozialismus keine Garantie für die

Frauenbefreiung

sei. Tatsächlich war die Vergesellschaftung der Hausarbeit in der DDR völlig ungenügend (wie übrigens, wenn auch in anderer Weise auch im Kapitalismus), die Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt war groß. Viele Errungenschaften waren auf einem so schlechten Niveau, so dass kurz nach der Wende viele Frauen froh waren, zu Hause bleiben zu können, um sich um die Familie zu kümmern. Solange sie in der schlecht organisierten, häufig monotonen und mühseligen Betriebsarbeit steckten, schien ihnen das attraktiv. Der radikale Feminismus übersieht aber, dass diese Gesellschaften nie sozialistisch waren, sondern eine Bürokratie die der ArbeiterInnenklasse zustehende Macht an sich gerissen hatte. Der „demokratische“ Kapitalismus wurde von der Opposition (auch von den Frauengruppen), von westlichen Medien und PolitikerInnen und sogar von den StalinistInnen selbst als Ausweg aus der Krise der Planung gepriesen. Inzwischen haben auch die Frauen in der Ex-DDR gemerkt, dass ihnen der Kapitalismus keine Perspektive bietet.

Der „sozialistische Feminismus“, wenngleich weniger separatistisch, teilt dennoch die Idee, dass die Strukturen der Frauenunterdrückung getrennt von anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen existieren. Diese Idee des eigenständigen Patriarchats lässt ihn ebenfalls zu der Aussage kommen, dass

Frauen sich
„autonom“ organisieren sollten.

Kleinbürgerlich

Die „sozialistischen Feministinnen“
betreiben in Wirklichkeit eine Politik, die den Interessen
kleinbürgerlicher
Frauen entgegenkommt (z. B. deren Aufstieg in
Führungspositionen). Dabei
bedienen sie sich durchaus systemkonformer Methoden, die sie
sonst als typisch
für das patriarchalische Machtgefüge anprangern, wie z. B. im
Fall der
gestürzten hessischen Umweltministerin Margarethe Nimsch, die
es als ihre
feministische Pflicht ansah, eine Parteifreundin zu
begünstigen, oder der
Hamburger Sozialsenatorin, die familienorientiert genug war,
einer Institution,
der ihr Mann als Geschäftsführer diente, einen satten Auftrag
zuzuschancen.

Sozialistische FeministInnen stehen häufig
im Dienst der reformistischen Parteien, die zwar verbal für
die Emanzipation
eintreten, konkret jedoch häufig Sozialabbau vorantreiben, der
zu Lasten der
Frauen geht (z. B. Privatisierung von Betrieben, öffentlichem
Dienst und
Sozialfürsorge).

Den „sozialistischen Feminismus“ interessieren die Sorgen und Probleme der Mehrheit der proletarischen Frauen in Wirklichkeit nicht. Die Begeisterung über den virtuellen Feminismus von Gleichstellungsbeauftragten, Frauenministerien und Quotenregelungen verleugnet die Realität, die für die Mehrheit der Frauen, trotz größerer Einbeziehung in Produktion und gesellschaftliche Funktionen weiterhin in Unterdrückung, Schlechterstellung, Abhängigkeit vom Mann und Zuständigkeit für die Familie besteht.

Die Frauenarbeitsgemeinschaft LISA der PDS fasst „Analyse“ und „Programm“ in zwei Sätze: „Frauen dürfen nicht länger zur Anpassung an männliche Wert- und Lebensvorstellungen gezwungen sein. Frauendiskriminierung zu beseitigen, setzt nicht nur rechtliche Gleichstellung voraus, sondern erfordert Umdenken in allen Lebensbereichen.“
(23)

Das erklärte Ziel der PDS heißt „demokratischer Sozialismus“ und soll aus Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie und ganz viel sozialer Gerechtigkeit bestehen. Da passt es schlecht, dass es eben die Marktwirtschaft, das kapitalistische System ist, das aus der Frauenunterdrückung genügend Vorteile zieht, um sie ständig weiter zu reproduzieren. Nicht der Kapitalismus, sondern angeblich männliche Wert- und

Lebensvorstellungen zwingen
Frauen, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, zwingen sie, zu
gebären, zwingen sie
in ungeschützte und Teilzeitarbeitsverhältnisse usw. Warum
sollten Männer dann
umdenken und warum hat die PDS – deren Frauenanteil unter dem
der Männer liegt
– die von LISA aufgestellten, durchaus begrüßenswerten
Forderungen wie
ersatzlose Streichung des §218 StGB oder gleichen Lohn für
gleiche Arbeit
überhaupt übernommen?

Reformismus

Vom Stalinismus, der die
ArbeiterInnenklasse im Namen einer „friedlichen Koexistenz mit
dem
Kapitalismus“ niederhielt, ist die PDS zu einem
sozialdemokratischen
Reformismus konvertiert, der keine Klassen mehr kennt, sondern
nur noch
individuelle „Wert- und Lebensvorstellungen“, die je nach
Interpretationsbedarf
in von den gesellschaftlichen Verhältnissen abgekoppelte
Gegensätze gestellt
werden: „konservativ und reformerisch“, „rechts und links“,
„männlich und
weiblich“.

Natürlich ziehen auch die Männer der
ArbeiterInnenklasse handfeste Vorteile aus der
Frauenunterdrückung: Sie

erhalten im allgemeinen bessere Löhne und haben meist bessere Arbeitsbedingungen als die Frauen. Zusätzlicher Nutzen erwächst ihnen daraus, dass die Frauen den Großteil der Hausarbeit oft zusätzlich zur Lohnarbeit machen. Die Familienstruktur verfestigt diese Situation, die sexistische Ideologie der männlichen Dominanz in ihr bringt die Männer dazu, ein Verhalten anzunehmen, das die Frauen direkt unterdrückt.

Aber die Vorteile, die Männer der ArbeiterInnenklasse aus der Frauenunterdrückung ziehen, sind in historischem Ausmaß so gering, dass die Nachteile, die sich aus der Frauenunterdrückung ergeben, unvergleichlich schwerer wiegen. Flexibilisierte Arbeitszeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Löhne der Frauen üben auf jene der Männer einen ständigen Druck aus. Im Verbund mit der sexistischen Ideologie wird eine Spaltung innerhalb der Klasse aufrechterhalten, die ihre kollektive Kraft schwächt. Das Proletariat insgesamt hat ein historisches Interesse am Sturz des Kapitalismus, um der Frauenunterdrückung die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die Männer der ArbeiterInnenklasse sind daher die strategischen Verbündeten der Frauen im Kampf gegen das kapitalistische System.

Verschleierung

Diese Tatsache zu verschleiern, sind alle feministischen Richtungen, erst recht der bürgerliche Feminismus in Gestalt des Deutschen Frauenrates, bemüht. Der Deutsche Frauenrat (DF) ging 1969 aus dem „Informationsdienst für Frauenfragen“ hervor, in dem sich 1951 nach dem Zweiten Weltkrieg neu oder wieder gebildete Frauenverbände zusammengeschlossen hatten. Er versteht sich in der Traditionslinie des Bundes Deutscher Frauenvereine und „will Veränderungen ausschließlich auf den üblichen Wegen des herrschenden Gesellschaftssystems erreichen“. Dazu muß sich der DF als „überparteiliche und -konfessionelle Dachorganisation“ „am Konsens seiner Mitglieder orientieren“.

Die Vielfalt der Mitglieder spiegelt sich im Vorstand, in dem die Bundesfrauenvertretung des Deutschen BeamtInnenbundes, der Deutsche ÄrztInnenbund, der Deutsche JuristInnenbund, die Evangelische Frauenarbeit, der Katholische Deutsche Frauenbund, der Deutsche Sportbund, der JournalistInnenbund, der Deutsche Landfrauenverband und – der DGB vertreten sind. Die Monatszeitschrift des DF „Informationen für die Frau“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. In allen 16 Bundesländern gibt es Landesfrauenräte, die eng mit dem

Deutschen Frauenrat
zusammenarbeiten.

Dass die Existenz dieser Organisation kaum bekannt ist, obwohl sie nach eigenen Aussagen elf Millionen Frauen einschließlich Mehrfachmitgliedschaften vertritt, zeigt, wie wenig die Belange der proletarischen Frauen und damit die tatsächlichen Probleme, vor denen der Kampf für die Frauenemanzipation gestellt ist, in diesem Gremium zum Zuge kommen. Zur Erinnerung an die Gründung des BDF vor 100 Jahren organisierte der Deutsche Frauenrat am 5. März 1994 eine Kundgebung in Bonn gegen die „fortwährende Benachteiligung der weiblichen Bevölkerung“. Nur drei Tage später, am Internationalen Frauentag des gleichen Jahres, hatte der DF zur Benachteiligung von Frauen nicht mehr viel zu sagen.

Diese Organisation existiert trotz aller gleichstellungspolitischen Phrasen nur, um die Interessen und den Kampf der Frauen der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Systems unterzuordnen. Die Organisationen der proletarischen Frauen haben darin nichts verloren.

Endnoten

(1) „Beteiligung am Erwerbsleben“, Quelle:
Statistisches Bundesamt.

(2) Mit einer Abiturientenquote von
13 % lag die DDR deutlich unter jener der BRD mit ca. 35 % pro
Altersjahrgang.

(3) Lesart nach „Kleines politisches
Wörterbuch“: „...In der sozialistischen Gesellschaft entwickelt
sich die
Familie auf der Grundlage des gleichen sozialen Verhältnisses
ihrer Mitglieder
zum sozialistischen Eigentum und der vollen Gleichberechtigung
von Mann und
Frau immer mehr zu einer stabilen Lebensgemeinschaft, in der
die Fähigkeiten
und Eigenschaften Unterstützung finden, die das Verhalten der
Menschen als
sozialistische Persönlichkeit bestimmen. Insbesondere für die
Charakterbildung
der Kinder, ihre Erziehung zu gesunden, lebensfrohen,
allseitig gebildeten
Menschen und bewussten StaatsbürgerInnen haben harmonische
Familienbeziehungen
eine große Bedeutung. Weil die Stabilität der Familie
außerordentlich wichtig
für die Weiterentwicklung der ganzen Gesellschaft ist,
garantiert die
Verfassung der DDR u. a. jedem/r BürgerIn das Recht auf
Achtung, Schutz
und Förderung seiner/ihrer Ehe und Familie...“

(4) In der BRD wurde 1974 der
Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Voraussetzungen

legalisiert.

(5) Quelle: „Initial 4“: Artikel
„Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria
Nickel.

(6) In den alten Bundesländern waren von
den 23,4 Millionen Haushalten 1991 9,4 Millionen, d. h. ca.
40 %
Familienhaushalte, davon 51 % Familienhaushalte mit einem Kind
und
37,8 % mit zwei Kindern. In den neuen Ländern und Ost-Berlin
sind die
Zahlen ganz ähnlich: 50,9 % Familienhaushalte mit einem Kind,
40,8 %
mit zwei Kindern.

(7) Quelle: „Initial4“: Artikel
„Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria
Nickel.

(8) „Erwerbstätige nach
Wirtschaftsbereichen in Deutschland, April 1991“, in: Bernd
Schäfer:
„Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S.185.

(9) 1,2 Millionen waren als arbeitslos
registriert. Der größere Teil war in „arbeitsmarktpolitischen
Maßnahmen“
untergebracht bzw. verschwand durch Kurzarbeit,
Frühpensionierung u. ä.
aus der Statistik.

(10) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(11) „Frauenanteile in Spitzenpositionen verschiedener Institutionen, aus Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 247.

(12) „Typische“ Frauenberufe sind v. a. HauswirtschaftsgehilfInnen und -verwalterInnen (97,1 %), SprechstundenhelferInnen (99,6 %), KindergärtnerInnen und -pflegerInnen (98,6 %), Krankenschwestern und -pfleger (83,6 %) und VerkäuferInnen (80,2 %) – alle Zahlen 1984 für die alten Bundesländer. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(13) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(14) Gegenüber 1990 gab es 1991 einen Geburtenrückgang um 39,6 %. Dieses drastische Geburtentief verringerte sich 1992 nochmals um 18,1 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(15) Der Rückgang der Eheschließungen gegenüber 1990 betrug 1991 50,4 % und sank 1992 gegenüber 1991 auf 4,5 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in

Deutschland“).

(16) Der Rückgang der Ehescheidungen betrug von 1990 auf 1991 72 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(17) Tabelle „Ehescheidungen in der BRD/DDR bzw. alten und neuen Bundesländern“, in: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 127.

(18) 1991 betrug der Prozentanteil nichtehelicher Geburten in Deutschland 15 % mit einem sehr hohen Anteil von 40 % in den neuen Bundesländern. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(19) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(20) Wenn man als Schwellenwert für Armut zugrunde legt, dass weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügbar sind, so mussten 1992 6,5 % aller westdeutschen Haushalte und 12,7 % aller ostdeutschen Haushalte als arm bezeichnet werden. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(21) Der einzige größere Erfolg des UFV war, maßgeblich daran mitgewirkt zu haben, dass für eine Übergangszeit auf dem Gebiet der Ex-DDR die im Vergleich zum Westen fortschrittlichere Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch weiterbestand. Dies spiegelt sich bis 1992 auch in den Zahlen wider: In den alten Ländern wurden 75.000 Schwangerschaften legal abgebrochen, davon fast 90 % aus „schwerer Notlage“, in den neuen Ländern (mit etwa einem Viertel der Bevölkerung) wurden 44.000 Schwangerschaften abgebrochen.

(22) „Anteile der Produktionssektoren an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit 1950 in %“ und Tabelle „Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt im früheren Bundesgebiet in %“ (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S.183 f.). – In der DDR betrug 1990 der Anteil des primären Sektors 8,2 %, des sekundären 44,8 % und des tertiären 47 %, wobei die völlig andere Struktur des tertiären Sektors zu berücksichtigen ist. Der Dienstleistungssektor war vernachlässigt, da er als nichtproduktiv galt und dementsprechend in der Bilanzierung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts nicht auftauchte.

(23) „Feminismus und PDS“, Internetseite der Frauenarbeitsgemeinschaft LISA in der PDS.